

# Informationen

zur politischen Bildung / izpb

bpb:

**329** 1/2016

B6897F



## Das Deutsche Kaiserreich 1871–1918

# Inhalt



4



22



16



31

<b>Das Kaiserreich als Nationalstaat</b>	<b>4</b>
Liberalismus und Reichsgründung „von oben“	5
Der föderative Nationalstaat	9
Das Parteiensystem	12

<b>Politik in der Bismarck-Ära</b>	<b>16</b>
Der Kulturkampf	16
Wirtschaftliche Depression und konservative Wende 1878/79	19
Das Ende der Ära Bismarck	20

<b>Religion, Konfession und säkulares Wissen</b>	<b>22</b>
Der Katholizismus in der Defensive	22
Die protestantische Grundierung der Nationalkultur	24
Universitäten und Wissenschaften	26

<b>Die moderne Industriegesellschaft</b>	<b>28</b>
Die Hochindustrialisierung	28
Konturen der Klassengesellschaft	32
Deutsche Juden zwischen Partizipation und Ausgrenzung	37
Dynamik des Geschlechterkonflikts	38

<b>Deutschland in der Welt</b>	<b>42</b>
Deutscher Kolonialismus	42
Wirtschaft und Gesellschaft im Zeichen der Globalisierung	45
Wilhelminische „Weltpolitik“	46

<b>Autoritärer Staat und Demokratisierung 1890–1914</b>	<b>50</b>
Militär und Militarismus	51
Das Reichstagswahlrecht und die Fundamentalpolitisierung	53
Radikaler Nationalismus und Antisemitismus	55
Innenpolitische Konflikte ab 1900	58
Das Kaiserreich in der Sackgasse?	59

<b>Das Ende des Kaiserreichs: Weltkrieg und Revolution</b>	<b>62</b>
1914: die Inszenierung nationaler Einheit	62
Staatsintervention und politische Polarisierung	63
Revolte und Revolution: Massenbewegungen 1917–1918	67



42



50

<b>Das Kaiserreich in der Kontinuität deutscher Geschichte</b>	<b>70</b>
Chronik des Kaiserreichs bis 1914	72
Chronik des Ersten Weltkriegs	73
<hr/>	
<b>Literaturhinweise und Internetadressen</b>	<b>74</b>
<hr/>	
<b>Der Autor</b>	<b>75</b>
<hr/>	
<b>Impressum</b>	<b>75</b>
<hr/>	

# Editorial

Lange Zeit wurde das Deutsche Kaiserreich vornehmlich von seinem Ende her gedeutet und von den Entwicklungen, die ihm folgten: als Vorbelastung für die Weimarer Republik und als Wegbereiter des Nationalsozialismus. Zuschreibungen wie Autoritarismus, Obrigkeitsdenken und gesellschaftlich verbreitete Militarisierung galten als Charakteristika der zeitgenössischen deutschen Gesellschaft und ihrer politischen Eliten.

Viele Anhaltspunkte scheinen diese These zu stützen, darunter besonders der seit den 1870er-Jahren aufkommende Antisemitismus und der sich seit etwa 1900 radikalisierende Nationalismus. Auch die innerparlamentarischen Blockaden des politischen Systems setzten verhängnisvolle Maßstäbe.

Doch eine nur vom Ende her gedachte Interpretation wird der Vielgestaltigkeit der Epoche nicht gerecht. Denn bei näherer Betrachtung offenbart sie auch eine ausgeprägte Modernität, in der sich Parallelen zur Gegenwart entdecken lassen.

Um diese Komplexität der Epoche zu veranschaulichen, legt Benjamin Ziemann, der Autor dieses Heftes, eine Geschichte des Kaiserreichs vor, die einen politischen Schwerpunkt setzt und ihn um Themenfelder der Sozial-, Wirtschafts- und (politischen) Kulturgeschichte ergänzt, die geeignet sind, die Umbrüche zwischen 1871 und 1918 zu verdeutlichen.

In acht Kapiteln, die chronologische und thematische Gliederungsprinzipien verknüpfen, wird zunächst die Reichsgründung geschildert und die Struktur des neuen Nationalstaates in der Spannung zwischen liberalen Zielen und Reichsgründung „von oben“ analysiert.

Die Folgekapitel widmen sich der Innenpolitik unter Bismarck, der zentralen Rolle von Religion und Wissenschaft in Gesellschaft und politischer Kultur des Kaiserreichs und dem Übergang in die Phase der Hochindustrialisierung.

Es wird anschaulich, wie unter dem Druck der Veränderungen die alten Klassenstrukturen in Bewegung geraten. In den Konflikten um die Arbeiterbewegung, um die Sozialdemokratie sowie um die Emanzipation der Juden und den Wunsch der Frauen nach Gleichberechtigung bündelt sich gesellschaftlicher Zündstoff.

Nach einer Betrachtung des deutschen Kolonialismus und der weltwirtschaftlichen Verflechtung des Kaiserreichs seit den 1880er-Jahren kehrt die Darstellung zu den innenpolitischen Entwicklungen der Zeit um 1900 zurück. Es erweist sich, dass autoritäres „Durchregieren“ zunehmend durch eine fundamental politisierte und sich demokratisierende Öffentlichkeit erschwert wird.

Während die Politik im Ersten Weltkrieg zunächst noch einmal erfolgreich eine nationale Gemeinschaft inszenieren kann, endet sie in den Streiks der Jahre 1917/18 und den revolutionären Massenbewegungen im Herbst und Winter 1918/19 mit der völligen Delegitimierung und Auflösung der überkommenen politischen Ordnung.

Abschließend greift die Darstellung Fragen der Kontinuität über 1918 hinaus auf und entwickelt Thesen zur Stellung des Kaiserreichs in der modernen deutschen Geschichte. Insgesamt ist sie eine Einladung, den ersten Nationalstaat in der deutschen Geschichte neu zu entdecken.

Christine Hesse

BENJAMIN ZIEMANN

# Das Kaiserreich als Nationalstaat

**Nicht nur die drei Einigungskriege Preußens gegen Dänemark, Österreich und Frankreich, sondern auch eine bürgerliche Einheitsbewegung unter liberaler Führung ermöglichen es, dass in der Mitte Europas zum ersten Mal in der Geschichte ein deutscher Nationalstaat entsteht. Die Einheitsbewegung „von unten“ beeinflusst auch maßgeblich die Gestaltung des neuen Staatswesens als konstitutionelle Monarchie mit Verfassung und Parlament.**

Am 18. Januar 1871 wurde der preußische König Wilhelm I. im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles vor den Toren von Paris zum deutschen Kaiser proklamiert. Truppen Preußens und seiner süddeutschen Verbündeten hatten zuvor das Reich des französischen Kaisers Napoleon III. militärisch besiegt. Der His-

torienmaler Anton von Werner hat diesen Moment in mehreren Gemälden festgehalten. Seine dritte Version des Motivs aus dem Jahr 1885 rückt den preußischen Ministerpräsidenten und künftigen Reichskanzler Otto von Bismarck (1815–1898) in das Zentrum des Geschehens. Dargestellt ist Bismarck in der weißen Offiziersuniform seines Kürassierregiments (gepanzerte Reiterei) – die er tatsächlich 1871 nicht trug. So steht er links neben Helmuth von Moltke, dem preußischen Generalstabschef, der als militärischer Architekt des Sieges über Frankreich im Krieg von 1870/71 eine prominente Position einnimmt. Das Gemälde war ein Geschenk der Hohenzollernfamilie zum 70. Geburtstag Bismarcks und würdigte den Beschenkten, in dem es bewusst jene Lesart repräsentierte, nach der die Reichsgründung in erster Linie Bismarcks zielbewusster Politik und der Macht des preußischen Militärs zu verdanken war.



Der Maler Anton von Werner fertigt von der Kaiserproklamation in Versailles 1871, an der er teilgenommen hat, insgesamt drei Gemälde, die starke Unterschiede aufweisen. Die erste Fassung von 1877 ist ein Geschenk deutscher Fürsten an den Kaiser, die zweite wird 1882 für das Berliner Zeughaus, die spätere Ruhmeshalle preußisch-deutscher Geschichte, fertiggestellt. Die dritte, sogenannte Friedrichsruher Fassung, erhält Bismarck als Geschenk der Hohenzollernfamilie zu seinem 70. Geburtstag 1885. Auf ihr trägt er – anders als auf der vorherigen Version – eine weiße Paradeuniform und den Orden Pour le Mérite, den er erst 1884 verliehen bekam, und steht im Zentrum des Geschehens.

## Liberalismus und Reichsgründung „von oben“

Doch die auf Bismarck zulaufende Zentralperspektive des Gemäldes täuscht. Die Reichsgründung „von oben“, so wie sie 1871 erfolgte, wäre nicht möglich gewesen ohne einen machtvollen Prozess der Nationsbildung „von unten“. Dieser hatte bereits in der Revolution von 1848/49 einen ersten Höhepunkt erreicht. Doch das Hauptziel der liberalen Mehrheit der Frankfurter Nationalversammlung von 1848/49, die Schaffung eines deutschen Nationalstaates, ließ sich zu diesem Zeitpunkt nicht realisieren. Ein wesentliches Hindernis dafür war der Dualismus zwischen Preußen und Österreich, den beiden Vormächten im Deutschen Bund. Dies war ein 1815 geschaffener Zusammenschluss souveräner Staaten, der die politische Ordnung Mitteleuropas nach dem Untergang des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation garantieren sollte.

Eine Nationsbildung in Gestalt einer „großdeutschen Lösung“ hätte Deutschland unter Einschluss der zum Deutschen Bund gehörenden Gebiete Österreichs vereinigt und zwar unter dem Kaisertum der Habsburger. Doch diese Lösung hätte die außerhalb des Deutschen Bundes liegenden Kronlande der Habsburger – vor allem Ungarn, aber auch Teile des heutigen Norditalien wie etwa Triest sowie Kroatien – außen vor gelassen. Die „kleindeutsche Lösung“, unter Ausschluss Österreichs und mit preußischer Hegemonie, ließ sich 1848/49 ebenso wenig realisieren. Sie scheiterte nicht zuletzt, weil sich der preußische König Friedrich Wilhelm IV. weigerte, die ihm von der Frankfurter Nationalversammlung in der Paulskirche angetragene Kaiserkrone anzunehmen. Die Olmützer Punktation (oder Olmützer Vertrag) zwischen Preußen, Österreich und Russland, in der Preußen 1850 auf einen Führungsanspruch im Deutschen Bund verzichtete, vertiefte den Dualismus, das Spannungsverhältnis zwischen Preußen und Österreich, weiter.

Dennoch gingen von 1848/49 nachhaltige Impulse für die deutsche Nationsbildung aus. Zu diesen zählt – erstens – das von den meisten Liberalen favorisierte politische Modell des Verfassungsstaates, einer konstitutionell gebundenen und begrenzten und damit nicht mehr „absoluten“ Monarchie. In Preußen entsprach Friedrich Wilhelm IV. im Dezember 1848 diesem liberalen Anliegen und oktroyierte eine Verfassung mit einem Katalog von Grundrechten und zwei indirekt gewählten und an der Legislative beteiligten Kammern, die mit geringen Änderungen bis 1918 in Kraft war. Damit blieben im Deutschen Bund nur noch zwei Staaten ohne Verfassung. Der eine war Mecklenburg, in dessen zwei Herzogtümern bis 1918 eine auf das Jahr 1755 zurückgehende landständische und damit feudale Ordnung galt. Der andere war Österreich, das erst mit dem sogenannten Februarpatent des Jahres 1861 eine Verfassung erhielt. Doch dieser Schritt kam zu spät, um die deutschen Liberalen noch positiv zu beeinflussen.

In den beiden Jahrzehnten nach 1848 veränderte sich – zweitens – die politische Orientierung und organisatorische Basis der liberalen Nationalbewegung. Nachdem die rigide politische Reaktion des monarchischen Staates ab 1849 die Hoffnungen der Liberalen zerschlagen hatte, wandten sie sich zunehmend dem Modell der „Realpolitik“ zu, das der Publizist und Politiker Ludwig August von Rochau (1810–1873) mit seinem 1853 erschienenen Buch „Grundsätze der Realpolitik“ einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machte. Danach sollten die Liberalen die Bedeutung Preußens und seiner Großmachtambitionen für die nationale Einigung der Deutschen



Die Reichsgründung ist nicht nur ein „von oben“ verordneter Akt, sondern die Nationsbildung erhält starke Impulse von der 1848er-Bewegung. Feierlicher Einzug der Mitglieder des Vorparlaments in die Paulskirche in Frankfurt 1848

anerkennen. Dies erforderte zugleich, eine neue Balance zwischen zwei liberalen Zielen zu finden: zwischen dem der Freiheit – das sich gegen die autoritäre Politik der Fürsten und ihrer Regierungen richtete – und dem der nationalen Einheit. Zudem verabschiedeten sich die Liberalen unter dem für viele von ihnen verstörenden Eindruck der sozialen Arbeiterproteste von 1848 von egalitären Idealen. Gleichzeitig verdichtete sich das Netz der Vereine, vor allem der Sängervereine und Turnvereine, welche die soziale Basis der Nationalbewegung bildeten. Als sich ab 1859 die nationale Einigung Italiens anbahnte – und damit die Machtposition Österreichs weiter schwächte –, gab dies auch dem deutschen Nationalismus Auftrieb. Nun schien es offenkundig, dass die Schaffung eines neuen Nationalstaates in der Mitte Europas möglich war. Im selben Jahr gründeten bürgerliche Liberale den Deutschen Nationalverein, der sich in der Öffentlichkeit für eine nationale Einigung im Sinne der kleindeutschen Lösung einsetzte.

Nach 1848 intensivierte sich – drittens – die Nationsbildung im sozioökonomischen und kulturellen Bereich. Es entwickelte sich schrittweise ein nationaler Kommunikations- und Verkehrsraum, der über die inneren Grenzen der ursprünglich 38 Mitgliedstaaten des Deutschen Bundes hinauswies. Damit war zwar noch keine Vorentscheidung über die Form eines künftigen Nationalstaates gefallen oder dessen Gründung unausweichlich geworden. Aber die Verdichtung von Netzwerken, die Österreich außen vor ließen, ergänzte im sozialen Bereich die politischen Ereignisse der Jahre 1864 bis 1871.

Die wichtigste Institution der ökonomischen Vereinheitlichung war der 1834 gegründete Deutsche Zollverein. Er schuf einen durch gemeinsame Zollgrenzen markierten Binnenmarkt, dem außer Österreich und einigen norddeutschen Staaten nach und nach fast alle Glieder des 1871 gegründeten Reiches angehörten. Durch die Normierung von Gewichten und Währungen und durch die Erleichterung ökonomischer Transaktionen trug der Zollverein zu einer stärkeren wirtschaftlichen Vernetzung bei. Parallel dazu verdichtete sich im kulturellen Bereich die schriftliche Kommunikation durch gesteigerte Titel-

### Kulturelle Nationsbildung vor 1871

Mit der Kaiserproklamation im Spiegelsaal des Schlosses in Versailles am 18. Januar 1871 kam es zur Gründung eines deutschen Nationalstaates. Für viele Angehörige der deutschen Nationalbewegung erfüllte sich damit ihr wichtigstes politisches Ziel. Der Historiker Heinrich von Sybel (1817–1895) verlieh seinen Emotionen überschwänglich Ausdruck, als er am 27. Januar 1871 an einen Freund schrieb: „Wodurch hat man die Gnade Gottes verdient, so große und mächtige Dinge erleben zu dürfen? Und wie wird man nachher leben? Was zwanzig Jahre der Inhalt alles Wünschens und Strebens gewesen, das ist nun in so unendlich herrlicher Weise erfüllt!“

Sybel und andere Historiker der sogenannten borussischen Schule der Geschichtsschreibung hatten schon vor 1871 damit begonnen, die Gründung des Nationalstaates als ein notwendiges Ergebnis der historischen Mission des preußischen Machtstaates darzustellen. Demnach sei es Preußens „Beruf“ gewesen, nach der Zerschlagung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation durch Napoleon 1806 die staatliche Ordnung und Einheit in Deutschland wieder herzustellen. Neben Sybel waren es Historiker wie Johann Gustav Droysen (1808–1884) und Heinrich von Treitschke (1834–1896), die in ihren Büchern und Aufsätzen die deutsche Geschichte seit 1800 als eine geradlinige und zielstrebige Entwicklung hin zur kleindeutschen Version des deutschen Nationalstaates unter preußischer Führung interpretierten.

Doch in der borussischen Geschichtslegende ging nicht nur jene Vielfalt an Zielvorstellungen verloren, welche die deutsche Nationalbewegung vor 1871 auszeichnete. Die Legende unterstellte der Nationalbewegung zudem das Streben nach einem einheitlichen Nationalstaat, das so nicht bestand. Einen Hinweis darauf bietet bereits der sprachgeschichtliche Befund. Die Verwendung des Wortes „Nationalstaat“ ist erstmals in einem politischen Pamphlet aus dem Jahr 1842 belegt. In den weiteren Sprachgebrauch drang der Begriff erst während der Revolution von 1848/49 ein, als es erste Versuche gab, einen deutschen Nationalstaat zu begründen. Doch die deutsche Nationalbewegung war bis 1871 nicht auf die Schaffung eines Einheitsstaates fixiert. Sie verstand die deutsche Nation in einem viel weiteren, sozialen und kulturellen Sinn, als die Einübung von nationalen Werten und die Schaffung von gemeinsamen Symbolen.

Die Staatsvorstellung der Nationalbewegung war föderativ. Sie zielte auf die Schaffung einer Nation, in der die bestehenden Einzelstaaten ihren Platz finden sollten. Diese Haltung lässt sich als „föderatives Nationalbewusstsein“ (Dieter Langewiesche) bezeichnen. Erst nachdem die Nationalstaatsgründung 1871 vollbracht war, belegte die borussische Legende diese Haltung mit dem abwertenden Begriff „partikularistisch“, der als Gegensatz zur nationalen Einheit gemeint war. Doch ein solcher Gegensatz entsprach nicht dem Erwartungshorizont der Nationalbewegung vor 1871.

Entgegen der borussischen Legende trat der Einheitsstaat erst in das Zentrum der Nationalbewegung, nachdem er im Gefolge der drei Kriege 1864, 1866 und 1870/71 entstanden war. Die organisierte Nationalbewegung vor 1871 verstand ihre Arbeit deshalb in erster Linie als einen Beitrag zur kulturellen Nationsbildung, welche die überregionale Zusammengehörigkeit der Deutschen durch Symbole und rituelle Praktiken anschaulich und sinnlich erfahrbar machte. Die wichtigsten von ihnen waren das Turnen, das den männlichen Körper für die

Nation ertüchtigte, und der vierstimmige Männergesang, der volkstümliche und patriotische Lieder anstimmte. So bildeten die Turner und Sänger den Kern des organisierten Nationalismus. Beide Gruppen schlossen sich in Vereinen zusammen, die sich bereits vor 1848 zu einer Massenbewegung entwickelten. Die Zeit der politischen „Reaktion“ von 1849 bis 1858 war eine tiefe Zäsur, viele Vereine wurden verboten. Von 300 Turnvereinen mit circa 80 000 Mitgliedern überdauerten nur 100 die Repression nach 1849. Doch mit dem Aufschwung der Nationalbewegung nach 1859 gab es bereits 1864 rund 1900 Turnvereine mit 167 000 Mitgliedern.

Turner und Sänger benutzten öffentliche Feste als wichtige Foren für die Darstellung ihrer Werte und Ziele. Die Schillerfeiern des Jahres 1859 rückten die sprachlich-kulturellen Grundlagen der deutschen Nation in den Mittelpunkt. In den frühen 1860er-Jahren fanden dann die großen Nationalfeste der Sänger, Turner und Schützen statt. Hier zelebrierten die zumeist bürgerlichen und kleinbürgerlichen Mitglieder der nationalen Vereine ihre Leitwerte: Einheit und Freiheit. Nationale Einheit verstand sich dabei nicht in Abgrenzung zu anderen Völkern, sondern schloss die Vorstellung einer „Völkersolidarität“ ein. Unter den schwarz-rot-goldenen Fahnen der Nationalbewegung und jenen der Einzelstaaten beschwor man das föderative Ziel, „ein einzig Volk von Brüdern zu sein“. Turner und Sänger forderten die „Eintracht“ aller Deutschen und damit ein harmonisches Gesellschaftsideal, das in einer gegliederten Ordnung soziale Konflikte vermeiden sollte.



Auf ihren großen Nationalfesten zelebriert die Turnerbewegung ihre Werte und Ziele: Einheit und Freiheit. Einzug der Turner in die Feste Coburg beim ersten allgemeinen deutschen Turnfest 1860

und Auflagenzahlen von Zeitungen und Buchtiteln im Zuge der Leserevolution des 19. Jahrhunderts. In dem imaginären Raum der gedruckten Texte ließen sich die Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Deutschen reflektieren und geografisch weit voneinander entfernte Orte als Teil einer gemeinsamen nationalen Kultur begreifen.

Ohne diesen Vorlauf in Gestalt der Bildung von Verfassungsstaaten, der ökonomischen und kulturellen Verdichtung eines nationalen Kommunikationsraumes sowie des von „Realpolitik“ geprägten Einsatzes der Liberalen für einen kleindeutschen Nationalstaat wäre es 1871 kaum zu dessen Gründung gekommen. Zwar reichten diese Faktoren allein noch nicht aus, um einen deutschen Staat zu bilden. Die Entwicklungen in all diesen Feldern machten eine großdeutsche Lösung unter Einschluss Österreichs allerdings immer unwahrscheinlicher. Zudem setzte sich im Zentrum der preußischen Politik die Auffassung durch, dass ein Bündnis mit der liberalen Nationalbewegung den Großmachtambitionen Preußens dienlich sei. Damit wurde zugleich der Widerstand der preußischen Konservativen überwunden, für die der Nationalstaat gleichbedeutend mit dem Untergang der Souveränität einzelstaatlicher Fürsten und der Entfesselung partizipatorischer Leidenschaften war.

Die Verankerung dieser Politik in Preußen war das Werk Otto von Bismarcks. Seine Ernennung zum preußischen Ministerpräsidenten erfolgte 1862, als der Verfassungskonflikt auf seinem Höhepunkt war. In diesem Konflikt zwischen Krone und liberaler Partei ging es neben der Heeresreform (Vergrößerung des Heeres, Verlängerung der Dienstpflicht, stehendes Heer statt Landwehr), der sich die Liberalen verweigerten, im Kern um das parlamentarische Budgetrecht des Landtages. Bismarck nutzte eine angebliche „Lücke“ in der Verfassung für den Fall eines Konflikts, um die Rechte des Königs durchzusetzen.

Zugleich nutzte er die Deutschlandpolitik, um in einem informellen Bündnis mit den Liberalen die preußische Hegemonie in Deutschland durchzusetzen. Dem dienten zunächst die beiden erfolgreichen Kriege gegen Dänemark 1864 – über die Frage der Einbindung von Schleswig-Holstein in den Deutschen Bund – und dann 1866 gegen Österreich. Dabei war 1866 das eigentliche Epochenjahr. Denn durch den militärischen Sieg Preußens über Österreich wurde der Deutsche Bund zerstört und die nationale Frage im Sinne der kleindeutschen Lösung entschieden. Während der 1871 gegründete Staat den Namen „Reich“ annahm, basierte er doch gerade auf dem Ausschluss der traditionellen Vormacht des bis 1806 bestehenden Alten Reiches, dem habsburgischen Österreich. Ein Reich ohne die Habsburger hatte es zuvor nie gegeben. Noch in einem zweiten Sinn markiert die Reichsgründung 1871 einen tiefen Bruch. Denn sie ist „gegen eine Hauptlinie deutscher Geschichte“ erfolgt, in der seit der Frühen Neuzeit Einheit nur durch eine lockere, föderative „Verbindung von Staaten“ verkörpert worden war. (Dieter Langewiesche)

Bismarck nutzte den Sieg über Österreich, um die außen- und innenpolitische Situation zu bereinigen. Im Krieg von 1866 hatte die Mehrheit der deutschen Staaten – darunter alle südlich des Mains sowie Sachsen und Hannover – und ihrer Bevölkerungen sich noch gegen Preußen und seine norddeutschen Verbündeten gestellt. Nun annektierte Preußen Schleswig-Holstein ebenso wie Hessen-Nassau, Frankfurt und das welfische Königtum Hannover. Der Norddeutsche Bund, 1867 gegründet, umfasste alle Staaten nördlich des Mains. In seiner Verfassung nahm er die 1871 geschaffene politische Ordnung weitgehend vorweg.



In drei Kriegen wird die Einigung Deutschlands unter preußischer Führung und unter Ausschluss Österreich-Ungarns gefestigt: Sturm der Preußen auf die Düppeler Schanzen am 18. April 1864 im deutsch-dänischen Krieg, ...



... Wilhelm I. in der Schlacht von Königgrätz gegen das österreichische und das sächsische Heer 1866, ...



... Schlacht bei Sedan am 2. September 1870 im Deutsch-Französischen Krieg 1870/71, der mit der Kapitulation der französischen Truppen endet.

Innenpolitisch suchte Bismarck mit dem „Indemnitätsgesetz“ (Indemnität verschafft eine nachträgliche Legitimation) 1866 vom preußischen Landtag eine nachträgliche Billigung seines Vorgehens im Verfassungskonflikt und der seit 1862 getätigten Staatsausgaben zu erreichen. Die Gesetzesvorlage war auch ein Angebot zur Einigung mit den Liberalen, die sich in dieser Frage spalteten. Sie führte zum Zerbrechen der Deutschen Fortschrittspartei, als die Befürworter einer Verbindung von Liberalismus und Kooperation mit Bismarck in der nationalen Frage 1867 die Nationalliberale Partei gründeten. Die mit ihrer Hilfe durchgesetzte Annahme der Indemnitätsvorlage war keine Kapitulation der Liberalen vor Bismarck. Sie war vielmehr die realistische Anerkennung der Tatsache, dass sich das Ziel der nationalen Einigung nur durch eine Kooperation mit der preußischen Regierung erzielen ließ.

## Die Gründung des Deutschen Reiches



© mr-kartographie, Gotha 2016

Die Liberalen konnten zudem mit Stolz auf ihre führende Rolle bei der Modernisierung von Gesellschaft und Wirtschaft blicken, die der Reichstag des Norddeutschen Bundes zwischen 1867 und 1870 in rund 80 Reformgesetzen in Angriff nahm. Damit wurde die Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit durchgesetzt, eine polizeiliche Beschränkung der Eheschließung aufgehoben, die in der Praxis die Familiengründung bei den Unterschichten kontrolliert hatte, und das korporativ-ständische Heimatrecht beseitigt. Das Handelsgesetzbuch des Jahres 1869 und eine Reform des Gewerbe- und Aktienrechts waren Eckpfeiler einer umfassenden Liberalisierung der ökonomischen Nutzung von Arbeit und Kapital. Eine Neuordnung der Kreisverwaltung und der Verwaltungsgerichtsbarkeit in Preußen rundete das Reformwerk ab. Binnen weniger Jahre wurden so die Grundlagen für eine umfassende Freisetzung der modernen kapitalistischen Wirtschaft und für ein inklusives, also auf Rechtsgleichheit basierendes Staatsbürgerrecht geschaffen. Das war eine „bürgerliche Reichsgründung“ (Hans-Ulrich Wehler) mit langfristigen sozialen Folgen, die der militärischen Reichsgründung „von oben“ an die Seite zu stellen ist.

Die militärische Reichsgründung durch drei Einigungskriege fand ihren Abschluss mit dem Deutsch-Französischen Krieg 1870/71. Mit viel machtpolitischem Geschick

nutzte Bismarck die Kandidatur eines katholischen Hohenzollernprinzen für den seit 1868 vakanten spanischen Thron, um das französische Kaiserreich Napoleons III. „in eine ungünstige Ausgangsposition hineinzumanövrieren“ (Lothar Gall) und letztlich in einen Krieg gegen Preußen zu treiben. Die Kriegserklärung Frankreichs schürte das Nationalgefühl der Deutschen. Die militärische Niederlage Frankreichs, am 2. September 1870 in der Schlacht von Sedan besiegelt, machte den Weg für einen Beitritt der süddeutschen Staaten zum Norddeutschen Bund frei. Die unter Ausschluss der liberalen Bewegung geführten Verhandlungen führten im November 1870 zum Abschluss entsprechender Verträge.

Die auf dieser Grundlage geschaffene Reichsverfassung trat am 1. Januar 1871, also noch vor der Kaiserproklamation in Versailles, in Kraft. Als Bildung einer Union von Staaten durch deren jeweilige Regierungen – und damit unter Ausschluss der Parlamente und Verzicht auf eine verfassunggebende Versammlung – war dies der Weg einer „Revolution von unten“, welcher neben die liberale Nationsbildung von oben trat. Eine Revolution war es, da die Bildung des Nationalstaates die traditionelle Legitimität der Könige, Großherzöge, Herzöge und Fürsten in den Bundesstaaten des Reiches unterminierte.

## Der föderative Nationalstaat

Mit der Reichsgründung war ein deutscher Nationalstaat geschaffen. Zwar lebten neben seinen 40 Millionen Bewohnern noch 25 Millionen weitere Menschen mit deutscher Sprache und Kultur außerhalb seiner Grenzen. Dennoch konnte die liberale Bewegung ihn als Erfüllung der nationalen Hoffnungen begreifen, die sie seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts gehegt hatte, selbst wenn sie seine politische Ordnung als noch verbesserungswürdig beurteilte.

Die Grundelemente des politischen Systems des Kaiserreichs waren in der **Verfassung** niedergelegt. Sie basierte auf einem Kompromiss zwischen den monarchisch-autoritären und den liberalen Tendenzen, die in seine Gründung eingeflossen waren. Die Balance dieser widerstrebenden Elemente war dabei durch den knappen Text der Verfassung nicht festgelegt. Es blieb den künftigen politischen Gewichten überlassen, ob und in welche Richtung sie sich wandelte. Die Verfassungsordnung des Kaiserreichs ist deshalb treffend als ein „System der umgangenen Entscheidungen“ (Wolfgang J. Mommsen) bezeichnet worden.

Anders als die preußische Verfassung von 1849 kannte die Verfassung von 1871 keinen Grundrechteteil, der individuelle Schutz- und Freiheitsrechte der Bürger festlegte. Dennoch war das Kaiserreich im Kern ein Rechtsstaat, der eine einheitliche Rechtsordnung entwickelte und den Bürgern ein hohes Maß an Rechtssicherheit bot. Es war keine Diktatur, die staatliches Handeln rechtlicher Kontrolle entzog, auch wenn die Rechtspraxis etwa in der Zensur von Druckschriften von liberalen Maßstäben weit entfernt war und Sonderbereiche wie die Militärgerichtsbarkeit keiner öffentlichen Kontrolle unterlagen.

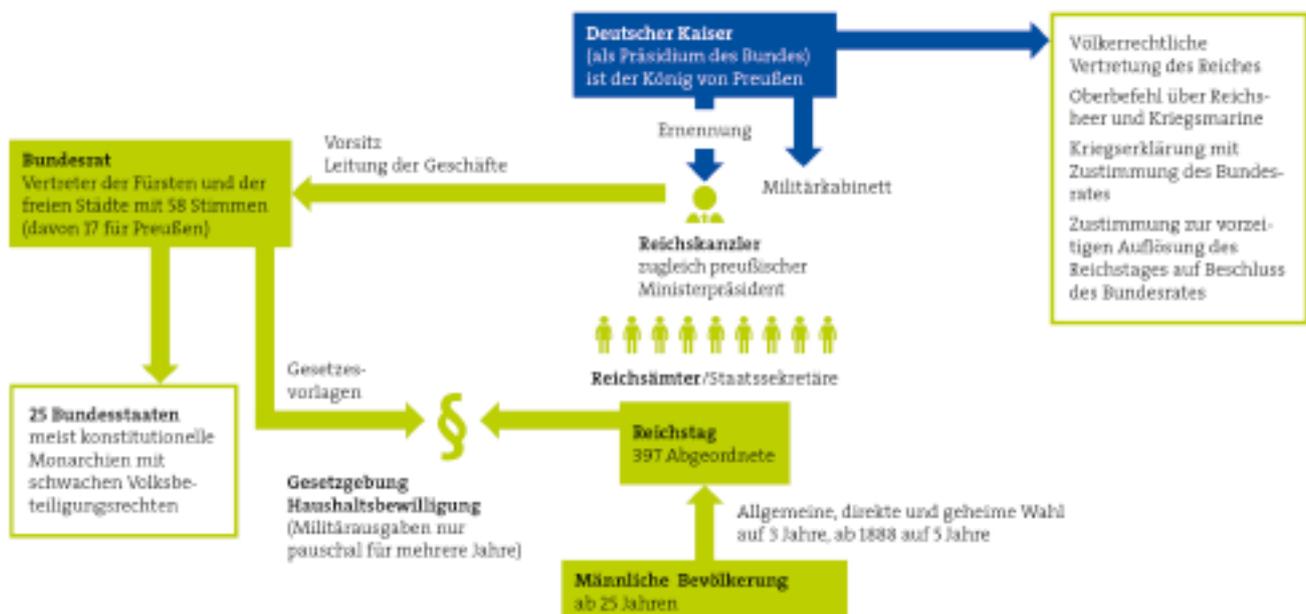
Die Verfassung benannte vier zentrale politische Organe: Kaiser und Reichskanzler, Reichstag und Bundesrat. Der **Bundesrat**, der aus den Bevollmächtigten der Bundesstaaten bestand, war der Träger der Souveränität. In seiner exekutiven Funktion konnte er mit seinem „Präsidium“ – dem Kaiser – Kriegserklärungen beschließen und den Reichstag auflösen.

Zugleich wirkte er zusammen mit dem Reichstag als Legislative und musste allen Gesetzen, auch dem Reichsbudget, zustimmen. Der Bundesrat repräsentierte zugleich das starke föderale Element des neuen Staates, der als ein „ewiger Bund“ von 22 Einzelstaaten und drei freien Städten konzipiert war.

Diese 25 Glieder behielten jedoch wesentliche Elemente ihrer Eigenstaatlichkeit. Dazu zählten zum einen Kompetenzen in der Schul-, Hochschul- und zum Teil auch Kirchenpolitik, die – mit Folgewirkungen bis in die Gegenwart – Sache der Bundesstaaten blieben, aber auch eigene Einnahmen aus direkten Steuern. Zudem normierte das Reich nicht die Verfassungen der Einzelstaaten. Bis auf die beiden mecklenburgischen Herzogtümer folgten zwar alle Staaten dem Typus der konstitutionellen Ordnung mit einer gewählten „zweiten“ Kammer und einem Oberhaus, dessen Mitglieder sich entweder durch ihre adelige Geburt, durch staatliche Berufung oder wie Bischöfe durch ihr Amt qualifizierten.

Aber sowohl das Wahlrecht als auch die Regierungspraxis der Einzelstaaten unterschieden sich ganz erheblich. Im liberalen Südwesten des Reiches kam es zu einer sukzessiven Erweiterung des Wahlrechts, im Königreich Sachsen schränkte man es dagegen ein. Hier wurde 1896 ein relativ inklusives, gleiches Wahlrecht durch ein restriktives Dreiklassenwahlrecht ersetzt, um den Aufstieg der Sozialdemokratie einzudämmen. Erst 1906 nahm die sächsische Regierung diese Einschränkung teilweise zurück und führte ein etwas offeneres Pluralwahlrecht ein. Im Rahmen dieses föderalen Dualismus von Reich und Einzelstaaten kam dem Bundesrat die Aufgabe zu, möglichst den konservativen Status quo zu bewahren und zugleich die preußische Hegemonie zu bemänteln. Obwohl mit zwei Dritteln der Reichsbevölkerung der weitaus größte Einzelstaat, entsandte Preußen nur 17 von 58 Vertretern in den Bundesrat. Preußen übte seine Hegemonie im Bundesrat de facto über Vorverhandlungen über strittige Themen aus und konnte bei Bedarf jederzeit auf die Stimmen der norddeutschen Mittelstaaten rechnen.

## Die Verfassung des Deutschen Reiches von 1871





Im Kaiserreich ist der Bundesrat, in dem die Bevollmächtigten der Bundesstaaten vertreten sind (hier 1889), Träger der Souveränität und repräsentiert das föderale Element.



Der Kaiser steht an der Spitze des Reiches, im Einvernehmen mit ihm koordiniert der Reichskanzler die Richtlinien der Politik. Bismarck und Kaiser Wilhelm I. (v. re. sitzend) mit preußischem Kabinett im Alten Palais in Berlin 1878



Die Abgeordneten des Reichstages repräsentieren das nationale und demokratische Element im politischen Gefüge; erste Sitzung des neu gewählten Reichstages in Berlin am 7. Februar 1912.

Der preußische Hohenzollernkönig war als **Kaiser** der Verfassung nach nur das „Präsidium“ des 1871 geschaffenen Staatenbundes. In dieser Rolle vertrat er das Reich nach außen. Zusammen mit dem Bundesrat erklärte er Krieg und Frieden und konnte das Parlament auflösen und damit Neuwahlen zu einem dem Reichskanzler genehmen Zeitpunkt anberaumen. Dies geschah in den Jahren 1878, 1887, 1893 und 1907 und zwar in jedem dieser Fälle als ein Drohpotenzial gegenüber einer regierungskritischen Politik. Zudem ernannte und entließ der Kaiser den Reichskanzler. Dieser war somit nicht von einer Mehrheit im Parlament, sondern allein vom Vertrauen des Monarchen abhängig. Mit dem Zivil-, Militär- und Marinekabinett verfügte der Kaiser zudem über Gremien, mit denen er Personalentscheidungen vor allem im Offizierkorps steuern konnte. Bereits Wilhelm I., und mehr noch dem seit 1888 amtierenden Wilhelm II. wuchs darüber hinaus die Rolle einer symbolischen Integrationsfigur des Reiches zu. Die Ausstrahlungskraft des „Reichsmonarchen“ übertraf die seiner Rolle als preußischer König, er wurde zur Projektionsfläche der nationalen Wünsche und Träume breiter Bevölkerungskreise.

Dem **Reichskanzler** kam im Machtgefüge des Kaiserreichs eine Schlüsselstellung zu. Er koordinierte im Einvernehmen mit dem Monarchen und allein auf dessen Vertrauen gestützt die Richtlinien der Politik und vertrat sie gegenüber dem Reichstag. Zugleich kontrollierte er als Vorsitzender im Bundesrat, den er mit den preußischen Stimmen steuerte, das föderale Element der Politik. Mit Ausnahme von Leo von Caprivi, der von 1890 bis 1894 als Reichskanzler amtierte, war der Kanzler zugleich preußischer Ministerpräsident. Damit konnte er auch das Gewicht des wichtigsten Einzelstaates und seiner Bürokratie in die Waagschale der Reichspolitik werfen.

Unter den insgesamt acht Kanzlern im Kaiserreich – von denen drei nur recht kurzzeitig im Ersten Weltkrieg amtierten – kam Otto von Bismarck eine besondere Stellung zu. Das lag nicht nur an seiner langen Amtszeit von 1871 bis 1890 sowie an dem politischen Kapital und dem besonderen Vertrauen, das er sich bereits als preußischer Ministerpräsident in der Zeit des Verfassungskonfliktes bei Wilhelm I. erworben hatte. Es lag auch an Bismarcks ausgeprägtem Machtinstinkt und an seinem Einsatz manipulativer Herrschaftstechniken. Manche Zeitgenossen haben dies als „Bonapartismus“ bezeichnet. Das war eine Anspielung auf die plebiszitären Elemente der Politik von Napoleon III., des Neffen von Napoleon Bonaparte. Dieser nutzte mit einem Staatsstreich im Jahr 1851 seine Wahl als französischer Präsident zum Ausbau diktatorischer Vollmachten. Es ist jedoch nicht richtig, diesen Aspekt zur Signatur der Politik im Kaiserreich unter Bismarck insgesamt zu verallgemeinern.

Der **Reichstag** stand der starken Exekutive aus Reichskanzler und Kaiser als Repräsentation des nationalen und demokratischen Elements im politischen Gefüge des Reiches gegenüber. Er bestand aus 397 Abgeordneten, die für anfangs drei, ab 1888 dann fünf Jahre gewählt waren. Das Parlament hatte zuallererst eine legislative Kompetenz, da alle Reichsgesetze seiner Zustimmung bedurften. Zudem hatte es das Budgetrecht, musste also jährlich den Haushalt bewilligen. Allerdings wurde der Militäretat – und damit fast drei Viertel aller Ausgaben des Reiches – ab 1874 auf zunächst sieben (Septennat), ab 1893 dann auf fünf Jahre (Quinquennat) bewilligt. Das war ein Kompromiss mit den Forderungen der Militärs, die 1874 gar eine dauerhaf-

te Bewilligung gefordert hatten. Dennoch bedeutete dies eine sehr schwerwiegende Einschränkung des parlamentarischen Budgetrechts. Bis zum Oktober 1918, als überhastete Reformen auf die Forderung von US-Präsident Thomas Woodrow Wilson nach einer Demokratisierung reagierten, war das Kaiserreich kein parlamentarisches System. Denn zum einen stand dem Parlament keine Reichsregierung gegenüber, die es zur Rechenschaft ziehen konnte. Die Leiter der Reichsämtler – von denen es mit dem Reichskanzleramt und dem Auswärtigen Amt zunächst nur zwei gab – waren als „Staatssekretäre“ dem Reichskanzler nachgeordnet. Da es keine kollegial beratende Regierung gab, werden Kanzler und Staatssekretäre der Reichsämtler zusammen als Reichsleitung bezeichnet. Zum anderen war der Reichskanzler selbst nicht vom Vertrauen des Parlaments abhängig, wie es in einer parlamentarischen Demokratie üblich ist. Allein der Kaiser berief und entließ ihn.

Bis zum Oktober 1918 verblieben der Reichstag und die dort vertretenen Parteien so im Vorhof der Macht. Dennoch kam es bereits in den Jahrzehnten vor 1914 zu einer schrittweisen Aufwertung des Reichstages. Das hatte zwei wichtige Gründe. Der erste war der Aufstieg des modernen Sozial- und Interventionsstaates, der seit den 1880er-Jahren eine Fülle von Aspekten der Sozialverfassung und Wirtschaft einer politischen Regulierung unterwarf. Die dafür erforderliche intensive Gesetzgebungsarbeit erforderte in steigendem Maße technische Fachkompetenzen, über die der ohne bürokratischen Unterbau operierende Bundesrat nicht verfügte. Durch die Befassung mit diesen Gesetzen nahmen die Fachexperten der Reichstagsfraktionen eine wichtige Rolle im politischen Betrieb ein. Zum anderen übte der Reichstag ein Kontrollrecht dadurch aus, dass er Petitionen behandelte, Anfragen zur Politik der Reichsleitung stellte und sie im Zuge der Budgetberatung einer Kritik unterwarf. Damit wuchs ihm mittelfristig die Rolle des wichtigsten nationalen Forums für die kontroverse öffentliche Diskussion politischer Fragen zu.

Die Aufwertung der formalen, im Budgetrecht liegenden und der informellen Kontrollfunktion des Reichstages war unmittelbar gekoppelt an die demokratische Legitimation, die ihm durch das **Wahlrecht** zukam. Es war ein allgemeines, gleiches, geheimes und direktes – das heißt ohne ein zwischengeschaltetes Kollegium von Wahlmännern ausgeübtes – Wahlrecht, das jedem Mann über 25 Jahren eine Stimme gab. Im europäischen Vergleich war dies eine extrem progressive, ja nachgerade revolutionäre Regelung. Als der Norddeutsche Bund das allgemeine Wahlrecht 1867 erstmals praktizierte, hatten nur Frankreich, Griechenland und einige Kantone der Schweiz ein vergleichbar inklusives Wahlrecht. Das Vereinigte Königreich hingegen, immerhin das Mutterland des Parlamentarismus, hatte 1867 mit dem *Second Reform Act* zwar die Zahl der wahlberechtigten Männer verdoppelt. Dennoch blieb das Wahlrecht weiter an den Besitz von Eigentum gekoppelt. Trotz einer weiteren Reform im Jahr 1884 waren selbst 1911 nicht mehr als 60 Prozent der erwachsenen Männer in Großbritannien wahlberechtigt.

Bei der Einführung dieses sehr weitgehenden Wahlrechts für den Reichstag des Norddeutschen Bundes hatte Bismarck ein antiliberales Kalkül verfolgt. Die liberale Mehrheit im preußischen Landtag der frühen 1860er-Jahre basierte auf dem dort geltenden ungleichen Dreiklassenwahlrecht, das die bürgerlichen Gruppen mit hoher Steuerleistung bevorzugte. Durch die Einführung des gleichen Wahlrechts



Das Wahlrecht zum Reichstag ist im europäischen Vergleich sehr fortschrittlich. Eigentlich dazu gedacht, die konservative Wählerschaft zu mobilisieren, begünstigt es den Aufstieg der Sozialdemokratie. Zeichnung von Walter Crane

hatte Bismarck gehofft, die konservative Landbevölkerung der Bauern und Landarbeiter gegen die Liberalen zu mobilisieren. Doch mittel- und langfristig scheiterte diese Strategie. Stattdessen begünstigte sie den Aufstieg der SPD zur stärksten Partei im Kaiserreich. Neben diesem Beitrag zur Demokratisierung des Kaiserreichs – den wir weiter unten genauer verfolgen – war ein zweiter wichtiger Effekt des Wahlrechts die nationale Integration durch politische Teilhabe. Bereits 1867 stellte sich die radikaldemokratische und antipreußische Sächsische Volkspartei zur Wahl und entsandte Abgeordnete – darunter August Bebel – in den Norddeutschen Reichstag. Bei der ersten Reichstagswahl 1871 folgten die Bayerische Patriotenpartei und die Deutsch-Hannoversche Partei. Beide vertraten entschiedene Gegner der Reichsgründung, katholische Bayern bzw. Welfen, die eine Restauration des Königreichs Hannover forderten. Mit der Teilnahme an den Wahlen akzeptierten sie jedoch zugleich dessen politische Spielregeln und die Partizipationschancen auf nationaler Ebene, die es bot.

## Das Parteiensystem

Zum politischen System des Kaiserreichs gehörten auch die Parteien, selbst wenn die Verfassung nirgendwo von ihnen sprach. Seit der Revolution 1848/49 hatten sich moderne Parteien und im Zusammenhang damit bereits ein Fünfparteiensystem herausgebildet. Dieses wies bis 1918, ja mit gewissen Veränderungen sogar bis zur Zerstörung der Weimarer Republik 1933, eine erstaunliche Beständigkeit auf. Eine wichtige Ursache dafür war, dass alle Parteien in „sozialmoralischen Milieus“ (M. Rainer Lepsius) sozial und lebensweltlich verankert waren. Regionale Traditionen, ökonomische und religiös-konfessionelle Faktoren sowie nicht zuletzt jene Personen, die zwischen Lebenswelt und Politik vermittelten (z.B. katholische Priester oder sozialdemokratische Gewerkschafts- und Parteifunktionäre) prägten diese Milieus.

Im Zusammenspiel mit der Verfassung, welche die Parteien von Verantwortung für die Regierung fernhielt, sorgten auch die Milieus dafür, dass die Kompromiss- und Koalitionsbereitschaft der Parteien im Kaiserreich nur gering ausgeprägt war. Stattdessen waren sie vornehmlich auf die Pflege ihrer Klientel und Weltanschauung bedacht. Das betraf weniger die Wähler. Zwar gab es ab 1900 in vielen Großstädten protestantische Kleinbürger und katholische Arbeiter, die statt Liberalen und Zentrum die SPD wählten. Die jeweiligen Parteiliten hielten jedoch auch nach 1900 an der Abschottung der Milieus gegeneinander fest.

Auf dem rechten Flügel des Parteiensystems standen die **Konservativen**. Sie teilten sich in die Deutschkonservative Partei und die Freikonservative Partei (Deutsche Reichspartei), welche Bismarcks Politik vorbehaltlos unterstützte. Beide Parteien waren vorwiegend in den agrarischen Regionen Mecklenburgs und Preußens östlich der Elbe verankert. Dort konnten sie auf den

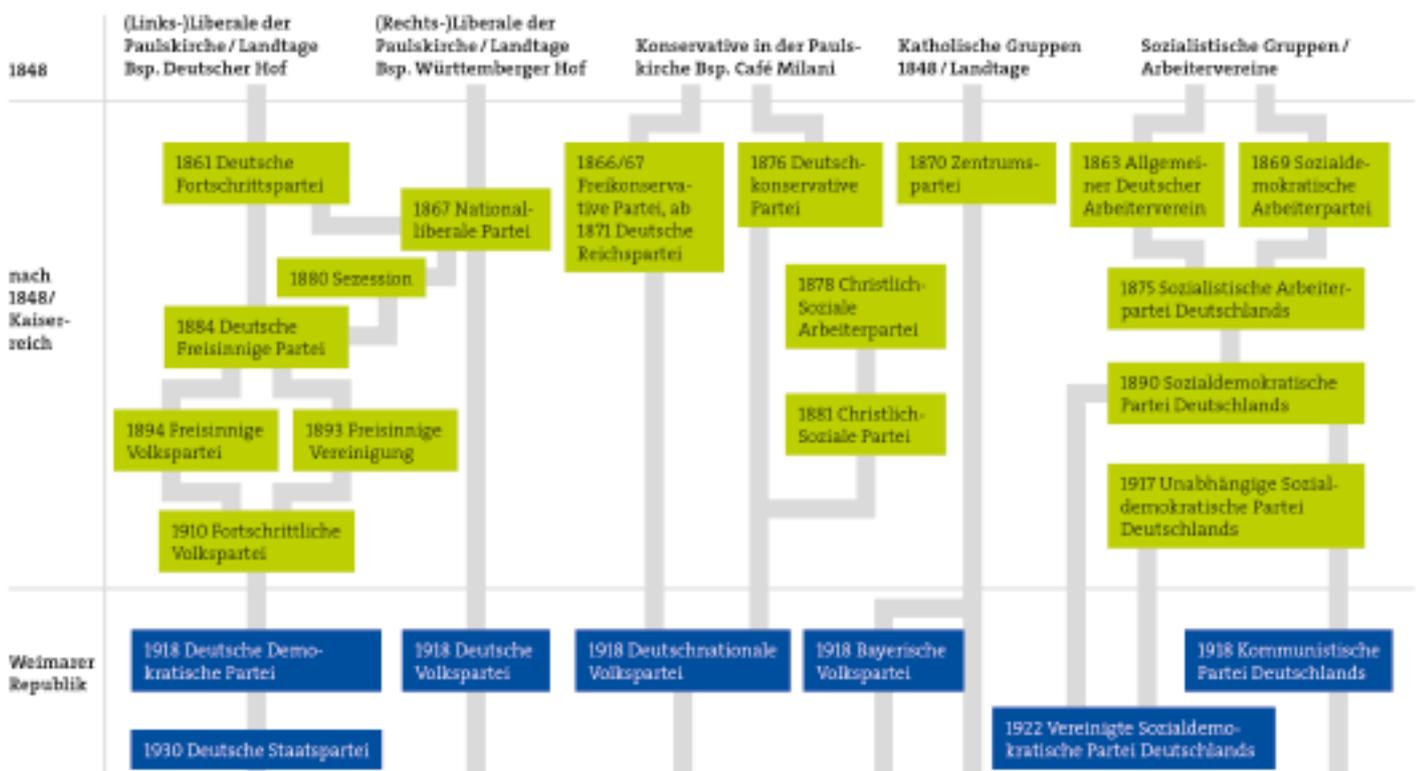
sozialen Einfluss der Gutsbesitzer und die Unterstützung lokaler Verwaltungsbeamter und Landräte zurückgreifen. Da viele Landarbeiter in die Städte abwanderten und bei den Verbliebenen die paternalistische Bindung an die Gutsbesitzer nachließ, kam es zu einer Erosion der sozialen Basis beider Parteien. Dies zeigte sich im Rückgang ihrer Unterstützung bei den Reichstagswahlen, von 26,6 Prozent der Stimmen 1878 auf nur noch 12,2 Prozent bei der Wahl 1912.

Die **Zentrumspartei** wurde Ende 1870 als Vertretung des politischen Katholizismus gegründet, der sich seit 1848 formiert hatte. Sie stand damit in einer engen Verbindung mit dem katholischen Bevölkerungsteil, der etwa ein Drittel aller Deutschen ausmachte. Das Zentrum verteidigte deren konfessionelle Interessen gegen das im Kulturkampf (siehe unten) zutage tretende aggressive Vorgehen der Liberalen und gegen Bismarcks Kampf gegen die Präsenz katholischer Frömmigkeit im öffentlichen Raum.

Nach dem Abbruch des Kulturkampfes 1886/87 ließ die religiös-konfessionelle Verbindung zwischen der sozial sehr heterogenen Anhängerschaft der Partei, zu der Bauern und Handwerker ebenso zählten wie Industriearbeiter und rheinische Bürger, deutlich nach. Die damit hervortretenden Interessenkonflikte innerhalb des Zentrums, vor allem die Ausprägung eines kleinbürgerlich-mittelständischen Populismus seit 1890, ließen sich nur mit Mühen austarieren. Das gelang noch am ehesten auf regionaler Ebene, zumal das Zentrum aufgrund der konfessionellen Landkarte des Reiches nur in einigen Regionen wie Baden, Westfalen, dem Rheinland, Bayern und Schlesien stark vertreten war. Auf dem Höhepunkt des Kulturkampfes 1874 konnte das Zentrum mit fast 28 Prozent der Stimmen sein Wählerpotenzial maximal ausschöpfen. Ab 1890 schwankte es jedoch zwischen 16 und 20 Prozent der Stimmen.

### Stammbaum der deutschen Parteien

1848–1933



www.bpb.de, Quelle: Institut für geschichtliche Landeskunde an der Universität Mainz e.V. www.demokratiegeschichte.eu

Mit der Gründung der Nationalliberalen Partei stand **das liberale Lager** im Zeichen der Spaltung zwischen National- und Linksliberalen. Jene avancierten nach 1871 wie bereits im Norddeutschen Bund zu einer de facto mitregierenden Partei, die in Zusammenarbeit mit dem Reichskanzler eine Fülle von Gesetzen auf den Weg brachte, während die Linksliberalen dies ablehnten und weitergehende Rechte des Parlaments – wenn auch keine volle Parlamentarisierung – forderten. Die Geschichte der Linksliberalen ist von zahlreichen Parteispaltungen und -gründungen gekennzeichnet. Erst 1910 kam sie mit der Gründung der Fortschrittlichen Volkspartei (FVP) als linksliberaler Sammelpartei zu einem Abschluss. Trotz der parteipolitischen Spaltung gab es übergreifende Gemeinsamkeiten aller Liberalen, etwa im Hinblick auf ihr Idealbild des eigenverantwortlichen Bürgers, die Orientierung am gesellschaftlichen Fortschritt, den Anti-Katholizismus und die Betonung nationaler Einheit. Bei der Reichstagswahl des Jahres 1871 erreichten beide liberale Parteien zusammen fast 40 Prozent der Stimmen und – ebenso wie 1874 – eine Mehrheit der Mandate.

Langfristig jedoch erlebten Links- wie Nationalliberale eine substantielle Schrumpfung und soziale Verengung ihrer Wählerschaft, allerdings nur relativ zu anderen Parteien, da angesichts des rasanten Bevölkerungswachstums die absolute Zahl der Stimmen für die Liberalen leicht anstieg. Während in den 1870er-Jahren noch zahlreiche protestantische Bauern, Arbei-



Rudolf Ludwig Karl Virchow (1821–1902), Mitbegründer der liberalen Deutschen Fortschrittspartei

ter und Angehörige der unteren Mittelschicht liberale Parteien wählten, führte das gleiche Wahlrecht im Reichstag bald dazu, dass nicht-bürgerliche Sozialgruppen sich je nach sozialer Lage den Konservativen oder den Sozialdemokraten zuwandten. Bei der Reichstagswahl des Jahres 1912 entfielen auf beide Parteien zusammen nur noch knapp 25 Prozent der Stimmen. Da die Mitglieder des Reichstages über ein absolutes Mehrheitswahlrecht in den einzelnen Wahlkreisen bestimmt wurden, waren alle liberalen Parteien zunehmend von der Unterstützung in

### Ziele der liberalen Fortschrittspartei 1873

*Der Mediziner Rudolf Virchow, Mitbegründer der Fortschrittspartei, beschreibt die Ziele der Liberalen nach der Reichsgründung:*

„Wähler! Die großen Ziele, welche die deutsche Fortschrittspartei seit ihrer Gründung verfolgt hat, sind noch lange nicht erreicht. Indessen ist manches davon schneller verwirklicht worden, als selbst wir gehofft hatten [...]. Der Gedanke der deutschen Einheit, den wir von Anfang an aufgenommen und gegen Angriffe und Verdächtigungen der damaligen Regierungspartei geschützt haben, ist jetzt in Kaiser und Reichstag verkörpert. Gleichmäßige Rechtsinstitutionen, in freiheitlichem und humanem Geist aufgestellt, beginnen sich über ganz Deutschland auszubreiten. Der materielle Verkehr, fast auf allen Gebieten von hemmenden Schranken befreit, pulst [...].

Aber noch fehlen den Institutionen des Reichs die wichtigsten Bürgschaften. Selbst die Organisation der höchsten Verwaltungsämter im Reich kann nur als eine provisorische betrachtet werden. Es wird langer und ernster Arbeit bedürfen, um die Lücken der Reichsverfassung und der Reichsgesetzgebung im Sinn einer wahrhaft constitutionellen Entwicklung auszufüllen [...].

Das Budgetrecht wird regelmäßig gehandhabt, und hat durch das Oberrechnungskammergesetz\* eine sichere Unterlage gewonnen. In der Steuergesetzgebung sind die ersten Schritte auf dem Wege einer Reform geschehen, welche einerseits eine gerechtere Vertheilung der Steuern und eine Entlastung der am schwersten bedrückten Volksclassen, andererseits eine den jeweiligen Verhältnissen mehr entsprechende Bemessung der Steuerquoten herbeiführen muß. Der Realcredit hat durch die Ordnung des Grundbuchwesens eine neue Sicherheit erlangt. Die Nothwendigkeit einer Kräftigung der Selbstverwaltung und einer weiteren Decentralisation wird jetzt auch officiell zugestanden; in verschiedenen Richtungen ist schon gegenwärtig durch die Gesetzgebung die polizeiliche und bevormundete Thätigkeit des Staats eingeengt worden, und die neue Kreisordnung wird

sicherlich das Verdienst haben, die Schranken des Feudalismus niedergebrochen und den thätigen Elementen des Volkes in der Verwaltung des Kreises freie Bahn geöffnet zu haben.

Schließlich sind auch auf dem Gebiete der humanen und individuellen Entwicklung einige große Schritte vorwärts gethan. Die Schulregulative\*\* sind gefallen. Unter der entscheidenden Mitwirkung unserer Partei hat die Regierung das Gesetz über die Schulaufsichtsbehörden durchgesetzt, und in der langen Reihe der Kirchengesetze wird der definitive Bruch mit jenem verwerflichen System der gegenseitigen Versicherung zwischen der Beamtenherrschaft im Staat und der Priesterherrschaft in der Kirche, welches so lange unsere Entwicklung darniedergehalten hat, besiegelt werden. [...]

Die Fortschrittspartei ist [...] eine Partei unabhängiger Männer, welche keinerlei Verpflichtungen gegen die Regierung oder gegen einzelne Mitglieder derselben haben. Ihr Programm war und ist ein rein sachliches. Aber sie wird über ihren einzelnen Forderungen nie vergessen, daß es die höchste Aufgabe des Staats ist, seinen Bürgern innerhalb der gesetzlichen Schranken dasjenige Maß individueller Freiheit und diejenigen Mittel der Bildung zu sichern, welche es ihnen möglich machen, an der allgemeinen Culturbe-  
wegung der Menschen theilzunehmen, und sie wird jede einzelne Maßregel der Gesetzgebung und der Verwaltung danach beurtheilen, ob sie dieser Aufgabe förderlich oder hinderlich ist.“

\* Gesetz vom 17. März 1872, das die Befugnisse zur Kontrolle des Staatshaushalts, insbesondere die Feststellung von Abweichungen bei Einnahmen, Ausgaben und Verwendung von Staatsgeldern von den Bestimmungen des Etats oder anderer Gesetze, regelt.

\*\* Gemeint sind die von Ferdinand Stiehl verfaßten drei „Regulative für das Volksschul-, Präparanden- und Seminarwesen“ vom 1., 2. und 3. Oktober 1854, die von pietistischer Tradition und von dynastisch-preußischem Patriotismus getragen sind und sich strikt gegen weltlich-liberales Denken wenden. Sie blieben bis 1872 in Kraft.

Gerhard A. Ritter (Hg.), Das Deutsche Kaiserreich 1871–1914. Ein historisches Lesebuch, 5. Aufl., Vandenhoeck & Ruprecht Verlag, Göttingen 1992, S. 185f.



In vielen Städten des Kaiserreichs tragen liberale Stadtverordnete dazu bei, die Lebensverhältnisse der Bevölkerung zu verbessern, zum Beispiel durch die Förderung des öffentlichen Nahverkehrs: Ausbau und Elektrifizierung der Straßenbahn am Karlsplatz (Stachus) in München ab 1895, ...



... Einfahrt des ersten Zuges in den neu gebauten Hamburger Hauptbahnhof 1906.

Stichwahlen abhängig. Diese fanden dann statt, wenn im ersten Wahlgang noch kein Kandidat die absolute Mehrheit erreicht hatte. In den letzten Wahlen, vor allem in jener des Jahres 1912, kam diese Unterstützung zumeist von den Rechtsparteien. Dies bestärkte die Liberalen zur Zurückhaltung hinsichtlich einer möglichen Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten.

Die Geschichte der Liberalen ist oft als eine „Kapitulation“ vor Bismarck oder als ein unaufhaltsamer Niedergang beschrieben worden, der zu einem Mangel an bürgerlicher Liberalität im Kaiserreich geführt habe. Diese Deutungen übersehen, dass das Einschwenken der Nationalliberalen auf Bismarcks Kurs der nationalen Einigung nicht gleichbedeutend mit ihrem Verzicht auf die Gestaltung der Gesellschaft nach bürgerlichen Normen war. Der relative Rückgang der Wählerstimmen war auch Ausdruck der Tatsache, dass mit der nationalen Einheit das wichtigste Ziel aller Liberalen erreicht war und damit eine Phase der „Normalisierung“ (Dieter Langewiesche) begann. Zudem blieben viele Großstädte des Reiches eine Bastion der Liberalen. Hier konnten sie, begünstigt durch sozial exklusive, Besitz oder Vermögen voraussetzende Zensus- oder Klassenwahlrechte, bis 1918 eine Mehrheit behaupten. Liberale Stadtverordnete und Bürgermeister nutzten diese Machtposition seit den 1880er-Jahren zu

einer Politik der kommunalen Daseinsvorsorge und Leistungsverwaltung, welche die Lebensverhältnisse und -chancen vieler Bewohner erheblich verbesserte. Durch den Aufbau von öffentlichem Nahverkehr, Einrichtungen der öffentlichen Hygiene und Gesundheitsvorsorge sowie durch die Anlage von Parks und botanischen Gärten schufen Liberale eine moderne städtische Infrastruktur. Dieser kommunale Sozialliberalismus ist eine wichtige, aber heute oft vergessene Erfolgsgeschichte der Liberalen im Kaiserreich.

Am linken Rand des Parteiensystems stand die **Sozialdemokratie**. Anders als etwa in Großbritannien, wo dieser Prozess erst nach 1900 stattfand, kam es in Deutschland bereits von 1863 bis 1870 zur „Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie“ (Gustav Mayer, 1911). In deren Gefolge vertraten gewerbliche Arbeiter ihre politischen Interessen selbst. Das lag daran, dass die radikaldemokratischen Ideen linker Arbeitervereine keine angemessene Vertretung bei den Liberalen fanden, deren Hauptinteresse der nationalen Einigung galt. Die Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins unter Ferdinand Lassalle 1863 und der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei unter August Bebel 1869 besiegelten diese Trennung.

Beide Strömungen vereinigten sich 1875 in Gotha zur Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP). Erst nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes 1890 kam es zur breiten Rezeption des Marxismus in der Partei, die sich 1891 mit dem Erfurter Programm durchsetzte, zugleich mit der Umbenennung in Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD). Der Name war programmatisch, denn mehr noch als eine Klassenpartei der gewerblichen Arbeiter war die SPD eine Bewegung, die sich für eine umfassende Demokratisierung von Staat und Gesellschaft einsetzte. Damit griff die SPD zugleich die Erfahrungen von kollektiver Ausgrenzung und Entrechtung auf, die nicht nur Arbeiter in autoritären Institutionen wie etwa dem Militär, in den Kirchen oder in der Schule machten. Die Mitglieder und Wähler der SPD trugen zur Formierung eines umfassenden sozialistischen Milieus bei, das sich seit den 1870er-Jahren herausbildete. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften – sogenannte Freie Gewerkschaften – und zahlreiche kulturelle und Freizeitvereine wie die sozialistischen Freidenker, Turner oder Sänger waren weitere Säulen dieses Milieus.

## August Bebel – der „Kaiser der Arbeiter“

August Bebel wurde 1840 in Deutz bei Köln als Sohn eines Unteroffiziers der preußischen Armee geboren. Als er vier Jahre alt war, starb sein Vater, mit sechs Jahren verlor er seinen Bruder und seinen Stiefvater, mit dreizehn seine Mutter. Die Restfamilie lebte bis zum Tod der Mutter in ärmlichen Verhältnissen. Man griff auf die „Ökonomie des Notbehelfs“ zurück, zu der auch August durch Arbeit in der Mühle seiner Tante beitragen musste, und lebte zeitweise auch von Armenunterstützung. Nach dem Besuch der Volksschule begann Bebel 1854 eine Lehre als Drechsler in Wetzlar. Während er dort an der Drehbank Pfeifen formte, begann er in seiner knappen Freizeit zu lesen. Nach der Gesellenprüfung ging er 1858 auf Wanderschaft, die ihn nach Süddeutschland und Österreich führte. Immer noch war das Gesellenwandern ein wichtiger Teil der beruflichen Bildung und auch eine Phase der Selbstfindung.

1860 zog Bebel nach Leipzig. Dort machte er sich mit einer kleinen Werkstatt selbstständig, in der er aus Horn Tür- und Fenstergriffe drechselte – eine Spezialisierung, die sich als Glücksgriff erwies, 1868 konnte er einen Gesellen einstellen. Als durch Bebels Engagement in der sozialistischen Arbeiterbewegung die Aufträge in Deutschland zurückgingen, musste sein Freund Friedrich Engels in London auf die Suche nach neuen Abnehmern gehen. Auf die ökonomische Krise seit 1878 reagierte Bebel mit der Hereinnahme eines Investors. Als er den Betrieb 1885 verkaufte, war Bebel ökonomisch weitgehend unabhängig. Ein kurzes Zwischenspiel als Handelsvertreter folgte. Erst ab 1888 war Bebel ein Berufspolitiker, doch von der Politik allein hätte er nicht leben können. Denn erst ab 1906 bezogen die Reichstagsabgeordneten sehr niedrige Diäten.

Bebels politischer Werdegang ist typisch für die frühe sozialistische Arbeiterbewegung. Denn diese rekrutierte sich nicht aus verarmten Tagelöhnern, sondern vor allem aus Handwerksgelesen, die ihre Qualifikation, ihre Bildung und ihren Berufsstolz in die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung einbrachten. Bebels politischer Werdegang ist auch darin typisch, dass er in der liberalen Vereinsbewegung begann. 1861 trat er dem gewerblichen Bildungsverein in Leipzig bei, 1863 nahm er in Frankfurt an der Gründung des Vereinstags deutscher Arbeitervereine (VDAV) teil, der Dachorganisation der Arbeiterbildungsvereine. Mit ihrem Vorsitzenden, dem Bankier Leopold Sonnemann, glaubten die Mitglieder zu diesem Zeitpunkt noch daran, dass die Interessen von Arbeitern und Unternehmern durch den Zusammenschluss in Vereinen (Assoziationen) und Genossenschaften vermittelbar seien.

Im VDAV kam Bebel in Kontakt mit den Schriften von Karl Marx, traf Wilhelm Liebknecht, der schon in der Revolution 1848 Mitglied des Bundes der Kommunisten gewesen war, und erlebte bei Streiks handgreiflich, dass das liberale Ideal der „klassenlosen Bürgergesellschaft“ (Lothar Gall) nur eine Illusion war. Mit Liebknecht teilte er die Abneigung gegen die Machtstaatspolitik Preußens, dessen Sieg über Österreich beide zur Gründung der liberal-demokratischen Sächsischen Volkspartei veranlasste. 1867 zog Bebel für sie in den Reichstag des Norddeutschen Bundes ein. Im Jahr darauf vollzog der VDAV den Bruch mit den

Liberalen, als sich die Mehrheit seiner Vereine der ersten Sozialistischen Internationale anschloss. Die Reste des VDAV und Mitglieder der Sächsischen Volkspartei gründeten 1869 die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP). Anders als die Anhänger Ferdinand Lassalles, der 1863 den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein ADAV gegründet hatte, war die SDAP für eine großdeutsche Lösung der nationalen Frage. So kam es erst 1875 in Gotha zur Vereinigung der beiden Flügel der sozialistischen Arbeiterbewegung, obgleich sich die „Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie“ (Gustav Mayer) bereits 1869 vollzogen hatte. Die unselbstständigen Arbeiter und Handwerksgelesen fühlten sich von den bürgerlichen Liberalen nicht mehr vertreten.

Die Jahre 1872 bis 1875 musste Bebel in Haft verbringen, erst wegen angeblichen „Hochverrats“, kurz darauf wegen „Majestätsbeleidigung“. Während der Sozialistenverfolgung von 1878 bis 1890 wurde Bebel wegen seines Organisationstalents zu einer Schlüsselfigur in der unterdrückten Sozialdemokratie. Ab 1892 war er einer der beiden Vorsitzenden der SPD (so der Parteiname seit 1890). In dieser Funktion widmete er all seine Energie dem Ausbau und Zusammenhalt der Partei, seit der Jahrhundertwende auch dem Kampf gegen den von Eduard Bernstein vertretenen Revisionismus\*. Von 1867 bis zu seinem Tod mit kurzen Unterbrechungen Mitglied des Reichstages, vertrat Bebel die SPD und ihre Ziele wortgewaltig vor dem Forum des Parlaments. Viele seiner Reden zählen noch heute zu den Sternstunden des deutschen Parlamentarismus, so etwa seine couragierte Ablehnung der deutschen Annexion Elsass-Lothringens im November 1870. Als Bebel 1913 starb, war er nicht nur der unbestrittene Führer der deutschen und europäischen Sozialdemokratie. Viele sozialdemokratische Arbeiter verehrten ihn als den „Kaiser der Arbeiter“ (Jürgen Schmidt).

\* Die Revisionisten sahen die Ausrichtung auf den Klassenkampf und auf die Abschaffung des Kapitalismus durch die Realität als überholt an und traten dafür ein, dass die SPD im Rahmen der bestehenden Produktionsverhältnisse durch Sozialreformen die Lage der Arbeiter verbessern und eine allmähliche Angleichung des Lebensstandards anstreben sollte.



August Bebel (1840–1913), Mitbegründer der SPD, Parteivorsitzender und Reichstagsabgeordneter, um 1889



Otto von Bismarck (1815–1898), hier während einer Rede im Reichstag am 6. Februar 1888, bestimmt über lange Jahre die Politik des Deutschen Kaiserreichs und setzt mit wechselnden Koalitionen seine politischen Ziele durch.

BENJAMIN ZIEMANN

# Politik in der Bismarck-Ära

**Otto von Bismarck ging als einer der erfolgreichsten Machtpolitiker in die deutsche Geschichte ein. In wechselnden Bündnissen und mit autoritärer Manier sucht er seine politischen Ziele durchzusetzen, doch Maßnahmen wie der Kulturkampf und das Sozialistengesetz sorgen für eine fortschreitende Entliberalisierung und innenpolitische Polarisierung des Reiches.**

Die Politik der „liberalen Ära“ der Jahre ab 1871 stand im Zeichen einer Zusammenarbeit zwischen Bismarck und den Nationalliberalen. Zusammen mit den Linksliberalen der Deutschen Fortschrittspartei und einer kleineren liberalen Partei verfügten diese über eine komfortable Mehrheit im Reichstag. Diese Kooperation war nicht frei von Konflikten, wie sich etwa 1874 im Streit über den Militärhaushalt zeigte. In diesem Jahr lief das sogenannte Pauschquantum aus, ein über vier Jahre laufender Etat, den der Reichstag des Norddeutschen Bundes 1867 bewilligt und dann 1871 nochmals um drei Jahre verlängert hatte. Die Linksliberalen forderten nun eine jährliche Bewilligung der Militärausgaben. Doch die Mehrheit der Nationalliberalen stimmte einem Kompromiss zu, nach dem der Reichstag nur in jeder zweiten Legislaturperiode, alle sieben Jahre, die Militärausgaben bewilligte (Septennat). Insgesamt jedoch überwog

die Kooperation. Die liberale Mehrheit im Reichstag setzte das 1867 im Norddeutschen Bund begonnene Reformwerk fort und schuf durch die legislative Aufhebung korporativ-ständischer Hemmnisse die Grundlagen für eine moderne reichsweite, kapitalistische Verkehrsgesellschaft.

## Der Kulturkampf

Der wichtigste innenpolitische Konflikt der 1870er-Jahre betraf das Verhältnis von Staat und katholischer Kirche. Da die Kompetenz für Angelegenheiten der Kultur und Kirche im föderalen System bei den Ländern lag, fand dieser Kulturkampf ab 1871 vornehmlich in Preußen statt. In Baden und Bayern hatte der Konflikt bereits in den 1860er-Jahren eingesetzt. Der bekannte Mediziner und Abgeordnete der Fortschrittspartei Rudolf Virchow (1821–1902) prägte den Begriff „Kulturkampf“ 1873. Er bezeichnete damit das Ringen um die Autonomie der modernen Kultur, die er als Kern der Auseinandersetzung betrachtete. Der Kulturkampf in Deutschland war Teil einer Serie von erbitterten Konflikten zwischen liberal-antiklerikalen Kräften auf der einen Seite und der katholischen Kirche auf der anderen Seite, die in fast allen westeuropäischen Ländern in der zweiten Hälfte

des 19. Jahrhunderts ausbrachen. Die Überlagerung dieses Konflikts mit der konfessionellen Spaltung zwischen Protestanten und Katholiken war dabei eine deutsche Besonderheit.

In Deutschland gab es keine Staatskirche wie etwa die anglikanische *Church of England*. Dennoch gab es wichtige Bereiche, in denen Staat und Kirchen zusammenarbeiteten – etwa in der staatlichen Förderung der theologischen Fakultäten –, und solche, in denen sich die Kompetenzen überlappten, wie bei den Volksschulen. Bei den protestantischen Liberalen, die eine treibende Kraft des Konflikts waren, überwog die negative Wahrnehmung des Katholizismus. Dieser erschien ihnen als das autoritäre Gegenbild der rationalen und individualistischen Moderne. Die papsttreue Ausrichtung der ultramontanen („über die Berge“, also nach Rom ausgerichteten) Katholiken nährte Zweifel an ihrer nationalen Zuverlässigkeit. Für Bismarck war dagegen der Kampf gegen die 1871 gegründete katholische Zentrumsparterie das wichtigste Motiv. Die Partei befürwortete das Reich, kooperierte im Reichstag aber mit den Vertretern von Partikularisten und Minderheiten. Dazu zählten die Welfen, die dem 1866 von Preußen annektierten Königreich Hannover nachtrauerten, und Abgeordnete der polnischen Minderheit, die vor allem aus den östlichen preußischen Provinzen Posen und Westpreußen kamen. Ferner kooperierte das Zentrum mit jenen Abgeordneten, die das 1871 von Frankreich annektierte „Reichsland“ Elsass-Lothringen vertraten. Diese Ansätze einer Opposition waren für Bismarck Anlass genug, das Zentrum und die Katholiken pauschal als „Reichsfeinde“ zu denunzieren.

Die liberale Mehrheit im Reichstag und im preußischen Landtag setzte den Kulturkampf durch den Erlass von Gesetzen in Gang. Auf Reichsebene untersagte der „Kanzelparagraph“ im Strafgesetzbuch Ende 1871 den Geistlichen, sich in Ausübung ihres Amtes zu politischen Angelegenheiten zu äußern. Dies wurde als Störung des „öffentlichen Friedens“ geahndet. Es folgten das Verbot aller Niederlassungen des Jesuitenordens (1872) und die obligatorische Einführung der Zivilehe (1875). Der eigentliche Startschuss war jedoch bereits im Juli 1871 in Preußen mit der Auflösung der katholischen Abteilung im Kultusministerium erfolgt. Die geistliche Schulaufsicht wurde durch eine staatliche Schulaufsicht abgelöst, und die Maigesetze des Jahres 1873 unterwarfen den Klerus und seine Ausbildung der staatlichen Kontrolle. Viele Katholiken protestierten und wehrten sich gegen diese Maßnahmen, in öffentlichen Reden, Pressekommen-

turen und spontanen Unmutsäußerungen wurden sie Gegenstand einer öffentlichen Auseinandersetzung. Der Konflikt traf die Kirche schwer, zumal als der Staat mit Maßregelungen und Polizeiaktionen in das innere Gefüge der Kirche eingriff. Auf dem Höhepunkt des Konflikts 1875 war ein Viertel aller katholischen Pfarreien in Preußen durch Haft oder Flucht des Priesters vakant, fünf der katholischen Bischöfe in Preußen waren inhaftiert, die anderen sechs abgesetzt.

Doch das Kalkül Bismarcks und der Liberalen, die öffentliche Präsenz von Zentrum und katholischer Kirche zu beschneiden, ging nicht auf. Der katholische Volksteil reagierte mit einer immensen Mobilisierung, die inhaftierten Priester und Bischöfe wurden von einer Welle der Solidarität getragen. Auch in Kreisen der lutherischen preußischen Konservativen, die den Kulturkampf im Prinzip unterstützten, wuchsen angesichts des aggressiven Vorgehens gegen eine christliche Kirche die Bedenken. Angesichts dieser Situation bemühte sich Bismarck um einen Abbau des Konflikts, wofür sich mit dem Pontifikat von Papst Leo XIII. (1810–1903) ab 1878 eine Möglichkeit ergab. Durch Verhandlungen zwischen dem Reich und der Kurie in Rom gelang es, 1886/87 sogenannte Friedensgesetze zu erlassen, welche die meisten Maßnahmen des Kulturkampfes milderten oder zurücknahmen. Ein wichtiges Element der Trennung von Staat und Kirche wie beispielweise die obligatorische Zivilehe – also die Registrierung jeder Eheschließung bei einem Standesbeamten – blieb jedoch in Kraft. Auch das Verbot des Jesuitenordens hob die Reichsleitung erst 1917 auf, als sie die Unterstützung des Zentrums für den uneingeschränkten U-Boot-Krieg benötigte.

Insgesamt war der Kulturkampf eine empfindliche Niederlage für Bismarck und die Liberalen. Diese hatten dem Ziel einer säkularen Öffentlichkeit die politische Anerkennung liberaler Freiheitsrechte geopfert und damit die autoritären Elemente des Staates gestärkt. Das hatte Folgen weit über das Ende des Kulturkampfes hinaus. Bis zum Kriegsbeginn 1914 blieb eine latente Kulturkampfstimmung lebendig, in der Liberale die Katholiken aus der als protestantisch verstandenen Nation ausgrenzten. Das Zentrum und die katholische Bevölkerung gingen aus dem Konflikt zwar gestärkt hervor. Das im Widerstand geübte katholische Milieu schottete sich aber nach außen ab, und seine Partei übernahm keine politische Verantwortung für den Staat als Ganzes.



Der Eintritt ins Deutsche Reich wird den Katholiken schwer gemacht. Karikatur aus Rupert Sigl, Dr. Sigl, ein Leben für das Bayrische Vaterland, Rosenheim 1977, S. 234

### Otto von Bismarck – der „weiße Revolutionär“

Bereits vor seinem Tod 1898 war Otto von Bismarck zum Gegenstand mythologischer Überhöhung geworden. Zu seinem 80. Geburtstag 1895 wurden ihm Hunderte von Ehrenbürgerschaften angetragen. Nach seinem Tod entstanden allerorten in Deutschland Bismarck-Denkmäler und Bismarck-Türme. In ihrer massiven, trutzigen Darstellung der Gestalt Bismarcks in Uniform und Pickelhaube verkörpern sie das Bild des „Eisernen Kanzlers“, der die Deutschen als Reichsgründer in die nationale Einheit geführt hatte. Bismarck selbst hatte mit seinen als „Gedanken und Erinnerungen“ publizierten Memoiren die Vorstellung bestärkt, die deutsche Einheit sei ein planvoll verfolgtes Ziel seiner Politik gewesen. Dabei war die nationale Selbstbestimmung tatsächlich alles andere als ein leitender Wert für den preußischen Machtpolitiker Bismarck gewesen.

Otto von Bismarck wurde 1815 als Sohn eines adeligen Landbesitzers in der Mark Brandenburg geboren. Seine Mutter entstammte allerdings einer bildungsbürgerlichen Familie. Sie sorgte dafür, dass er eine für die provinzielle Welt der adeligen „Junker“ ungewöhnlich breite Ausbildung erhielt. An den Besuch des Gymnasiums zum Grauen Kloster in Berlin schloss sich das Jurastudium an. Doch Bismarck war mit der eintönigen Routine der staatlichen Verwaltungslaufbahn, auf die diese Ausbildung hinführte, extrem unzufrieden und brach das Referendariat 1839 ab. Ihn zog es auf den Familienbesitz zurück, und er widmete sich für mehrere Jahre der Bewirtschaftung von drei Gütern.

Nur durch Zufall zog er als Nachrücker in den Vereinigten Landtag ein, den König Friedrich Wilhelm IV. 1847 einberufen hatte. Dort erwarb er sich rasch den Ruf eines Ultraroyalisten, der bedingungslos den König unterstützte. Dabei war Bismarck durchaus offen für verfassungsstaatliche Ideen, auch wenn er gleichzeitig die ökonomischen Interessen des Grundbesitzenden Adels verteidigte. Für die Durchsetzung der machtpolitischen Interessen Preußens war er bereit, taktische Kompromisse einzugehen und das monarchische Legitimitätsprinzip bei anderen Herrschern zu missachten. Der Liberale Ludwig Bamberger (1823–1899) hat Bismarck deshalb treffend als einen „weißen Revolutionär“ beschrieben, der machtpolitische Ziele mit revolutionären Mitteln zu erreichen suchte.

Von 1851 bis 1859 war Bismarck der preußische Gesandte beim Bundestag des Deutschen Bundes in Frankfurt am Main. Dort erhielt er praktischen Anschauungsunterricht über den Dualismus zwischen Österreich und Preußen im Deutschen Bund. Bismarck wandte sich entschieden gegen den Anspruch Österreichs, weiterhin die Vormacht im Deutschen Bund zu sein, und beklagte rückblickend mit gehöriger Übertreibung, dessen Vertreter hätten den Bund als ein Instrument zur „Verminderung Preußens“ zu handhaben versucht. Nach Stationen als preußischer Gesandter in St. Petersburg und Paris kehrte er im September 1862 nach Berlin zurück, wo Wilhelm I. ihn zum preußischen Ministerpräsidenten und Außenminister ernannte. Seine erste große Bewährungsprobe war der Verfassungskonflikt über die Heeresreform. Dieser Streit zwischen dem von

einer liberalen Mehrheit beherrschten Abgeordnetenhaus und dem Militär erreichte seinen Höhepunkt, als das Parlament die Ausgaben für die Reform nicht bewilligte. Bismarck vertrat die These von einer „Lücke“ in der Verfassung für den Fall, dass es zwischen Krone, Abgeordnetenhaus und Herrenhaus nicht zu einer Einigung über das Budget käme. Nach dieser „Lückentheorie“ konnte die Regierung mit Billigung des Königs dann auch ohne gültigen Haushalt amtieren.

Auch nach dem Epochenjahr 1866, das mit dem Sieg Preußens über Österreich den Deutschen Bund endgültig sprengte und zugleich die Mächtokonstellation in Europa nachhaltig veränderte, arbeitete Bismarck nicht zielstrebig auf eine Erweiterung des Norddeutschen Bundes zum Nationalstaat hin. Allerdings ließ sich seiner Überzeugung nach die monarchische Legitimität – also die Rechtfertigung königlicher Herrschaft – auf Dauer nur erhalten, wenn sie in die neue Form des Nationalstaates überführt werden konnte, der eine moderne, integrative Verfassungsordnung bereitstellte.

Aus diesem Grund konnte Bismarck 1866 das Bündnis mit dem gemäßigten Flügel der liberalen Nationalbewegung eingehen, das erst den Norddeutschen Bund und dann das Reich zu einer integrativen politischen Ordnung ausbaute. Durch diesen Schritt entfremdete sich Bismarck allerdings von seiner politischen Heimat, den preußischen Konservativen. Diese beklagten die preußischen Annexionen von 1866 als „Kronenraub“ und Verletzung des Legitimitätsprinzips und sahen in dem Bündnis mit den Nationalliberalen eine konservativen Prinzipien widersprechende Realpolitik. So führte das Epochenjahr 1866 auch zur Spaltung des preußischen Konservatismus. 1867 gründete sich die Freikonservative Partei (ab 1871 Deutsche Reichspartei), die anders als die Altkonservativen Bismarcks Politik vorbehaltlos unterstützte.



Bundesarchiv, Bild 183-R15449

Otto von Bismarck um 1860

## Wirtschaftliche Depression und konservative Wende 1878/79

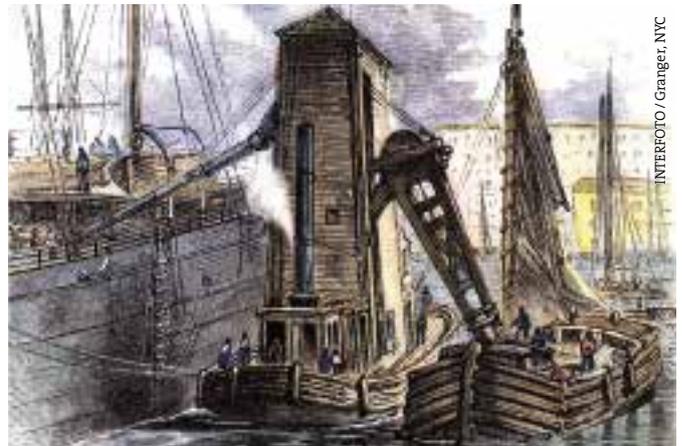
Die weitere Entwicklung der Innenpolitik unter Bismarck vollzog sich im Zeichen der ökonomischen Krise ab 1873. Die Reichsgründung hatte während des sogenannten Gründerbooms stattgefunden, eines Aufschwungs, der vornehmlich vom wirtschaftlich führenden Sektor des Eisenbahnbaus getragen worden war. Dieser Boom kam allerdings 1873 mit dem „Gründerkrach“ an ein Ende, einer von Unternehmenspleiten begleiteten Börsenkrise. Sie war das erste deutliche Anzeichen eines tiefgreifenden Abschwungs, der bis 1879 andauerte. Dabei handelte es sich nicht um eine durch den anhaltenden Rückgang der Wirtschaftsleistung gekennzeichnete Depression, auch wenn es in einzelnen Wirtschaftszweigen zu Stockungen kam und sich das Wachstum insgesamt deutlich verlangsamte. Im Kern basierte der Abschwung vielmehr auf Überkapazitäten der Industrieproduktion, die zu einem schweren Preisverfall, einer Deflation, führten. Seit 1876 kam eine schwere Agrarkrise hinzu. Ausgelöst wurde sie durch den wachsenden Export von Getreide aus den USA nach Europa. Er bewirkte einen weltweiten Preisdruck und führte zu einem langfristigen Verfall der Großhandelspreise, bei Weizen etwa zwischen 1873 und 1887 um 36 Prozent.

Der ökonomische Abschwung hatte zwei direkte politische Folgen. Zum einen erschütterte er das Vertrauen in die Fähigkeit der liberal-kapitalistischen Wirtschaftsordnung zur Selbststeuerung. Das beförderte die Suche nach Sündenböcken und führte direkt zu einer Zunahme antisemitischer Agitation, welche jüdische Spekulanten für den Börsenkrach verantwortlich machte. In engem Zusammenhang mit dieser Entliberalisierung der politischen Kultur stand die zweite Folge des Abschwungs, die Formierung von wirtschaftlichen Interessenverbänden sowohl der industriellen als auch der agrarischen Produzenten. Der 1876 gegründete Centralverband Deutscher Industrieller orchestrierte die Forderung vor allem der Schwerindustrie nach Schutzzöllen. Diese erschienen nun auch Bismarck als probates Mittel, um das in der Krise zunehmende Defizit des Reiches zu decken. Nach der Verfassung standen dem Reich nur indirekte Verbrauchsteuern zu, während die Einzelstaaten direkte Steuern auf Besitz oder Einkommen erheben konnten, aber nur einen geringen Teil ihrer Einnahmen als eine Umlage – Matrikularbeitrag genannt – an das Reich abführten.

Für die Liberalen war die Abkehr vom Freihandel keine akzeptable Option. Seit 1875 suchte Bismarck deshalb nach Möglichkeiten, um seine Politik im Reichstag durch eine rechts von den Liberalen angesiedelte Mehrheit abzusichern. In dieser Situation erlaubten es 1878 zwei Attentate auf Kaiser Wilhelm I. dem Reichskanzler, eine konservative Wende zu vollziehen. Nach dem ersten Anschlag brachte Bismarck ein Gesetz gegen sozialistische Bestrebungen im Reichstag ein. Dabei spielte er mit den Ängsten des Bürgertums vor einer sozialistischen Revolution. Diese waren unter anderem durch die Pariser *Commune* genährt worden, einen sozialistischen Stadtrat, der nach einem Aufstand im Frühjahr 1871 für etwa zwei Monate die französische Hauptstadt regierte. Aber Liberale und Zentrum stimmten im Mai 1878 noch geschlossen gegen ein solches Gesetz. Den zweiten Anschlag auf Wilhelm I. im Juni 1878 nutzte Bismarck dann dazu, Neuwahlen ausschreiben zu lassen. Diese brachten Gewinne vor allem für die Deutschkonservative Partei und leichte Verluste für die Liberalen. Nun waren die Nationalliberalen bereit, einem Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie zu-

zustimmen. Es erging im Oktober 1878, unterband sozialdemokratische Vereine und Versammlungen und war damit ein Verbot der SAP und der ihr nahestehenden Gewerkschaften sowie aller sozialdemokratischen Druckschriften. Allerdings war das Gesetz auf zweieinhalb Jahre befristet und musste deshalb bis 1890 mehrfach verlängert werden. Zudem genossen Sozialdemokraten weiterhin das aktive und passive Wahlrecht, konnten also für die Parlamente kandidieren. Zwar wurde der Aufstieg der Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen bis 1890 stark gebremst. Gestoppt wurde er allerdings nicht. Mit dem Sozialistengesetz erklärte Bismarck nach den Katholiken eine zweite politische Gruppe zu „Reichsfeinden“ genau zu jenem Zeitpunkt, als sich eine Beilegung des Kulturkampfes abzeichnete.

Bei den Reichstagswahlen des Jahres 1878 verloren die Nationalliberalen ihre parlamentarische Schlüsselstellung, da nun auch eine Reichstagsmehrheit von Zentrum und Konservativen rechnerisch möglich war. Bismarck nutzte diese Situation, um sich von den Nationalliberalen als Mehrheitsbeschaffer im Reichstag zu trennen und das informelle Bündnis mit den Liberalen zu lösen, das die Jahre seit 1871 gekennzeichnet hatte. Der Reichskanzler verfolgte dabei keinen von langer Hand vorbereiteten Plan. Noch 1877 bot Bismarck dem Führer der Nationalliberalen, Rudolf von Bennigsen (1824–1902), den Posten eines Vizekanzlers an. Dieser lehnte jedoch ab, da ein einziges liberales Regierungsmitglied keine hinreichende Machtbasis geboten hätte. Nach den Wahlen des Jahres 1878 stand die Einführung der Schutzzölle auf der Tagesordnung. Dabei optierte Bismarck



Verladung von Getreide im Hafen von New York: Die wachsenden Importe billigen US-Getreides stürzen das Deutsche Reich ab 1876 in eine Agrarkrise und lösen Forderungen nach Schutzzöllen aus.



Um den wachsenden Einfluss der Sozialdemokratie einzudämmen, stimmen konservative und Nationalliberale dem „Sozialistengesetz“ zu. Hausdurchsuchung bei einem politischen Umtriebe verdächtigten Arbeiter 1885



Bismarcks aus Sicht des Auslands: Die US-Karikatur zeigt ihn als Zirkusdirektor, der die Reichstagsabgeordneten diszipliniert, und ist möglicherweise eine Reaktion auf das Zolltarifgesetz von 1879, das die Wende zu Schutzzöllen herbeiführt.

letztlich für eine Zusammenarbeit mit dem Zentrum anstelle des rechten Flügels der Nationalliberalen, der nun auch eine protektionistische Politik unterstützte. Der Preis dafür war die „Franckensteinsche Klausel“, nach der alle über 130 Millionen Mark hinausgehenden Zolleinnahmen den Ländern zufließen. Damit blieb die Finanzautonomie der Länder gesichert.

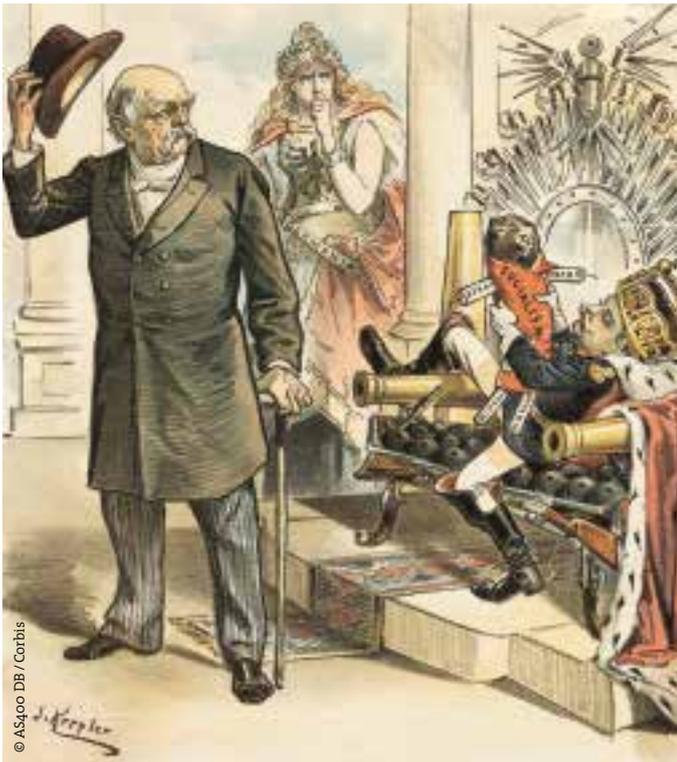
Im Juli 1879 stimmte die Mehrheit aus Konservativen und Zentrum im Reichstag für die Annahme des Zolltarifgesetzes. Dieses sah Zölle auf die Importe aller wichtigen Güter vor, vor allem Roheisen und Getreide. Die Wende zum Schutzzoll war allerdings nicht das manipulative Werk eines Bündnisses aus „Junkern“ – so die abwertende Bezeichnung für die Gutsbesitzer in den ostelbischen Provinzen Preußens – und den „Schlotbaronen“ der Schwerindustrie an der Ruhr. Denn auch in der Rinder- und Schweinemast tätige Bauern profitierten von den Schutzzöllen. Deren wichtigste mittelfristige Folge lag im Anstieg der Verbraucherpreise für Lebensmittel.

Der Übergang zum Schutzzoll ist oft als ein „Sündenfall“ des Liberalismus bezeichnet worden, da mit der Abkehr vom Freihandel ein zentraler liberaler Wert aufgegeben worden sei. Ein vergleichender Blick zeigt allerdings, dass in Europa am Ende des 19. Jahrhunderts nur noch die „free trade nation“ Großbritannien am Freihandel festhielt und die deutschen Zolltarife eher im europäischen Mittelfeld lagen. Eine verheerende Niederlage bedeutete die konservative Wende von 1878/79 für die Nationalliberale Partei. Diese verlor nicht nur ihre Rolle als informelle Bündnispartnerin Bismarcks, die sie seit 1867 innegehabt hatte. Sie wurde zudem dauerhaft geschwächt, als sich der linke Flügel der Partei 1880 als „Sezession“ abspaltete. Das brachte den Nationalliberalen bei den Wahlen des Jahres 1881 massive Verluste ein. Bedeutsamer war jedoch, dass die Nationalliberalen von einer weiteren Liberalisierung des Verfassungssystems Abstand nahmen. 1884 fusionierten die Sezession und die linksliberale Fortschrittspartei zum „Freisinn“.

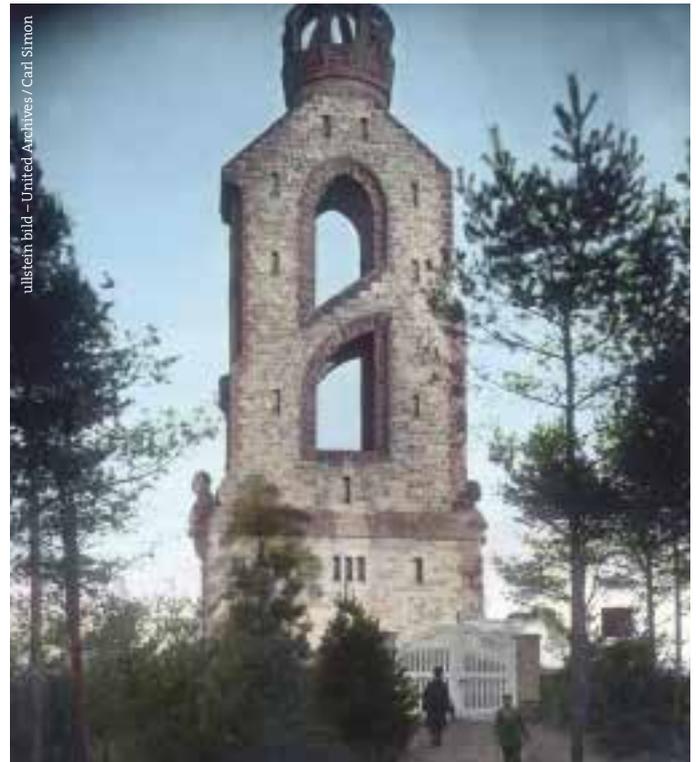
## Das Ende der Ära Bismarck

Mit der konservativen Wende der Jahre 1878/79 schwächte Bismarck zwar die liberal-progressiven Kräfte in der Politik des Reiches. Eine stabile konservative Mehrheit im Reichstag stand ihm jedoch nicht zur Verfügung, da das Zentrum nur punktuell wie bei den Zöllen zur Zusammenarbeit bereit war, solange der Kulturkampf noch nicht vollständig beendet war. Auch deshalb suchte Bismarck nach Möglichkeiten, den Reichstag zu schwächen. Dem diente unter anderem die Konzeption eines Deutschen Volkswirtschaftsrates, einer Art Nebenparlament, dessen vornehmlich aus Verbandsvertretern bestehende Mitglieder bei der Vorbereitung von Gesetzen in der Wirtschaftspolitik mitwirken sollten. Der Plan scheiterte zwar an der mangelnden Zustimmung des Reichstages, wurde aber zumindest in Preußen von 1880 bis 1887 in Gestalt eines Preussischen Volkswirtschaftsrats durchgesetzt.

Seit 1884 zeichnete sich für Bismarck die Möglichkeit ab, auf eine Mehrheit aus Nationalliberalen und Konservativen zurückzugreifen. Voraussetzung dafür war die „Heidelberger Erklärung“ der Nationalliberalen von 1884. Darin erteilten sie den Hoffnungen der Sezession auf Bildung einer neuen liberalen Gesamtpartei eine Absage und stellten sich in allen wichtigen Politikfeldern hinter die Regierung. Doch bei den Wahlen des Jahres 1884 verfehlte das „Kartell“ aus Nationalliberalen und Konservativen noch eine Mehrheit. Ende 1886 forderte Bismarck eine Aufstockung des Heeres um zehn Prozent und löste den Reichstag auf, als er dafür keine Mehrheit erhielt. Die „Kartellwahlen“ des Jahres 1887 fanden dann im Zeichen einer künstlich geschürten nationalen Kriegshysterie statt, die auf die Forderung des französischen Kriegsministers Georges Boulanger nach einer Grenzrevision aufbaute. Vor allem durch Stichwahlabsprachen konnten Nationalliberale und Konservative nun eine absolute Mehrheit der Mandate im Reichstag erzielen.



Nach einem innenpolitischen Konflikt mit Kaiser Wilhelm II. reicht Bismarck am 18. März 1890 seinen Rücktritt ein, bäugt von einer besorgten Germania.



Der 1907 in Aachen eingeweihte Bismarckturm ist eines von 240 Denkmälern, die bis 1914 zur Erinnerung an den „Eisernen Kanzler“ errichtet werden. Ansicht um 1920

Doch über die Verabschiedung des Septennats 1887 und einer weiteren Heeresvergrößerung 1888 hinaus erwies sich das Kartell als eine heterogene und brüchige Koalition. Bereits eine weitere Erhöhung der Getreidezölle 1887 passierte nur mit der Zustimmung des Zentrums den Reichstag, da Teile der Nationalliberalen sich dem Vorhaben verweigerten. Der doppelte Thronwechsel im Dreikaiserjahr 1888 besiegelte dann das Ende der Ära Bismarck. Im März 1888 starb Wilhelm I. kurz vor Vollendung seines 91. Lebensjahres. Der greise Monarch hatte Bismarck bei der Ausübung der Regierungsgeschäfte weitgehend freie Hand gelassen. Sein Nachfolger, Friedrich III. (1831–1888), der mit einer britischen Prinzessin verheiratete Kronprinz, war für seine liberalen Auffassungen bekannt. Bereits zum Zeitpunkt der Thronbesteigung unheilbar krank, konnte er in seiner nur 99 Tage währenden Amtszeit jedoch keine politischen Impulse setzen. Der erst 29-jährige Wilhelm II. von Hohenzollern (1859–1941) erbte nun den Kaiserthron. Zwischen Bismarck und Wilhelm II. gab es nicht nur aufgrund des großen Altersunterschiedes politische Meinungsdivergenzen. Hinzu kam, dass der junge Kaiser eine politische Neuausrichtung des Reiches favorisierte und dabei, unterstützt von einem Bismarck gegenüber kritisch eingestellten Beraterkreis, auch den Konflikt mit dem Reichskanzler nicht scheute.

Zum Konflikt kam es auf dem Gebiet der Arbeiterpolitik. Im April 1889 begannen die Bergarbeiter erst im Ruhrgebiet, bald auch in anderen Bergbauregionen zu streiken. Bismarck beschwor die Gefahr eines sozialistischen Umsturzes und plante eine Verschärfung des Sozialistengesetzes. Wilhelm II. dagegen empfing im Mai 1889 eine dreiköpfige Delegation von Vertretern der Streikenden. Er präsentierte sich damit als ein Monarch des sozialen Ausgleichs, der Verständnis für die berechtigten Klagen der Arbeiter über Missstände auf den Zechen zeigte. Als Bismarck dennoch im Oktober eine

verschärfte und nunmehr unbefristete Fassung des Sozialistengesetzes einbrachte, lehnte der Reichstag dies mit einer breiten Mehrheit ab, die von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschkonservativen reichte. In den Wahlen vom Februar 1890, die der Reichstagsauflösung folgten, kollabierte das Kartell. Der große Wahlgewinner waren die Sozialdemokraten. Trotz bestehender Geltung des nun auslaufenden Sozialistengesetzes verdoppelten sie ihren Stimmenanteil gegenüber 1887 fast auf 19,7 Prozent. Nach der Stimmenzahl waren sie damit erstmals im Kaiserreich die stärkste Partei. Vor allem die Festschreibung der Wahlkreisgrenzen seit 1871 – welche der zunehmenden Urbanisierung nicht folgte und damit die Sozialdemokratie als eine Partei vorwiegend städtischer Wähler stark benachteiligte – verhinderte, dass sich dieser Erfolg unmittelbar in massive Mandatsgewinne umsetzte. Nach dem Ergebnis der Wahlen und weiteren Konflikten entzog Wilhelm II. dem Reichskanzler endgültig das Vertrauen. Am 18. März 1890 reichte Bismarck sein Rücktrittsgesuch ein.

Ab 1862 als preußischer Ministerpräsident, dann als Kanzler des Norddeutschen Bundes und des Reiches hatte Bismarck fast drei Jahrzehnte lang die deutsche Politik maßgeblich gestaltet. Bei seinem Abgang waren die Belastungen unübersehbar, die seine Strategie der innenpolitischen Polarisierung und der gezielten Ausgrenzung von „Reichsfeinden“ erzeugt hatte. Der Althistoriker Theodor Mommsen, der 1881 bis 1884 für Nationalliberale und Sezession ein Reichstagsmandat inne gehabt hatte, beklagte im Rückblick die „Knechtung der deutschen Persönlichkeit“, die der autoritäre Führungsstil Bismarcks nach sich zog, als ein „Verhängnis“. Im Jahr seines Todes 1898 war dann die Mythologisierung Bismarcks bereits im Gange. Die nationale Rechte stilisierte den „Eisernen Kanzler“ zu einem Vorbild für die deutsche Nation und zu einem Vertreter entschiedener Machtpolitik. Zahlreiche Bismarckdenkmäler unterstützten diese Botschaft.

BENJAMIN ZIEMANN

# Religion, Konfession und säkulares Wissen

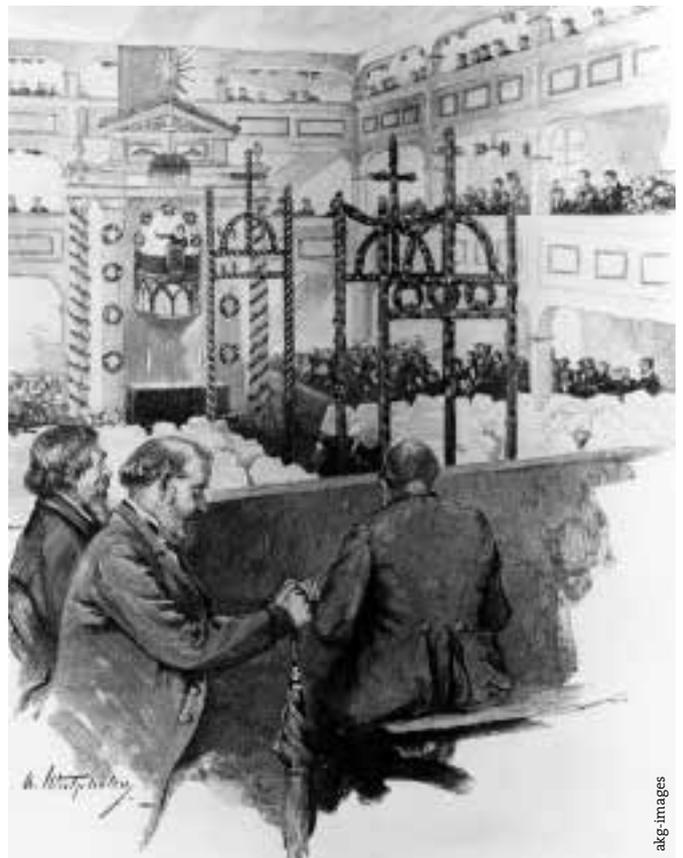
**Die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnisse zur Zeit des Kaiserreichs zwingen die beiden großen Konfessionen zur Umorientierung und zur Auseinandersetzung mit der Frage, welche Rolle die Religion in der Gesellschaft künftig einzunehmen vermag. Neben den Kirchen tritt die moderne Wissenschaft zunehmend als neuer Orientierungs- und Deutungsrahmen in Erscheinung.**

Entgegen einer populären Vorstellung war das 19. Jahrhundert kein Zeitalter der Säkularisierung. In weiter Begriffsverwendung lässt sich Säkularisierung als die Ablösung religiöser durch weltliche, säkulare Deutungsmuster verstehen, mit entsprechenden Folgen für die religiöse Praxis. In diesem Sinne hat der Soziologe Max Weber (1864–1920), einer der einflussreichsten liberal-nationalen Akademiker und Intellektuellen des Kaiserreichs, 1905 vom Prozess der „Entzauberung der Welt“ gesprochen. Durch tiefe Kontroversen über den Ort der Religion in der Moderne und angesichts eines anhaltenden Rückgangs der Teilnahme am Abendmahl waren vor allem die protestantischen Kirchen direkt in den Prozess der Säkularisierung verwickelt. Zugleich organisierten Protestanten wie Katholiken jedoch neue Formen der Frömmigkeit und Religiosität. Damit war Religion auch am Beginn des 20. Jahrhunderts eine soziale Tatsache erster Ordnung. Sie prägte die soziale Lebenswelt und die Deutungskultur breiter Bevölkerungsschichten. Selbst die sozialdemokratische Arbeiterschaft, die den christlichen Kirchen zunehmend misstrauisch gegenüberstand, griff an den Lebenswenden wie Geburt, Eheschließung und Tod weiterhin auf vom Christentum geprägte Übergangsriten zurück.

Die anhaltende Bedeutung der Religion lag nicht zuletzt an der konfessionellen Spaltung Deutschlands. Seit der Reformation im 16. Jahrhundert war sie ein grundlegendes Faktum der deutschen Geschichte. Konkurrenz und Konflikt zwischen Katholiken und Protestanten prägten die Geschichte des Kaiserreichs dann in erneuerter Intensität. Der Sozialdemokrat Wilhelm Liebknecht stellte 1872 deshalb mit Bedauern fest: „Religiöse Fragen sind in keiner Epoche der deutschen Geschichte mit größerem [...] Eifer behandelt worden als in diesem Momente.“ Allerdings unterschieden sich die Ausgangspositionen, mit denen beide Konfessionen in diesen Konflikt eintraten.

## Der Katholizismus in der Defensive

Die Katholiken befanden sich im Kaiserreich in der Defensive. Diese Defensive hatte zunächst eine demografische Dimension. Mit der kleindeutschen Lösung der deutschen Frage waren sechs Millionen deutschsprachige Katholiken in Ös-



Die Religion hat in der Gesellschaft des Kaiserreichs große Bedeutung und ist geprägt von der Konkurrenz zwischen Katholiken und Protestanten. „Gottesdienst in der Kirche zu Burg“ (Spreewald), Farbholzschnitt von 1893

terreich aus dem nationalen Verbund ausgeschieden. Im Kaiserreich bildeten die Katholiken seitdem eine Minderheit von etwas mehr als einem Drittel der Bevölkerung. Mit Ausnahme Oberschlesiens und des Rheinlandes lebten sie vorwiegend in ländlichen Regionen, die von der Dynamik der kapitalistischen Wirtschaft noch kaum erfasst waren, wie etwa Altbayern, Westfalen oder der Schwarzwald. Das soziale Profil der Katholiken spiegelte diese traditionale Struktur wider. Unter Unternehmern wie industriellen Arbeitern waren Katholiken deutlich geringer vertreten, als es ihrem Bevölkerungsanteil entsprach. Die Defensive hatte – zweitens – eine politische Dimension. Mit dem Kulturkampf verfolgten die Liberalen und Bismarck eine aggressive anti-katholische Politik, die auf eine Zurückdrängung der katholischen Kirche aus dem öffentlichen Raum abzielte.

Zudem positionierte sich die katholische Kirche – drittens – in der Abwehr gegen die rationalistischen und individualistischen Tendenzen der Moderne. Dies stand in Zusammenhang mit der Durchsetzung der ultramontanen, das heißt

auf den Papst in Rom fokussierten Ausrichtung, die seit den 1830er-Jahren auf zwei Ebenen erfolgte. In den deutschen Bistümern favorisierten einzelne theologische Fakultäten und Priesterseminare eine Abschottung von der Moderne im Sinne des Ultramontanismus, während die Kurie in Rom diesen Prozess durch eine Reihe von Erklärungen vorantrieb. So dogmatisierte sie 1854 die unbefleckte Empfängnis Marias, indem sie betonte, dass Maria ungeachtet ihrer natürlichen Zeugung bei ihrer Empfängnis von der Erbsünde frei blieb, und so die besondere Heiligkeit der Gottesmutter unterstrich. Im sogenannten *Syllabus Errorum* („Verzeichnis der Irrtümer“) von 1864 legte Papst Pius IX. eine Liste der zu verdammenen „Irrtümer“ der modernen Kultur vor. Zu ihnen zählte er neben Sozialismus und Liberalismus auch die Idee des Fortschritts und der säkularen Menschenrechte. Schließlich setzte sich auf dem Ersten Vatikanischen Konzil 1870, das wegen des deutsch-französischen Krieges abgebrochen werden musste, gegen erbitterten Widerstand vor allem deutscher Bischöfe das Dogma der Infallibilität (Unfehlbarkeit) durch. Es bestimmte, dass der Papst in *ex cathedra* – „vom Bischofssitz in Rom aus“ – verkündeten lehramtlichen Entscheidungen unfehlbar sei.

Die Durchsetzung des Ultramontanismus erfolgte nicht ohne Konflikte. Aber am Ende war den Katholiken damit ein Orientierungsrahmen gegeben, der die Abgrenzung nach außen und die Homogenisierung nach innen beförderte. Der Ultramontanismus forderte und förderte eine demonstrative, sichtbare Form der Frömmigkeit. Diese zeigte sich in spektakulärer Form etwa in den Marienerscheinungen. In der saarländischen Bergbaugemeinde Marpingen behaupteten 1876 drei Mädchen, ihnen sei die Jungfrau Maria erschienen. Daraufhin strömten rasch Tausende von Pilgern in den entlegenen Ort, um an dem Wunder teilzuhaben. Auf dem Höhepunkt des Kulturkampfes entsandte der preußische Staat Truppen, um Menschenansammlungen aufzulösen und die Pilger fernzuhalten. Weniger spektakulär, aber nicht weniger eindringlich zeigte sich der Aufschwung ultramontaner Frömmigkeit am Wachstum katholischer Orden. Vor allem weibliche Ordensgemeinschaften, die vielfach in der Krankenpflege tätig waren, erlebten im Kaiserreich ein explosionsartiges und oft über 1918 hinausreichendes Wachstum der Niederlassungen und Mitglieder.

Im Zentrum der rituellen Frömmigkeit aller Katholiken stand der eucharistische Kult, also das Messopfer im Abendmahl mit dem Empfang der heiligen Kommunion, der zumindest einmal jährlich an Ostern die Pflicht jedes Katholiken war. Flächendeckende Zahlen über die Entwicklung der Teilnahme an der Osterkommunion liegen nicht vor, da die katholische Kirche erst ab 1915 statistische Erhebungen einführte. Vereinzelt Hinweise deuten jedoch darauf hin, dass die kirchliche Praxis der Katholiken in Dörfern und Kleinstädten bis 1914 auf hohem Niveau stabil blieb. Nur in Großstädten wie Köln und München war bereits um 1900 vor allem bei der Arbeiterschaft eine Entfremdung von der kirchlichen Praxis sichtbar. Dabei gab es gravierende Unterschiede vor allem zwischen Frauen und den häufiger „abständigen“ Männern. Sie sind im Zusammenhang einer tiefgreifenden Feminisierung der Religiosität im 19. Jahrhundert zu sehen, die sich auch am Aufstieg des Marienkultes zum Leitbild ultramontaner Frömmigkeit zeigt. Nimmt man einen Zusammenhang zwischen intensiver Kirchlichkeit und Stimmabgabe für das Zentrum an, so sind noch am Vorabend des Ersten Weltkrieges rund zwei Drittel aller katholischen Männer kirchentreu, praktizierende Christen gewesen.

Der Kulturkampf beförderte die endgültige Durchsetzung des Ultramontanismus und damit zugleich die Abschottung der Katholiken von der Mehrheitsgesellschaft in einem in sich weitgehend geschlossenen Milieu. Ein wichtiges Mittel der Integration des Milieus nach innen waren katholisch-konfessionelle Vereine. Zu ihnen zählten neben den im engeren Sinne religiösen Vereinen wie Kongregationen und Sodalitäten („brüderliche Gemeinschaften“) auch Missions- und Lesevereine. Hinzu kam ein weites Spektrum von Standes- und Berufsvereinen für Bauern, Handwerker und andere Berufsgruppen. Erst um 1900 war dieses Netz von Vereinen voll ausgebildet, und es blieb regional ungleichmäßig entwickelt, mit starken Schwerpunkten im Rheinland und in Westfalen. Im Kern der Vereine stand die Präsidialverfassung, nach der stets ein Geistlicher von Amtes wegen als Vorsitzender eines Vereins fungieren musste. Das entsprach dem Bild klerikaler Bevormundung, das die kulturkämpferischen Liberalen hegten, und führte im Vereinsalltag zu manchen Konflikten.

Daneben kam es aber zu einer stillen Säkularisierung, indem sich viele der in den Vereinen aktiven Männer allmählich von der klerikalen Kontrolle lösten und die Vereinsversammlungen als Lernorte der Partizipation nutzten. In diesem Detail wie insgesamt zeigen die katholischen Vereine die Ambivalenzen, die das katholische Milieu prägten: Auf der einen Seite stand der Versuch der Abschottung von der modernen Welt; auf der anderen Seite war das Prinzip des Zusammenschlusses in Vereinen selbst eine tragende Säule der Zivilgesellschaft, und mit und in den Vereinen öffneten sich die Katholiken schrittweise den Konflikten der bürgerlich-kapitalistischen Moderne.

Beispielhaft für die zweite Tendenz stand der 1890 gegründete Volksverein für das katholische Deutschland in Mönchengladbach. Mit seinen 1914 etwa 800 000 Mitgliedern widmete er sich der Volks- und Arbeiterbildung. Bei strikt antizölibatärer Ausrichtung rezipierte man zugleich die Politik der bürgerlichen Sozialreformer und gelangte so zu einem realistischen Verständnis der Industriegesellschaft. Ab 1900 tobte im katholi-



Die Katholiken schotteten sich von der Mehrheitsgesellschaft ab und fokussierten sich auf den Papst in Rom. Ein demonstrativer Ausdruck ihres Glaubens ist die Marienverehrung. Betende vor dem Gnadenbild der „Muttergottes von Kevelaer“

### Ein Plädoyer für die konfessionelle Öffnung der Zentrumspartei

*In der Zentrumspartei tobte seit 1906 ein Streit um die Frage, ob die Partei aus dem „Turm“ des katholischen Milieus ausbrechen und sich zu einer christlichen Sammelpartei wandeln sollte. Der Kölner Verleger Julius Bachem (1845–1918) entfaltet 1906 die Argumente der sogenannten Kölner Richtung.*

„Der Zentrumsturm [...] wurde in der schweren Zeit des kirchenpolitischen Konfliktes errichtet. Er sollte der Abwehr des staatskirchlichen Ansturmes dienen, welcher unter der Führung des gewaltigsten Staatsmannes des 19. Jahrhunderts gegen die katholische Kirche in Preußen unternommen wurde. [...]

Es gibt auch noch katholische Kreise, in denen das Zentrum lediglich die ‚katholische Volkspartei‘ ist und der politische Charakter des Zentrums keineswegs immer, wo es angezeigt erscheint, mit einer alle Mißdeutung ausschließenden Klarheit und Entschiedenheit betont wird. [...]

Dazu kommt, daß katholischerseits an einzelnen Stellen konfessionelle Abgeschlossenheit auch da noch herrscht, wo sie sachlich nicht berechtigt ist. In dieser Richtung hat offensichtlich am meisten der noch immer nicht aufgegebene Versuch geschadet, die interkonfessionelle berufsgenossenschaftliche Organisation der Arbeiter unter Geltendmachung spezifisch kirchlicher Gesichtspunkte zu vereiteln oder zu erschweren\*, während längst für andere Berufsstände (Bauern, Handwerker) interkonfessionelle Organisationen zur Wahrnehmung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen bestehen und unbeanstandet in Tätigkeit sind. Auch diese Ueberspannung des Konfessionalismus nährt mittelbar das noch in so weiten akatholischen Kreisen bestehende Vorurteil, daß im Grunde genommen auch die Zentrumsfraktion ein ausschließlich im Interesse des Katholizismus geschaffenes Gebilde sei. [...]

Man muß [...] alles aufbieten, um dieses schädliche, ja gemeingefährliche Vorurteil zu zerstreuen, selbst unter Uebung weitgehender Selbstverleugnung.

[...] [W]ir müssen aus dem Turm heraus. Heraus nicht insofern, als wir die starke Verteidigungsstellung aufzugeben hätten. Nein, wir können und sollen sie beibehalten. Damit treten wir nieman-

dem zu nahe. Auch dem konfessionellen Frieden dient nicht, wer sich wehrlos macht. Aber die Abschließung, die Absperrung, welche in dem Bilde des Turmes liegt, darf nicht über die Grenze hinaus gehen, welche durch die Verhältnisse gezogen ist. Wir sollen nicht in dem Turme verbarrikadiert bleiben, sondern uns vor demselben aufpflanzen und in immer weiterem Umkreise mit den Mitteln, welche die Gegenwart an die Hand gibt, für das Programm der politischen Zentrumspartei eintreten, das sich wahrlich sehen lassen kann. Wenn das Zentrum eine wahre Staatspartei ist, so soll es auch als solche sich fühlen und überall als solche sich geltend machen; keines seiner katholischen Mitglieder braucht deshalb ein Tüttelchen seiner religiösen Ueberzeugungen preiszugeben.

Je weiter die Kreise sind, in welchen man die Gesamttätigkeit der Zentrumspartei kennen lernt, um so mehr wird das gegen die Zentrumsfraktion noch bestehende Vorurteil schwinden. [...] Es muß unbedingt mit vermehrter Umsicht auf die Wahl von solchen Abgeordneten nichtkatholischen Bekenntnisses hingewirkt werden, welche gute Fühlung mit dem Zentrum zu nehmen und zu unterhalten willens und geeignet sind. [...]

Das Zentrum darf nicht unter der Einwirkung der Verschärfung der konfessionellen Gegensätze, an der so viele arbeiten, in eine splendid isolation [„glänzende Isolierung“] geraten, welche die Erfüllung seiner Aufgabe für Reich und Volk aufs äußerste erschweren würde. Dem Bestreben, diese Gefahr zu verringern, sollen die vorstehend entwickelten bzw. angedeuteten Gedanken dienen.“

\* Bachem spielt hier darauf an, daß die am Ende des 19. Jahrhunderts mit Unterstützung der Zentrumspartei gegründeten interkonfessionellen Christlichen Gewerkschaften von einer kleinen, aber von Teilen des deutschen Episkopats unterstützten Gruppe innerhalb der Partei abgelehnt wurden. Die Gegner der Christlichen Gewerkschaften, die meist von ständischen Gesellschaftsvorstellungen ausgingen, wünschten die gewerkschaftliche Abschließung der katholischen Arbeiter innerhalb der besonderen Katholischen Arbeitervereine.

Gerhard A. Ritter (Hg.), Das Deutsche Kaiserreich 1871–1914. Ein historisches Lesebuch, 5. Aufl., Vandenhoeck & Ruprecht Verlag, Göttingen 1992, S. 140 ff.

schen Lager ein „Gewerkschaftsstreit“ um die Frage, ob katholische Arbeiter sich in christlichen Gewerkschaften organisieren und mit anderen Gewerkschaften kooperieren sollten. Dabei stand die sogenannte Mönchengladbacher Richtung folgerichtig auf der Seite der Gewerkschaften und gegen die sogenannten Integralisten. Diese lehnten auch den Vorstoß des rheinischen Zentrumspolitikers Julius Bachem ab, der 1906 eine Kooperation mit Protestanten unter dem Motto „Wir müssen aus dem Turm heraus“ forderte. Insgesamt war der Vereinskatholizismus zugleich ein Vehikel der Abgrenzung nach außen und der Stabilisierung nach innen.

### Die protestantische Grundierung der Nationalkultur

Charakteristisch für die protestantischen Kirchen war ihre enge Verbindung zu den Landesherren in den Einzelstaaten des Reiches. Sie ging auf die Konfessionalisierung im Zuge der Reformation und der Glaubenskriege seit dem 16. Jahrhundert

zurück. Die Landesherren waren zugleich *summus episcopus*, oberster Bischof der jeweiligen evangelischen Landeskirche. Sie übten damit das Kirchenregiment, die Aufsicht über die inneren Angelegenheiten der Kirche aus. In Preußen geschah dies seit 1850 über den Evangelischen Oberkirchenrat, dem die Konsistorien, die kirchlichen Behörden, nachgeordnet waren. Die Kirchenhoheit dagegen, die staatliche Aufsicht über die Kirche, lag beim preußischen Kultusministerium. Die Pfarrer waren dem König durch ihren Amtseid verpflichtet und in Besoldung und Ausbildung dem Beamtenstatus angelehnt. Diese Kirchenverfassung bewirkte eine ausgesprochene Staatsnähe und eine hierarchisch-konservative Grundanlage der evangelischen Landeskirche nicht nur in Preußen.

Das evangelische Deutschland war in mehrfacher Hinsicht gespalten. Neben den lutherischen Landeskirchen gab es reformierte (das heißt calvinistische) Kirchen, unter anderem im Gebiet des ehemaligen Königreichs Hannover. In Preußen hatte König Friedrich Wilhelm III. reformierte und lutherische Landesteile sowie Regionen, in denen es beide Konfessionen gab, 1817 zur Evangelischen Kirche der Altpreußischen Union (ApU) unter einer einheitlichen Agenda (Handlungsanweisung für den Gottesdienst) zusammenge-



Die Protestanten haben seit der Reformation eine enge Bindung an die Landesherren. Mit dem evangelischen Theologen Friedrich von Bodelschwingh eröffnet Kaiserin Auguste Viktoria 1906 die Arbeiterkolonie „Hoffnungstal“ bei Bernau.

fasst. Innerhalb der ApU blieben jedoch weit über 1918 hinaus Spannungen zwischen den Befürwortern der Union und denjenigen Lutheranern bestehen, welche die Union als eine Verwässerung ihres Bekenntnisstandes ablehnten. Darüber hinaus gab es theologische Differenzen und politische Spannungen zwischen innerkirchlichen Strömungen, die wiederum selbst in verschiedene Gruppen zerfielen. Die beiden wichtigsten Strömungen waren die „positiven“, konservativen Vertreter des Luthertums auf der einen und die Rationalisten und Liberalen auf der anderen Seite. Jene sahen die Kirche in erster Linie als eine hierarchische Körperschaft. Diese sollte den Glauben in einer Weise verkündigen, die der harmonischen Einfügung der Gläubigen in die Gesellschaft diene und nicht etwa ihrer Befreiung als Individuen. Die Liberalen befürworteten dagegen eine weniger an Dogmen orientierte, stärker individualistische Ausrichtung des Glaubens. Theologisch versuchten sie, das Christentum mit den Erkenntnissen der modernen, rationalen Wissenschaft zu versöhnen und vor deren Hintergrund zu reinterpretieren. Ihren entschiedensten theologischen Ausdruck fand diese Strömung im Kulturprotestantismus, der Glaube und moderne Bildung versöhnen wollte. Adolf von Harnack (1851–1930) und Ernst Troeltsch (1865–1923), zwei seiner wichtigsten Vertreter, zählten zu den bedeutendsten protestantischen Theologen des Kaiserreichs.

Der Richtungsstreit unter den Protestanten um die richtigen theologischen Antworten auf den rapiden sozialen Wandel im Kaiserreich erfolgte vor dem Hintergrund einer substantialen Entkirchlichung. Diese betraf die evangelischen Landeskirchen in unterschiedlichem Maße und knüpfte dabei an längerfristige, bis 1800 zurückreichende Entwicklungen an. So beteiligten sich die Mitglieder reformierter Gemeinden in Nordwestdeutschland traditionell weniger am Abendmahl als die Gemeindemitglieder in jenen Teilen von Württemberg und Ostwestfalen, die durch die stärkere praktische Frömmigkeit des Pietismus und der Erweckungsbewegung geprägt waren. Ab 1850 überlagerten Verstädte-

rung und Industrialisierung diese regionalen Unterschiede und verstärkten den Trend zur Entkirchlichung. In der preußischen Provinz Sachsen – die etwa dem heutigen Sachsen-Anhalt entspricht – war die Abendmahlsfrequenz bis 1913 auf 31 Prozent abgesunken, in der Provinz Brandenburg gar auf 24 Prozent. Das heißt auf 100 evangelische Bewohner wurden dort nur 24 Oblaten pro Jahr ausgeteilt, wobei die mehrfache Abendmahlsteilnahme frommer Christen eingezeichnet ist. In vielen Großstädten, in denen Kirchenbau und Anstellung von Pfarrern mit dem Bevölkerungswachstum nicht mithalten konnten, war die Lage noch schwieriger. So lag die Abendmahlsfrequenz in Berlin schon 1862 bei nur 17, 1913 dann bei 14 Prozent, und in Breslau oder Dresden gab es noch niedrigere Werte.

Bereits 1848 hatten sich auf Initiative von Johann Heinrich Wichern zahlreiche protestantische Vereine zum „Central-Ausschuß der Inneren Mission“ zusammengeschlossen, der die sozial-caritative Arbeit der evangelischen Kirchen koordinierte. Die der Kirche entfremdeten Industriearbeiter ließen sich jedoch auf diese Weise nicht zurückgewinnen. Das musste der Berliner Hofprediger Adolf Stoecker erfahren, der 1878 die Christlich-Soziale Arbeiterpartei gründete. Damit rückte er zwar die soziale Frage nachhaltig auf die kirchliche Tagesordnung, doch sein unmittelbares Ziel, die Berliner Industriearbeiter für die Kirche zu gewinnen, scheiterte. So wandte er sich ab 1879 dem alten Mittelstand der Handwerker und Kleinhändler zu und vertrat ein offen antisemitisches und zugleich antikapitalistisches Programm.

Bei aller inneren Fragmentierung und Polarisierung innerhalb des evangelischen Deutschlands gab es doch zwei Grundhaltungen, welche die meisten Protestanten im Kaiserreich teilten. Die eine war ein zuweilen militanter Antikatholizismus, der die Sache der Protestanten in erster Linie durch den Gegensatz zu Rom definierte. Er fand seine wichtigste Plattform im Evangelischen Bund zur Wahrung der deutsch-protestantischen Interessen. 1886 gegründet, erreichte dieser bis 1911 eine Massenbasis von 470 000 Mitgliedern, die er etwa bei den Reichstagswahlen gegen das Zentrum mobilisierte. Der Evangelische Bund war auch ein Beispiel für die Verbreitung der zweiten zentralen Grundhaltung, der Verbindung von evangelischer und nationaler Gesinnung im Nationalprotestantismus. Dieser interpretierte die Reichsgründung mit der theologischen Kategorie der Vorsehung und stellte das 1871 gegründete Reich eng neben das Reich Gottes. Der deutsche Nationalstaat erschien damit als Erfüllung einer besonderen nationalen Mission der Protestanten, die mit der Reformation begonnen hatte.

In der nationalprotestantischen Deutung der Geschichte rückten der Thron der Hohenzollern, der kirchliche Altar und die Nation eng zusammen. Die politische Handlungseinheit Nation wurde so mit sakralem Pathos aufgeladen. Sichtbaren Ausdruck fand diese Haltung etwa in der Feier des Sedantages am 2. September, jenem Tag, an dem Frankreich 1870 nach der Schlacht bei Sedan kapituliert hatte. Der Pfarrer Friedrich Bodelschwingh (1831–1910), Gründer der Bodelschwinghschen Anstalten in Bielefeld-Bethel, hatte dieses Datum 1872 für eine Feier der Buße und zugleich des Dankes für die Gründung des Nationalstaates vorgeschlagen. Der Sedantag entwickelte sich in der Folgezeit zum wichtigsten Datum für die öffentliche Feier des Reichsnationalismus. Er verwies damit zugleich auf die protestantische Grundierung der deutschen Nationalkultur. Denn die Katholiken boykottierten die Feier des Sedantages weitgehend.



ulstein bild - Archiv Gerstenberg

*Ausdruck der zunehmenden Bedeutung der Wissenschaft ist die wachsende Zahl von Universitäten im Kaiserreich. Festveranstaltung am 2. Mai 1872 anlässlich der Neueröffnung der Reichsuniversität Straßburg*

## Universitäten und Wissenschaften

Religion war im Kaiserreich eines der zentralen kulturellen Muster, mit dem Individuen und Gruppen ihr Leben und die soziale Wirklichkeit deuteten und ordneten. Neben und zum Teil an die Stelle der Religion trat die moderne Wissenschaft. Ihre wachsende Bedeutung hing zunächst mit der rasanten Expansion der Universitäten zusammen. Zu den 19 bereits 1871 bestehenden Universitäten kamen bis 1914 Straßburg, Münster und Frankfurt am Main hinzu. Aus dem Ausbau der früheren Polytechnika entstanden daneben bis 1914 noch elf Technische Hochschulen. Weitaus stärker wuchs die Zahl von Studenten und Lehrenden. Allein an den Hochschulen stieg die Studentenzahl von 13 068 im Jahr 1871 auf 60 853 im Jahr 1914. Das war eine Steigerung um 325 Prozent. Die Zahl der Lehrenden stieg, etwas gemäßigter, um 159 Prozent. Die Hochschulen wurden „Großbetriebe“, so der Theologe Adolf von Harnack.

Im Zuge der Expansion des Hochschulsystems erfolgte eine tiefgreifende innere Differenzierung und Spezialisierung der Wissenschaften. Zwar bauten nur wenige Universitäten eigene naturwissenschaftliche Fakultäten auf. Aber an den Instituten kam es zur Spezialisierung in eng umgrenzten Schwerpunkten empirischer Forschung. Die Forschungsorientierung der Wissenschaft – seit der Universitätsreform Wilhelm von Humboldts zu Beginn des 19. Jahrhunderts das Charakteristikum der deutschen Hochschulen – fand nach 1900 neue Formen. Mit der Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1911 entstanden bis 1914 vier reine Forschungsinstitute für die naturwissenschaftliche Grundlagenforschung. Vom Staat organisiert, aber vorwiegend mit Spenden der Industrie finanziert, markieren diese

Institute den Übergang in die moderne Großforschung. Ihre Organisationsform trug maßgeblich dazu bei, dass vor allem in der Physik und Chemie deutsche Wissenschaftler seit 1900 weltweit führend waren und wegweisende Forschungsergebnisse vorlegten. Zugleich zeigte sich, dass auch im Rahmen eines autoritären Staates die funktionale Spezialisierung als ein wichtiges Strukturprinzip der Moderne mit Erfolg angewandt werden konnte.

In den Naturwissenschaften vollzog sich am Ende des 19. Jahrhunderts eine Revolution des Wissens, die fundamentale Auswirkungen auf das moderne Weltbild hatte. In der Biologie steht beispielhaft dafür die Evolutionstheorie, die der Engländer Charles Darwin (1809–1882) seit 1859 entwickelte. In Deutschland griff der in Jena lehrende Zoologe Ernst Haeckel (1834–1919) diese Ideen auf und vermittelte sie zugleich an ein breites Publikum. Haeckel trug damit maßgeblich zur Popularisierung naturwissenschaftlicher Erkenntnisse bei, die nachhaltigen Einfluss auf das Weltbild breiter Bevölkerungsschichten ausübten. Aus der Evolutionstheorie formte Haeckel eine „wissenschaftliche“ Weltanschauung, die er Monismus nannte. Er fasste sie 1899 in seinem Buch „Die Welträtsel“ zusammen, das rasch in mehr als 400 000 Exemplaren verbreitet wurde. Gerade sozialdemokratische Arbeiter lasen das Buch mit Begeisterung und entwickelten daraus säkulare, das heißt religiöse Erklärungen ablehnende Ideen. In der Physik vollzog sich ein erheblicher Erkenntnisfortschritt sowohl durch die Anwendung experimenteller Methoden als auch durch theoretische Reflexion. Die Quantentheorie von Max Planck (1858–1947) und die Relativitätstheorie von Albert Einstein (1879–1955) deuteten die Grundlagen von Raum, Zeit und Materie auf fundamental neue Weise.

Die Geistes- und Sozialwissenschaften entwickelten ebenfalls Forschungsprogramme, die – zum Teil mit einiger Verzögerung – weit über Deutschland hinaus wirkten und bis in die Gegenwart gültige, grundlegende Einsichten in die Struktur moderner Gesellschaften vermitteln. Ein Beispiel ist die Soziologie. Zwar kam es erst 1909 zur Gründung der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, mit der die neue Disziplin erste Schritte zu ihrer institutionellen Stabilisierung unternahm. Aber bereits um 1900 legten Georg Simmel (1858–1918) und Max Weber (1864–1920), die beiden Gründer der deutschen Soziologie, wichtige Befunde zur Deutung der modernen Gesellschaft vor.

Simmel unterstrich die Rolle unpersönlicher Kommunikationsmedien wie etwa des Geldes für die Entfaltung von sozialen Bindungen auch über große Distanzen hinweg. Zugleich richtete er den Blick auf die Beziehungen von Personen in alltäglichen Handlungszusammenhängen. Er betonte, dass sich das Individuum erst in der „Kreuzung von sozialen Kreisen“ entfalte, also in unterschiedlichen Kontexten wie Erziehung, Religion, Politik oder Konsum.

Weber verfolgte ähnliche Ideen. In seiner Soziologie der Religion („Die Protestantische Ethik und der Geist des modernen Kapitalismus“, 1905) analysierte er die Herausbildung der von religiösen Motiven befreiten Erwerbswirtschaft als das Ergebnis calvinistischer Vorstellungen über die „innerweltliche“, also nicht erst im Jenseits wartende Erlösung. Auf unterschiedliche Weise entwarfen Simmel wie Weber so das Bild einer modernen Gesellschaft, die durch die Ausdifferenzierung von Funktionsbereichen an Komplexität und Dynamik

gewinnt. Gerade bei Simmel, dessen Arbeiten stark von der Erfahrung des Lebens in der Metropole Berlin geprägt waren, war dies zugleich eine Selbstbeschreibung der deutschen Gesellschaft um 1900.

Mehr als jedes andere Thema markieren die konkurrierenden Deutungskulturen der Religion und der Wissenschaft das Kaiserreich als eine Epoche des Übergangs. Auf der einen Seite zeigten der Wunderglaube und die Marienverehrung der Katholiken eine heute fremd anmutende Lebenswelt, die auf Spannungen und Konflikte der Moderne in zutiefst traditionaler Weise reagierte. Auf der anderen Seite führten die modernen Natur- und Geisteswissenschaften – unter Einschluss der protestantischen Theologie – das Nachdenken über die Bedingungen menschlichen Daseins in Grenzbereiche hinein, in der alte Gewissheiten schwankten und eine grundsätzliche Neubewertung aller Wissensbestände nötig wurde. Der protestantische Theologe Ernst Troeltsch hat das 1896 prägnant ausgedrückt, als er in einer Versammlung einen kritischen Einwurf mit den Worten begann: „Meine Herren, es wackelt alles.“

Nochmals festzuhalten bleibt, dass der konfessionelle Gegensatz von Katholiken und Protestanten – trotz der Entkirchlichung unter den Protestanten – die Geschichte des Kaiserreichs in fundamentaler Weise geprägt hat. Denn der Konfessionsgegensatz trug entscheidend zur Fragmentierung und Segmentierung von Gesellschaft und Politik bei. Damit hemmte er die Entwicklung einer Kultur der Anerkennung und des Kompromisses, die für die Durchsetzung einer pluralistischen Demokratie von entscheidender Bedeutung sind.



Der Zoologe Ernst Haeckel, Professor in Leipzig, trägt zur Popularisierung naturwissenschaftlicher Erkenntnisse bei.



Max Planck, Professor für theoretische Physik, begründet die Quantentheorie und erhält dafür 1919 den Nobelpreis für Physik des Jahres 1918.



Der Jurist und Ökonom Max Weber (li.) ist einer der Gründer der modernen Soziologie. Hier 1917 auf Burg Lauenstein mit dem Sozialisten und Kriegsgegner Ernst Toller (Mi. li.)

BENJAMIN ZIEMANN

# Die moderne Industriegesellschaft

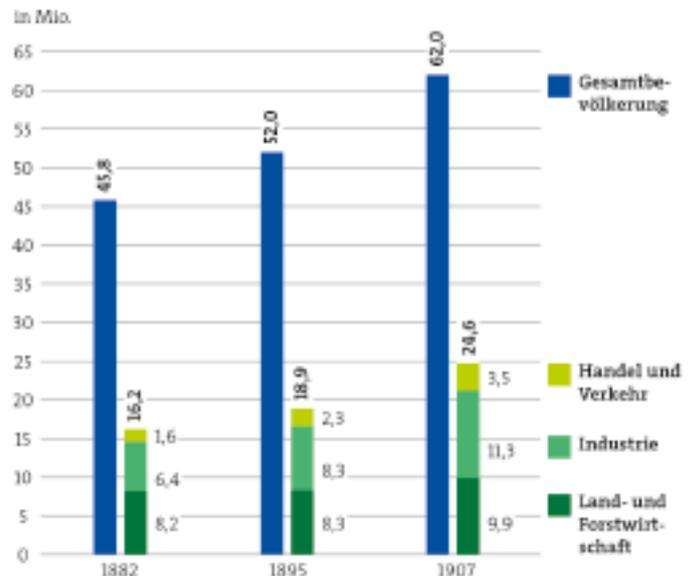
Ähnlich wie heute zeigen sich schon während der Kaiserzeit die Ambivalenzen der modernen Industriegesellschaft. Industrielle Fertigung und Liberalisierung schaffen einerseits Wachstum und Wohlstand, andererseits aber konjunkturelle Unsicherheit und soziale Ungleichheit. Auch bleiben bestimmte Gesellschaftsgruppen von der rechtlichen Gleichstellung ausgeschlossen.

In den vier Jahrzehnten vor dem Beginn des Ersten Weltkrieges vollzog sich in der deutschen Gesellschaft ein dramatischer sozialer Wandel. Zum Zeitpunkt der Reichsgründung arbeiteten noch fast die Hälfte aller Erwerbstätigen in der Landwirtschaft und nur etwas weniger als 30 Prozent im gewerblichen Sektor von Industrie und Handwerk. Zugleich lebten um 1871 noch knapp 64 Prozent der Bevölkerung in Dörfern und Landgemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern, in Großstädten mit mehr als 100 000 Bewohnern dagegen weniger als fünf Prozent. Bis 1910 stieg der Anteil der Großstädter auf 21,3 Prozent, und nur noch 40 Prozent der Bevölkerung lebten in Dörfern. Selbst wenn man die bei Bauern und Landarbeitern recht zahlreichen Kinder einrechnet, waren 1907 gerade einmal noch 28,4 Prozent der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig. Rund 42 Prozent der Bevölkerung (Erwerbstätige und Angehörige) bezogen im selben Jahr ihr Einkommen aus Industrie und Gewerbe. In vier Jahrzehnten hatte sich so der Wandel zur modernen Industrie-



Im Kaiserreich wachsen die Städte. Passanten in der Hohe Straße, Köln

## Bevölkerung und Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen in Deutschland 1875–1914



Bevölkerung und Erwerbstätige nach Gerhard A. Ritter (Hg.), Das Deutsche Kaiserreich 1871–1914. Ein historisches Lesebuch, 5. Aufl., Vandenhoeck & Ruprecht Verlag, Göttingen 1992, S. 29 f.

gesellschaft vollzogen. Dieser Prozess war begleitet von einem bereits länger anhaltenden, rapiden Bevölkerungsanstieg, der die Reichsbevölkerung bis 1910 von ursprünglich 41,1 auf 64,9 Millionen wachsen ließ.

## Die Hochindustrialisierung

Die treibende Kraft dieses sozialen Wandels war die mit der Hochindustrialisierung verbundene wirtschaftliche Umwälzung und damit das Vordringen des modernen Industriekapitalismus. Ab den 1840er-Jahren hatte sich die industrielle Produktionsweise in Deutschland durchgesetzt. Der Eisenbahnbau, der viel Kapital erforderte und zugleich technologische Neuerungen mit sich brachte, fungierte dabei zusammen mit der Schwerindustrie (Kohleförderung, Eisen- und Stahlproduktion) als Führungssektor. In den Jahrzehnten von 1850 bis 1870 befand sich die Industrialisierung in einer beinahe ungebrochenen Aufschwungsphase. Diese reichte bis in den „Gründerboom“, der jedoch mit dem „Gründerkrach“ der Jahre ab 1873 ein abruptes Ende fand und in die schwere Wirtschaftskrise der Jahre 1873 bis 1879 mündete. Die Krise verankerte die Tatsache, dass sich die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft in zyklischen Auf- und Abschwüngen vollzieht, tief

## Das Kaiserreich – eine Gesellschaft in Bewegung

*Das Kaiserreich war eine Migrationsgesellschaft. In bislang nicht gekanntem Ausmaß wanderten Deutsche nach Übersee aus und kamen ausländische Arbeitskräfte nach Deutschland. Aber auch die Wanderung innerhalb Deutschlands war enorm. Vor allem in den Industriestädten erreichten sowohl das Bevölkerungswachstum als auch die jährliche Fluktuation der Bevölkerung Extremwerte. Die Sozialwissenschaftlerin Li Fischer-Eckert beschreibt dies 1913 am Beispiel der Industriegemeinde Hamborn. Heute ein Stadtteil von Duisburg, war Hamborn 1913 de facto eine Großstadt, als Gemeinde ohne Stadtrecht aber nur das „größte Dorf Preußens“.*

„Die Einwohnerzahl von Hamborn betrug am 1. April 1900: 29 000; 1. April 1905: 61 074; 1. April 1910: 96 127; 1. April 1911: 101 599. [...] Innerhalb eines Jahrzehnts hat sich die Bevölkerung in der Gemeinde mehr als verdreifacht, und es ist leicht einzusehen, dass es schwierig war, die Gemeindeeinrichtungen mit diesem raschen Anwachsen gleichen Schritt halten zu lassen. Die Verkehrsverhältnisse des Dorfs, das fast über Nacht zu einer Großstadt geworden war, waren die denkbar schwierigsten. Ausgebaute Straßen fehlten fast ganz, abgesehen von einer kurzen gepflasterten Strecke der Provinzialstraße. Die außerordentlichen Maßnahmen, die zur Förderung des Wegebbaus getroffen wurden, gehen am klarsten aus folgenden Zahlen hervor. 1900 verfügte die Gemeinde über 2800 laufende [Meter] gepflasterter Straßen, im Jahr 1910 dagegen waren 217 000 laufende [Meter] ausgebaut. Mit Basalt befestigt waren 1900 sechs laufende [Meter], 1910 13 875 laufende [Meter]. Ebenso verlangte die Durchführung der Kanalisation zur Entwässerung des Gemeindegebiets bedeutende Aufwendungen. [...]

Eine ganz ungeheure Menge der Bevölkerung ist demnach an den Zu- und Wegzügen beteiligt. Im Allgemeinen kann man sagen, dass in den Jahren des wirtschaftlichen Aufschwungs der Zuzug überwiegt, in den Jahren wirtschaftlichen Stillstands der Wegzug ziemlich nah an die Zuzugszahl heranreicht. Besonders stark fällt diese Tatsache in dem ersten Jahrfünft der Statistik in die Augen. Während in den Krisenjahren 1900–1902 der Zuzug von 49,07 Prozent auf 46,2 Prozent fiel, steigt er rapide in den nun folgenden Jahren der steigenden Konjunktur im Jahr 1905/1906 auf 57,9 Prozent der Gesamtbevölkerung, um bei

dem bald einsetzenden Sinken der Konjunktur in den Krisenjahren 1906 und 1907/1908 auf 33,3 Prozent zu fallen. 1905/06 überstieg der Zuzug den Wegzug um 14,5 Prozent, 1907–1908 war dies nur noch um 5,3 Prozent der Fall. Dass in den letzten Jahren besonders seit 1908 der Zuzug nach Hamborn nicht mehr so stark ist wie in den vorhergehenden Jahren, liegt daran, dass an den Grenzen des Grubenfelds von Hamborn neue Bergwerke entstanden sind, die [...] einen großen Teil Arbeiter an sich ziehen. Der relative Zuwachs der Gemeinde ist infolgedessen immer mehr gesunken. Die Unternehmer klagen ganz besonders über den Mangel an geschulten Arbeitern, was wohl zu dem Schluss berechtigt, dass gelernte Arbeiter an anderen Orten einen ausreichenden Verdienst finden und keine Veranlassung zur Wanderschaft haben.

Immerhin zeigt die Statistik, dass ein starkes Drittel der Bevölkerung von außen hereinströmt und fast ein volles Drittel in demselben Zeitraum auch wieder die Stadt verlässt. Dass bei diesem ständigen Wechsel keine festere Bande wirtschaftlicher, sozialer oder ethischer Natur aufkommen, liegt auf der Hand. [...] Niemandes Heimat! Das ungefähr ist der Eindruck, den man aus der Hand der Zahlen über die Fluktuation der Bevölkerung erlangt. Die Menschen, die die Stadt bevölkern, kommen aus allen Gegenden zusammen, in der Hoffnung, hier das Idealland des hohen Verdienstes gefunden zu haben, und da diese Hoffnung sich meistens nicht erfüllt, greifen sie wieder zum Wanderstab, um in einem andern Zechenort dieselbe Enttäuschung zu erleben. Niemandes Heimat, dies traurige Wort für jeden, dem der Begriff der Heimat eine ganze eigene Welt von Seligkeiten umschließt, das ist das Milieu, in dem Tausende von Frauen dort in Hamborn die schwere Aufgabe ihrer Mutter- und Gattinnenpflichten erfüllen sollen, in dem Tausende von Kindern aufwachsen, die durch den ständigen eigenen Wechsel und den der Nachbarschaft niemals die heilsame Wirkung einer Kindheits- und Jugendfreundschaft erfahren.“

\* Li Fischer-Eckert, Die wirtschaftliche und soziale Lage der Frauen in dem modernen Industrieort Hamborn, Hagen 1913, S. 14–15, S. 65, 68 in: Benjamin Ziemann / Klaus Tenfelde, Die Entwicklung der Städte bis zum Ersten Weltkrieg, in: Klaus Tenfelde / Thomas Urban (Hg.), Das Ruhrgebiet. Ein historisches Lesebuch, Klartext-Verlagsgesellschaft, Essen 2010, Band 1, S. 334 f.

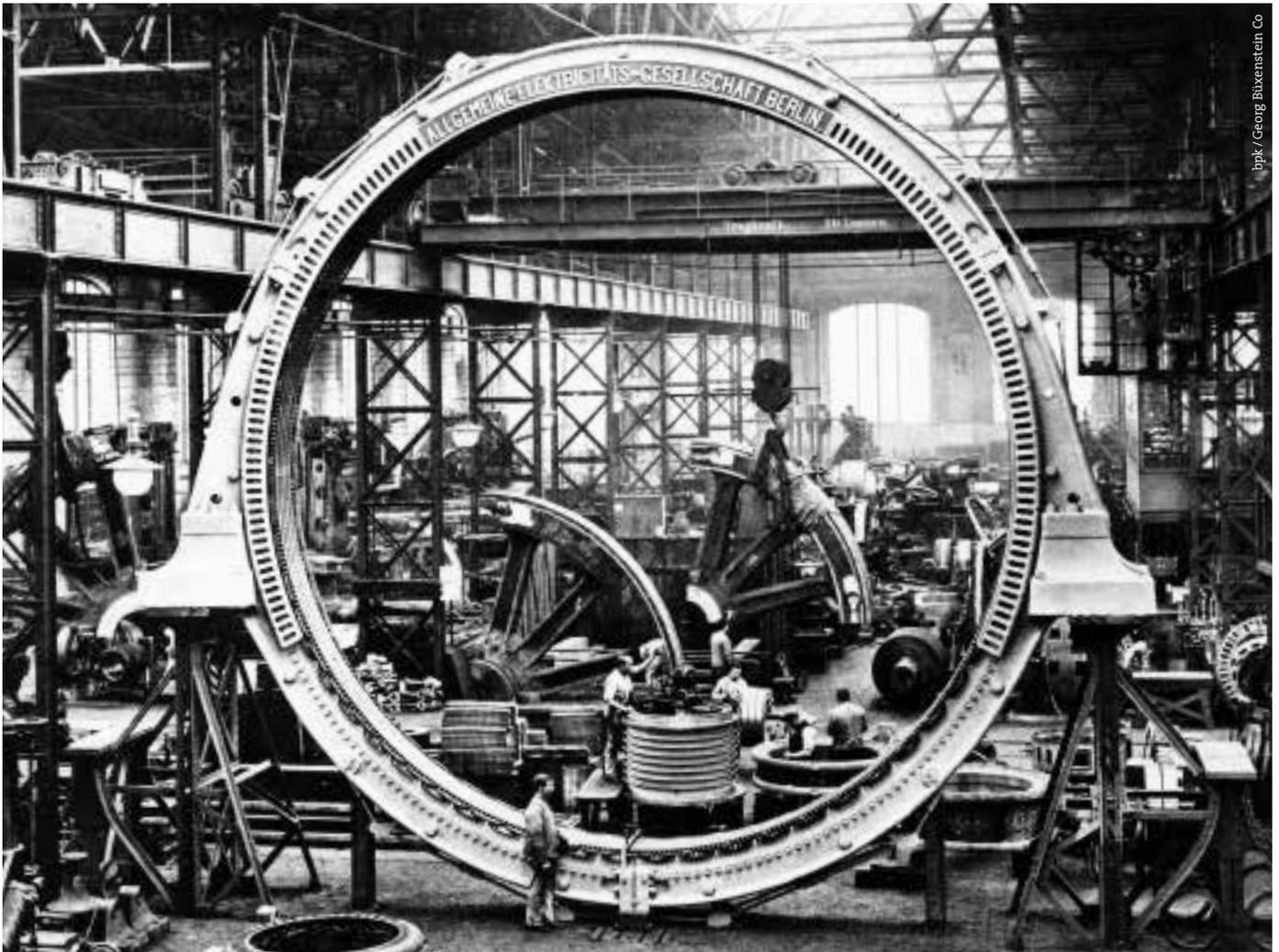
im Bewusstsein der Zeitgenossen. Zudem war der Abschwung 1879 noch nicht beendet. Unterbrochen von zwei kurzfristigen Aufschwüngen setzte sich die Stockungsphase der Wirtschaft bis 1895 fort. Über den gesamten Zeitraum von 1873 bis 1895 gesehen, gab es allerdings ein wenn auch nur mäßiges Wachstum der Wirtschaft. Deshalb ist es falsch, diese Periode als eine „Große Depression“ zu bezeichnen. Vielmehr sind drei andere Beobachtungen für diesen Zeitraum der deutschen Wirtschaftsgeschichte zentral.

Erstens befand sich der Agrarsektor seit 1876 in einer strukturellen Krise, die bis zum Weltkrieg und darüber hinaus anhielt. Ihr unmittelbarer Auslöser war der Verfall der Getreidepreise durch massenhafte Billigimporte aus den USA seit 1876. Die Einführung der Schutzzölle 1878/79 sollte dieses Problem beheben. Doch der Preisverfall für Agrarprodukte hielt weiter an, obwohl der Zolltarif in den 1880er-Jahren und dann noch einmal nach 1900 mehrfach erhöht wurde. Statt sieben Prozent wie 1883 betrug der Zollanteil des Preises für Weizen am Vorabend des Ersten Weltkrieges etwa 37 Prozent. Dennoch sank der Weizenpreis

von 1873 bis zum Tiefpunkt 1894 um 48 Prozent und erholte sich auch danach nur zögerlich. Die agrarischen Produzenten – Bauern und die vor allem im Preußen östlich der Elbe ansässigen Großgrundbesitzer – versuchten diesen Preisdruck insbesondere durch den Einsatz von Maschinen aufzufangen. So konnten sie zwar insgesamt die Erträge deutlich steigern, aber die Wertschöpfung des Agrarsektors sank, und die Abwanderung von Arbeitskräften in die Städte verursachte große Probleme.

Der Preisverfall betraf – zweitens – aber nicht nur die Landwirtschaft. Bis 1895 fielen auch die Preise für gewerbliche Produktions- und Konsumgüter, was Ausdruck einer verschärften Konkurrenz auf dem Weltmarkt und steigender Produktivität war. Am stockenden Konjunkturverlauf bis 1895 zeigt sich drittens, dass sich die Dynamik des Führungssektors der ersten Welle der deutschen Industrialisierung, des Eisenbahnbaus, erschöpft hatte.

An seine Stelle traten in der Hochindustrialisierung drei andere Sektoren. Dies war zum einen der Maschinenbau, der mit der Einführung technologischer Neuerungen um 1900



Maschinenbau, Elektro- und Chemieindustrie stellen die deutschen Führungssektoren der Hochindustrialisierung dar. Die sich entwickelnden Großbetriebe schaffen neue Dimensionen. Die 1908/09 erbaute Turbinenfabrik der AEG im Berliner Ortsteil Moabit ...

zur größten Branche der Industrie aufstieg. Hinzu kamen die Großbetriebe der Chemieindustrie. Sie profitierten von einer intensiven innerbetrieblichen Forschung und Entwicklung, die im Bereich der fotografischen Filme, der Herstellung von Plastik und künstlichem Dünger innovative Produkte bereitstellte. Betriebe wie die Badische Anilin und Soda Fabrik (BASF), die Farbwerke Hoechst oder die Bayer Werke waren um 1900 die weltweit führenden Hersteller von chemischen Erzeugnissen. Die technologische Spitzenposition der deutschen Betriebe zeigte sich auch im Export, der vier Fünftel des Umsatzes der Branche ausmachte. Bei der Produktion von künstlichen Farbstoffen dominierten deutsche Betriebe mit 90 Prozent des weltweiten Absatzes den Weltmarkt.

Der dritte Führungssektor war die Elektroindustrie. Hier dominierten zwei Unternehmen, die seit 1847 bestehende Firma Siemens und die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft (AEG). Wie bei der chemischen Industrie führten intensive betriebseigene Forschung sowie die Verwertung von Patenten des Pioniers der Elektrotechnik, Thomas Alva Edison (1847–1931), beide Betriebe an die Spitze des Weltmarktes, den sie dann unter sich aufteilten. Im Jahr 1913 erwirtschaftete die von Siemens und AEG dominierte deutsche Elektrotechnik ein Drittel des gesamten weltweiten Umsatzes in dieser Branche.

Chemie und Elektrotechnik sind gute Beispiele für einen wichtigen Trend in der deutschen Wirtschaft vor 1914, den Übergang zur großbetrieblichen Produktion. In den ersten Dekaden nach der Reichsgründung war das Heimgewerbe noch ein wichtiger Teil der gewerblichen Produktion. Vor allem in der Textilherstellung konnte das ländliche Heimgewerbe sich lange behaupten, bei dem Heuerlinge und andere Besitzer von kleinen Parzellen die Wintermonate zur Spinnerei und Weberei nutzten. Auch die handwerkliche Produktion konnte in vielen Bereichen dem Konkurrenzdruck der Industrie zunächst noch standhalten. So waren 1882 noch in rund 95 Prozent aller Betriebe weniger als sechs Personen beschäftigt. Doch im Zuge der Hochindustrialisierung nutzten Großbetriebe die Vorteile, die sich aus einer Verbreiterung der Produktpalette, der vertikalen Integration – bei der auch Zulieferer und Vertrieb in das Unternehmen eingebunden werden – und der Expansion auf Exportmärkten ergaben. Die Rechtsform der Aktiengesellschaft erlaubte es, diese Expansion zu finanzieren. 1907 arbeiteten 42,4 Prozent aller gewerblich Beschäftigten in Großbetrieben mit mehr als 50 Mitarbeitern. Gegenüber der Zählung des Jahres 1882 hatte sich deren Anteil damit fast verdoppelt. Bereits 13,7 Prozent der gewerblich Beschäftigten waren 1907 in Betrieben mit mehr als 1000 Mitarbeitern tätig. Die Firma Siemens allein hatte knapp 43 000 Beschäftigte.



ullstein bild - dpa

... Herstellung von synthetischem Indigo an dem 1865 in Ludwigshafen gegründeten Produktionsstandort der BASF (ehemals Badische Anilin- & Soda-Fabrik). Durch Schaugläser kann der Prozessablauf beobachtet werden.

Die Expansion der drei neuen Führungssektoren leistete einen erheblichen Beitrag zu der anhaltenden, nur von zwei kurzen Rezessionsphasen unterbrochenen Konjunktur, welche die deutsche Wirtschaft von 1895 bis 1913 erlebte. Ein wichtiger Indikator für die Dynamik dieses Aufschwungs ist die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des Nettoinlandsprodukts. Für den Zeitraum von 1895 bis 1913 lag sie bei 3,3 Prozent. Die gewerbliche Wirtschaft leistete dazu einen besonderen Beitrag. Er wird daran deutlich, dass sich ihr Umsatzvolumen allein von 1895 bis 1913 mehr als verdoppelte. Das anhaltende Wachstum führte insgesamt zu einer Steigerung des Pro-Kopf-Einkommens, auch wenn dieses höchst ungleich verteilt blieb.

Allerdings reichte die gesteigerte Binnennachfrage bei weitem nicht aus, um die Produkte der deutschen Industriewirtschaft aufzunehmen. Das war nur durch eine massive Steigerung des Exports möglich, die sich bereits in der Deflationsphase seit 1879 anbahnte, aber erst in der Hochkonjunktur der Jahre ab 1895 voll zum Durchbruch kam. Von 1895 bis 1913 stieg der Wert der deutschen Exporte noch stärker als die gewerbliche Produktion, nämlich um 180 Prozent. 1913 entfielen etwa 28 Prozent aller weltweiten Exporte chemischer Produkte auf die deutsche Industrie. Der Exportorientierung der deutschen Industrie entsprach eine Ideologie, die in der Vergrößerung des Exportanteils das Patentrezept zur Vermeidung

von Überproduktionskrisen sah. Eine andere Reaktion auf die konjunkturellen Schwankungen war die Bildung von Kartellen, mit denen Großunternehmen durch Absprachen über Preise und Produkte den Markt kontrollierten. Seit der Depression der 1870er-Jahre setzten sie sich vor allem in der Schwerindustrie durch.

Neben die Kartellierung, also die formellen Absprachen zwischen Unternehmen, traten Formen des Interessenausgleichs zwischen Staat und Großindustrie, die auch als Korporatismus bezeichnet werden. Sie stützten sich auf den Zusammenschluss der Industrie in Interessenverbänden und auf personelle Verflechtungen und Absprachen zwischen Verbandsvertretern und Ministerialbürokratie. Hinzu kam, dass sich der Staat durch wachsende Ausgaben im Bereich der Bildungs- und Sozialpolitik selbst zu einem Faktor der Wirtschaft entwickelte. Am Vorabend des Ersten Weltkrieges lag der Anteil der Staatsausgaben (Reich, Bundesstaaten, Kommunen) am Nettosozialprodukt bei etwa 15 Prozent. Seit der Jahrhundertwende entfernte sich die institutionelle Struktur der kapitalistischen Wirtschaft somit vom klassischen liberalen Modell der unregulierten Konkurrenz. Der sozialdemokratische Theoretiker Rudolf Hilferding (1877–1941) beschrieb in seinem Buch „Das Finanzkapital“ von 1910 diese Tendenz zur Vermachtung der Wirtschaft durch Kartelle und korporative Absprachen als einen „organisierten Kapitalismus“.

## Konturen der Klassengesellschaft

Die seit 1895 von einer langen Konjunkturphase unterstützte Dynamik der Hochindustrialisierung trieb den Wandel zu einer Klassengesellschaft voran. Ständische und damit feudale Formen der sozialen Ungleichheit – also rechtliche Privilegien sowie die Abschließung sozialer Gruppen durch gemeinsame Ehrvorstellungen – wurden dabei durch solche ersetzt, die auf der jeweiligen wirtschaftlichen Marktposition beruhten. Neben dem weniger dynamischen Markt für Grundbesitz – der durch Vererbung und Kauf die Sozialhierarchie der ländlichen Gesellschaft steuerte – waren Märkte für Aktien, Produkte und vor allem der Arbeitsmarkt entscheidende Faktoren sozialer Ungleichheit. Auf dem Arbeitsmarkt mussten nicht nur manuell tätige Arbeiter in Stadt und Land ihre Qualifikationen anbieten, sondern auch Angestellte und Angehörige bürgerlicher Berufsgruppen wie Anwälte, Ärzte oder Ingenieure.

An der Spitze der sozialen Hierarchie der deutschen Gesellschaft stand eine Gruppe, die sich aus dem Adel sowie den Wirtschafts- und Bildungsbürgern zusammensetzte. Mit ihren Familien machte diese Oberklasse um 1900 insgesamt etwa fünf Prozent der Bevölkerung aus. Der Adel war dabei eine kleine und in sich äußerst heterogene Gruppe. Sie umfasste die Familien der 22 Fürsten des 1871 geschaffenen Reiches sowie jene des Hochadels und der vor allem südwestdeutschen Standesherrn, die seit 1803 ihre reichsunmittelbare Stellung verloren hatten. Zu ihr zählten aber auch die etwa 20 000 Familien des niederen grundbesitzenden Adels in Preußen, die sogenannten Junker. Angesichts der seit 1876 anhaltenden Agrarkrise kämpften viele von ihnen gegen wachsende Verschuldung und den Zwangsverkauf ihres Gutes an bürgerliche Besitzer. Im preußischen Landtag verteidigten sie hartnäckig ihre Privilegien. Die 1872 erlassene preußische Kreisordnung hob zwar die gutherrliche Polizeigewalt auf, beließ aber die Gutsbesitzer als Vorsteher in den – als Gemeinde selbstständigen – Gutsbezirken. Damit blieben die Gutsbesitzer im ländlichen Preußen östlich der Elbe bis 1918 in einer rechtlich privilegierten, ständischen Herrschaftsposition. Zudem verteidigten und erweiterten die adeligen Gutsbesitzer die Institution des Fideikommisses, der Güter für unveräußerlich erklärte und damit dem Besitzwechsel entzog.

Zum Wirtschaftsbürgertum zählte neben den Eigentümern von Banken, Industrie- und Handelsunternehmen die steigende Zahl der Manager, die etwa im Bankensektor den Typus des patriarchalischen Einzelunternehmers mehr und mehr ablösten. Zeitgenössische Beobachter im Kaiserreich kritisierten, dass bürgerliche Unternehmer und Manager Normen und Lebensstil des Adels imitiert hätten, was zu einer „Feudalisierung“ des Bürgertums und damit zu einem Mangel an selbstbewusster Vertretung bürgerlicher Interessen geführt habe.

Doch dies war ein polemisches Zerrbild, das sich empirisch nicht halten lässt. So wurden etwa im Kaiserreich weit weniger bürgerliche Millionäre nobilitiert als zur selben Zeit in Großbritannien. Einige wohlhabende, bürgerliche Unternehmer – wie etwa der Hamburger Bankier Max Warburg (1867–1946) oder der Hamburger Reeder Albert Ballin (1857–1918) – lehnten eine ihnen angebotene Erhebung in den Adelsstand voller Stolz ab. Auch das Heiratsverhalten der Unternehmer lässt eine Annäherung an den Adel nicht erkennen, sie heirateten überwiegend Frauen aus bürgerlichen Familien. Auffällig ist allerdings die Bereitschaft vieler Unternehmer und Manager, sich als staatsnahe sowie Regierung und Staatsbürokratie folgsa-



In der Wilhelminischen Klassengesellschaft bilden Adel, Wirtschafts- und Bildungsbürgertum die Oberschicht: Großherzog Friedrich Franz IV. von Mecklenburg mit seiner Familie in Heiligendamm, 1902, ...



... der Großreeder Albert Ballin mit seiner Gattin Marianne (im weißen Kleid) auf dem Rennplatz in Groß Borstel bei Hamburg, 1905, ...



... Frauen und Männer des gehobenen Bürgertums beim geselligen Puzzlespiel, 1911

me Bürger auszuweisen und damit den Primat des monarchischen Staates anzuerkennen. Dieser belohnte solche Loyalität durch die Verleihung von Auszeichnungen wie etwa den Titel „Kommerzienrat“, den viele Besitzer und Manager von Spitzenunternehmen führten.

Eine Besonderheit der deutschen Sozialgeschichte war das Bildungsbürgertum. Die Zeitgenossen benutzten dafür den Begriff der „gebildeten Stände“. Es umfasste weniger als ein Prozent der deutschen Bevölkerung. Dennoch übte es einen nachhaltigen und zugleich ambivalenten Einfluss auf die Normen und Wertvorstellungen nicht nur des Bürgertums aus. Im Kern gehörten dem Bildungsbürgertum Berufsgruppen mit einer durch Studium nachgewiesenen akademischen Qualifikation an. Dies waren zum einen die sogenannten freien Berufe wie Ingenieure, Architekten, aber auch die Ärzte und Rechtsanwälte. Bei den letzten beiden Gruppen war die Ausbildung und Berufspraxis weitaus stärker staatlich reglementiert als etwa in Frankreich oder Großbritannien. Auf der anderen Seite standen die akademisch gebildeten höheren Beamten, Professoren, Gymnasiallehrer sowie die dem Beamtenstatus vergleichba-

ren evangelischen Pfarrer. Die überwölbende Klammer dieser ökonomisch sehr verschiedenartigen Gruppen bildete die um 1800 entstandene neuhumanistische Bildungsidee. Ihr galt Bildung nicht als Erwerb formaler Qualifikationen, sondern als die Arbeit an der inneren Vervollkommnung und ästhetisch-geistigen Formierung des Individuums. Ausgehend von Kunst und Sprache des antiken Griechenlands widmete sich der Lehrplan des humanistischen Gymnasiums der Aneignung dieses Ideals. Nicht nur durch die zentrale Position der evangelischen Pfarrer als Vermittler dieser Ideen war das Bildungsbürgertum eine im Kern protestantische Elite.

Sozial gesehen war das Bildungsbürgertum offener als das gehobene Wirtschaftsbürgertum. Bei wachsenden Studentenzahlen konnten auch Söhne des Kleinbürgertums und der unteren Beamtschaft bildungsbürgerliche Berufe ergreifen. Auch die Bildungsidee selbst hatte einen anti-elitären Grundzug, da sie den „Geistesadel“ (Friedrich Schiller) an die Stelle des Adels der Geburt setzte. Doch am Ende des 19. Jahrhunderts war deutlich sichtbar, dass sich der offene und liberale Impuls der neuhumanistischen Bildungsidee erschöpft hat-

## Jugend und Jugendbewegung

Am Ende des 19. Jahrhunderts war die deutsche Gesellschaft „jugendlicher“ als je zuvor. Vor allem in den industriellen Großstädten führten hohe Geburtenraten und stetig sinkende Säuglingssterblichkeit in der Arbeiterschaft zu einem besonders großen Anteil von Kindern und Jugendlichen. Heranwachsende aus der Arbeiterklasse standen auch im Zentrum der „Entdeckung“ der Jugend, die sich im selben Zeitraum vollzog. Arbeiterkinder vollendeten die Volksschule mit 14 Jahren und traten dann, wenn sie nicht eine Lehre absolvierten, in den häuslichen Dienst oder in die Fabrikarbeit ein. Damit lockerten sich familiäre Bindungen. Vor allem den Arbeiterjungen brachte das Geldeinkommen eine relative Selbstständigkeit. Erst mit 18 Jahren traten sie den Wehrdienst an. Besorgte Politiker und die neue Profession der Sozialarbeiter verstanden diese vier Jahre nun als eine eigenständige Jugendphase und zugleich als eine Lücke in der autoritären Sozialisation „zwischen Volksschule und Kaserne“. Die staatliche Jugendpflege reagierte darauf seit 1900 mit organisierten Freizeitaktivitäten. Seit 1911 fasste der Jungdeutschlandbund diese Aktivitäten zusammen. Er organisierte 1914 um die 750 000 Jugendliche, die sich so „staatsfromm“ betätigten.

Jugend um 1900 war eine stark klassenspezifisch geprägte Lebensphase. So lebten bürgerliche Jugendliche in einer viel stärker durch die Schule geprägten Umwelt, die Jungen durch den Besuch des Gymnasiums, die Mädchen in den höheren Töchterschulen, ab 1900 dann vermehrt auch im Lyzeum (Mädchengymnasium). Bürgerliche Jugendliche waren von jeglicher Erwerbsarbeit entlastet, aber dafür in die autoritären Strukturen von Familie und Schule eingebunden. Anders als Arbeiterjugendliche lebten vor allem Jungen aus dem Bürgertum in durch den schulischen Klassenverband geprägten Gruppen. An die Stelle jahrgangsübergreifender außerschulischer Geselligkeit, wie bei Arbeiterjungen, trat bei Schülern aus dem Bürgertum die schulische Aneignung abstrakter Werte und Ordnungsvorstellungen. Im neuhumanistischen Bildungsideal stand seit 1800 die „edle Einfalt und stille Größe“ – so die von Johann Joachim Winckelmann bereits 1755 geprägte Formel – der griechischen Antike als Vorbild im Zentrum der Pädagogik. Doch in der schulischen Praxis des Gymnasiums war dieses Ideal lange vor 1900 zu einem leeren Ritual erstarrt.

Auch vor dem Hintergrund dieses an Pflicht und formalen Prinzipien orientierten Schulalltages ist der Aufbruch der bürgerlichen Jugendbewegung seit 1900 zu sehen. Sie nahm ihren Anfang im Gymnasium Steglitz vor den Toren Berlins. Dort praktizierten dessen Schüler seit 1896 das Wandern als Gruppenerlebnis, erst in den Wäldern um Berlin, 1899 dann mit einer mehrwöchigen Fahrt in den Böhmerwald. Der Steglitzer Primaner Karl Fischer betreute auch nach Antritt seines Studiums neue Gruppen, die sich 1901 als „Wandervogel“ organisierten und bald reichsweite Nachahmer fanden. Nach zahlreichen Abspaltungen und Neuverbindungen gründeten sie 1912/13 einen ebenfalls „Wandervogel“ genannten Bund, dem 25 000 Mitglieder in 800 Orten angehörten. Seit 1907 gab es allerorten auch Mädchengruppen. Mitglieder des Wandervogels blieben nach Beginn ihres Studiums den studentischen Korporationen fern. Stattdessen gründeten sie vom Stil der Jugendbewegung geprägte Verbände. Mehrere von ihnen schlossen sich auf dem Hohen Meißner bei Kassel 1913 zur „Freideutschen Jugend“ zusammen.

Mit ihrem Motto „Jugend will von Jugend geführt werden“ betonte die Jugendbewegung die Autonomie ihrer Gemeinschaften gegenüber den Zwängen der bürgerlichen Lebensweise und gegenüber der als erstarrt wahrgenommenen Kultur des wilhelminischen Deutschland. Durch die eigene „Kluft“ aus kurzer Hose und Hemd mit offenem Schillerkragen, durch das gemeinsame Singen zur „Klumpfe“ und die große „Fahrt“ in den Sommerferien sowie durch den Verzicht auf Alkohol und Tabak grenzte der Wandervogel einen selbstbestimmten Raum ab. Obwohl ein großstädtisches Phänomen, war die Jugendbewegung großstadtfeindlich. Man verstand sich als apolitisch. Mit ihrer Beschworung der Gemeinschaft als „Volksgemeinschaft“ und mit ihrer romantischen Zivilisationskritik stand die Jugendbewegung zwar dem „Kulturpessimismus“ der völkischen Rechten nahe, einer Tendenz moderne gesellschaftliche, kulturelle und politische Entwicklungen als Dekadenz oder Niedergang zu werten, die der Historiker Fritz Stern in seinem Werk „Kulturpessimismus als politische Gefahr“ von 1963 behandelt. Doch bis 1914 waren politische Fragen nachrangig, und es wäre falsch, die Jugendbewegung direkt in die Vorgeschichte des Nationalsozialismus einzureihen.



bpk / Kunstbibliothek, SMB, Photothek Willy Römer

Die Unterschicht: Auf dem Land herrschen vielfach noch quasifeudale Arbeitsverhältnisse. Kartoffeljäten auf einem Gut in der Mark Brandenburg



ulstein bild - Imagago

Viele suchen Beschäftigung in städtischen Industriebetrieben. Stolz präsentieren Arbeiter 1894 den Patent-Motorwagen des Mannheimer Unternehmers Carl Benz.



alg-images

Doch die Masse der Industriearbeiter verharrt in sozialem Elend. Wohnung in der Berliner Möckernstraße, 1903

te. In ihrem Rahmen fiel es schwer, den raschen sozialen und ökonomischen Wandel im Kaiserreich angemessen zu deuten. Viele Bildungsbürger sahen sich als Verlierer der Modernisierung und in der Defensive gegen den Aufstieg der sozialistischen Arbeiterbewegung. Neben manchen Reformströmungen machte sich deshalb ein Kulturpessimismus breit, dessen nationalistische und oft antisemitische Ausprägungen seit 1900 zu einer Entliberalisierung des Bildungsbürgertums beitrugen.

Die Durchsetzung einer auf Marktchancen basierenden Klassengesellschaft wird nirgendwo deutlicher als im Vordringen der Lohnarbeiter. Noch 1875 hatten sie erst 56,7 Prozent aller Erwerbstätigen gestellt. Bis 1907 war ihr Anteil an allen Erwerbstätigen auf 76,3 Prozent angestiegen. Entscheidend dafür war, dass sich die Zahl der in der Industrie beschäftigten Arbeiter von 1882 bis 1907 nahezu verdoppelt hatte. Erst damit waren die Industriearbeiter noch vor den Landarbeitern zur größten Gruppe innerhalb der Arbeiterschaft angewachsen. Im Einklang mit der Entwicklung der Wirtschaft hin zu großbetrieblichen Organisationsformen war eine stetig wachsende Zahl von ihnen in Großbetrieben mit mehr als 200 Mitarbeitern beschäftigt. Dennoch war die Arbeiterklasse in sich vielfach differenziert und auch gespalten.

Erhebliche Unterschiede gab es zunächst zwischen Branchen, etwa zwischen dem Bergbau, in dem männliche Beschäftigte dominierten und ständische Traditionen die Kultur der Bergleute prägten, und der Textilindustrie, die hauptsächlich von Frauen getragen wurde. Gravierend war auch der Unterschied zwischen ungelernten und gelernten Arbeitern, bei denen bestimmte handwerklich geprägte Berufe wie die der Drucker und Setzer einen eigenen Berufsstolz wahrten. Die wohl wichtigste Trennlinie verlief zwischen Stadt und Land. Das Millionenhier der landwirtschaftlichen Arbeiter – nach der hier sehr unvollkommenen Statistik mindestens 3,17 Millionen Männer im Jahr 1907 – teilte sich wiederum in verschiedene Gruppen. Viele von ihnen waren über Deputatlöhne (Gewährung von Wohnung und Lebensmitteln) oder den Besitz von Kleinstparzellen in quasifeudalen Arbeitsverhältnissen eingezwängt. Allen Landarbeitern gemeinsam war, dass die Herrschaftsgewalt der Grundbesitzer und Großbauern es der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung praktisch unmöglich machte, sie zu organisieren.

Die Reallöhne der Industriearbeiter verdoppelten sich von 1871 bis 1913 beinahe. Dieser Anstieg führte allerdings nur bei der Gruppe der besser qualifizierten Facharbeiter zu einer wirklich spürbaren Anhebung des Lebensstandards. Für die Masse der gewerblichen Arbeiter blieb die Erfahrung der durch geringe Chancen bestimmten proletarischen Lebensweise oder „Proletariat“ maßgeblich. Als übergreifende Klassenlage schuf sie auch die Bereitschaft zur kollektiven Interessenvertretung in Gewerkschaften und Parteien und hier vor allem in der Arbeiterpartei SPD. Die Erfahrung der „Proletariat“ speiste sich aus vielen Quellen: Am Arbeitsplatz war es die Entrechtung durch das paternalistische Regiment der Fabrikherren; hinzu kam die Enge des proletarischen Wohnens in den vom Bürgertum getrennten Wohnvierteln; im Lebenszyklus drohten elementare Risiken durch Krankheit, Arbeitsunfälle und Altersverarmung. Die Erfahrung staatlicher Repression im Militärdienst, bei der Niederschlagung von Streiks und durch die polizeiliche Überwachung der Arbeiterbewegung komplettierte die Wahrnehmung einer tiefen Spaltung der Gesellschaft in die entgegengesetzten Lager des Bürgertums und der Arbeiterschaft.

## Beschwerde Essener Bergleute an den preußischen König 1867

Die durch mehrere Gesetze eingeleitete Bergrechtsreform der Jahre 1860 bis 1865 setzte den Bergbau von den korporativen Schranken der frühneuzeitlichen Montanindustrie frei und überführte ihn in die kapitalistische Produktionsweise. Doch die Entwicklung der Bergarbeiter hin zur sozialen Klasse der Lohnarbeiter begann damit erst. Diese Beschwerde aus dem Jahr 1867 zeigt, wie die Bergleute mit einem Appell an die „gute Obrigkeit“ auf die Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen reagierten.

Essen, den 29. Juni 1867 [...]

Allerdurchlauchtigster, großmächtigster König!  
Allergnädigster König und Herr!

Die alleruntertänigst unterzeichneten Bergleute im Kreise Essen wagen es, durch die immer größer werdende Not dazu getrieben, Ew. Majestät Throne zu nahen, und mit der gehorsamsten Bitte einer gnädigen Berücksichtigung Folgendes alleruntertänigst vorzutragen:

Nachdem durch das Gesetz vom 20. Mai 1860 „die Aufsicht der Bergbehörden über den Bergbau und das Verhältnis der Berg- und Hüttenarbeiter betreffend“ [...] die Abschließung der Verträge zwischen den Bergeigentümern und den Bergleuten lediglich dem freien Übereinkommen derselben überlassen ist, und eine Mitwirkung der Königlichen Bergbehörde bei Annahme und Entlassung der Bergleute, sowie bei Festsetzung und Zahlung des Schicht- und Gedingelohnes nicht mehr stattfindet, *findet die Festsetzung der Arbeitszeit und des Arbeitslohnes von den Gewerkschaften* (d. h. den Kapitalisten)\* *ganz nach ihrem Belieben statt*. Von ihnen ist seitdem die *Arbeitszeit zwangsweise so übermäßig verlängert* worden, daß bei der ohnehin schon so ungesunden Arbeit viele Bergleute bereits mit 30–35 Jahren arbeitsunfähig werden, zudem die Gewerke [=Unternehmer] unsern *Lohn auch so niedrig* gestellt haben, daß er kaum hinreicht, uns die nötigsten Lebensbedürfnisse zu verschaffen. Sie betrachten uns nur als willenslose Maschinen und Arbeitsinstrumente, deren Arbeitskraft sie zu ihrem Vorteile möglichst ausnutzen können; denn wie wenig bei Festsetzung der Arbeitszeit von einem „freien Übereinkommen“ die Rede ist, werden Ew. Majestät aus folgenden Angaben ersehen.

Wenn wir früher freiwillig und ausnahmsweise bei Störungen im Betriebe, wie Zubruchgehen von Strecken, Reißen von Bremsseilen usw. einige Stunden über die achtstündige Schicht gearbeitet, auch wohl eine Doppelschicht gemacht haben, so ist das jetzt Zwang geworden, und wer sich nicht in die längere Arbeitsdauer fügen will, wird von der Zeche entlassen und womöglich mit einem derartigen Zeugnis versehen, daß er auf einer anderen Zeche keine Arbeit mehr bekommen kann. [...]

So ist auf den meisten Zechen jetzt eine 10–11 stündige Schicht eingeführt. Zudem dauert die Förderung der Leute meist noch zwei Stunden. So lange Arbeitsschichten kann aber unser Körper unmöglich auf die Dauer aushalten, so erfreulich es auch ist, wenn die Gruben einen regen Absatz ihrer Produkte haben. [...]

Ist aber die Gesundheit der Leute oft schon mit 35 Jahren durch diese Überanstrengungen so angegriffen, daß sie nicht mehr in der Grube arbeiten können, oder daß sie nicht mehr dasselbe



Auch Bergleute verlieren im Übergang zur kapitalistischen Produktionsweise ihre traditionellen ständischen Privilegien. Kohlestollen im Ruhrgebiet um 1880

leisten können, wie die jüngeren Leute, die ihre Kräfte noch nicht geopfert haben, und erhalten sie von den Knappschaftsärzten gewöhnlich das Zeugnis „zu leichter Hüttenarbeit noch tauglich“, so haben sie keinen Anspruch auf Invalidenpension aus der Knappschaftskasse. Ist aber solche leichtere Grubenarbeit nicht zu bekommen, sind sie gezwungen, sich bei Privatleuten passende Arbeit zu suchen, so werden sie ihrer Rechte als Knappschaftsmitglieder vollständig verlustig, in ihrem frühen Alter erwartet sie das traurigste Los. [...]

Bei alledem sind die Gedinge [=Leistungslohn] so niedrig gestellt, daß wir trotz der übermäßigsten Anstrengungen allgemein in den drückendsten Verhältnissen leben. Gegenwärtig verdient ein mittlerer Arbeiter, wie die Mehrzahl ist, bei dem größten Fleiße während einer elfstündigen Schicht im Monat durchschnittlich 17 bis 18 Taler. [...] Für eine Familie von vier Personen betragen [...] die Kosten für die unentbehrlichsten Lebensbedürfnisse [...] monatlich 20 Taler 25 Sgr., wobei auch Licht, Heizung, Kleidung, Schuhzeug, Hausgerät, Schulgeld und Steuern (15 Taler jährlich) noch gar nicht gerechnet ist, während der Arbeiter durchschnittlich im Monat nicht mehr als 15 bis 16 Taler verdient.

Gegen alle angeführten Notstände aber haben wir gegenwärtig sozusagen gar keinen tatsächlichen Schutz, teils weil das Kgl. Oberbergamt seinen Sitz in Dortmund hat, teils weil den Bergleuten nicht die Mittel zu Gebote stehen, ihre Klagen vernehmlich und mit Nachdruck vorzubringen. [...]

\* Mit Gewerkschaft wurde im Bergbau eine bergbauliche Unternehmensform einer Kapitalgesellschaft bezeichnet. Das Wort stammt von Gewerke, das waren im 16. Jh. Mitglieder einer bergbaulichen Genossenschaft.

Klaus Tenfelde / Helmuth Trischler (Hg.), *Bis vor die Stufen des Throns. Bittschriften und Beschwerden von Bergleuten im Zeitalter der Industrialisierung*, C. H. Beck, München 1986, S. 187ff.

## Die Anfänge des deutschen Sozialstaates

In den 1880er-Jahren liegen die Anfänge des modernen deutschen Sozialstaates. Das in diesem Jahrzehnt geschaffene System der Sozialversicherung ruhte auf drei Säulen: Kranken-, Unfall- und Invaliditätsversicherung. Es wird oft als ein Versuch Bismarcks beschrieben, die sozialdemokratische Arbeiterbewegung nicht nur mit der „Peitsche“ des Sozialistengesetzes, sondern auch mit dem „Zuckerbrot“ der Sozialpolitik zu zähmen. Das ist im Prinzip richtig, aber bei weitem nicht hinreichend, um Entstehung und Ziele der Sozialversicherung zu verstehen.

Aus dem Blick gerät dabei erstens, dass die Sozialversicherung in Deutschland Vorläufer hatte. So verfügten die Bergarbeiter mit der 1854 auf eine öffentlich-rechtliche Grundlage gestellten Knappschaft bereits seit dem 13. Jahrhundert über ein korporatives Instrument der sozialen Sicherung. Die Krankenversicherung knüpfte an ältere Hilfskassen auf betrieblicher Ebene oder in den Innungen an. Zudem hatte das preußische Gesetz über Unterstützungskassen 1854 ein lokales System der Pflichtversicherung geschaffen, das bereits – und das war ein Novum – die Arbeitgeber per Umlage zur Deckung der Kosten heranzog.

Zweitens verstanden sowohl Bismarck wie auch seine sozialpolitischen Berater Hermann Wagener und Theodor Lohmann die Sozialpolitik in der Tradition der sozialkonservativen Vorstellung eines „von oben“ in soziale Konflikte eingreifenden Staates. Im 18. Jahrhundert hatte man das als „gute Polizey“ (verstanden im damaligen Sinne der gesamten innerstaatlichen Machtausübung) bezeichnet.

Drittens – und dies ist bei weitem der wichtigste Punkt – war die Einführung der Sozialversicherung ganz unabhängig von den Motiven ihrer Architekten ein fundamentaler Strukturbruch. Ältere Formen der Hilfeleistung in sozialen Notlagen wie die Armenfürsorge bedeuteten für die Betroffenen im Nebeneffekt eine moralische Stigmatisierung und zogen eine soziale Kontrolle ihrer Lebensweise nach sich. Zudem war der Umfang der Leistungen je nach Ort höchst unterschiedlich.

Im Gegensatz dazu begründete die unter Bismarck geschaffene Sozialversicherung einen Rechtsanspruch der Versicherten auf Versorgung, der auf der vorherigen Beitragszahlung basierte. Sie legte nationale Standards für Umfang und Höhe der Leistungen fest und befreite die Empfänger vom Stigma eines moralisch unzulänglichen Lebenswandels. Das Versicherungsprinzip erkannte an, dass Arbeitsunfälle, berufsbedingte Krankheiten sowie vorzeitige Invalidität nicht auf das Fehlverhalten der Betroffenen zurückgingen. Nunmehr wurde davon ausgegangen, dass sie sich zwangsläufig aus der industriellen Arbeitswelt und damit aus gesellschaftlichen Ursachen ergaben und deshalb keine Prüfung ihrer individuellen „Bedürftigkeit“ nötig machten – eine fundamentale Veränderung. Im Blick stand aber vor allem der als „Familienernährer“ verstandene männliche Arbeiter, landwirtschaftliche Arbeiter hatten bis 1918 keinen Anspruch auf Leistungen der Sozialversicherung.

Als Bismarck mit einer Kaiserlichen Botschaft im November 1881 sein Programm einer staatlichen Sozialversicherung verkündete, fehlte ihm zu dessen Durchsetzung eine parlamenta-

rische Mehrheit. Im Lager der Unternehmer forderte man private Versicherungen, im katholischen Zentrum favorisierte man subsidiäre, also nachgeordnete lokale Träger sozialer Fürsorge. Die Sozialdemokratie unterstellte Bismarck antisozialistische Motive und lehnte das Projekt zu diesem Zeitpunkt komplett ab. Es bedurfte deshalb langwieriger Kompromisse und mehrerer Anläufe, bis die entsprechenden Gesetze im Reichstag verabschiedet waren. In diese gingen dann auch die Vorstellungen der bürgerlichen Sozialreformer ein, die im „Verein für Socialpolitik“ organisiert waren. Die Sozialversicherung war auch deshalb nicht allein Bismarcks Werk.

Am Beginn stand die 1883 eingeführte Krankenversicherung, 1884 folgte die Unfallversicherung und 1889 die Invaliditäts- und Alterssicherung. Alle drei Säulen der Sozialversicherung basierten auf dem Umlageprinzip, das Beiträge von Arbeitgebern und -nehmern erhob. Dies geschah zu gleichen Teilen bei der Invaliditätsversicherung, während die Krankenversicherung zu zwei Dritteln von den Versicherten getragen wurde.

Die drei Sparten hatten unterschiedliche Träger, deren Differenzierung noch heute den deutschen Sozialstaat prägt: Bei der Unfallversicherung waren (und sind) es nach Branchen organisierte Berufsgenossenschaften; die Krankenversicherung basierte auf einer Vielzahl von Kassen, unter denen die Ortskrankenkassen der bei weitem vorherrschende Typ waren. Das System der Alterssicherung schließlich oblag öffentlich-rechtlichen Landesversicherungsanstalten.

Alle drei Zweige der Sozialversicherung griffen zugleich auf das Prinzip der Selbstverwaltung zurück. Bei den Krankenkassen waren den Arbeitern durch Statut gar zwei Drittel der Sitze im jeweiligen Vorstand eingeräumt. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes besetzten vor allem in den Ortskrankenkassen viele sozialdemokratische Gewerkschaftsmitglieder Vorstandssitze, am Vorabend des Ersten Weltkrieges waren es zwei Drittel. Dies stärkte nicht nur den Einfluss der SPD auf die praktische Arbeit des Sozialstaates. Als Vorstandsmitglieder in Ortskrankenkassen übten sich zugleich Tausende von Sozialdemokraten in praktischer Reformarbeit, die den Kurs der Partei bis 1914 mehr und mehr prägte.

Der Kreis der Leistungsberechtigten blieb zunächst ebenso eng begrenzt wie Höhe und Qualität der Leistungen. In beiderlei Hinsicht wurde die Sozialversicherung aber sukzessive stark erweitert. Immerhin waren 1914 um die 15 Millionen Erwerbstätige gegen Krankheit, 28 Millionen gegen Berufsunfälle und 16 Millionen gegen Altersinvalidität versichert. Ein Vergleich der Sozialquote hilft, die Grenzen des Sozialstaates im Kaiserreich zu verstehen: 1885 machte die Gesamtheit der öffentlichen Sozialleistungen weniger als ein halbes Prozent des Bruttosozialproduktes aus. Bis 1913 stieg dieser Anteil auf rund drei Prozent. Auf ihrem bisherigen Höhepunkt in der Bundesrepublik im Jahr 2003 lag die Sozialleistungsquote bei knapp 31 Prozent. Trotz seiner finanziellen Grenzen trug der deutsche Sozialstaat aber bereits vor 1914 maßgeblich dazu bei, die Arbeiterschaft besser vor den Risiken der industriellen Arbeitswelt abzusichern und ihre Lebenshaltung zu stabilisieren.

## Deutsche Juden zwischen Partizipation und Ausgrenzung

Die Herausbildung einer durch scharfe soziale Gegensätze geprägten Klassengesellschaft war ein Aspekt der sozialen Ungleichheit im Kaiserreich. Über Unterschiede in Einkommen, Besitz und Bildung hinaus ist es nötig, auch nach der Einbeziehung religiöser und ethnischer Minderheiten und nach dem Umgang mit kultureller Differenz zu fragen. Der wichtigste Lackmestest für die Beurteilung, wie offen die deutsche Gesellschaft war, ist die Integration der jüdischen Minderheit. Im Jahr 1871 lebten 512 000 Juden auf dem Gebiet des Deutschen Reiches, das waren 1,25 Prozent der Bevölkerung. Bis 1910 stieg ihre Zahl zwar auf 615 000. Doch das stärkere Wachstum der Gesamtbevölkerung und Faktoren wie Taufen (ca. 23 000 bis 1918) sowie die überwiegend christliche Erziehung der Kinder in Mischehen ließ ihren Anteil auf 0,95 Prozent sinken.

Nur eine kleine Minderheit der in Deutschland ansässigen Juden waren ausländische Staatsbürger, 1900 etwa nicht mehr als 41 100. Allerdings gab es seit den 1880er-Jahren eine erhebliche Zuwanderung von Juden aus Russland, die Deutschland als Transitland nutzten. Vor 1914 schifften sich allein in Hamburg jährlich 100 000 osteuropäische Juden zur Auswanderung in die USA ein. Antisemitische Gruppen und Verbände nutzten ihre vorübergehende Anwesenheit zu einer lautstarken Agitation gegen die von den „Ostjuden“ angeblich ausgehende „Gefahr“.

Mit der Gründung des Reiches 1871 war der langwierige Prozess der Emanzipation der Juden in Deutschland abgeschlossen. Deutsche Juden waren nunmehr als deutsche Staatsbürger rechtlich in allen Belangen gleichgestellt. Dies ging auf ein Gesetz des Norddeutschen Bundes vom Juli 1869 zurück, das ab 1871 im Reich gültig war. Die formale rechtliche Gleichstellung bedeutete jedoch nicht, dass Juden damit gleichen Zugang zu allen öffentlichen Ämtern hatten. So blieb die Ernennung zum Offizier oder Reserveoffizier abhängig von der Zustimmung der Offiziere eines Regiments. Antijüdische Vorurteile und ein exklusives Standesdenken, die im Offizierskorps weit verbreitet waren, sorgten dafür, dass es in der preußischen Armee bis 1918 keine jüdischen Offiziere gab. Seit 1885 fanden Juden dort auch

keine Aufnahme als Reserveoffizier mehr. Dies betraf im Übrigen auch getaufte Juden. Ähnliches galt für den höheren Staatsdienst in den Ministerien und das diplomatische Korps. Etwas besser war die Situation in der Justiz, obwohl den Juden auch hier leitende Positionen verschlossen blieben und ein hoher Anpassungsdruck die Taufe zur Vorbedingung einer reibungslosen Karriere machte. Dennoch waren in Preußen rund vier Prozent der Richter bekennende Juden. Vergleichbares galt für die Hochschulen. Etwa acht Prozent der Studenten waren jüdisch, und 1910 waren nicht weniger als 12 Prozent der – unbesoldeten, auf einen Ruf als Professor wartenden – Privatdozenten Juden. In beiden Gruppen waren Juden also deutlich überrepräsentiert. Ordinarien, also ordentliche Professoren, wurden von den Fakultäten berufen. In dieser Gruppe lag der Anteil der Juden 1910 bei nur 2,5 Prozent, und die meisten von ihnen lehrten in Medizin und Naturwissenschaften. Für getaufte Juden war die Chance des Zugangs zu einer akademischen Karriere höher. Aber auch ihnen gegenüber hegten die Professoren in den Geisteswissenschaften erhebliche Vorbehalte.

Neben den begrenzten Zugangs- und Aufstiegschancen im Staatsdienst war die Berufs- und Sozialstruktur der jüdischen Minderheit im Kaiserreich immer noch durch die frühere rechtliche Sonderstellung vor der Emanzipation bestimmt, die sie vom Handwerk und dem Erwerb landwirtschaftlichen Besitzes ausgeschlossen hatte. Zugleich nutzten die Juden nach 1871 die Chancen, die ihnen die Dynamik der kapitalistischen Wirtschaft eröffnete, und waren überproportional häufig im Handel, im Bankwesen und in der Industrie tätig.

Es vollzog sich ein teilweise bemerkenswerter sozialer Aufstieg in bürgerliche Berufsgruppen. Dies ist ein wichtiger Grund dafür, warum die Geschichte der jüdischen Minderheit bis 1918 als eine „Erfolgsgeschichte“ (Reinhard Rürup) beschrieben worden ist. Allerdings gilt es, diese tiefgreifende Verbürgerlichung der deutschen Juden differenziert zu betrachten. 1907 zählten zwar etwa 60 Prozent aller Juden dem Beruf nach zum gehobenen Bürgertum. Aber eine genaue Analyse des Einkommens der jüdischen Bewohner von Breslau – die mit rund 20 000 Juden im Jahr 1910 die drittgrößte jüdische Gemeinde im Reich stellten – zeigt, dass vor 1914 weniger als die Hälfte von ihnen ein bürgerliches Einkommen aufwies.



Ein Beispiel für den sozialen Aufstieg der Juden im Kaiserreich ist Valentin Manheimer (1815–1889). Als Sohn eines Kantors und Händlers 1836 nach Berlin gekommen, beschäftigt Manheimer in der industriellen Konfektionsschneiderei bis zu 8000 Mitarbeiter. Das Gemälde Anton von Werners von 1887 zeigt den Jubilar an seinem 70. Geburtstag im Kreis der Familie.



Diskriminierung und Verfolgung zwingen die Juden Osteuropas ab den 1880er-Jahren zur Auswanderung. Neuankömmlinge im Charlottenburger Bahnhof bei Berlin, 1891

Ein wichtiges Indiz für die gesellschaftliche Akzeptanz der Juden ist ihre Teilhabe am bürgerlichen Vereinswesen. So öffneten sich etwa die Freimaurerlogen für jüdische Mitglieder. In Zentren jüdischen Lebens wie Breslau, Berlin oder Frankfurt am Main waren Juden nach der Reichsgründung prominent in den Vereinen des bürgerlich-liberalen Lagers vertreten. In diesen Städten entwickelte sich eine „pluralistische Urbanität“ (Till van Rahden), die Juden und Nichtjuden gleichermaßen umfasste. Bürgerliche Juden leisteten hier einen aktiven Beitrag etwa zur Definition der kommunalen Armenpflege, die Fürsorge nicht als reine Mildtätigkeit, sondern als „soziales Recht“ verstand. Bürgerlich-großstädtische Juden pflegten ihre jüdische Identität also situativ, sie pflegten nicht nur ihre religiöse Gemeinschaft, sondern beteiligten sich aktiv an bürgerlich-liberalen Gesellschaftsgruppen, die sie kulturell veränderten.

Es waren vor allem die staatsnahen Gruppen des Bürgertums wie höhere Beamte und Offiziere sowie Adelige, die sich dem geselligen Umgang mit Juden verweigerten. Die Bilanz der jüdischen Gleichstellung im Kaiserreich bleibt also ambivalent. Ungeachtet der rechtlichen Emanzipation blieb ihnen eine Karriere in vielen staatlichen Berufen verschlossen oder nur um den Preis der Taufe möglich. Im liberalen Milieu einiger Großstädte bestimmten Juden aktiv bürgerliche Werte und kulturelle Praktiken mit. Zugleich entwickelte sich jedoch ein anti-emanzipatorisches Lager, in dem die soziale Ausgrenzung bekennender wie getaufter Juden ein wichtiger Teil der kollektiven Identität war.

## Dynamik des Geschlechterkonflikts

Widersprüche und Grenzen der Emanzipation kennzeichnen auch die Geschlechterbeziehungen und damit ein anderes Feld, in dem die Gesellschaft des Kaiserreichs eine dynamische Entwicklung durchlief. Dabei war die Ungleichheit zwischen Männern und Frauen zunächst tief in die soziale, rechtliche und politische Ordnung eingelassen. Das Muster der patriarchalischen Kernfamilie war weit über das Bürgertum hinaus akzeptiert. Es schrieb unterschiedliche Lebensentwürfe für Männer und Frauen vor, die Männern das Berufsleben und die öffentliche Sphäre vorbehalten, während für Frauen das private Umfeld der Familie und die Kindererziehung vorgesehen waren. Frauenarbeit war in diesem Rollenmodell nur auf unterbürgerliche Schichten beschränkt und auch dort nur als vorübergehende Tätigkeit vor der Verheiratung. Noch 1907 gingen rund 70 Prozent der unverheirateten Frauen einer Erwerbsarbeit nach, jedoch nicht mehr

als 26 Prozent der Ehefrauen. Insgesamt waren im Kaiserreich konstant etwa 35 Prozent aller Frauen erwerbstätig. Die Statistik weist zwar von 1882 bis 1907 eine Steigerung aus. Diese resultierte jedoch nur aus der genaueren Erfassung von jungen Frauen, die im bäuerlichen Betrieb der Eltern mithalfen. So war noch 1907 fast jede zweite erwerbstätige Frau in der Landwirtschaft tätig. Die Erwerbschancen aller Frauen vergrößerten sich durch den seit dem späten 19. Jahrhundert anhaltenden Geburtenrückgang. Bei diesem gingen bürgerliche Frauen vor allem aus der Schicht der Angestellten durch eine bewusste Familienplanung voran, während unter den Arbeitern der Schwerindustrie (Bergbau, Eisen-/Stahlerzeugung) um die vier Kinder pro Ehe bis 1914 die Norm blieben.

Die soziale Hierarchie zwischen Männern und Frauen ergab sich nicht nur aus ihrer unterschiedlichen Einbindung in die ökonomische Sphäre. Sie war auch das Ergebnis rechtlicher Festlegungen. Nach langer Verzögerung wurde 1896 vom Reichstag das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB) verabschiedet. Es trat zum 1. Januar 1900 in Kraft. Das BGB schuf ein einheitliches Privatrecht und regelte damit auch die Rechtsverhältnisse in der Ehe. Dabei gab es dem Mann das alleinige Recht der „Entscheidung in allen das gemeinschaftliche eheliche Leben betreffenden Angelegenheiten“. Der Ehefrau gestattete das BGB nur, „innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises die Geschäfte des Mannes für ihn zu besorgen und ihn zu vertreten“ (§§ 1354, 1357).

Auch von der politischen Sphäre blieben Frauen weitgehend ausgeschlossen. Erst die Weimarer Republik brachte ihnen im Gefolge der Revolution vom November 1918 das Wahlrecht für den Reichstag und für die Parlamente von Kommunen und Einzelstaaten. Bis zum Ende des Kaiserreichs vertrat von den Parteien allein die SPD seit 1891 ohne jeden Vorbehalt die Einführung des Frauenwahlrechts. Ihr gesellten sich nur einige Gruppen am progressiven Rand des Linksliberalismus hinzu. Die politische Teilhabe von Frauen wurde auch auf anderen Wegen eingeschränkt. Erst das 1908 verabschiedete Reichsvereinsgesetz erlaubte ihnen die Mitgliedschaft in politischen Vereinen und damit auch in den Parteien. Vor allem proletarische Frauen machten in großer Zahl von dieser Chance Gebrauch und traten der SPD und den Freien Gewerkschaften bei. Im Jahr 1914 waren immerhin 175 000 Frauen Mitglied der SPD, was einem Anteil von 16 Prozent entsprach.

Dies ist ein wichtiges Indiz dafür, dass sich die Verhältnisse zwischen Männern und Frauen seit der Jahrhundertwende dynamisch veränderten: Seitens der Frauen wurde die hierarchische Geschlechterordnung zunehmend in Frage gestellt und immer mehr Frauen engagierten sich in der bürgerlichen Frauenbewegung. Deren Anfänge gehen auf das Jahr 1865 zurück, als die sozialkritische Schriftstellerin Louise Otto-Peters (1819–1895) den Allgemeinen Deutschen Frauenverein gründete. Dessen Mitgliederzahl stagnierte allerdings zunächst.

Erst als sich 1894 verschiedene Berufsvereine und lokale Frauenvereine im Bund Deutscher Frauenvereine (BDF) als Dachverband zusammenschlossen, erzielte die Frauenbewegung eine breitere Resonanz in der Öffentlichkeit. Allein von 1900 bis 1908 wuchs die Mitgliederzahl des BDF von 70 000 auf 200 000. Die proletarische, SPD-nahe Frauenbewegung organisierte sich separat. Nur eine Minderheit der bürgerlichen Frauenbewegung vertrat radikale politische Ziele und setzte das Frauenstimmrecht an die Spitze ihrer Forderungen. Die breite Mehrheit, und hier nicht zuletzt die protestantischen Frauenvereine, die dem BDF 1908 beitraten, zielte vor allem auf bessere Bildungsmöglichkeiten für Frauen. Ein anderes Anliegen war die praktische und konzeptuelle Einbindung von Frauen in die Sozialarbeit und Sozialpo-

## Eine Vision der modernen Frau

Helene Stöcker (1869–1943) war eine der bekanntesten Frauenrechtlerinnen und Pazifistinnen des Kaiserreichs. 1905 war sie eine Mitbegründerin des Bundes für Mutterschutz. In diesem Text aus dem Jahr 1893 entwirft sie ihre Vision der „modernen Frau“.

[...] Die moderne Frau ist etwas, das noch nicht in dieses Jahrhundert hineingehört – für die es noch keinen Namen und – keinen Mann gibt, keine Stellung in der Gesellschaft; denn ihrem ganzen, innersten Wesen nach gehört sie in ein Zeitalter der Zukunft – kurz, sie hat sich auf jeden Fall verfrüht. [...]

Sie denkt nicht, dem Manne absolut „gleich“ zu werden – aber sie will ein glücklicher – und das bedeutet *auch für sie*: ein freier Mensch werden und sich zugleich in ihrer Weibart immer höher entwickeln. Sie beklagt es längst nicht mehr – wie sie das als Kind vielleicht getan –, daß sie kein Mann ist; im Gegenteil, sie ist bereits zu einem wohligen Gefühl ihrer Weib-Vorzüge gekommen. [...] Sie ist eigentlich geboren, zu lieben mit allen Fibern ihres Wesens, mit Geist, Herz und Sinnen [...]. Aber da der Mann, den sie brauchen könnte, noch nicht geboren ist [...], schenkt sie ihren Reichtum ändern: sie betet die mütterliche Freundin an, [...] sie umfängt mit aller Glut erster noch unklarer Leidenschaft irgendein holdes, junges Geschöpf, das ihr dafür – halb geschmeichelt, halb verwirrt, die heiß ersehnte Freundschaft schenkt. Sie erzieht ihre Geschwister, ihr ähnlich in Temperament und Intelligenz, mit mehr als mütterlichem Stolz [...] – und endlich lebt sie in innigster Gemeinschaft mit gleichfühlenden, gleichstrebenden Genossinnen.

So ist es ihr möglich geworden [...] durch die allererste, leidenschaftliche Jugendzeit durchzukommen – ohne der Gefahr zu erliegen, in ihrem starken Liebesbedürfnis sich an irgendeinen Mann wegzugeben, der doch nie „ihr“ Mann sein kann. Aber nun sie frei und unabhängig mitten im Herzen der Weltstadt lebt – nun ihr das, was sie glühend begehrte: Leben im Verkehr mit geistig ebenbürtigen Menschen – in reichem Maße zuteil geworden – nun hat sie eine merkwürdige Erfahrung gemacht. Bisher hat sie immer die Frau im allgemeinen für das konservative Element gehalten – aber nun muß sie lernen, daß der Mann in bezug auf die Frau noch viel konservativer ist, daß er in Hirn und Nerven nicht nur die Tradition seiner Großeltern, sondern seiner Urgroßeltern hat, und daß selbst die „Neuen, Freien“ von der Frau nur die Dirne und die Hausfrau im ältesten, spießbürgerlichsten Sinne kennen – und darum ein etwas – hm – verdutztes Gesicht machen, wenn sie ernsthaft mit ihnen über die Kreuzersonate reden will. [...]

Sie stellt freilich auch eine Forderung, die bis dahin noch nie gestellt worden: Sie läßt sich nicht mehr die Beleidigungen des Ballsaals gefallen, und sie will auch nicht als Mannweib be-

trachtet werden – ja, sie ist ein anspruchsvolles Geschöpf! Ein Weib will sie sein – Liebe nehmen und Liebe geben und doch nicht mehr in ehrfürchtigem Schweigen lauschen, wenn kluge Männer sprechen?! Nein, nein, für solch ein Geschöpf ist überhaupt noch keine Formel gefunden – und doch – ich weiß es ganz genau: Alles Heil, das eine sehnsüchtig harrende Zeit von einem zukünftigen Erlöser erwartet, muß vom Weib ausgehen – dem Weib, das sich allen Männern zum Trotz – aus eigener Kraft zu einem Menschen durchgerungen!

Aber so wenig selbst der moderne Mann schon fähig ist, dies Weib zu begreifen – so wenig er es also zu seiner Gefährtin macht –, so wenig ergibt sich das moderne Weib dem Manne. Nicht aus Askese oder aus Unlust an ihm – aus einem vielmehr äußerlichen Grunde: Was alles – in unsern unpraktisch zurückgebliebenen häuslichen und ökonomischen Verhältnissen – auf sie wartet, das genügt, ihre Augen einstweilen noch offenzuhalten: hinter der großen Seligkeit die Küche und die Kinderstube (nicht als ob sie ihre Kinder einmal nicht lieben würde), aber aus dem freien Menschen wird ein Lasttier mit unglaublich raffinierten Verpflichtungen – und sie dürstet nach der Freiheit ebenso wie nach der Liebe – erst beide vereint vermögen ihr die Harmonie des freien Menschentums zu bringen. So hat sie denn die nötige Kritik, um sich nicht durch ihre jungen, heißen Sinne überrumpeln zu lassen [...], obwohl sie es nur zu gut weiß: Das Beste vom Leben kann nur in der innigsten Gemeinschaft zweier freier Menschen – zwischen Mann und Weib erblühen – ohne Frage, ohne Zweifel! Es begegnet ihr oft, wenn sie irgendwo davon redet, daß man ehrlicher, offener, natürlicher werden solle, daß man vor allem endlich das Weib lehre, sich bewußt als Weib zu fühlen – daß man sie dort mit-leidig erstaunt, zweideutig lächelnd ansieht: „Wie unschuldig Sie sein müssen!“

So hält sie denn sich selber fest als das große Glück, nach dem sie rastlos gejagt und das sie endlich – so über Erwarten – gefunden. Sie weiß es jetzt, daß jeder, der frei werden will, es nur durch sich selber werden kann. Sie hält, was sie hat, daß niemand ihre Krone nehme: Vernunft und Kunst und Wissenschaft – des Menschen allerhöchste Kraft! Ihr Ziel ist: ein Mensch zu sein, dem nichts Menschliches fremd ist! Aber sie hofft auch auf die kommende Zeit, da aus ihrer Gemeinschaft mit einem Manne eine Ehe werden kann!

Helene Stöcker, „Die moderne Frau“, in: Freie Bühne, Jg. 4 (1893), S. 1215–17, zitiert nach: Jürgen Schütte / Peter Sprengel, Die Berliner Moderne 1885–1914, © Philipp Reclam jun., Stuttgart 1987, S. 152 ff.

litik, und damit auch deren Mitgestaltung. Als „Kulturaufgabe“ der Frau – so der zeitgenössische Begriff – sahen die Protagonisten dieser Strömung das Bemühen, die Kälte und Entfremdung der hochdifferenzierten, von Männern dominierten Berufswelt zu mildern und zu ergänzen. Dieses Ziel wurde im Konzept der „geistigen Mütterlichkeit“ gebündelt, die nicht auf die Familie beschränkt war, sondern eine fundamentale Reform der bürgerlichen Kultur und Gesellschaft durch weibliche Werte forderte.

Gemessen am Auftreten und an der Militanz der britischen Suffragetten (vom englischen Wort für Wahlrecht: *suffrage*), deren Demonstrationen seit 1903 die Öffentlichkeit im Vereinigten Königreich aufschreckten, waren dies gemäßigte Ziele. Doch bei einem solchen Vergleich sollte nicht übersehen werden, dass

sich gerade im Bereich der Bildungschancen in Deutschland seit 1900 deutliche Veränderungen abzeichneten. Gymnasium und Abitur waren im Kaiserreich den Jungen vorbehalten, während den Mädchen zunächst nur der Abschluss in einer „höheren Töchterschule“ möglich war. Die Frauenbewegung, in der viele Lehrerinnen aktiv waren, hatte sich erst für die Verbesserung der höheren Töchterschulen, dann aber auch für die Zulassung von Mädchen zum Abitur eingesetzt. Seit 1893 entstanden so zunächst private Mädchengymnasien, ab 1906 kam als staatlicher Schultyp das Lyzeum hinzu, das Mädchen zum Abitur führte. Komplettiert wurde diese spürbare Erweiterung der Bildungschancen und -zugänge durch die Zulassung von Frauen zum Studium, zuerst 1900 in Baden und dann 1908 auch in Preußen.



Perspektiven der Frauen im Kaiserreich: Töchter aus adligen oder (groß)bürgerlichen Familien besuchen Mädchenpensionate, später höhere Töchterschulen, die sie auf ihre Rolle als Gattin und Mutter vorbereiten sollen.



Ab 1900 werden Frauen nach und nach auch zum Studium zugelassen. Studentinnen an der Friedrich-Wilhelms Universität (heute Humboldt Universität) Berlin, 1916.



Eine typische Beschäftigungsform für Frauen der unterbürgerlichen Schichten ist die Anstellung als Hilfskraft im Haushalt, wofür sie zuvor an Dienstmädchen- oder Hausmädchen-Schulen, wie hier in Hamburg 1905, ausgebildet werden.



Auch der technische Fortschritt bietet Anstellungsmöglichkeiten. Die schnelle Verbreitung des Telefons macht Vermittlungsstellen notwendig. Da die weibliche Stimmlage leichter verständlich ist, übernehmen „Fräulein vom Amt“ diese Aufgabe.

Der steigende Zulauf zur bürgerlichen Frauenbewegung war ebenso wie die erweiterten weiblichen Bildungschancen ein Indiz für einen seit 1900 wachsenden Geschlechterkonflikt. Viele Männer im konservativ-nationalen Lager nahmen ihn als eine grundlegende Erschütterung der männlichen Dominanz wahr. Sie reagierten mit der Ideologie des Antifeminismus, der die angeblich „natürliche“ Hierarchie zwischen den Geschlechtern wiederherstellen und Frauen ihren biologisch bestimmten Platz in der Gesellschaft zuweisen wollte. In der politisch aufgewühlten Atmosphäre des Jahres 1912, die nach der Reichstagswahl im Januar durch die Gewinne der SPD und neuerliche Forderungen nach dem Frauenstimmrecht geprägt war, fand diese antifeministische Geisteshaltung ihren orga-

nisatorischen Ausdruck in der Gründung des „Deutschen Bundes zur Bekämpfung der Frauenemanzipation“. Im Zeichen nationaler Integration wandte er sich gegen die Frauenbewegung. Er trug somit zur weiteren Formierung eines anti-emanzipatorischen Lagers bei, das sich in ähnlicher Weise anlässlich der spannungsvollen Integration der Juden in bürgerliche Kreise gebildet hatte. Der Antifeminismus war Ausdruck einer Mobilisierung gegen die Moderne und zugleich „Indikator einer Gesellschaft in Bewegung“, so die Historikerin Ute Planert. Während sich die Strukturen der Klassengesellschaft bis 1914 weiter verfestigten, zeigte sich ab 1900 zugleich ein intensives Ringen um vermehrte Partizipation, Gleichstellung und soziale Reform.

## Gertrud Bäumer – ein Leben für die Frauenbewegung

Wie viele Angehörige des deutschen Bildungsbürgertums stammte Gertrud Bäumer (1873–1954) aus einer Familie protestantischer Pfarrer. Nach Absolvierung einer höheren Töchterschule besuchte sie ein Lehrerinnenseminar und unterrichtete seit 1892 an verschiedenen Volksschulen. Über ihre Arbeit als Lehrerin kam sie in Kontakt mit dem Allgemeinen Deutschen Lehrerinnenverein (ADLV). Helene Lange (1848–1930), eine der Leitfiguren der deutschen Frauenbewegung, hatte ihn 1890 gegründet. Bis 1904 wuchs der ADLV auf fast 20 000 Mitglieder an. Die hier organisierten Lehrerinnen waren bereit, „die Professionalisierung ihres Berufes und den Kampf um Stellen mit ihren männlichen Kollegen aufzunehmen“ (Angelika Schaser).

1898 zog Bäumer nach Berlin. Dort bereitete sie sich auf das Oberlehrerinnenexamen vor, dessen Absolventinnen Kurse an Hochschulen belegen konnten. An der Universität Berlin besuchte sie Veranstaltungen in Deutsch und Theologie. Bevor auch Preußen 1908 Frauen zur Immatrikulation zuließ, war dies nur mit Genehmigung des jeweiligen Professors möglich. So war Gertrud Bäumer, die 1904 mit einer Arbeit über Johann Wolfgang von Goethe auch einen Dokortitel erwarb, eine der Pionierinnen des Frauenstudiums in Deutschland. Doch im Seminar des berühmten Pädagogen Friedrich Paulsen blieb Bäumer, wie sich ein Kommilitone erinnerte, „stumm als Frau, die damals in der Universität nur geduldet wurde.“

Ende der 1890er-Jahre litt Helene Lange, die in Berlin lebte, unter einer schweren Augenkrankheit, die ihre Arbeit als Leiterin von Gymnasialkursen für Frauen beendete. Von einer Kollegin vermittelt bot Bäumer ihre Hilfe an. Ende 1899 zog sie in die Wohnung Langes. Damit begründete sie eine Arbeits- und Lebensgemeinschaft, einen „fraulichen Lebensbund“ – so die mit beiden befreundete Marianne Weber, Ehefrau des Soziologen Max Weber –, der bis zum Tod von Helene Lange 1930 Bestand hatte.

Berufstätige bürgerliche Frauen um 1900 waren auf der Suche nach einer angemessenen Lebensform. Für die in der Frauenbewegung in großer Zahl aktiven Lehrerinnen galt bis 1919 ein vom Staat verhängtes „Lehrerinnenzölibat“, das sie bei der Eheschließung zur Aufgabe des Berufes zwang. Lange und Bäumer waren nicht die einzigen prominenten Repräsentantinnen der bürgerlichen Frauenbewegung, die eine weibliche Lebensgemeinschaft als Alternative vorzogen. Auch Anita Augspurg (1857–1943) und Lida Gustava Heymann (1868–1943) lebten und arbeiteten zusammen für den Feminismus. Wie Bäumer und Lange folgten sie damit dem nach einer Novelle von Henry James benannten Modell der „Boston Marriage“.

Eine solche Lebensgemeinschaft finanziell unabhängiger bürgerlicher Frauen war nicht durch die mangelnde Gelegenheit zur standesgemäßen Eheschließung motiviert. Vielmehr bot sie den Pionierinnen der Frauenbewegung die beste Möglichkeit, ihre Tätigkeit eigenständig und ohne Unterordnung auszuüben. Die Führung des Haushaltes von Lange und Bäumer oblag, wie im Bürgertum üblich, einem Dienstmädchen.

Zielstrebige und umsichtige Verbandsarbeit, extensive publizistische Arbeit sowie die Förderung durch Helene Lange brachten Gertrud Bäumer rasch in die Führungspositionen der Frauenbewegung. Bereits 1899 rückte sie in den Vorstand des ADLV auf, ab 1907 redigierte sie dessen Verbandszeit-

schrift. 1910 wählte auch der Bund Deutscher Frauenvereine (BDF), die Dachorganisation der bürgerlichen Frauenbewegung, Bäumer zur Vorsitzenden. In dieser Position öffnete sie den BDF für konservative und konfessionell gebundene Gruppen, die substanzielle Emanzipationsforderungen wie die nach dem Frauenstimmrecht ablehnten. Zugleich trieb sie die Nationalisierung der Frauenbewegung voran. Bereits 1912 legte Bäumer dem preußischen Kriegsministerium Pläne für einen Nationalen Frauendienst (NFD) vor. Im Fall eines Krieges sollte er alle karitativen Funktionen der Frauenverbände bündeln. Als der NFD mit dem Kriegsbeginn 1914 seine Arbeit aufnahm, beschrieb Bäumer diesen „Heimatsdienst“ als eine „Kriegsübersetzung“ von Begriff und Anliegen der Frauenbewegung.

Das Reichsvereinsgesetz von 1908 erlaubte auch Frauen die Mitgliedschaft in politischen Vereinen. Am Tag seines Inkrafttretens besuchte Bäumer eine Versammlung der Freisinnigen Vereinigung und betrat damit eine für sie „neue Welt“. Diese linksliberale Partei hatte sich 1903 mit dem National-Sozialen Verein zusammengeschlossen, den der Pfarrer Friedrich Naumann begründet hatte. Damit übernahm der Freisinn auch Naumanns programmatisches Ziel, die Arbeiterschaft mit der Nation auszusöhnen. Als die linksliberalen Parteien 1910 zur Fortschrittlichen Volkspartei (FVP) fusionierten, wurde Bäumer als einzige Frau in den Zentralausschuss der Partei gewählt. Doch die FVP vertrat keine politischen „Frauenrechte“. Erst kurz vor der Revolution im Herbst 1918 rang sich die FVP dazu durch, das Frauenstimmrecht zu befürworten. Der Lebensweg von Gertrud Bäumer bis 1918 verdeutlicht, dass Bildung und Beruf bürgerlichen Frauen im Kaiserreich neue Freiräume und Emanzipationschancen eröffneten. Doch im Bereich der Politik blieben Grenzen und Ambivalenzen bestehen, die auch eine nationalistisch auftretende Frauenbewegung nicht ausräumen konnte.



Immer mehr Frauen engagieren sich gegen die herrschende hierarchische Geschlechterordnung. Deutsche Aktivistinnen auf dem Internationalen Frauenkongress 1914 in Berlin, darunter Gertrud Bäumer (vorne re.) neben Helene Lange

BENJAMIN ZIEMANN

# Deutschland in der Welt



Seit Mitte des 19. Jahrhunderts kämpfen vor allem Handelsfirmen aus den USA, Großbritannien und dem Deutschen Reich um Einfluss in Samoa. 1899 einigen sich die drei Mächte auf eine Aufteilung des Inselstaats. Schiffe des Hamburger Kaufmanns Johann Cesar VI. Godeffroy (1813–1885) ankern vor Apia (West-Samoa).

**Die Kaiserzeit ist eine Zeit des zunehmenden globalen Austauschs. Nicht nur die deutsche Kolonialpolitik, sondern auch technische Neuerungen und die Vernetzung von Finanz- und Arbeitsmärkten tragen dazu bei. Ab der Mitte der 1890er-Jahre jedoch treibt seine aggressive Expansionspolitik das Deutsche Reich sukzessive in die Isolation.**

Mit der Gründung des Kaiserreichs war die Bildung von Nationalstaaten in Mitteleuropa zu einem vorläufigen Abschluss gekommen, bis nach 1918 dann Polen und die Tschechoslowakei ihre nationale Unabhängigkeit wiederherstellten bzw. erreichten. Die deutsche Nationalstaatsgründung war quasi revolutionär und untergrub nicht nur die traditionelle Legitimität der bislang herrschenden Souveräne in den deutschen Territorien. Zugleich setzte eine innere Nationsbildung ein, die einzelstaatliche Bindungen, etwa an die Königreiche in Sachsen und Bayern, nicht einfach ersetzte, sondern vielmehr nachhaltig überformte und auf den nationalen Rahmen ausrichtete. Im Alltag der Deutschen war die Nation beispielsweise durch die 1871 gebildete Reichspost präsent, deren Briefträger ein eingängiges Symbol für die Überwindung einzelstaatlicher Partikularismen waren.

Doch das Kaiserreich steckte nicht nur den rechtlichen, politischen und kulturellen Rahmen für die innere Formierung der Nation ab. Gleichzeitig stand es in vielfältigen Austauschbeziehungen und Wechselwirkungen mit einer sich globalisierenden Welt. Während die europäischen Mächte bis auf Österreich-Ungarn und Russland im Zeitalter des Hochimperialismus ihre Kolonialreiche ausbauten, beteiligte sich auch das Kaiserreich an der kolonialen Expansion in Afrika und Asien. Damit wirkte die deutsche Nation nicht nur in die Welt hinein. Durch Wanderung, Handel und kulturelle Projektionen wirkte die globalisierte Moderne ebenso auf Deutschland zurück.

## Deutscher Kolonialismus

Zum Zeitpunkt der Reichsgründung 1871 verfügte das Kaiserreich über keine kolonialen Besitzungen. Als das Reich dann 1884/85 eigene Kolonien in Afrika erwarb, stand dieser Schritt jedoch in einer längeren Tradition deutschen Engagements und Expansionsstrebens in Übersee. So waren protestantische Missionare schon lange vor 1884 in Afrika und Asien aktiv und verhalfen in bürgerlichen Kreisen des Reiches der Vorstellung einer „Zivilisierungsmission“ zu Popularität. Ihr zufolge hatten die Deutschen eine wichtige Aufgabe bei der kulturellen Verbesserung und Erziehung der indigenen Völker zu erfüllen. Sie ging über die Verbreitung des Christentums weit hinaus und umfasste etwa auch die Erziehung zu Fleiß und Arbeitsamkeit.

Kaufleute und Reeder in den früheren Hansestädten Bremen und Hamburg hatten über Jahrzehnte hinweg ein globales Netz von Handelsbeziehungen aufgebaut. Im Jahr 1880 etwa wickelten Hamburger Kaufleute ein Drittel des gesamten Überseehandels aller westlichen Länder in Westafrika ab. Nach der Reichsgründung kam als dritter Faktor eine direkte Agitation für koloniale Erwerbungen hinzu. Interessengruppen wie der 1882 gegründete Deutsche Kolonialverein trieben sie voran. Seine geringe Mitgliederzahl kompensierte der Verein durch eine gute Vernetzung in prominenten Zirkeln von nationalliberalen Politikern und Verbandsvertretern der Großindustrie.

Bismarck machte vor und nach 1871 keinen Hehl daraus, dass er einem formellen, vom Staat durch Gebietserwerb abgesicherten Kolonialismus mit Skepsis gegenüberstand. Er favorisierte einen informellen Imperialismus nach britischem Vorbild, bei dem die ökonomische Durchdringung einer Region Vorrang vor ihrer militärischen Inbesitznahme hatte. Für seinen Schwenk zum „*formal empire*“ 1884/85, also zur formalen deutschen Herrschaft über bestimmte Territorien, gibt es eine Reihe von Gründen. Der Erwerb eines Kolonialreiches

**Bedarf Deutschland der Kolonien?**

*Friedrich Fabri (1824–1891), deutscher evangelischer Theologe und Publizist sowie Leitender Direktor der Rheinischen Missionsgesellschaft in Barmen, „Vater der deutschen Kolonialbewegung“, verfasste 1879 die Schrift „Bedarf Deutschland der Kolonien?“*

[...] „Wir sind nachgerade im neuen Reiche in eine wirthschaftliche Lage gerathen, die drückend, die wirklich bedenklich ist. [...] Man wird annehmen dürfen, daß wohl fast ein Viertheil unseres National-Vermögens in den letzten Jahren verschwunden, d.h. unproduktiv geworden ist. [...] Vom größten Einfluß auf unsere so ungünstig sich gestaltende wirthschaftliche Lage ist aber die rapid sich steigernde Vermehrung der Bevölkerung in Deutschland, eine Thatsache [...], die aber als solche noch sehr ungenügend erkannt, zu deren Bewältigung daher so gut, wie nichts, bis jetzt geschehen ist. [...]

Daß [...] organisirte Auswanderung, wie wir sie bedürfen, neben ihrer wirthschaftlichen Bedeutung zugleich gewichtige nationale Gesichtspunkte in sich schließt, wollen wir nur im Vorbeigehen andeuten und fragen: [...] Was heißt aber Leitung, Organisation unserer Auswanderung? Da man derselben unmöglich ihre Ziele vorschreiben kann, so besagt diese Forderung nichts anderes, als: wo möglich unter deutscher Flagge in überseeischen Ländern unserer Auswanderung die Bedingungen schaffen, unter welchen sie nicht nur wirthschaftlich gedeihen, sondern unter Wahrung ihrer Sprache und Nationalität auch in reger nationaler und ökonomischer Wechselwirkung mit dem Mutterlande verbleiben kann. Mit anderen Worten: die verständnißvolle und energische Inangriffnahme einer wirklichen Colonial-Politik ist das einzig wirksame Mittel, die deutsche Auswanderung aus einem Kräfte-Abfluß in einen wirtschaftlichen, wie politischen Kräfte-Zufluß zu verwandeln. [...]

Ist das Christenthum mit seiner versöhnenden Kraft in weiten Kreisen bei uns leider in Unkenntniß, ja in Haß und Verachtung gerathen, sind die moralischen, sind die allgemeinsten religiösen Ueberzeugungen erschüttert, ist die

materialistische Doktrin an ihre Stelle getreten, so kann Niemand den Menschen aufhalten, an dieses Erdenleben Forderungen zu stellen, welche es niemals zu befriedigen vermag. In der schreienden Dissonanz dieses selbstgemachten Hoffnungsbildes zu der gegebenen nackten Wirklichkeit entzündet sich dann jener grimmige Haß gegen alles Bestehende, welcher sich unter Anderem vorspiegelt, nur durch einen gewaltsamen, blutigen Umsturz lasse sich Besserung der Lage erreichen. In diesen psychologischen Stimmungen liegt der Angelpunkt unserer socialdemokratischen Agitation und ihres Erfolges. [...] Sollte nun die Colonial-Frage, resp. eine Organisation und Leitung der deutschen Auswanderung, nicht auch nach dieser Richtung bedeutungsvoll wirken können? [...] Ich meine aber nicht bloß die Auswanderung, als eine Art Sicherheits-Ventil. [...] Wenn auch wohl nicht bei den Grimmigen, so doch bei der Mehrzahl der mehr Irregeleiteten und wirklich sich gedrückt Fühlenden würde solche Auswanderung ein neues, nicht unerreichbares Hoffnungsbild erwecken, und schon damit wäre der um sich fressenden Unzufriedenheit eine Schranke gesetzt. [...]

Gewichtiger freilich noch ist die Erwägung, daß ein Volk, das auf die Höhe politischer Macht-Entwicklung geführt ist, nur so lange seine geschichtliche Stellung mit Erfolg behaupten kann, als es sich als Träger einer Cultur-Mission erkennt und beweist. Dies ist zugleich der einzige Weg, der auch Bestand und Wachstum des nationalen Wohlstandes, die nothwendige Grundlage dauernder Macht-Entfaltung, verbürgt. [...] Will das neue Deutsche Reich seine wiedergewonnene Machtstellung auf längere Zeiten begründen und bewahren, so wird es dieselbe als eine Cultur-Mission zu erfassen und dann nicht länger zu zögern haben, auch seinen colonisatorischen Beruf aufs Neue zu bethätigen.“

Friedrich Fabri, Bedarf Deutschland der Kolonien? Eine politisch-ökonomische Betrachtung (orig. 1879), 3. Ausg. Gotha 1883, S. 1 ff., 28, 88 f., 112 f.



Der Gründung deutscher Kolonien geht vielfach eine schon lange bestehende Missionstätigkeit voraus. Die Lithografie aus dem Jahr 1897 zeigt den Unterricht für afrikanische Kinder in Deutsch-Südwestafrika (heute Namibia).



Zur Regelung der kolonialen Interessen in Afrika dient die von November bis Februar 1884/85 in Berlin abgehaltene Kongokonferenz. Sie markiert den Start des „Wettlaufs“ um kolonialen Besitz auf dem Kontinent.

## Der Völkermord an den Herero und Nama 1904 bis 1908

Die deutsche Kolonialherrschaft in Afrika war ebenso wie die anderer europäischer Kolonialmächte gekennzeichnet durch eine rücksichtslose Ausbeutung der Arbeitskräfte und des ökonomischen Potenzials der einheimischen Bevölkerung. Rassismus, also die Trennung von „weißen“ und „nicht-weißen“ Bevölkerungsgruppen und die Diskriminierung letzterer als „minderwertig“, war ein wesentlicher Bestandteil kolonialer Herrschaft am Ende des 19. Jahrhunderts. In diesem Rahmen zeichnete sich die deutsche Kolonialherrschaft in Afrika durch besondere Brutalität aus.

Dies zeigte sich vor allem in den Kriegen der deutschen Kolonialherren und ihrer „Schutztruppen“ – so der offizielle Name für die Militäreinheiten in den Kolonien – gegen die einheimischen Bevölkerungen. Von 1905 bis 1907 führten Schutztruppen in Deutsch-Ostafrika den sogenannten Maji-Maji-Krieg. Seit 1902 hatten die deutschen Kolonialherren dort begonnen, den Zwangsanbau von Baumwolle durchzusetzen. Den daraufhin 1905 losbrechenden Aufstand bekämpfte die deutsche Schutztruppe mit einer Politik der verbrannten Erde. Sie tötete nicht nur die Aufständischen, sondern zerstörte durch das Abbrennen von Vorräten und Dörfern die Lebensgrundlage der Bevölkerung. Schätzungen zufolge fielen dieser Politik durch Hungersnot und Vertreibung bis zu 200 000 Menschen zum Opfer, zusätzlich zu den circa 75 000 direkt getöteten Afrikanern.

Deutsch-Südwestafrika – das heutige Namibia – war die einzige deutsche Kolonie mit einer nennenswerten Zahl von Siedlern. Bis 1902 hatten sich hier etwa 2600 Deutsche niedergelassen, die vielfach als Farmer in der Viehwirtschaft tätig waren. Es entbrannte eine Konkurrenz um die Weideflächen der afrikanischen Hirtenvölker, in der das Interesse der Siedler mit den Interessen der Herero, des größten auf dem Gebiet der Kolonie lebenden Stammes, kollidierte. Die halbnomadischen Herero lebten von der Rinderzucht und hatten durch eine Rinderpest 1897 fast zwei Drittel ihrer Herden verloren. Die Herero mussten deshalb Ländereien an die Deutschen abgeben oder sich auf deren Farmen als Arbeiter verdingen. Dies führte nicht nur zu ökonomischen Konflikten, sondern stürzte die Herero in eine tiefe Identitätskrise.

Es war vermutlich ein deutscher Leutnant, der im Januar 1904 die ersten Schüsse feuerte und damit die Herero zum Widerstand provozierte. Binnen weniger Tage besetzten diese weite Gebiete und töteten 123 deutsche Männer. Nachdem zunächst



In Ketten gelegte Gefangene während des Herero-Aufstandes, 1905

der deutsche Gouverneur und Kommandant der etwa 2000 Mann starken Schutztruppe, Theodor Leutwein, den Kampf gegen die Herero mit aller Härte geführt hatte, wurde er im Mai 1904 als Kommandeur durch Generalleutnant Lothar von Trotha abgelöst, der Verstärkungstruppen aus Deutschland mitbrachte.

Trotha, ein Veteran militärischer Kolonialpolitik, hatte zuvor in Deutsch-Ostafrika gedient und im Jahr 1900 deutsche Truppenkontingente kommandiert, welche die sogenannte Boxerrevolte gegen die Unterdrückung Chinas durch die westlichen imperialistischen Mächte niederschlugen. Trothas Planung zielte von Beginn an auf die völlige Vernichtung der Herero. In der Schlacht am Waterberg versuchte er am 11. und 12. August 1904 zunächst, die Herero nach dem Muster einer Entscheidungsschlacht einzukesseln. Das misslang jedoch, da viele Herero in die Kalahariwüste flohen. Daraufhin ließ von Trotha die Wüste abriegeln, und weitere Herero starben durch Hunger und Durst. Im Oktober 1904 erließ von Trotha einen Befehl, in dem er den Herero die vollständige Vernichtung androhte: „Innerhalb der Deutschen Grenze wird jeder Herero mit oder ohne Gewehr, mit oder ohne Vieh erschossen, ich nehme keine Weiber und Kinder mehr auf, treibe sie zu ihrem Volke zurück oder lasse auf sie schießen.“

Die Vernichtungspolitik von Trothas führte zu politischen Kontroversen in Berlin, wo August Bebel im Reichstag dessen brutales Vorgehen anprangerte. Es war nicht das erste Mal, dass Bebel die deutsche Kolonialpolitik skandalisierte. Bereits 1894 hatte er eine Nilpferdpeitsche in das Plenum des Reichstages gebracht, um plastisch zu demonstrieren, womit deutsche Kolonialbeamte in Kamerun afrikanische Frauen auspeitschten. Unter dem Druck der öffentlichen Diskussion zwang die Reichsleitung von Trotha schließlich im Dezember 1904, seinen Vernichtungsbefehl zurückzunehmen. Viele der überlebenden Herero wurden nun in „Konzentrationslagern“ – so der zeitgenössische Ausdruck – interniert und dort zur Zwangsarbeit herangezogen, wobei weitere von ihnen starben. Im Gefolge des Aufstandes der Herero erklärte im Herbst 1904 auch der bis dahin mit den Deutschen verbündete Stamm der Nama den Kolonialherren den Krieg. Erst 1908 konnten deutsche Truppen die Nama vollständig niederwerfen.

Insgesamt starben im Verlauf des Krieges in Deutsch-Südwestafrika etwa 65 000 Herero – von einer Vorkriegsbevölkerung von rund 80 000 bis 100 000 – und die Hälfte der etwa 20 000 Nama. Da die Aktionen von Trothas und des deutschen Militärs auf die komplette Vernichtung von zwei ethnischen Gruppen zielten – auch wenn sie dieses Ziel nicht erreichten – wird der Krieg gegen die Herero und Nama heute als Völkermord oder Genozid bezeichnet. Es handelt sich dabei um den ersten deutschen Völkermord des 20. Jahrhunderts, dem die Shoah, der Völkermord an den europäischen Juden 1941 bis 1945, folgte.

Das eklatante Versagen der auf ökonomischer Ausbeutung und brutaler Gewalt basierenden deutschen Strategie, das im Maji-Maji-Krieg und im Krieg in Deutsch-Südwest deutlich wurde, führte 1906 zu einem deutlichen Kurswechsel in der Kolonialpolitik. Sie setzte fortan auf die Förderung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Kolonien durch rationelle Anbaumethoden vor allem in der Kultivierung der Baumwolle, und auf eine verbesserte Infrastruktur wie etwa Eisenbahnen. Das Eigeninteresse der Kolonialherren blieb die vorrangige Motivation, die Einheimischen blieben Mittel zum Zweck – nun galt es, die „Eingeborenen“ zu schützen und zu zielgerichteter Arbeit zu „erziehen“.



Die Architektur der kolonialen Ansiedlung Lüderitz, 1883 vom Bremer Tabakhändler Adolf Lüderitz gegründet, zeigt, wie sehr sich die Bauweise an der deutschen Heimat orientierte. Die evangelische Felsenkirche prägt bis heute das Stadtbild. (1913)



Neben Kokosnüssen zur Ölgewinnung ist Kakao ein wichtiges Handelsgut Deutsch-Samoas. Auf einer Kakao-Plantage der 1902 gegründeten Deutschen Samoa-Gesellschaft arbeiten Einheimische 1907 unter Anleitung eines Aufsehers.

war zunächst Ausdruck einer Strategie, die sich als „Sozialimperialismus“ (Hans-Ulrich Wehler) beschreiben lässt. Die Kolonien sollten gemäß dieser Sichtweise nicht nur in einer krisenhaften ökonomischen Situation als Absatzmarkt für die Überproduktion der deutschen Industrie dienen. Durch ihre ökonomischen Vorteile sollte die koloniale Expansion darüber hinaus als Ventil für soziale Spannungen fungieren. Der Sozialimperialismus hatte zudem eine demografische Komponente. Denn auf dem Höhepunkt der Depression hatte 1880 die dritte große Welle deutscher Überseeauswanderung (nach 1846–1857 und 1864–1873) eingesetzt, die bis 1893 nicht weniger als 1,8 Millionen Deutsche vor allem in die USA führte. Kolonien könnten – so das nationalistische Kalkül – dabei helfen, das „Deutschtum“ dieser Auswanderer zu erhalten, anstatt es im Schmelztiegel der amerikanischen Gesellschaft verschwinden zu lassen.

Zu diesen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Erwägungen kam die internationale Situation hinzu. Frankreich und Großbritannien hatten mit der militärischen Besetzung Tunesiens 1881 bzw. Ägyptens 1882 den Startschuss für den „*scramble for Africa*“ gegeben, die Aufteilung des Kontinents unter den imperialistischen Mächten. Auf der Berliner Kongo-Konferenz des Jahres 1884 konnte sich Bismarck als Vermittler präsentieren, der das belgische Kongogebiet als Freihandelszone vom direkten Einfluss anderer Mächte offen hielt und damit die von ihm bevorzugte Idee eines Freihandelsimperialismus umsetzte. Doch der Trend zur Abgrenzung von kolonialen Territorien wurde damit nicht aufgehalten, sondern ging unvermindert weiter.

Kurzfristige Auslöser beschleunigten dann den Übergang zum Kolonialreich. Denn deutsche Kaufleute, die in verschiedenen Teilen Afrikas aktiv waren, mussten zur Durchsetzung ihrer Interessen staatliche Hilfe in Anspruch nehmen. Das traf für den Kaufmann Adolf Lüderitz zu, dessen Geschäfte im heutigen Namibia 1884 in Schwierigkeiten gerieten. Daraufhin rief er den Staat zur Hilfe, der das Deutsch-Südwest genannte Gebiet unter formale deutsche Kontrolle stellte. Im Gebiet des späteren Deutsch-Ostafrika war es der promovierte Historiker und koloniale Abenteurer Carl Peters, dessen private Abmachungen mit lokalen Potentaten das Reich zu „Schutzverträgen“ aufwertete und damit den Übergang zur Kolonie vollzog. Zusammen mit der Übernahme formaler Kontrolle über Togo und Kamerun war damit 1884/85 das deutsche Kolonialreich in Afrika etabliert. Bis 1886 kamen noch Nord-Neuguinea sowie die Marshall- und Salomon-Inseln sowie der sogenannte Bismarck-Archipel hinzu. 1897 und 1899 erklärte das Reich neben

dem Flottenstützpunkt Kiautschou in China noch weitere asiatische Territorien in kleinerem Umfang zu Schutzgebieten, und zwar die pazifischen Inseln Karolinen, Marianen und Palau sowie den Westteil Samoas.

Der Fläche nach war das deutsche Kolonialreich das viertgrößte in der Welt, hinter den kolonialen Besitzungen von Großbritannien, Frankreich und Russland. Doch die räumliche Ausdehnung ist nicht das wichtigste Kriterium für seine historische Bedeutung. Zum einen war es äußerst kurzlebig. Bis auf Deutsch-Ostafrika fielen alle deutschen Kolonien bereits kurz nach Beginn des Weltkrieges 1914 in die Hände der Alliierten. Auffällig ist ferner der immense Gegensatz zwischen den Hoffnungen auf die Aufnahme von deutschen Auswanderern und der tatsächlichen Praxis. Von allen deutschen Kolonien wies allein Deutsch-Südwest 1914 eine nennenswerte Zahl von deutschen Siedlern – vor allem Farmern – auf. Es waren 12 000 – von 2,85 Millionen Auswanderern während des Kaiserreichs insgesamt. Auch ökonomisch waren die Kolonien unerheblich. Ihr Anteil am deutschen Außenhandel lag bei gerade einmal 2,5 Prozent. Bereits 1899 wies Rosa Luxemburg, die am linken Rand der SPD stand, darauf hin, dass das Deutsche Reich mit den britischen Kolonien in Afrika mehr Handel trieb als mit den eigenen. In der kollektiven Wahrnehmung breiter Bevölkerungsschichten hatten die Kolonien allerdings einen festen Platz. Kolonialausstellungen, ethnographische Forschungen, Ansichtskarten und viele andere Medien vermittelten Bilder kolonialer Differenz und rassistischer Überlegenheit der Deutschen.

## Wirtschaft und Gesellschaft im Zeichen der Globalisierung

Ungeachtet der ökonomisch und sozial eher marginalen Rolle der deutschen Kolonien darf allerdings nicht vergessen werden, dass das Kaiserreich in die erste Welle der Globalisierung, die seit den 1880er-Jahren anrollte, intensiv eingebunden war. Globalisierung – verstanden als weltweite kommunikative Vernetzung in allen Bereichen der Gesellschaft – war ein wichtiges Element des kollektiven Erfahrungsraumes der Deutschen um 1900. Für die Verdichtung von Raum und Zeit, welche zugleich Voraussetzung und Folge der Globalisierung war, fand der Staatssekretär im Reichsamt des Innern, Arthur von Posadowsky-Wehner, 1901 im Reichstag eine anschauli-



Auf der Suche nach Arbeit ziehen „Sachsgänger“, landwirtschaftliche Saisonarbeiter, aus den deutschen Ostprovinzen oder Polen über Berlin nach Westen.

che Metapher: Die Beschleunigung von Kommunikation und Transport – Telegraf, Unterseekabel, Dampfschiffe – habe, so Posadowsky, „Tausende von Meilen“ entfernte Länder bis an die „Türen unserer Zollstellen“ gerückt. Der „Erdball“ sei damit „zusammengedrückt wie ein Gummiball“.

Die Ökonomie war das Feld, in dem die globale Vernetzung Deutschlands am stärksten und sichtbarsten hervortrat. Seit den 1880er-Jahren stieg der Anteil der Exporte am Bruttosozialprodukt stetig an. Im letzten Vorkriegsjahr 1913 gingen 17,8 Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung in den Export. Diese Ausfuhrquote wurde erst sechzig Jahre später, im Jahr 1973, wieder leicht übertroffen. Die Importquote lag in den letzten fünf Jahren vor 1913 sogar noch etwas höher. Mit der enormen Steigerung seines Außenhandels stieß das Deutsche Reich, schon vorher eines der führenden Exportländer, fast an die absolute Spitze vor. In den 1870er-Jahren hatte der deutsche Anteil am Welthandel nur etwas mehr als die Hälfte des britischen ausgemacht. Im Jahr 1913 lag Deutschland dann mit 13,1 Prozent fast gleichauf mit dem Vereinigten Königreich und vor den USA. Die Mobilität des Finanzkapitals in ausländischen Anlagen und die Vernetzung von Finanzmärkten erlangten vor dem Weltkrieg ebenfalls ein nach 1918 lange Zeit nicht wieder erreichtes Ausmaß.

Ein drittes wichtiges Feld der Globalisierung war die Entstehung eines weltweiten Arbeitsmarktes. In den deutschen Kolonien im Pazifik griff man auf „Kulis“ (vom englischen Wort *coolie*) aus China zurück. Dies waren Vertragsarbeiter, die für die unter unmenschlichen Bedingungen ausgeführte Arbeit in den Phosphatminen von Samoa angeheuert wurden. Das Deutsche Reich selbst war vor allem das Ziel von Arbeitsmigranten aus Norditalien, Österreich-Ungarn und Russisch-Polen. Eine große Zahl der Migranten arbeitete in der Landwirtschaft, die unter dem Abzug deutscher Arbeiter in die Städte litt. In den Gutsbetrieben der preußischen Ostprovinzen arbeiteten vor 1914 bis zu einer halben Million polnischer Saisonarbeiter aus Russisch-Polen und dem österreichischen Galizien. Sie waren nur für die Sommermonate zugelassen. Doch viele Gutsbesitzer umgingen die Bestimmungen, weshalb die genannte Zahl nicht mehr als eine Schätzung ist. Die wachsende Präsenz polnischer Arbeitsmigranten löste eine

intensive Diskussion um die drohende „Polonisierung“ des preußischen Ostens aus. Die Einführung der „Karenzzeit“ im Winter, in der die Polen nach Russland zurückkehren mussten, war eine praktische Folge dieser Debatte. An ältere anti-polnische Stereotype anknüpfend, trug die Forderung nach einer „Germanisierung“ im preußischen Osten zu einer Radikalisierung des nationalistischen Diskurses bei (siehe auch S. 55). Der Deutsche Ostmarkenverein, 1894 gegründet, setzte sich als radikalnationaler Agitationsverband für die Zurückdrängung der Polen ein. Eine zunehmend intensive transnationale Vernetzung und die Forderung nach strikten nationalen Grenzziehungen hingen so um 1900 eng zusammen.

## Wilhelminische „Weltpolitik“

Bismarck hatte seine Außenpolitik auf den europäischen Kontinent ausgerichtet. Mit der Gründung des Deutschen Reiches war eine neue Großmacht entstanden, die ihren Platz im Konzert der fünf Großmächte (neben Großbritannien, Frankreich, Russland und Österreich-Ungarn) noch finden musste. Nach einigem Zögern begann Bismarck 1879 mit dem Aufbau eines Bündnissystems, das Deutschland mit Russland auf der einen Seite sowie mit Österreich-Ungarn und später Italien auf der anderen verband. Neben der Isolation des Kriegsgegners von 1870/71, Frankreich, zielte dieses System von Militärbündnissen auf die Erhaltung eines Gleichgewichts zwischen den fünf Mächten ab, das aber nicht frei von Spannungen blieb. Bismarcks Nachfolger Caprivi verlängerte 1890 den erst 1887 geschlossenen Rückversicherungsvertrag mit Russland nicht. Damit forcierte er unmittelbar eine russisch-französische Annäherung und mittelbar die Herausbildung von zwei konkurrierenden Militärblocken (Russland und Frankreich versus Deutschland und Österreich-Ungarn).

Ab Mitte der 1890er-Jahre veränderte die deutsche Außenpolitik ihre Stoßrichtung. Sie zielte nun auf die aggressive Behauptung und Erweiterung deutscher Machtpositionen in einem vom Wettbewerb der Großmächte im Hochimperialismus bestimmten, globalen Aktionsfeld. Die Zeitgenossen bezeichneten dies als „Weltpolitik“ oder auch „Weltmachtspolitik“. Diesen Begriff benutzte der Soziologe Max Weber 1895 in seiner Antrittsvorlesung mit der These, dass die deutsche Einigung 1871 nur als der „Ausgangspunkt“ einer solchen imperialistischen Politik zu rechtfertigen sei.

Für den Übergang zur Weltpolitik waren vor allem zwei Faktoren maßgeblich. Erstens herrschte an der Spitze der deutschen Politik, bei Kaiser Wilhelm II., der Reichsleitung aus Kanzler und den Staatssekretären der Reichsämter, sowie nicht zuletzt bei der Marineführung die Auffassung vor, dass Deutschland sich der imperialistischen Machtkonkurrenz nicht entziehen könne. Bernhard von Bülow, zu diesem Zeitpunkt Staatssekretär im Auswärtigen Amt, fand dafür 1897 die berühmte Formulierung, dass auch Deutschland seinen „Platz an der Sonne“ beanspruchen könne und müsse. Vor allem Wilhelm II. drückte dieses Anliegen in zahlreichen Reden aus, die mit ihrer wichtigtuerschen und prahlenden Rhetorik in den Hauptstädten der anderen Großmächte für nachhaltige Irritationen sorgten. Aus Sicht von Marine und Reichsleitung kam der Weltpolitik auch die Funktion zu, zur „Sammlung“ im Innern und damit vor allem dem Kampf gegen die Sozialdemokratie zu dienen. Diese innenpolitische Stoßrichtung gegen die SPD war eine willkommene Nebenfolge, nicht aber das eigentliche Ziel der Weltpolitik.

**Die Bündnispolitik Bismarcks**  
(1871–1890)



Bergmayer + Höller Verlag AG, Zahlenbild 701754

**Ein neues Europa**

Über Jahrhunderte hinweg war die deutsche Mitte Europas politisch zersplittert und schwach gewesen. Der Kontinent war von den Staaten an seiner Peripherie dominiert worden, in deren Interesse die Aufrechterhaltung des Machtvakuaums in seiner Mitte lag. Nun jedoch war, zum ersten Mal in der Geschichte, diese Mitte vereint und stark. Die Beziehungen zwischen den europäischen Mächten sollten von nun an einer neuen und ungewohnten Dynamik unterliegen. Benjamin Disraeli, der Führer der konservativen Opposition im britischen Unterhaus, erkannte dies deutlicher als die meisten seiner Zeitgenossen: „Dieser Krieg stellt die deutsche Revolution dar, ein größeres politisches Ereignis als die Französische Revolution“, verkündete er vor dem Unterhaus. „Da ist keine diplomatische Tradition mehr, die nicht hinweggefegt worden wäre.“ Wie zutreffend diese Diagnose war, sollte sich erst nach und nach zeigen.

Das Zeitalter des preußisch-österreichischen Dualismus – einst das strukturierende Prinzip des politischen Lebens der deutschen Staaten – war vorüber. Friedrich Ferdinand Graf von Beust erkannte die Fruchtlosigkeit einer auf Eindämmung abzielenden Politik und riet Kaiser Franz Joseph, Wien solle hinfort eine Verständigung zwischen Österreich-Ungarn und Preußen-Deutschland in allen gegenwärtigen Angelegenheiten suchen. [...] Erste Früchte trug sie mit dem Dreikaiserabkommen vom Oktober 1873 zwischen Österreich-Ungarn, Russland und Deutschland; sechs Jahre später handelte Bismarck den Zweibund von 1879 aus, der Österreich-Ungarn zum Juniorpartner des Deutschen Reiches machte. Von nun an zielte die Politik Wiens darauf ab, Berlin nach Kräften auf die Sicherheitsinteressen Österreich-Ungarns einzuschwören, selbst wenn dies eine untergeordnete Stellung innerhalb der Beziehung bedeutete. Der zwischen den beiden Staaten geschmiedete Bund hatte bis 1918 Bestand.

Der Krieg von 1870 stellte auch die Beziehungen zu Frankreich auf eine völlig neue Grundlage. Die von Bismarck stark favorisierte Annexion von Elsass-Lothringen traumatisierte die französische politische Elite und vergiftete dauerhaft das Ver-

hältnis zu Paris. Elsass-Lothringen wurde zum Heiligen Gral des französischen Revanchismus und war Brennpunkt mehrerer aufeinanderfolgender Wellen chauvinistischer Agitation. [...]

Aber selbst ohne die Annektierung Elsass-Lothringens hätte die bloße Existenz des neuen Deutschen Reiches die Beziehungen zu Frankreich fundamental verändert. Die Schwäche Deutschlands war traditionell einer der Eckpfeiler der französischen Sicherheitspolitik gewesen. [...]

Nach 1871 richtete sich das Streben Frankreichs danach, jede Möglichkeit zur Eindämmung der neuen Großmacht an seiner Ostgrenze zu nutzen. So gesehen war eine dauerhafte Feindschaft zwischen Frankreich und Deutschland – ungeachtet wiederholter beidseitiger Bemühungen um ein Rapprochement [eine Annäherung] – dem europäischen System nach den Einigungskriegen in gewissem Maße einprogrammiert.

Nehmen wir diese beiden Faktoren – die engen Bande Berlins zu Österreich-Ungarn und den Dauerkonflikt mit Frankreich – als Fixpunkte der europäischen politischen Landschaft in den Jahrzehnten nach der deutschen Einigungsphase, fällt es leichter zu erkennen, warum sich Preußen-Deutschland so schwertat, das Abdriften in jene Isolation zu verhindern, die für die Jahrzehnte vor 1914 so prägend war.

Von der Warte Frankreichs aus lautete das Hauptziel, Deutschland durch die Bildung einer antideutschen Allianz in Schach zu halten. Der aussichtsreichste Kandidat für eine solche Partnerschaft war Russland. Berlin konnte dies nur verhindern, indem es Russland in sein eigenes Bündnissystem einband. Das Problem war, dass eine Allianz, der Russland und Österreich-Ungarn angehörten, notgedrungen instabil sein musste; nachdem Wien aus Deutschland und Italien hinausgedrängt worden war, konzentrierte sich die Außenpolitik Österreich-Ungarns zusehends auf den Balkan, eine Region, in der die eigenen Interessen unmittelbar mit denen Russlands im Widerstreit lagen. [...]

Christopher Clark, Preußen. Aufstieg und Niedergang, 1600–1947, übersetzt von Richard Barth, Norbert Juraschitz und Thomas Pfeiffer, Deutsche Verlagsanstalt in der Verlagsgruppe Random House GmbH München 2007, S. 631ff.

Die zweite Triebkraft hinter dem Übergang zur Weltpolitik war die Formierung radikalnationalistischer Verbände und ihr wachsender Einfluss auf die öffentliche Meinung. So entstand 1891 der Allgemeine Deutsche Verband, ab 1894 Alldeutscher Verband (ADV), als Reaktion auf den Helgoland-Sansibar-Vertrag. In diesem gab das Reich 1890 weitere Gebietsansprüche in Ostafrika auf, und England übertrug dafür die Insel Helgoland an Deutschland. Der ADV zählte bis 1914 nie mehr als 20 000 Mitglieder. Doch zu ihnen gehörten neben Vertretern der Schwerindustrie zahlreiche bildungsbürgerliche Multiplikatoren wie Professoren und Lehrer, die seine Ideen in der Öffentlichkeit propagierten. Neben das Ziel der „Germanisierung“ im Osten traten die Forderung nach weiterer kolonialer Expansion und das Fernziel eines deutschen Weltreichs. Eine Gruppe von liberalen Imperialisten um Max Weber und den protestantischen Pfarrer Friedrich Naumann sah die Weltpolitik zudem als einen Hebel zur Zurückdrängung des agrarisch-aristokratischen Einflusses in der Gesellschaft, da diese Gruppen an kolonialer Expansion kein Interesse

hatten. Außerdem hofften die liberalen Imperialisten, mit der Weltpolitik die Lebenshaltung der Arbeiter und deren politische Integration zu verbessern, da Exporte das Wachstum und damit den Wohlstand ankurbelten. Ihren wichtigsten Ausdruck fand die Weltpolitik im Aufbau einer deutschen Schlachtflotte seit 1898. Weltpolitik und Flottenpolitik waren in vielerlei Hinsicht identisch. Treibende Kraft hinter der Schlachtflotte war Admiral Alfred von Tirpitz, seit 1897 Staatssekretär im Reichsmarineamt. Tirpitz konnte nicht nur auf die Unterstützung des Kaisers und seinen steigenden Einfluss in Berliner Regierungskreisen bauen. Er orchestrierte zudem sehr geschickt die öffentliche Meinung im Sinne der Flotte. Dazu nutzte er ein eigenes „Nachrichtensbüro“ im Reichsmarineamt, das zugleich Schützenhilfe bei der Gründung des Deutschen Flottenvereins 1898 leistete und diesen mit Agitationsmaterial versorgte. Mit 1,1 Millionen Mitgliedern (einzeln und als Teil anderer Korporationen) im Jahr 1913 war der Deutsche Flottenverein der größte der radikalnationalistischen Agitationsverbände, welche die Weltpolitik unterstützten.

### Wilhelm II. und der Wilhelminismus

Wilhelm II. (1859–1941) hat einer Epoche den Namen gegeben: die Zeit seiner Herrschaft als deutscher Kaiser von 1888 bis 1918 wird auch als Wilhelminismus bezeichnet. Das lag daran, dass er, anders als sein Großvater Kaiser Wilhelm I., rastlos im Reich herumreiste und in öffentlichen Auftritten seine Meinung zu den verschiedensten Themen äußerte. Allein von 1897 bis 1902 machte Wilhelm II. mindestens 233 Besuche in mehr als 120 deutschen Städten, und die meisten davon gipfelten in einer öffentlichen Rede.

Doch Wilhelm II. verschaffte dem Kaisertum der Hohenzollern nicht nur eine öffentliche Präsenz, die diesem bis dahin gefehlt hatte und die er ganz selbstverständlich in Anspruch nahm. Er erschien darüber hinaus als eine Verkörperung der Kultur jener Epoche, die später seinen Namen trug. Mit seinem impulsiven und reizbaren Verhalten, das sich in Wutausbrüchen ebenso zeigte wie im Wechsel zwischen höchster Anspannung und längeren Erholungspausen, schien Wilhelm II. ein Beleg für die Überreizung der Nerven zu sein, welche die Mediziner damals als „Neurasthenie“ diskutierten. Sein prahlerisches Auftreten und seine aggressive Rhetorik gegen Länder und Völker in Europa wie in Übersee (siehe auch „Die Daily Telegraph Affäre“, S. 59) machten den Kaiser zum Symbol der imperialistischen „Weltpolitik“, mit der das Reich seinen Platz unter den Großmächten ausbauen wollte.

Als der gerade einmal 29 Jahre alte Wilhelm II. 1888 den Thron bestieg, wurde bald deutlich, dass er die in der Verfassung festgelegte Macht des Kaisertums zur Verfolgung innenpolitischer Ziele nutzen wollte. Gegen den Willen Bismarcks veröffentlichte er 1890 die sogenannten Februarerlasse, die eine Reihe sozialpolitischer Initiativen ankündigten. Handelsminister Hans von Berlepsch setzte Teile davon 1891 in einer Novelle der Gewerbeordnung um. Mit einem Verbot der Sonntagsarbeit und einer Reglementierung der Frauen- und Kinderarbeit machte der Arbeiterschutz wichtige Fortschritte und avancierte zum Sinnbild des „Neuen Kurses“, den Wilhelm II. und sein neuer Kanzler Caprivi einschlugen.

Ebenso breite wie positive Resonanz hatte auch Wilhelms Intervention in der Schulpolitik. Auf der zweiten Reichsschulkonferenz im Jahr 1890 griff er mit einer langen Rede in den Streit ein, der schon seit längerem zwischen den Befürwortern des Gymnasiums (mit Schwerpunkt auf den alten Sprachen) und jenen des Realgymnasiums (mit stärker naturwissenschaftlicher Bildung) geführt wurde. Wilhelm II. unterstützte die „Realisten“ und for-

derte, die Schule solle „nicht junge Griechen und Römer, sondern junge Deutsche“ ausbilden. Wilhelms Unterstützung des „Neuen Kurses“ kam aber rasch an ein Ende, als einer der von ihm erhofften Effekte, eine Eindämmung der Sozialdemokratie, ausblieb. Gegen Caprivis Widerstand befürwortete er 1894 neue Ausnahmegesetze gegen die SPD und entließ den Kanzler Ende Oktober desselben Jahres.

Dessen Nachfolger Chlodwig Hohenlohe-Schillingsfürst war eine schwache Figur. 1896 setzte Wilhelm II. sowohl im preußischen Staatsministerium als auch in den Reichsämtern eine Reihe ihm genehmer Minister durch. Manche Historiker haben daraus den Schluss gezogen, dass die Politik im Reich ab 1897 durch ein „persönliches Regiment“ gekennzeichnet gewesen sei, mit dem Wilhelm II. die Grundlagen des konstitutionellen Systems durchbrochen habe. Doch 1899 scheiterten gleich zwei vom Kaiser befürwortete Gesetzesvorhaben: die „Zuchthausvorlage“, die das Strafrecht für Streikende verschärfte, die Druck auf arbeitswillige Beschäftigte/Streikbrecher ausübten, und sich gegen Sozialdemokratie und Gewerkschaften richtete, und die „Kanalvorlage“. Gegen letztere protestierten die ostelbischen Agrarier, da sie durch den Bau des Mittellandkanals den Absatz ausländischen Getreides begünstigt sahen.

Bereits diese Beispiele zeigen, dass Wilhelm II. zwar mit Personalentscheidungen wiederholt Einfluss auf die Politik nahm, aber kein „persönliches Regiment“ ausübte. Zudem verschlechterte sich seine Position, als ab 1900 sowohl seine Reden als auch das Verhalten seines Freundeskreises um Philipp zu Eulenburg auf öffentliche Kritik stießen. Nach der *Daily Telegraph*-Affäre 1908 verzichtete Wilhelm II. vollends auf substanzielle Interventionen in die Innenpolitik. Als Inhaber der „Kommandogewalt“ über das Militär hatte er zwar weiterhin das Recht, durch Personalentscheidungen wie die Ernennung Erich von Falkenhayns zum Chef der Obersten Heeresleitung Ende 1914 Einfluss auszuüben. Doch aus der operativen Planung der Militärs war Wilhelm bereits seit 1906 ausgeschlossen, und im Ersten Weltkrieg überstrahlte ihn bald der Ruf des „Helden von Tannenberg“, Paul von Hindenburg. Als Wilhelm II. schließlich am Morgen des 10. November 1918 Deutschland verließ, um den Weg in das niederländische Exil anzutreten, stand die Stille, in der sich dies vollzog, im starken Kontrast zum öffentlichen Pomp der ersten Dekade nach seiner Thronbesteigung 1888.

Das erste Flottengesetz von 1898 sah den Aufbau von zwei Geschwadern mit je acht Schlachtschiffen sowie weiteren Kreuzern und anderen Begleitschiffen über sechs Jahre hinweg vor. Das mit der ersten Flottennovelle 1900 verabschiedete Bauprogramm verdoppelte dieses Ziel auf vier Geschwader. Hinter dem Aufbau der Flotte stand die Vorstellung, dass sich Seemacht automatisch in Weltmacht übersetzen ließe. Die Flotte war eine direkte Herausforderung für Großbritannien, das als weltweit führende Seemacht die Weltmeere kontrollierte. England würde, so das deutsche Kalkül, das durch die Flotte an Einfluss gewachsene Deutschland als Partner in einer Abgrenzung von Interessensphären akzeptieren müssen. Die Londoner Regierung entschied sich jedoch stattdessen zu einem eigenen Rüstungsschritt und baute „Dreadnoughts“ (frei übersetzt „Fürchtenichts“) genannte Großkampfschiffe. Berlin reagierte darauf 1906 in aggressiver Form mit einer neuerlichen Flottennovelle.

Die gezielte antienglische Stoßrichtung des deutschen Flottenbaus sowie die wiederholte Aufrüstung und Erhöhung des Bautempos trugen zu einer nachhaltigen Verschlechterung und Militarisierung der internationalen Beziehungen bei. Zudem erwies sich, dass offene Räume, in welche die wilhelminische Weltpolitik hätte machtvoll ausgreifen können, nicht

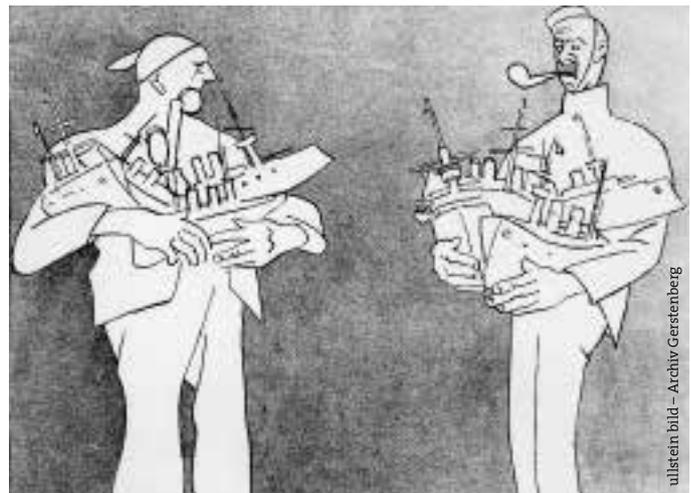
mehr vorhanden waren. Ein Beispiel dafür bot der Nahe Osten, wo die deutsche Politik das Osmanische Reich als informellen Partner an sich zu binden suchte. Um die Armee des Sultans zu reformieren, wurden ab den 1880er-Jahren Militärberater entsandt und ab 1913 eine offizielle deutsche Militärmission eingerichtet. Bereits seit 1903 leitete ein deutsches Firmenkonsortium den Bau der Bagdadbahn, welche die Türkei mit Bagdad verbinden sollte. Doch das Projekt stieß von Beginn an auf die Eigeninteressen der westlichen Großmächte und weckte deren Argwohn vor neuer Konkurrenz.

Gescheitert sind auch die Bemühungen Berlins, den wachsenden französischen Einfluss in Marokko zurückzudrängen und damit zugleich einen Keil in die *Entente cordiale* zwischen Großbritannien und Frankreich zu treiben, mit der beide Mächte 1904 ihre Interessen in Afrika abgegrenzt hatten. In den beiden Marokkokrisen der Jahre 1905 und 1911 – deren zweite Berlin durch die Entsendung des Kanonenboots „Panther“ an die marokkanische Küste forcierte – musste die deutsche Regierung jedoch zurückstecken. Dies bedeutete eine diplomatische Niederlage gegenüber Frankreich. Darüber hinaus aber verdeutlichten beide Krisen die internationale Isolation, in die sich Berlin selbst hineinmanövriert hatte, und damit das Scheitern der deutschen Weltpolitik.



ulstein bild – TopFoto

Am 10. Mai 1890 kommentiert die britische Satire-Zeitschrift „Punch“ die aggressive Wilhelminische Außenpolitik: *L'Enfant Terrible! Chor im Heck „Don't go on like that – or you'll upset us all!“*.



ulstein bild – Archiv Gerstenberg

Besonders umstritten ist das vom deutschen Flottenprogramm verursachte Wettrennen mit Großbritannien. Dazu die deutsche Satire-Zeitschrift „Simplicissimus“ 1912: *„Wie sollen wir uns da die Hand geben?“*



bpk

Im Mittelpunkt der Wilhelminischen Rüstungspolitik steht der Bau von Schlachtschiffen. Eine Postkarte zeigt die Fahrt des Linienschiffs „S.M.S. Preußen“ durch die Grüntaler Hochbrücke des Kaiser-Wilhelm-Kanals (heute Nord-Ostsee-Kanal).



akg-images

Auf Bitten des osmanischen Partners entsendet das Kaiserreich 1913 eine Militärmission unter Generalleutnant Otto Liman von Sanders (Mi., mit Mütze) nach Konstantinopel und erweckt damit das Misstrauen der Entente-Mächte vor Ort.



Das Militär hat im Kaiserreich eine Sonderstellung inne. Es genießt hohes Ansehen, und über die Wehrpflicht wird die männliche Bevölkerung mit autoritären Wertmustern konfrontiert. Truppenparade durch die Belle-Alliance-Straße (heute Mehringdamm) in Berlin um 1910



bpk/Jakob Pillartz



ullstein bild



ullstein bild



alg-images



alg-images

Die Reichskanzler bis Juli 1917 (v. li. n. re.): Otto von Bismarck, 1871–1890; Georg Leo von Caprivi, 1890–1894; Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst, 1894–1900; Bernhard von Bülow, 1900–1909; Theobald von Bethmann Hollweg, 1909–1917



bpk/Münchener Stadtmuseum, Sammlung Fotografie / Archiv Kester

Erst ab 1904 ist im Deutschen Reich der Straßenhandel mit Zeitungen gestattet, zuvor durften sie nur im Abonnement bezogen werden. Über die Massenpresse wird die öffentliche Meinung zum wichtigen Faktor der Politik, was ein „Durchregieren von oben“ zusehends erschwert. Zeitungsverkäuferin am Potsdamer Platz, Berlin, 1906

BENJAMIN ZIEMANN

# Autoritärer Staat und Demokratisierung 1890–1914

**Das politische Klima im wilhelminischen Staat heizt sich nach 1890 zusehends auf. Dies schlägt sich zum einen in einer Politisierung nahezu aller Gesellschaftskreise nieder, zum anderen in der vermehrten Radikalisierung ihrer Agitation. In der Folge sieht sich die Reichsleitung in ihrem Handlungsspielraum spürbar eingeschränkt.**

Auch nach der Entlassung Bismarcks als Reichskanzler 1890 blieb das Kanzleramt im „Zentrum der Macht“ (Hans Peter Ullmann). Dies galt zumindest bis 1916, als Kanzler Theobald von Bethmann Hollweg durch die Machtsteigerung der dritten Obersten Heeresleitung im Ersten Weltkrieg entscheidend geschwächt wurde. Allerdings gelang es keinem der auf Bismarck folgenden Reichskanzler, die Politik des Reiches und Preußens so machtvoll zu lenken wie Bismarck. Selbst Bernhard von Bülow, der von 1900 bis 1909 amtierte, konnte seinen Führungsanspruch nur durchsetzen, solange er das Vertrauen des Kaisers hinter sich wusste.

Bismarcks Nachfolger, Leo von Caprivi, versuchte mit einem „neuen Kurs“ des Ausgleichs von sozialen Gegensätzen die konfrontative Grundanlage von Bismarcks Innenpolitik zu überwinden. Neuansätze gab es vor allem in der Arbeiter- und Sozialpolitik sowie bei Handelsverträgen mit verschiedenen europäischen Ländern, deren Zolltarife den Export deutscher Industrieprodukte erleichterten. Dafür waren Zugeständnisse bei den Agrarzöllen nötig. Diese riefen eine agrarisch-konservative Protestbewegung auf den Plan, die sich in der Gründung des Bundes der Landwirte (BdL) 1893 niederschlug. Mit seinen 330 000 Mitgliedern (1913), vorwiegend kleinen und mittleren Bauern aus dem ostelbischen Preußen, orchestrierte der BdL die Vertretung agrarischer Interessen. Er unterstützte Kandidaten der Deutschkonservativen Partei bei Wahlen und nahm damit starken Einfluss auf die Politik dieser Partei. Diese konservative Rebellion der Bauern und Junker war einer von mehreren Gründen für den Sturz Caprivis 1894, mit dem der „neue Kurs“ ein plötzliches Ende fand.

Caprivis Karriereende wie auch das vorsichtige Taktieren seines Nachfolgers, Chlodwig Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst, waren allerdings nicht nur der Tatsache geschuldet, dass keiner von ihnen über das Charisma und den Machtinstinkt Bismarcks verfügte. Hinzu kam, dass die Innenpolitik im „wilhelminischen“ Kaiserreich – also unter Wilhelm II. – in einem stark veränderten Umfeld stattfand. Seit den 1880er-Jahren bildete sich ein „politischer Massenmarkt“ (Hans Rosenberg) heraus. In ihm bestimmten nicht nur bürgerliche Honoratioren die Politik in Parteien und Parlamenten. Politik entwickelte sich zur Angelegenheit aller Bevölkerungsgruppen, die sich in Gewerkschaften, Vereinen und Verbänden Instrumente zur Durchsetzung ihrer Interessen schufen. Vermittelt über die an Auflagenhöhe und Zahl der Blätter stark anwachsende Mas-

senpresse wurde auch die öffentliche Meinung nun zu einem wichtigen Faktor der Politik. Die politische Mobilisierung der Bevölkerung brachte Impulse für eine Demokratisierung des politischen Systems, welche vor allem die Sozialdemokratie forderte. Am rechten Rand des politischen Spektrums führte die Politisierung dagegen ab 1900 zur Formierung eines völkisch-nationalen Lagers, das sich gegen die Reichsleitung und den Reichstag positionierte. Angesichts dieser Mobilisierung der Gesellschaft wurde es für die Reichsleitung zunehmend schwieriger, eine autoritäre Politik durchzusetzen. Selbst das Militär – ein Kernelement des Obrigkeitsstaates – war zumindest mittelbar von der Politisierung betroffen.

## Militär und Militarismus

Das Militär hatte im Verfassungsgefüge des Reiches eine Sonderstellung, insofern es weitgehend dem Einfluss des Reichstages entzogen war. Den Ansatzpunkt dafür bot die Kommandogewalt des Kaisers über das Heer, die, weit definiert, nur reine Verwaltungsvorgänge parlamentarischer Kontrolle zugänglich machte. Das Militärkabinett erlaubte es dem Kaiser zudem, vor allem bei der Besetzung von Offiziersstellen Einfluss auf das Heer auszuüben. Das Militär hatte darüber hinaus eine politische Ordnungs- und Drohfunktion vor allem der sozialistischen Arbeiterbewegung gegenüber, etwa bei der Niederschlagung von Streiks.

Durch die Wehrpflicht trug die Armee zur autoritären Prägung der männlichen Bevölkerung bei. Junge Männer mussten zunächst drei, ab 1893 dann zwei Jahre in den Kasernen Dienst tun. Der Militärdienst löste vor allem ländliche Rekruten aus der Enge ihrer dörflichen Lebenswelt heraus und öffnete sie für nationalistische Ideologien. Das war allerdings keine notwendige Folge des Militärdienstes, und viele katholische und sozialdemokratische Wehrpflichtige erlebten die rauhe und zuweilen brutale Behandlung durch die Offiziere eher als eine Bestärkung ihrer Vorbehalte gegenüber dem Reich.

Eine ähnliche Ambivalenz zeigten auch die Kriegervereine, in denen sich neben Veteranen der Einigungskriege vor allem ehemalige Wehrpflichtige versammelten und damit das Prestige des Militärdienstes in die zivile Gesellschaft übertrugen. Die seit 1899 im Dachverband des „Kyffhäuser-Bundes“ zusammengefassten Vereine zählten 1913 knapp 2,9 Millionen Mitglieder. Damit waren sie noch weit vor den sozialdemokratischen „Freien“ Gewerkschaften die mit Abstand größte Massenorganisation im deutschen Kaiserreich. Die Ideologie der Verbandspresse war antisozialdemokratisch, nationalistisch und militaristisch ausgerichtet. Insbesondere im Vorfeld von Reichstagswahlen agierte der Kyffhäuserbund propagandistisch im Sinne der Reichsleitung.



Kriegervereine bilden in ihrer Gesamtheit die größte Massenorganisation des Kaiserreichs. Sie übertragen das Prestige des Militärdienstes in die zivile Gesellschaft. Hier 1896 in Erwartung des Kaisers zur Feier des 25. Jahrestages der Reichsgründung auf dem Tempelhofer Feld in Berlin

### Der Reserveoffizier als bürgerliche Sozialfigur

Johann Georg Mönckeberg (1836–1908) war seit 1892 Bürgermeister von Hamburg und damit einer der führenden Vertreter des hanseatischen Bürgertums. In einem Brief an seinen Sohn Carl reagiert er 1896 auf dessen Bedenken, die nötigen Schritte zum Erwerb des Reserveoffizierspatents einzuschlagen:

„Die eigentliche Veranlassung meines heutigen Briefs sind deine Bemerkungen über das Offizierwerden. Ich lasse die Fragen, welche tiefer gehen und deshalb schwieriger zu beantworten sind (– ob man nicht als Reserveoffizier idealen Zwecken dienen kann; ob man berechtigt ist, eine solche Gelegenheit von der Hand zu weisen; ob man nicht auf jedem Gebiete jede möglichst hohe Stufe zu erreichen suchen soll; ob es nicht eine Konsequenz der allgemeinen Wehrpflicht ist, daß jeder, der Offizier werden kann, auch als solcher dient usw.), auf sich beruhen und halte mich an die einfache, nüchterne Frage: ist es verständig, wenn man Offizier werden kann und in Deiner Lage ist, darauf zu verzichten? Der Kampf ums Dasein, die Konkurrenz ist heutzutage so schwer – einerlei, welchem Berufe Du Dich widmest –, daß man verständigerweise keinen Vorteil zurückweisen darf, der ehrlicher- und anständigerweise sich bietet. Es unterliegt aber m.E. gar keinem Zweifel, daß der Reserveoffizier heute auf den verschiedensten Gebieten Vorteile hat, die andere nicht haben. Ob es gerechtfertigt ist, daß der Reserveoffizier diese Vorteile genießt, kommt nicht in Betracht; wir müssen mit der Welt und dem Leben rech-

nen, wie es zur Zeit ist, und da steht es fest, daß Dir das Fehlen der Offiziersqualität oft schaden, der Besitz dieser Qualität oft nützen kann. Da Du nun, wie ich annehme, Offizier werden kannst, und zwar ohne besondere Opfer dafür zu bringen (die Zeit der Übungen betrachte ich nicht als verloren – die Übungen selbst sind keine große Beschwerde für Dich – der Kostenpunkt entscheidet nicht), so scheint es mir in der Tat nicht verständig, die Chance, deren Wert für Deine Zukunft Du augenblicklich nicht übersehen kannst, wegzuworfen. [...] Du darfst Dich darüber nicht täuschen, daß das ‚Nicht-Offizierwerden‘ von der Welt ganz anders aufgefaßt wird als von Dir und einem kleinen Kreise. Ein sehr verständiger Mann (kein Offizier) sagte mir neulich: Wenn junge Leute, deren äußere Verhältnisse sie nicht nötigen, erklären, nicht Offizier werden zu wollen, so ist das in der Regel ein leerer Vorwand – die Trauben sind sauer! Das ist die herrschende Auffassung, und diese Auffassung darfst Du am wenigsten mißachten. Wer auf den falschen Militarismus schelten will, muß sich nicht der Antwort aussetzen: er schilt, weil er nicht Offizier geworden ist [...] Ich kann Dir daher nur raten (unbedingter als anderen), Offizier zu werden, und bitte Dich jedenfalls, keine übereilte Erklärung abzugeben, sondern die Sache gründlich zu überlegen.“

Bernd Ulrich / Jakob Vogel / Benjamin Ziemann (Hg.), Untertan in Uniform. Militär und Militarismus im Kaiserreich 1871–1914, Fischer Taschenbuchverlag, Frankfurt/M. 2001, S. 136 f.

Vor allem in den ländlichen Kriegervereinen, welche die große Mehrheit aller Mitglieder stellten, standen allerdings die geselligen Aktivitäten im Zentrum des Vereinslebens. Statt nationalistischer Ideologien prägten bierseliges Beisammensein und periodische Feste die Kriegervereine. Linksliberale und sozialdemokratische Zeitgenossen wie der liberale Historiker und Pazifist Ludwig Quidde (1858–1941) kritisierten diesen Gesinnungsmilitarismus, der mit militärischen Werten wie Disziplin, Untertänigkeit und einer martialischen Kriegsverherrlichung breite Bevölkerungsschichten im wilhelminischen Deutschland geprägt habe. Dieses Bild ist nicht völlig falsch, aber doch stark überzeichnet und ähnelt eher einer Karikatur. Denn eine

militaristische Ideologie machten sich in den Kriegervereinen und darüber hinaus vor allem (klein-) bürgerliche Mitglieder zu eigen, nicht jedoch solche aus unterbürgerlichen Schichten.

In den Jahren vor 1914 trat dann ein radikaler bürgerlicher Militarismus hervor, der sich einer aggressiven Außenpolitik und einer massiven Aufrüstung verschrieb. Der Deutsche Wehrverein, 1912 gegründet, trug mit der lautstarken Agitation seiner 360 000 überwiegend bürgerlichen Mitglieder zur Durchsetzung der beiden Heeresvorlagen 1912 und 1913 bei. Mit einer Vergrößerung der Personalstärke des Heeres um 137 000 Mann löste die Heeresvorlage 1913 den größten Rüstungsschub des Kaiserreichs aus.

## Das Reichstagswahlrecht und die Fundamentalpolitisierung

Während das Heer bis zum Ende des Kaiserreichs eine Instanz des autoritären Staates blieb, war das Reichstagswahlrecht ein wichtiges Instrument der Politisierung und Demokratisierung. Als allgemeines, gleiches und direktes Männerwahlrecht eröffnete es jedem Mann über 25 Jahren die aktive Teilhabe an der Reichspolitik. Die freie Stimmabgabe trug zur offenen Austragung von Konflikten in der politischen Arena bei. Durch ihre Stimmabgabe bei den Reichstagswahlen praktizierten die Männer im Kaiserreich ein wichtiges Element der Demokratie, die Mobilisierung von Bürgern für konkurrierende politische Ziele. Der starke, wenn auch diskontinuierliche Anstieg der Wahlbeteiligung zu den Reichstagswahlen von 1871 bis 1912 zeigt, dass dieses Recht auch so verstanden wurde. Die Beteiligung stieg von knapp 51 Prozent im Jahr 1871 auf fast 85 Prozent bei den letzten Reichstagswahlen 1912, wobei es Sprünge nach oben vor allem von 1871 bis 1878 und

von 1898 bis 1903 gab. Die Parteien reagierten auf diese Politisierung der Gesellschaft mit einer Professionalisierung der Wahlkämpfe.

Ein Indiz für die zunehmende Mobilisierung breiter Bevölkerungsschichten war auch die Zunahme der Stichwahlen in einzelnen Wahlkreisen. Unter dem absoluten Mehrheitswahlrecht des Kaiserreichs wurde ein zweiter Wahlgang der beiden Kandidaten mit den meisten Stimmen dann nötig, wenn kein Kandidat im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit erreicht hatte. Der Anteil der Stichwahlen, bei denen es stets zu Absprachen zwischen verschiedenen Parteien kam, stieg von 11,4 Prozent bei den Wahlen 1874 auf nicht weniger als 47,9 Prozent der Wahlkreise 1912. Von den Stichwahlabsprachen profitierten vor allem die Parteien in der Mitte, National- und Linksliberale, während die SPD nur rund ein Viertel aller Stichwahlen für ihre Kandidaten gewinnen konnte.

Die Reichstagswahlen im Kaiserreich waren ein Instrument der Demokratisierung. Es überrascht daher nicht, dass sie beständig dem Versuch autoritärer Beeinflussung und Kontrolle ausgesetzt waren. Die preußische Regierung verzichtete zwar auf die



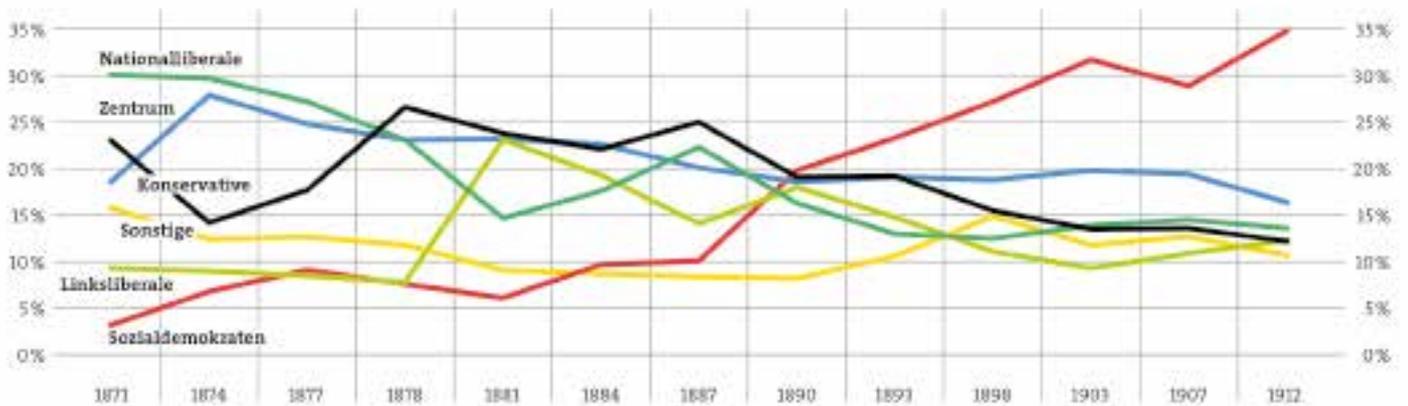
Das Reichstagswahlrecht demokratisiert das System und politisiert eine wachsende Wählerschaft. Es ist jedoch ausschließlich Männern vorbehalten. Stimmabgabe in einem Berliner Wahllokal für die Reichstagswahl 1903, in der erstmals Wahlkabinen und Briefkuverts für die Stimmzettel das Wahlgeheimnis schützen. Wahlkundgebung in Berlin-Steglitz vor den Reichstagswahlen im Januar 1912



Die Mobilisierung der Wähler zeigt sich an der Zunahme der Stichwahlen in einzelnen Wahlkreisen. 1912 engagieren sich Dresdener für die Wiederwahl des nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Rudolf Heinze. Versammlungen der SPD finden auch nach dem Fall des Sozialistengesetzes 1890 unter den wachsamen Augen der lokalen Obrigkeit statt. Im Bild des Malers Jens Birkholm von 1900, der sich darin selbst als Redner porträtiert, sitzen ihre Vertreter unter der Marx-Büste am rechten Bildrand.

## Reichstagswahlergebnisse

im Kaiserreich



Nach: Der Spiegel Geschichte 3/2013, Das Deutsche Kaiserreich 1871 bis 1918: Der Weg in die Moderne, S. 49

Aufstellung von Regierungskandidaten. Aber durch den Einsatz des lokalen Verwaltungsapparates ließ sich der Wahlkampf zugunsten jener Kandidaten beeinflussen, welche die Reichsleitung unterstützten. Gegen Kritik an der Reichsleitung ließ sich auch die vorzeitige Auflösung des Reichstages und die Anberaumung von Neuwahlen einsetzen, wie sie 1878, 1887, 1893 und 1907 erfolgten. Solche Wahlen standen zumeist im Zeichen nationaler Mobilisierung, wie etwa die sogenannten Hottentotten-Wahlen des Jahres 1907, als sich SPD und Zentrum einem Nachtragshaushalt zur Finanzierung des Kolonialkrieges in Deutsch-Südwestafrika verweigerten. Der Wahlkampf richtete sich vor allem gegen die als national „unzuverlässig“ gebrandmarkt SPD. Zum ersten Mal seit 1884 erlitt die SPD Stimmenverluste und sank von 31,7 auf 28,9 Prozent der abgegebenen Stimmen.

Nicht nur die Reichsleitung versuchte, der Demokratisierung entgegenzuwirken. Auch die soziale Abhängigkeit von den „Brotherren“ schränkte die freie Stimmabgabe ein. Vor allem in den ländlichen Provinzen Preußens östlich der Elbe und in den schwerindustriellen Zentren an der Ruhr und im Saargebiet vermochten es Junker und Unternehmer, die Stimmabgabe zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Allerdings setzte der Reichstag 1903 den effektiven Schutz des Wahlheimnisses durch, indem er die Aufstellung von Wahlkabinen und die Ausgabe von Briefkuverts für die Stimmzettel obligatorisch machte. Die Politisierung und Demokratisierung der Gesellschaft, die vor allem das Zentrum und die SPD vorantrieben, erhielten damit weiteren Auftrieb.

Um die Jahrhundertwende vollzog sich zudem ein tiefgreifender Wandel in der Ausrichtung und Kooperation der Parteien untereinander, der mit einer Veränderung der in den Wahlkämpfen verhandelten Kernthemen zusammenhing. In der Bismarckzeit standen zumeist Befürworter der Reichsgründung (Konservative und Nationalliberale) gegen jene Parteien, die sich vom neuen Nationalstaat distanzieren (Linksliberale, SPD, bis 1879 das Zentrum, daneben auch die Vertreter der polnischen Minderheit). Doch dieser Gegensatz zwischen „Reichsfreunden“ – die sich im „Kartell“ zusammenfanden – und „Reichsfeinden“ verlor seit Ende der 1890er-Jahre an Relevanz. Denn nun traten Fragen der sozialen und politischen Gerechtigkeit (sogenannte *fairness issues*) in den Vordergrund der Wahlkämpfe, neben Zöllen, Lebensmittelpreisen und der Besteuerung auch die Frage des Wahlrechts in den Einzelstaaten. Damit rückten Konservative und Zentrum als Parteien der ländlichen

Produzenten zumindest auf der Ebene der Interessen ihrer Wähler dichter zusammen, auch wenn das Zentrum bei manchen Gesetzesvorhaben im Reichstag mit den bürgerlichen Parteien stimmte. Ihnen gegenüber standen jene Parteien, welche die Interessen der städtischen Konsumenten vertraten, neben den Liberalen beider Couleur die Sozialdemokraten. Mit ihrer Kritik an steigenden Fleischpreisen präsentierte sich die SPD ab 1900 zunehmend als Vertreterin von Konsumenteninteressen und konnte damit auch kleinbürgerliche Wähler gewinnen.

Es wäre jedoch verfehlt, das Erlernen demokratischer Verhaltensmuster durch die Ausübung des Reichstagswahlrechtes überzubetonen. Denn diesem standen weiterhin ungleiche Zensus- und Klassenwahlrechte in den Einzelstaaten gegenüber, allen voran das Dreiklassenwahlrecht für die Wahlen zum preußischen Landtag. Es war weder geheim, noch gleich, noch direkt. Vielmehr wurden die Wähler gemäß den von ihnen bezahlten direkten Staatssteuern in drei Abteilungen oder Klassen eingeteilt, auf die jeweils ein Drittel des gesamten Steuervolumens entfiel. Urwähler der drei Klassen bestimmten Wahlmänner, die dann den Abgeordneten eines Wahlbezirks wählten.

Dieses Wahlverfahren begünstigte die Konservativen und Nationalliberalen und benachteiligte vor allem die Sozialdemokraten. Trotz wiederholter Proteste der SPD kam es jedoch bis 1918 zu keiner Reform des preußischen Wahlrechts. Obwohl die SPD bei der Landtagswahl des Jahres 1908 in der dritten Abteilung fast 28 Prozent der Stimmen erhielt, gelang es ihr bei dieser Wahl überhaupt erstmals, sechs von insgesamt 443 Abgeordneten in den preußischen Landtag zu entsenden. Bei den Reichstagswahlen des Jahres 1912 war die SPD dagegen nicht nur mit 34,8 Prozent der Stimmen stärkste Partei – wie stets seit 1890 –, sondern stellte mit 110 Abgeordneten erstmals auch die stärkste Fraktion im Reichstag.

Diese Entwicklung führte zu einer paradoxen Folgewirkung des demokratischen Reichstagswahlrechtes: Die SPD war unter den ab 1890 herrschenden Bedingungen die einzige Partei, die einen Vorteil von diesem Prinzip hatte. So gab es neben ideologischen Vorbehalten für alle anderen Parteien „handfeste machtpolitische Gründe“, an dem konstitutionellen System festzuhalten, bei dem die politischen Parteien im Vorhof der Macht verblieben (Thomas Kühne). Dies verhinderte gleichzeitig eine Parlamentarisierung des Reiches, also eine stärkere Kontrolle der Reichsleitung durch das Parlament oder gar einen Übergang zur parlamentarischen Monarchie nach britischem Vorbild.

## Radikaler Nationalismus und Antisemitismus

Das Reichstagswahlrecht machte aus Untertanen Staatsbürger und stärkte den Einfluss der Gesellschaft gegenüber dem Obrigkeitsstaat. Aber die im Jahrzehnt um 1900 anhebende Welle der Politisierung intensivierte nicht nur partizipative und demokratische Politikmuster. Auch nationalistische und antisemitische Gruppen, die sich um 1900 in wachsender Zahl vor allem in den nationalen Agitationsverbänden formierten, beteiligten sich daran. Die Mitglieder des Flottenvereins, des Ostmarkenvereins und der Deutschen Kolonialgesellschaft praktizierten auf ihren Versammlungen einen charismatischen Politikstil, in dessen Zentrum die Idee eines zugleich populären und starken Führers für die Nation stand.

Dem lag eine Verschiebung des deutschen Nationalismus in Form und Inhalt zugrunde, die sich seit der Reichsgründung abzeichnet und seit den 1880er-Jahren vollzogen hatte: die „konservative Inbesitznahme der Nation“ (Dieter Langewiesche). Mit ihr verwandelte sich der Nationalismus von einer liberalen Emanzipationsideologie zu einer auf das Reich bezogenen Strömung, die sich die innere und äußere Vollendung der 1871 vollzogenen Nationsbildung auf die Fahnen schrieb. Nach innen bedeutete dies vor allem den Kampf gegen die als „vaterlandslos“ gebrandmarkte Sozialdemokratie. In den preußischen Ostprovinzen und an der Grenze zu Russland sollte eine aggressive Germanisierungspolitik den Zustrom weiterer polnischer Arbeitskräfte stoppen und die ethnische Homogenität der deutschen Bevölkerung gewährleisten. Schließlich sollten jene circa 25 Millionen deutsch sprechenden Menschen in Österreich-Ungarn, dem Baltikum und Südosteuropa, die nicht im deutschen Nationalstaat wohnten, gegen den Druck zur Assimilierung in ihre lokale Gesellschaft geschützt werden.

Diesem radikalen Nationalismus, der seit den 1890er-Jahren in zahlreichen Agitationsverbänden eine Plattform und massenwirksame Unterstützung fand, lag ein Modell der Nation zugrunde, das sich von der Vorstellung einer auf Literatur und Sprache begründeten Kulturnation ebenso unterschied wie von einer als politische Ordnung verstandenen Staatsnation.

Die Radikalnationalisten begriffen die Nation als essenziell und wesenhaft, in der ethnischen Gemeinschaft des deutschen Volkstums begründet. Die ethnischen Gemeinsamkeiten der Deutschen, die sie gegen innere und äußere Feinde verteidigen wollten, sahen sie als biologisch determinierte, rassische Eigenschaften. Durch die Übertragung des Darwinismus auf die Gesellschaft (Sozialdarwinismus) entstand die Vorstellung eines unablässigen Daseinskampfes der Völker, den nur in sich geschlossene, zum Kampf bereite Nationen bestehen würden. Die radikalen Nationalisten der wilhelminischen Ära vertraten ein in sich geschlossenes Weltbild, das gerade durch die Konfrontation mit einer als ungenügend empfundenen Realität an Radikalität gewann. Dabei wandten sie sich schließlich auch gegen das Kaisertum der Hohenzollern. So publizierte Heinrich Claß, der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes, 1912 unter Pseudonym ein Pamphlet mit dem Titel „Wenn ich der Kaiser wäre“, in dem er das Modell einer autoritär strukturierten Volksgemeinschaft entwarf.

Ein wichtiger Bestandteil der Pläne von Claß war eine Ausnahmegesetzgebung gegen deutsche und ausländische Juden, welche für diese jeden weiteren Zuzug unterband und jene unter ein Sonderrecht stellte, das einer Aufhebung der Eman-



In den preußischen Ostprovinzen soll ethnische und kulturelle Homogenität herrschen. So kommentiert „Der Wahre Jacob“ 1906: [Der Kultusminister Konrad von] „Stutt bringt den polnischen Kindern [in Posen] das deutsche Vaterunser bei.“

### Mitgliederstarke Vereine und Verbände im wilhelminischen Deutschland

(mit Gründungsdatum und höchster Mitgliederzahl)

Vereine und Verbände, Gründungsjahr	Höchststand an Mitgliedern
<b>sozial</b>	
Bund der Landwirte, 1893	330 000 (1914)
Freie (sozialdemokratische) Gewerkschaften, 1890	2 076 000 (1912)
Christliche [katholische] Gewerkschaften, 1894	343 000 (1913)
Hirsch-Dunckersche (liberale) Gewerkschaften, 1896	122 000 (1910)
Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband, 1893	160 513 (1914)
<b>politisch-religiös</b>	
Evangelischer Bund, 1886	510 000 (1913)
Deutscher Protestantenverein, 1863	25 000 (1904)
Central-Verein dt. Staatsbürger jüdischen Glaubens, 1893	36 000 (1913)
Volkverein für das katholische Deutschland, 1890	805 000 (1914)
<b>national</b>	
Alldeutscher Verband, 1894	21 361 (1900)
Deutsche Kolonialgesellschaft, 1887	43 152 (1914)
Deutscher Flottenverein, 1898	320 464 (1912)
Deutscher Ostmarkenverein, 1899	53 000 (1914)
Deutscher Wehrverein, 1912	360 000 (1914)
Kyffhäuser Bund der Deutschen Landeskriegerverbände, 1900	2 800 000 (1913)
Deutsche Turnerschaft, 1868	1 123 000 (1913)
Deutscher Sängerbund, 1862	205 494 (1914)
Verein für das Deutschtum im Ausland, 1908	45 272 (1910)

Zusammengestellt nach Helmut Walser Smith (Hg.), The Oxford Handbook of modern German History, Oxford 2011, S. 398, Tabelle aus dem Englischen übersetzt von Martin Fendt

### „Wenn ich der Kaiser wär“ ...

Unter dem Pseudonym Daniel Frymann publizierte der in Mainz lebende Jurist und eingefleischte Antisemit Heinrich Claß (1868–1953) seine Schrift „Wenn ich Kaiser wär“. Der Titel war Programm: Der Text des Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes, der hier in Auszügen wiedergegeben wird, zeigt, wie der radikale, völkische Nationalismus am Vorabend des Ersten Weltkrieges über das politische System des Kaiserreichs hinauswies.

„Schaden, Nöte und Gefahren“: [...] Besitz und Bildung fühlen sich politisch entrechtet, durch die Entscheidung der Massen mundtot gemacht. Die Unternehmer, die nach der Entwicklung der letzten Jahrzehnte doch zu den Pfeilern unserer nationalen Wirtschaft geworden sind, sehen sich der Willkür der sozialistisch verhetzten Arbeiterschaft ausgesetzt – jeder staatliche Schutz wird versagt. [...]

Der sozialistischen Presse und den Parteagitatoren hat man über zwanzig Jahre unbeschränkte Gelegenheit gewährt, ihre zersetzende, verhetzende Tätigkeit auszuüben, und die urteilslosen Massen dem eigenen Volke und Staate abzukehren. Die Liberalen aller Schattierungen, abgesehen vom rechten Flügel der Nationalliberalen, [...] arbeiten der Sozialdemokratie gewissenlos in die Hände. [...]

Großkapital, Großindustrie, Großhandel gefährden den Mittelstand aufs schwerste, und es ist begreiflich, daß Existenzen, die trotz allen Fleißes, aller Sparsamkeit in diesem Kampfe nicht voran kommen oder gar unterliegen, dem Staate gram werden, der zugesehen hat, wie die größere Kapitalmacht sie erwürgt. Das einst als Inbegriff volkswirtschaftlicher Weisheit verehrte „freie Spiel der Kräfte“ hat [...] seine zwei Seiten, und die schlimme Seite trägt ihr Teil der Schuld daran, daß heute die ehemals treuesten und zuverlässigsten Schichten der Bevölkerung unzufrieden sind. [...]

**Über die Juden:** Hier nun muß der verhängnisvollen Rolle gedacht werden, die in unserem Volksleben das Judentum spielt, seitdem ihm das Geschenk der Emanzipation in den Schoß geworfen wurde, das durch keinerlei Leistungen verdient war, sondern aus der Stimmung an sich schöner Menschlichkeit, aus der Idee der Gleichheit der Menschen heraus gewährt wurde.

Nun sind Deutscher und Jude ihrem innersten Wesen nach wie Feuer und Wasser; solange unser Volksleben moralisch gesund war, gab es nichts Verschiedeneres als die deutsche und die jüdische Lebensauffassung. Der Deutsche steht über dem Besitz, bleibt ihm gegenüber innerlich frei und beweist seine Freiheit, indem er sich ausleben will ohne Rücksicht auf den wirtschaftlichen Erfolg. Ehre, Unabhängigkeit, Eigenwilligkeit sind die Triebfedern seines Handelns [...]; der Jude aber stellt sein Leben unter die Zweckmäßigkeit und Nützlichkeit; der Erwerb, der Besitz sind ihm alles [...].

Gibt es eigentlich etwas Tragischeres, als die Rolle der heutigen Regierenden? Zwischen ihnen und dem Volke steht ein Mittler – der Jude – und er läßt nur durch, was ihm gefällt. [...] Das A und O der Maßregeln gegen die jüdische Zersetzung lautet aber: Die Rasse ist der Quell der Gefahren – Die Religion spielt keine andere Rolle, als daß sie ein Ausfluß der Rasse ist. [...]

**Zum Wahlrecht:** Wenn man den Dingen auf den Grund geht, wird man sagen müssen, daß in dem Augenblicke, wo das Sozialistengesetz nicht wieder erneuert wurde, die Axt an die Wurzel des allgemeinen gleichen Wahlrechts gelegt wurde. Denn dies demokratischste Wahlrecht ist politisch nur möglich, wenn die Gesamtheit der Wähler erfüllt ist von der gleichen National- und Staatsgesinnung, wenn alle einig sind über die Grundlagen

des staatlichen Lebens wie Volkstum, Monarchie, Eigentum, und wenn die Auffassungen nur auseinandergehen in Fragen der Abstufung des Maßes der Rechtsverteilung zwischen der Gesamtheit (dem Staate) und dem einzelnen, sowie in Fragen der staatlichen Zweckmäßigkeiten. Sobald eine stärkere Wählergruppe die Grundlagen des staatlichen und nationalen Lebens verwirft, ist das allgemeine Wahlrecht in Frage gestellt, und es wird unmöglich, wo Wählermassen dasselbe tun. [...]

Das allgemeine gleiche Wahlrecht ist immer eine Unwahrheit gewesen, da es eine Gleichheit der Menschen voraussetzt, die sich niemals verwirklichen lassen wird. Es ist unmoralisch, indem es den Würdigen, Fähigen, Reifen genau so behandelt, wie den Unwürdigen, Unfähigen, Unreifen. Es ist endlich ungerecht, indem es tatsächlich durch die Gewalt der Massen, die Massenstimmzahl, die Gebildeten und Besitzenden entrechtet. [...]

Es ist ein dringendes Bedürfnis unseres öffentlichen Lebens, daß die Industriekapitäne mit ihren Erfahrungen zur Teilnahme gewonnen werden; möglich, daß die Reform des Wahlrechts und die dadurch herbeigeführte Hebung des parlamentarischen Niveaus diesen Führern unseres Wirtschaftslebens die Mitwirkung wieder erwünschter erscheinen läßt.

Ganz anders, als mit den selbst Werte schaffenden Großbetrieben liegt die Sache mit den Großbanken; hier liegt kein öffentliches Interesse vor, um diese gewaltigen Kapitalmassen in einer Hand zu lassen [...].

**Gegen den Sozialismus:** So wie bisher, kann und darf es mit dem Gewährenlassen der Sozialdemokratie gegenüber nicht weitergehen – darüber sind alle ernstesten Patrioten einig. [...] Es heißt deshalb, der Masse die Gelegenheit zur Umkehr oder zum Haltmachen dadurch zu bereiten, daß man sie von der jetzigen Führerschaft befreit, indem alle Reichstags- und Landtagsabgeordneten, alle Parteibeamten, alle Herausgeber, Verleger, Redakteure sozialistischer Zeitungen und Zeitschriften, alle sozialistischen Gewerkschaftsführer – kurz alle im Dienste der sozialistischen Propaganda Stehenden aus dem Deutschen Reiche ausgewiesen werden; dasselbe gilt natürlich auch für alle Anarchisten. [...] Aber, wenn man den Kampf aufnehmen will, muß man sich darüber klar sein: keine Halbheit, keine Schwäche, keine Sentimentalität – ganze Arbeit mit festem, hartem Willen. [...]

**Notwendigkeit territorialer Ausdehnung:** Jede Ausdehnung in Europa ist von vornherein nur durch siegreiche Kriege herbeizuführen, da weder Frankreich noch Rußland so menschenfreundlich sein werden, uns Teile ihres Gebietes abzutreten; haben wir nun gesiegt und erzwingen wir Landabtretungen, so erhalten wir Gebiete, in denen Menschen wohnen, [...] die uns feind sind, und man wird sich fragen, ob solch ein Landzuwachs unsere Lage verbessert. [...]

Aber wenn man gerade der besonderen Lage des deutschen Volkes ganz auf den Grund geht, das in Europa eingeschnürt ist und unter Umständen bei weiterem starkem Wachstum ersticken würde, wenn es sich nicht Luft macht, so wird man anerkennen müssen, daß der Fall eintreten kann, wo es vom besiegten Gegner im Westen oder Osten menschenleeres Land verlangen muß – es sei denn, wir hätten besiedlungsfähige Kolonien über See oder wir wären entschlossen, wieder eine Auswanderung Deutscher in fremde Staaten zuzulassen. [...]

Daniel Frymann [Heinrich Claß], Wenn ich der Kaiser wär – Politische Wahrheiten und Notwendigkeiten, 3. Aufl. Leipzig, 1912, S. 16, 28, 30, 36, 40, 43, 61 f., 65–69, 140 f. Auch abgedruckt in Willibald Gutsche, Herrschaftsmethoden des deutschen Imperialismus 1897/98 bis 1917, Akademie Verlag, Berlin (Ost) 1977, S. 154–59 (Auszüge)

zipation gleichkam. Damit war der Text von Claß zugleich eine Programmschrift des radikalen Antisemitismus am Vorabend des Weltkrieges. Den Begriff „Antisemitismus“ hatte der Journalist Wilhelm Marr 1879 geprägt. Damit bezeichnete er eine Gegnerschaft zu den Juden, die diese nicht wie der christliche Antijudaismus als eine Religionsgemeinschaft verstand, deren vermeintliche Defizite sich durch die Taufe überwinden ließen. Wie andere Antisemiten seit den 1870er-Jahren begriff Marr die Juden vielmehr als Ursache und Chiffre für die sozialen und ökonomischen Missstände der modernen Gesellschaft. Gerade im „Gründerkrach“ der Jahre ab 1873 wandten sich Antisemiten gegen den angeblich unheilvollen Einfluss von Juden in Banken und Börsen als den Zentren der kapitalistischen Ökonomie.

Der moderne Antisemitismus ist ein postemanzipatorisches Phänomen. Er reagierte auf die 1871 abgeschlossene rechtliche Gleichstellung der Juden mit einem neuen Verständnis von Differenz und Ausschließung in der Gesellschaft. In vielen Metaphern und Stereotypen knüpften antisemitische Reden und Texte an die Vorstellungswelt des christlichen Antijudaismus an, der Juden als „Wucherer“ und „Parasiten“ dämonisierte. Der moderne Antisemitismus unterschied sich davon



ullstein bild – Imago/ Austrian Archives

Radikale Antisemiten schüren Ressentiments gegen die Gleichstellung der Juden und machen sie verantwortlich für alle als negativ empfundenen Entwicklungen der Moderne. Flugblatt um 1890

**„Unsere Aussichten“ – Auftakt des Antisemitismusstreits**

Heinrich von Treitschke (1834–1896) war einer der einflussreichsten Historiker im Kaiserreich und zudem Reichstagsabgeordneter der Nationalliberalen Partei. Mit seinen antisemitischen Äußerungen in dem Artikel „Unsere Aussichten“ entfachte Treitschke einen Streit über Judentum, Assimilation und Antisemitismus, der bis 1881 andauerte. Der linksliberale Historiker Theodor Mommsen (1817–1903) ergriff in diesem Streit gegen Treitschke Partei. Treitschke schrieb unter anderem:

Wenn Engländer und Franzosen mit einiger Geringschätzung von dem Vorurtheil der Deutschen gegen die Juden reden, so müssen wir antworten: Ihr kennt uns nicht; Ihr lebt in glücklicheren Verhältnissen, welche das Aufkommen solcher „Vorurtheile“ unmöglich machen. Die Zahl der Juden in Westeuropa ist so gering, daß sie einen fühlbaren Einfluß auf die nationale Gesittung nicht ausüben können; über unsere Ostgrenze aber dringt Jahr für Jahr aus der unerschöpflichen polnischen Wiege eine Schaar strebsamer hosenverkaufender Jünglinge herein, deren Kinder und Kindeskinde rereinst Deutschlands Börsen und Zeitungen beherrschen sollen; die Einwanderung wächst zusehends, und immer ernster wird die Frage, wie wir dies fremde Volksthum mit dem unseren verschmelzen können. Die Israeliten des Westens und des Südens gehören zumeist dem spanischen Judenstamme an, der auf eine vergleichsweise stolze Geschichte zurückblickt und sich der abendländischen Weise immer ziemlich leicht eingefügt hat; sie sind in der That in ihrer großen Mehrzahl gute Franzosen, Engländer, Italiener geworden – soweit sich dies billigerweise erwarten läßt von einem Volke mit so reinem Blute und so ausgesprochener Eigenthümlichkeit. Wir Deutschen aber haben mit jenem polnischen Judenstamme zu thun, dem die Narben vielhundertjähriger christlicher Tyrannei sehr tief eingeprägt sind; er steht erfahrungsgemäß dem europäischen und namentlich dem germanischen Wesen ungleich fremder gegenüber.

Was wir von unseren israelitischen Mitbürgern zu fordern haben, ist einfach: sie sollen Deutsche werden, sich schlicht und recht als Deutsche fühlen – unbeschadet ihres Glaubens und ihrer alten

heiligen Erinnerungen, die uns Allen ehrwürdig sind; denn wir wollen nicht, daß auf die Jahrtausende germanischer Gesittung ein Zeitalter deutsch-jüdischer Mischcultur folge. Es wäre sündlich zu vergessen, daß sehr viele Juden, getaufte und ungetaufte, Felix Mendelssohn, Veit, Riesser u. A. – um der Lebenden zu geschweigen – deutsche Männer waren im besten Sinne, Männer, in denen wir die edlen und guten Züge deutschen Geistes verehren. Es bleibt aber ebenso unleugbar, daß zahlreiche und mächtige Kreise unseres Judenthums den guten Willen schlechtweg Deutsche zu werden durchaus nicht hegen. Peinlich genug, über diese Dinge zu reden; selbst das versöhnliche Wort wird hier leicht mißverstanden. Ich glaube jedoch, mancher meiner jüdischen Freunde wird mir mit tiefem Bedauern Recht geben, wenn ich behaupte, daß in neuester Zeit ein gefährlicher Geist der Ueberhebung in jüdischen Kreisen erwacht ist, daß die Einwirkung des Judenthums auf unser nationales Leben, die in früheren Tagen manches Gute schuf, sich neuerdings vielfach schädlich zeigt. [...]

Ueberblickt man alle diese Verhältnisse – und wie Vieles ließe sich noch sagen! – so erscheint die laute Agitation des Augenblicks doch nur als eine brutale und gehässige, aber natürliche Reaction des germanischen Volksgefühls gegen ein fremdes Element, das in unserem Leben einen allzu breiten Raum eingenommen hat. Sie hat zum Mindesten das unfreiwillige Verdienst, den Bann einer stillen Unwahrheit von uns genommen zu haben; es ist schon ein Gewinn, daß ein Uebel, das Jeder fühlte und Niemand berühren wollte, jetzt offen besprochen wird. Täuschen wir uns nicht: die Bewegung ist sehr tief und stark; einige Scherze über die Weisheitsprüche christlich-socialer Stump-Redner [eine Anspielung auf den Berliner Hofprediger und Gründer der Christlich-Sozialen Bewegung, Adolf Stoecker] genügen nicht sie zu bezwingen. Bis in die Kreise der höchsten Bildung hinauf, unter Männern, die jeden Gedanken kirchlicher Unduldsamkeit oder nationalen Hochmuths mit Abscheu von sich weisen würden, ertönt es heute wie aus einem Munde: die Juden sind unser Unglück!

Heinrich von Treitschke, „Unsere Aussichten“ (1879), in: Walter Boehlich (Hg.), Der Berliner Antisemitismusstreit, Insel Verlag, Frankfurt/Main 1965, S. 7ff.

aber dadurch, dass er die jüdische Minderheit nicht in einem religiösen Gegensatz zu den Christen, sondern in einem ethnischen Gegensatz zu den Deutschen als Nation begriff. Viele antisemitische Texte der 1870er- und 1880er-Jahre hatten diesen Gegensatz vornehmlich als einen kulturellen konstruiert. Die Juden wurden deshalb zur Assimilation, zur Anpassung an die deutsche Kultur aufgefordert. Die radikalen Nationalisten ab 1890 konzipierten die Differenz zwischen Juden und Deutschen jedoch biologisch, als einen Gegensatz zwischen verschiedenen Rassen, die sie als „Blutgemeinschaft“ verstanden. Vom Antisemitismus der Radikalnationalisten ab 1900 führt so eine direkte Kontinuitätslinie zum völkischen Antisemitismus der Nationalsozialisten.

Politisch formierte sich der Antisemitismus zunächst in Antisemitenparteien, die populistische Außenseiter wie der Publizist und Reichstagsabgeordnete Max Liebermann von Sonnenberg, später der aus Hessen stammende Politiker Otto Böckel und der brandenburgische Reichstagsabgeordnete Hermann Ahlwardt gründeten und anführten. Diese auf regionale Hochburgen begrenzten Parteien fanden in zwei Wellen erheblichen Zulauf, von 1878 bis 1882 und nochmals von 1887 bis 1896. Auf dem Höhepunkt ihrer Mobilisierung erreichten sie bei der Reichstagswahl 1893 immerhin 3,4 Prozent der Stimmen und 16 Mandate. Seit 1896 setzte jedoch der Niedergang dieser Parteien ein, die nun kaum mehr als 250 000 Stimmen für sich gewinnen konnten.

Das heißt jedoch nicht, dass der moderne Antisemitismus ab 1900 politisch bedeutungslos gewesen wäre. Bereits seit den 1880er-Jahren waren antisemitische Vorstellungen in vielen Interessenverbänden ein zentrales Element des politischen Weltbildes. Das galt nicht nur für die radikalnationalistischen Agitationsverbände wie den Alldeutschen Verband oder später den Wehrverein, sondern auch für den Bund der Landwirte oder den Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband (beide 1893 gegründet), welche die wirtschaftlichen Interessen des „alten“ Mittelstandes der Bauern und des „neuen“ Mittelstandes der Angestellten vertraten.

Weite Verbreitung erlangten antisemitische Stereotypen und Ressentiments auch unter den organisierten Studenten. Die Vereine deutscher Studenten (VDSt), die sich 1881 zum Kyffhäuser-

Verband zusammenschlossen, waren aus der Agitation für die Antisemitenpetition des Jahres 1880 entstanden, der sich etwa 20 Prozent, in Berlin gar die Hälfte aller Studenten anschloss. Die VDSt schlossen gläubige Juden, seit 1896 auch getaufte Juden von der Mitgliedschaft aus. Auch die studentischen Burschenschaften nahmen seit 1896 keine jüdischen Mitglieder mehr auf. Der radikale Antisemitismus des Kaiserreichs fand allerdings eine Grenze in der Anwendung von Gewalt gegen Juden. Zwar kam es vereinzelt zu Pogromen, das heißt Akten kollektiver Gewalt gegen einzelne jüdische Gemeinden, so etwa 1900 in der Stadt Konitz in Westpreußen. Aber Gewalt zur Durchsetzung antisemitischer Ziele vertraten auch Radikalnationalisten wie Heinrich Claß und der Alldeutsche Verband nicht. Die Verbindung von rassistischem Antisemitismus mit terroristischen Gewaltakten gegen Juden zeichnete sich erst während des Ersten Weltkrieges ab und dann, stark radikalisiert, nach Kriegsende und Niederlage seit Herbst 1918.

## Innenpolitische Konflikte ab 1900

Ab 1900 amtierte der Karrierediplomat Bernhard von Bülow als Reichskanzler. Er erfreute sich einer engen Beziehung zu Kaiser Wilhelm II. und genoss dessen Vertrauen. Sein Vorgänger, Chlodwig Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst, hatte auf Drängen des Kaisers zweimal versucht, gegen die Sozialdemokratie gerichtete Ausnahme Gesetze durch den Reichstag zu bringen. Doch sowohl die gegen die SPD als Partei des „Umsturzes“ gerichtete „Umsturzvorlage“ (1895) als auch die auf die Freien Gewerkschaften abzielende „Zuchthausvorlage“ (1899) fanden keine Mehrheit unter den bürgerlichen Parteien des Reichstages, da das Zentrum in beiden Fällen geschlossen die Zustimmung verweigerte. Wie bereits bei der Durchsetzung der Flottenvorlage 1898 zeigte sich daran, dass dem Zentrum ab 1900 eine parlamentarische Schlüsselstellung zukam. Bereits vor Beginn der Kanzlerschaft Bülows wurden als Konsequenz aus dem Scheitern der Repressionspolitik gegen die SPD mit Unterstützung des Zentrums einige sozialpolitische Reformen in Angriff genommen.

Zum zentralen innenpolitischen Konfliktherd der Jahre ab 1900 entwickelte sich die Verbindung von Rüstungs- und Finanzpolitik. Vor allem der seit 1898 betriebene Schlachtfloottenbau vergrößerte das Missverhältnis zwischen den Einnahmen des Reiches und seinen Ausgaben, von denen um 1900 rund 85 Prozent für Militär und Rüstung aufgewendet wurden. Bereits 1904 war deshalb die Staatsschuld des Reiches auf drei Milliarden Goldmark angewachsen, und eine grundlegende Neuregelung der öffentlichen Finanzen durch eine Reichsfinanzreform wurde unabwendbar. Nach den durch nationalistische und kolonialpolitische Parolen geprägten „Hottentotten“-Wahlen 1907 gelang es Bülow zunächst, sich durch die Bildung eines „Blocks“ aus Konservativen, National- und Linksliberalen von der Zustimmung des Zentrums zu Gesetzesvorhaben unabhängig zu machen. Bei den Beratungen über die Reichsfinanzreform 1908/9 traten die Interessensgegensätze innerhalb dieses „Bülow-Blocks“ allerdings scharf hervor. Zur Debatte standen eine stärkere Besteuerung des Verbrauchs auf der einen und eine Belastung des Besitzes über eine Erbschaftsteuer auf der anderen Seite.

Links- wie Nationalliberale sahen eine Belastung des ländlichen Grundbesitzes als unabdingbar an, zumal weitere Verbrauchsteuern vor allem die städtischen Konsumenten und

### Militärhaushalt des deutschen Reiches



Der Spiegel Geschichte 3/2013, Das Deutsche Kaiserreich 1871 bis 1914: Der Weg in die Moderne, S. 101

damit neben den Unterschichten auch bürgerliche Gruppen belastet hätten. Die Konservativen lehnten jedoch jeglichen Zugriff des Parlaments auf ihren Besitz über eine Erbschaftsteuer entschieden ab. In dieser Situation setzten sich 1909 im Zentrum jene Kräfte durch, die durch ein neuerliches Zusammengehen mit den Konservativen den Bülow-Block sprengen wollten. Beide Parteien setzten im Reichstag eine Gesetzesvorlage durch, die zur Deckung des Defizits Verbrauchsteuern nicht durch eine Besteuerung des Großgrundbesitzes, sondern durch Besteuerung von Transaktionen des mobilen Kapitals (Wechsel, Aktienpapiere) ersetzte. Reichskanzler Bülow, dessen Blockpolitik damit gescheitert war, reichte im Juni 1909 sein Entlassungsgesuch ein. Sein Rücktritt war allerdings kein Ausdruck einer Parlamentarisierung des Reiches, auch wenn der Reichstag in den Beratungen über die Finanzreform seinen gewachsenen Einfluss demonstrierte. Bülow scheiterte in erster Linie daran, dass er durch sein Verhalten im Gefolge der *Daily Telegraph*-Affäre 1908 das Vertrauen des Kaisers verloren hatte.

## Das Kaiserreich in der Sackgasse?

Bereits nach dem Scheitern des Bülow-Blocks 1909 war deutlich, dass die seit 1890 herrschende „latente Krise“ (Wolfgang J. Mommsen) des politischen Systems nun in eine massive Blockade überging. Zentrum und Konservative gerieten mehr und mehr in die Defensive, zumal die neue Rechte der radikalnationalistischen Agitationsverbände erheblichen Druck auf die Konservativen ausübte. Doch außer im liberalen Großherzogtum Baden war es nicht möglich, links der Mitte einen Block von „Bassermann bis Bebel“, also von den Nationalliberalen bis zur SPD, zu schmieden. Enttäuscht vom Zerbrechen des Bülow-Blocks fusionierten die drei linksliberalen Parteien 1910 zur Fortschrittlichen Volkspartei (FVP). Doch in der Spitze der FVP blieb eine mehr als punktuelle Zusammenarbeit mit der SPD umstritten. Immerhin kam es 1911 mit Unterstützung von Zentrum, Liberalen und SPD zu einer wichtigen Reform, die Elsass-Lothringen betraf. Dieses Gebiet, das bis 1871 zu Frankreich gehört hatte, stand seit der Annexion als „Reichsland“ unter

### Skandale und Politik: die *Daily Telegraph*-Affäre

Im späten 19. Jahrhundert bildete sich in Deutschland das System der modernen Massenmedien heraus. Leitmedium war die Tagespresse, die in bis dahin nicht gekannter Breite über Gesellschaft und Politik berichtete. 1906 gab es in Deutschland rund 4000 Zeitungen mit täglich insgesamt etwa 18 Millionen verkauften Exemplaren. Diese Dichte und die Konkurrenz zwischen den Verlegern begünstigten die Suche nach „Sensationen“.

Auch deshalb wurden seit 1890 Phänomene wie die Korruption von Politikern, die brutale Behandlung der Afrikaner in den Kolonien oder die Homosexualität von Angehörigen der Eliten zum Gegenstand vieler Skandale. Diese fesselten eine breite Öffentlichkeit oft über Wochen und Monate hinweg. Der Journalist Maximilian Harden – die treibende Kraft hinter einigen der spektakulärsten Enthüllungen im Kaiserreich – sprach 1902 von den Skandalen als kleinen „Papierwespen“, die auch mächtige Persönlichkeiten zu Fall bringen konnten.

Gewiss, Skandale hoben die autoritären Elemente des konstitutionellen Verfassungssystems nicht auf. Aber mit ihnen drang der ebenso kritische wie sensationslüsterne Blick einer über die Presse vermittelten Öffentlichkeit tief in bislang als geheim verstandene Bereiche der „hohen“ Politik vor. Die Presse war damit noch nicht die „vierte Gewalt“, wie Journalisten in Großbritannien ihren Beitrag zu einer unabhängigen Kontrolle der Macht bezeichneten. Aber seit 1900 verschob sie durch die Skandalisierung von politischen Missständen die Gewichte zwischen Staatsspitze und Öffentlichkeit merklich zugunsten der Letzteren.

Kaiser Wilhelm II. war bereits 1894 zur Zielscheibe von Presseartikeln geworden, die in noch eher verschlüsselter Form entweder ihn selbst oder seine engsten Berater angriffen. Das Umfeld des Kaisers reagierte darauf eher hilflos. So forderte etwa der im Kladderadatsch verspottete Alfred von Kiderlen-Waechter, Vortragender Rat im Auswärtigen Amt, einen Redakteur der Zeitschrift zum Duell und verletzte ihn dabei schwer.

Ab 1900 rückten allmählich die öffentlichen Auftritte des Kaisers in den Mittelpunkt der Skandalisierung. In zahlreichen Reden benutzte Wilhelm II. prahlerische Formulierungen, die bereits die Zeitgenossen als Beleg für sein übersteigertes Geltungsbedürfnis werteten. Zum Skandal kam es erstmals,

als der Kaiser mit seiner „Hunnenrede“ am 27. Juli 1900 das deutsche Truppenkontingent zur Niederschlagung des Boxeraufstandes in China verabschiedete. Er forderte die Soldaten darin auf, keine Gefangenen zu machen und wie „die Hunnen unter ihrem Kaiser Etzel“ zu kämpfen. In einer von Reichskanzler Bülow veröffentlichten Version hieß es weiter: „Führt eure Waffen so, dass auf tausend Jahre hinaus kein Chinese mehr es wagt, einen Deutschen scheel anzusehen.“ Nach der kontroversen Diskussion dieser Äußerungen in der Presse wurde im November 1900 erstmals die Rede eines Monarchen Gegenstand einer Reichstagsdebatte. Die „Grenzen des Sagbaren“ hatten sich verschoben, denn nun „forderten selbst konservative monarchietreue Eliten eine Begrenzung seiner öffentlichen Auftritte“ (Frank Bösch). 1892 war Maximilian Harden auf eine ähnliche Forderung hin noch wegen Majestätsbeleidigung vor Gericht gekommen.

Als die englische Zeitung *Daily Telegraph* dann am 28. Oktober 1908 ein „Interview“ – eine in Deutschland damals noch neue mediale Form – mit Wilhelm II. publizierte, das auf Gesprächen mit einem britischen Offizier basierte, weitete sich der Skandal um den Monarchen zur Verfassungskrise. Besonderen Anstoß erregten Wilhelms anmaßende Äußerung, dass der erfolgreiche Schlachtplan der Briten im Burenkrieg auf ihn selbst zurückginge, und seine treuherzige Versicherung, er gehöre zu einer englandfreundlichen Minderheit in Deutschland.

Empörend waren nicht nur Inhalt und Ton dieser Äußerungen. Als skandalös erwies sich rasch auch die Tatsache, dass Kanzler Bülow das Interview nicht vor der Veröffentlichung gelesen hatte, obwohl es ihm und seinen Beamten zur Prüfung zugeleitet worden war. Maximilian Harden betonte in einem Artikel die politische Nichtsnutzigkeit des Kaisers, der sich zu einer Belastung für die Nation ausgewachsen habe. In einer Reichstagsdebatte im November 1908 forderte zwar nur die SPD den Sturz des Kaisers. Aber alle Parteien stimmten nun darin überein, dass sich der Monarch fortan größte Zurückhaltung in seinen öffentlichen Auftritten auferlegen müsse. Und in der Tat geschah in der Folgezeit genau dies. In der Praxis hatten sich durch die Skandalisierung seiner Reden damit alle Hoffnungen Wilhelms II. auf ein „persönliches Regiment“ erledigt.

der Kontrolle Berlins. Nun wurde eine Verfassung mit Zweikammersystem für Elsass-Lothringen geschaffen und dessen Status damit dem der anderen deutschen Bundesstaaten angeglichen.

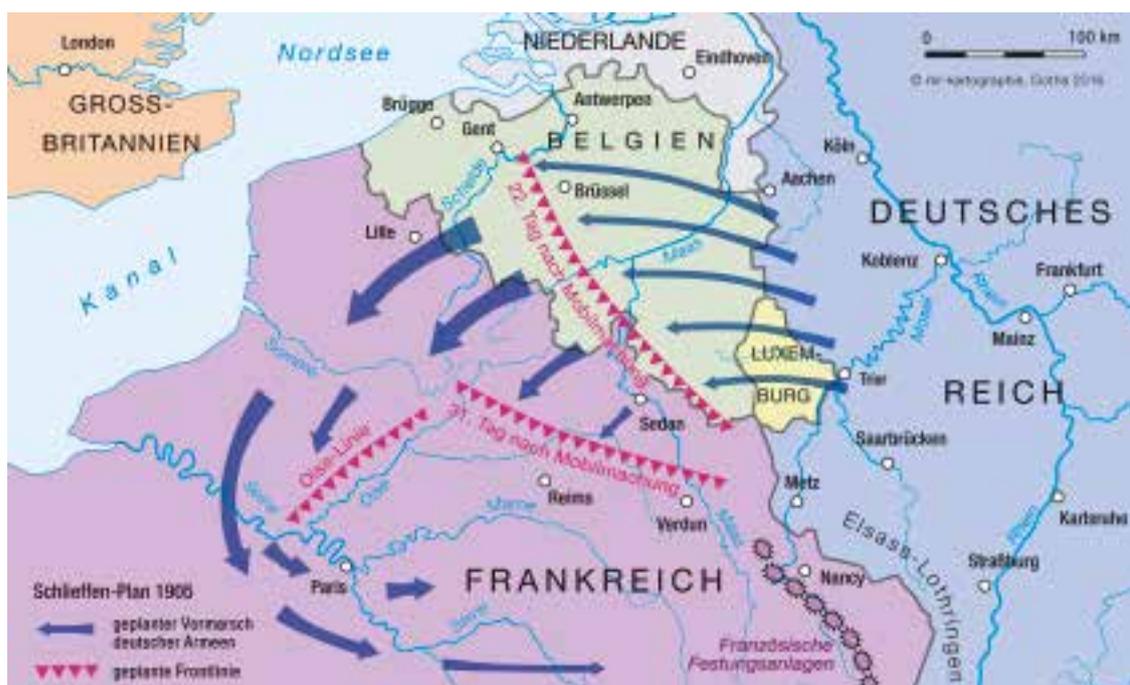
War das Regieren für Theobald von Bethmann Hollweg, seit 1909 der Nachfolger Bülow als Reichskanzler, schon schwierig genug, so machte es ihm die Reichstagswahl vom Januar 1912 unmöglich, eine stabile Mehrheit für Gesetzesvorlagen zu finden. Auch aufgrund von Stichwahlabsprachen mit der FVP gelang es der SPD, nicht nur mit 34,8 Prozent erneut die nach Stimmen stärkste Partei zu werden. Mit 110 Abgeordneten stellte die SPD erstmals auch die stärkste Fraktion im Reichstag, vor dem Zentrum mit 91 Mandaten. Ein Regieren gegen die SPD war damit unmöglich. Ein Regieren mit ihr war allerdings ebenso unmöglich, auch wenn nach den Wahlen die bürgerlichen Kräfte im Zentrum Auftrieb hatten, welche die Partei zur Mitte und damit zu einer Kooperation mit den Nationalliberalen drängten. Eine Erweiterung dieser Zusammenarbeit durch Einschluss der SPD wurde aber erst 1917 unter den Bedingungen des Krieges möglich.

So blieb Bethmann Hollweg nur ein hinhaltendes Taktieren, das er als eine „Politik der Diagonale“ schönzureden versuchte. Allein in der Rüstungspolitik, die aufgrund der krisenhaften internationalen Situation an Dynamik gewann, gab es Handlungsspielräume. So konnte 1913 die große Heeresvorlage den Reichstag passieren, die eine Vergrößerung des Heeres um 137 000 Mann vorsah. Die Heeresvorlage fand die Unterstützung aller bürgerlichen Parteien bis hin zu den Linksliberalen. Zur Deckung der Kosten war eine einmalige Vermögensabgabe vorgesehen, der sogenannte Wehrbeitrag. Sie wurde gegen den erbitterten Widerstand der Konservativen – und das war ein Novum – auch mit den Stimmen der SPD durchgesetzt. Doch das blieb eine punktuelle, auf den Einzelfall bezogene Zusammenarbeit.

Es ist immer noch strittig, wie die innenpolitische Situation der Jahre ab 1912 zu beurteilen ist. War das Kaiserreich in einer „Sackgasse“, aus der es nur noch durch die „Flucht nach

vorn“ in den europäischen Krieg entkommen konnte? Oder handelte es sich um eine „stabile Krise“, aus der ein Ausweg möglich gewesen wäre, hätte der Ausbruch des Krieges die Suche nach Koalitionsmöglichkeiten nicht unterbrochen? Die Schwäche der zweiten Position liegt darin, dass sie der Frage aus dem Weg geht, welche Verbindungen zwischen der innenpolitischen Blockade und der riskanten Außenpolitik Bethmann Hollwegs bestanden. Die deutsche Politik und damit die Reichsleitung waren nicht alleine „schuld“ daran, dass die Julikrise 1914 in wenigen Wochen zu einem Krieg der europäischen Großmächte und dann zu einem Weltkrieg eskalierte.

Und doch gab es innenpolitische Faktoren, die das Verhalten der Reichsleitung in der Julikrise zwar nicht vorherbestimmten, aber ihren Handlungsspielraum einschränkten und die Suche nach einer friedlichen Lösung der Krise erschwerten. Dazu gehörte zum einen die Mentalität vieler bürgerlicher Kreise, in denen sich seit 1900 unter dem Einfluss der Radikalsocialisten die Vorstellung von der Unvermeidbarkeit eines Krieges zwischen den Großmächten verbreitet hatte. Ein zweiter Faktor war die Belagerungsmentalität der Konservativen und ihrer Vertreter in den Spitzen der Armee und der Berliner Hofgesellschaft, die sich seit dem Wahlerfolg der SPD 1912 mit dem Rücken zur Wand sahen und deshalb eine aggressive Außenpolitik unterstützten. Hinzu kam – drittens – die konstitutionelle Sonderstellung des Militärs, welche dazu geführt hatte, dass der Generalstab den Schlieffenplan durchgesetzt hatte. Der Generalstabschef Alfred von Schlieffen (1833–1913) legte die deutsche Strategie darin seit 1906 darauf fest, einem Zweifrontenkrieg gegen Russland und Frankreich durch eine in wenigen Wochen abzuschließende Zangenbewegung gegen das französische Heer auszuweichen. Dafür war allerdings die Verletzung der seit 1839 durch alle fünf Großmächte garantierten belgischen Neutralität nötig. Dies machte 1914 die Eskalation des Konflikts auf dem Balkan zu einem Krieg der Großmächte nicht unausweichlich, aber doch höchst wahrscheinlich. So war die innenpolitische Situation ein wichtiger Faktor der deutschen Außenpolitik vor 1914.



Nach dem Schlieffenplan sollte das französische Heer in wenigen Wochen umkreist und zerrieben werden – allerdings unter Verletzung der durch fünf Großmächte – darunter auch Deutschland – garantierten Neutralität Belgiens.

## Der Weg in den Krieg 1914

Die Ursachen des Ersten Weltkrieges sind komplex und weiterhin Gegenstand intensiver Debatten. Dabei geht es heute nicht mehr um die Frage einer politisch-moralisch verstandenen „Kriegsschuld“, welche die Alliierten 1919 im Versailler Friedensvertrag den Deutschen zuschrieben. Im Vordergrund stehen vielmehr zunächst Ursachenbündel.

Der pauschale Hinweis auf die Industrialisierung der Kriegführung, das allgemeine Wettrüsten, Kulturpessimismus oder nationalistische Feindbilder reicht dabei nicht aus. Denn seit 1900 hatte es eine ganze Reihe von Konflikten zwischen den Großmächten gegeben, die nicht zum Krieg führten. Aus diesem Grund haben Historiker den Weltkrieg – etwas überzogen – als „unwahrscheinlichen Krieg“ (Holger Afflerbach / David Stevenson) bezeichnet.

Wie konnte es dennoch zum Krieg kommen? Neben dem Aufweis wichtiger Bedingungen gilt es zweitens, die Verantwortung der verschiedenen Großmächte zu gewichten. Denn zu den kriegstreibenden Faktoren trat das konkrete Handeln der Eliten im Juli 1914.

Die wichtigste Bedingung war die Struktur der Bündnisse in der internationalen Politik. Deutschland war seit 1879 mit Österreich-Ungarn militärisch verbündet. Diese Allianz erweiterte sich 1882 mit Italien zum separat abgeschlossenen Dreibund, dem 1883 auch Rumänien beitrug. Doch auch die Erneuerung des Dreibundes 1902 konnte nicht verdecken, dass Italien auf dem Balkan zunehmend in Konflikt mit der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie geriet. Seit 1900 suchte sich Italien zudem mit Frankreich zu verständigen, von dem es Unterstützung für seine Kolonialziele in Nordafrika erhoffte. Versuche einer deutsch-britischen Annäherung um 1900 scheiterten dagegen. Die deutsche Diplomatie war damit auf ihren einzigen substanziellen Bündnispartner Österreich zurückgeworfen. Italien blieb 1914 zunächst neutral, bevor es 1915 gegen Österreich in den Krieg eintrat.

Die britische Außenpolitik war vor allem von der globalen Position des *Empire* her konzipiert. Nach dem Scheitern einer Annäherung an Deutschland gelang es dem britischen Außenministerium 1904, koloniale Streitfragen mit Frankreich in der *Entente cordiale* beizulegen. Frankreich stand bereits seit 1894 in einem Militärbündnis mit Russland. Im Vertrag von St. Petersburg grenzten dann auch Großbritannien und Russland 1907 ihre Interessen in Persien voneinander ab. Eine wichtige Nebenfolge dieser Vereinbarung war, dass London die russische Außenpolitik damit ermunterte, ihre Interessen auf dem Balkan stärker durchzusetzen, was zwangsläufig Konflikte mit Österreich nach sich zog.

In diesem Geflecht von Bündnissen verfolgte die deutsche Außenpolitik, wie die aller anderen Großmächte, legitime Interessen. Doch Deutschland war seit 1907 weitgehend isoliert, und zwar vornehmlich aufgrund eigener „Fehler“, die Kurt Riezler, ein enger Vertrauter von Kanzler Bethmann Hollweg, im Juli 1914 klar benannte: „gleichzeitig Türkenpolitik gegen Russland, Marokko gegen Frankreich, Flotte gegen England, alle reizen und sich allen in den Weg stellen und dabei keinen wirklich schwächen.“

Die zweite kriegsförderliche Bedingung war der Konfliktherd Balkan. 1908 annektierte Österreich formell die seit 1878 besetzte, nur noch dem Namen nach osmanische Provinz Bosnien-Herzegowina. Das hatte negative Folgen, da Russland nun seine Truppen an der Westgrenze aufstockte und sich verstärkt als Beschützer der Slawen auf dem Balkan verstand. Berlin hat-

te das Vorgehen Wiens unterstützt und sich damit mehr als je zuvor an die Interessen Österreichs auf dem Balkan gebunden. Die Lage dort blieb explosiv. In zwei Balkankriegen vertrieben 1912 erst Serbien, Bulgarien, Montenegro und Griechenland die verbliebenen osmanischen Truppen auf dem Balkan, bevor 1913 Bulgarien gegen Serbien, Griechenland und Rumänien einen Krieg über die Verteilung der osmanischen Beute anzettelte und verlor. Dennoch war die Periode von 1911 bis 1914 eine Phase relativer Entspannung. So kooperierten Berlin und London erfolgreich dabei, ihre jeweiligen Bündnispartner Wien und Moskau während der beiden Balkankriege zu mäßigen.

Doch mit der Ermordung des österreichischen Thronfolgers Franz Ferdinand in der bosnischen Stadt Sarajevo am 28. Juni 1914 trat der Konflikt auf dem Balkan wieder ins Rampenlicht. Hinter dem Attentäter Gavrilo Princip stand die „Schwarze Hand“, eine geheime Organisation serbischer Offiziere, die in Bosnien-Herzegowina mit Gewalt die nationale Unabhängigkeit der serbischen Bevölkerungsgruppe vorantreiben wollte. Es ist wohl überzogen, dies als Terrorakt zu bezeichnen. Auch eine Mitwisserschaft der serbischen Regierung ist immer noch nicht schlüssig belegt. Dennoch war das Attentat mehr als nur ein „Auslöser“ des Weltkrieges, da die österreichische Politik es als gezielten Angriff auf ihre Interessen im Balkan verstehen musste.

Damit rückt das Handeln der Entscheidungsträger in der Julikrise 1914 in den Blick. Die von Fritz Fischer vertretene These, Deutschland habe die Krise zur Verwirklichung eines bereits 1912 beschlossenen Angriffskrieges benutzt, ist mittlerweile widerlegt, auch wenn der deutsche Generalstabschef von Moltke seit dem Frühjahr 1914 wiederholt äußerte, dass ein Krieg gegen Russland „je eher“ „desto besser“ sei.

Dennoch ist es sinnvoll, dem Handeln der Berliner Politiker um Bethmann Hollweg auch weiterhin größere Verantwortung zuzuschreiben als denen in Paris, London oder Moskau. Entscheidend dafür ist der sogenannte Blankoscheck, mit dem Berlin Anfang Juli seinem Verbündeten Österreich-Ungarn freie Hand dafür gab, den Konflikt mit Serbien zu eskalieren. Zudem drängte Berlin die Österreicher auch nach dem 6. Juli weiter zu aggressivem Vorgehen, bis man dort den Widerstand des ungarischen Ministerpräsidenten Stefan Graf Tisza gegen eine Kriegspolitik am 14. Juli gebrochen hatte. All das hieß nicht, dass Berlin von Beginn an einen europäischen Krieg autorisierte. Aber es war ein dramatisches Versagen der politischen Führung, die Berlin gegenüber seinem schwächeren Zweibundpartner ausüben konnte und musste.

Damit gerät schließlich die Verschränkung von Außen- und Innenpolitik in den Blick. Denn die Reaktion von Militärs und Politikern in Berlin auf die Julikrise ähnelte einer „Flucht nach vorn“ (Wolfgang J. Mommsen). Die wilhelminische Führungsschicht sah die Krise als letzte Chance zur Verteidigung ihrer Weltmachtstellung. Vor allem in der Schlussphase der Julikrise stand deshalb das Bemühen im Vordergrund, Russland als den Aggressor hinzustellen. Denn nur so ließ sich die Zustimmung der traditionell antizaristisch eingestellten SPD zur Kriegspolitik gewinnen.

Der Weg der Eliten Europas auf dem Weg in den Krieg glich weniger dem von „Schlafwandlern“ (Christopher Clark), vielmehr war gerade für Kanzler Bethmann Hollweg die Risikopolitik in der Julikrise ein „Sprung ins Dunkle“, den er hellwach und mit offenen Augen vollzog.

BENJAMIN ZIEMANN

# Das Ende des Kaiserreichs: Weltkrieg und Revolution

**Der „Burgfriede“, den die Reichsleitung und die im Reichstag vertretenen Parteien zu Beginn des Krieges schließen, wird schnell brüchig. Das sinnlose Massensterben und die Not der Bevölkerung münden in die Revolution und besiegeln das Ende des Kaiserreichs.**

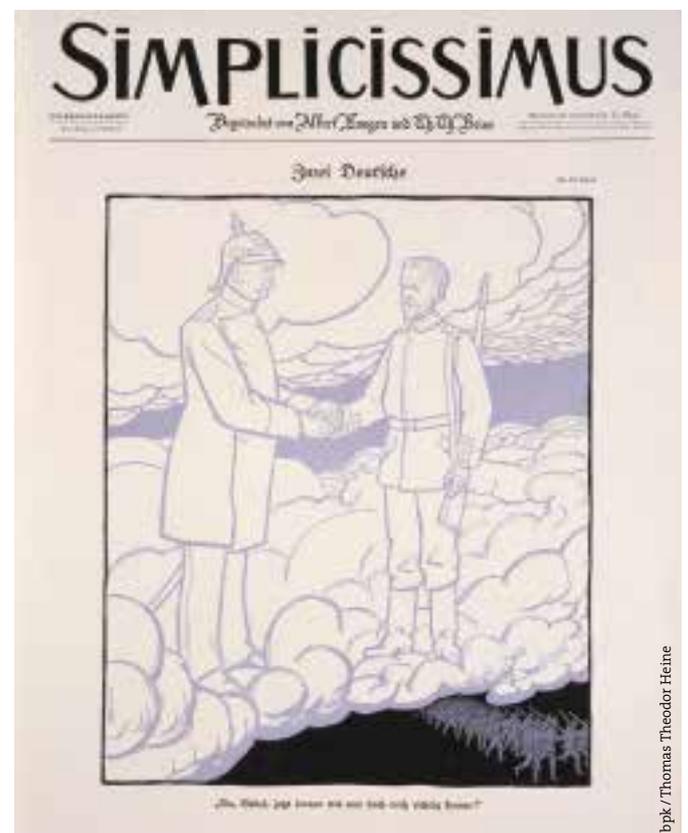
## 1914: die Inszenierung nationaler Einheit

Mit dem Beginn des Krieges im August 1914 kämpften das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn im Bund mit der Türkei gegen Großbritannien, Frankreich und Russland sowie deren Verbündete auf dem Balkan. Der Vormarsch der deutschen Truppen in Frankreich lief sich rasch fest. Im Westen kam es so ab Oktober zu einer Erstarrung der Front im Stellungskrieg, die bis Frühjahr 1918 andauerte. Im Osten dagegen blieb die Kriegführung mobil. Hier führten die deutschen Truppen im Frühjahr und Sommer 1915 Offensiven durch, die große Geländegewinne erzielten und die russischen Armeen zum Rückzug zwangen. Doch einer politischen Lösung des Konflikts kam das Deutsche Reich damit nicht näher.

Die Politik im Weltkrieg stand im Zeichen der Inszenierung nationaler Einheit. In allen kriegführenden Ländern kam es bei Kriegsbeginn zu einer zeitweiligen Aufhebung innenpolitischer Konflikte. In Frankreich wurde sie als *Union Sacrée* gar mit einer religiösen Aura versehen. Angesichts der Stärke der sozialistischen Arbeiterbewegung in Deutschland war hier die entscheidende Frage, ob die SPD ihre Fundamentalopposition aufgeben und die Kriegspolitik der Reichsleitung unterstützen würde. Im Reichstag erklärte Wilhelm II. am 4. August 1914, dass er „keine Parteien mehr“ kenne, sondern „nur noch Deutsche“. Damit erfolgte die Kriegserklärung im Zeichen des „Burgfriedens“, also des Versprechens, die Ausgrenzung der bis dahin sogenannten Reichsfeinde aufzugeben. Die Reichstagsfraktion der SPD unterstützte an diesem Tag einstimmig die Kriegskredite. Sie stimmte ebenso für ein Gesetz, das dem Bundesrat für die Dauer des Krieges die Ermächtigung zum Erlass wirtschaftlicher Notverordnungen gab und damit die Rechte des Parlaments de facto aussetzte.

Die Zustimmung der SPD zum Burgfrieden war überraschend. Immerhin hatten noch in den Tagen vor dem 31. Juli, als mit Ausrufung des Belagerungszustandes innenpolitische Rechte aufgehoben wurden und die Presse unter Vorzensur gestellt wurde, rund 750 000 SPD-Anhänger im ganzen Reich auf den Straßen gegen den Krieg demonstriert. Bereits am 2. August hatten sich allerdings die sozialdemokratischen „Freien Gewerkschaften“ für eine Unterstützung der Kriegspolitik und einen Verzicht auf

Streiks entschieden. Genau wie kurz darauf die Spitze der SPD rechtfertigten sich die Gewerkschaftsführer damit, dass Deutschland einen Verteidigungskrieg führe, und dass es die bis dahin erzielten Erfolge der Arbeiterbewegung gegen das diktatorische Regime des Zaren zu beschützen gelte. Damit konnte man an den tief verwurzelten Antizarismus der sozialdemokratischen Arbeiter appellieren. Das war allerdings mehr eine Schutzbehauptung als das tatsächlich handlungsleitende Motiv. Im Kern ging es der SPD-Spitze darum, nach Jahrzehnten der Ausgrenzung als „Reichsfeinde“ ihre kulturell weit vorangeschrittene Integration in die Gesellschaft des Kaiserreichs nun auch in der Politik symbolisch zu beglaubigen. Damit stellten sich Parteivorstand und Reichstagsfraktion zugleich in einen Gegensatz zur Mehrheit der Mitglieder an der Parteibasis, die an der Front wie in der Heimat unmittelbar von den Entbehrungen des Krieges betroffen waren. An der Basis traten bald auch kriegskritische Stimmen hervor. Bereits 1914 zeichneten sich damit jene Konflikte ab, die bis 1917 zur Spaltung der SPD führen sollten.



Der *Simplicissimus* vom 25. August 1914 symbolisiert den „Burgfrieden“ zwischen Reichsleitung und Sozialdemokratie durch Bismarck und Bebel.



ullstein bild – Heritage Images / Stapleton Historical Collection

Am 4. August 1914 begründet Kaiser Wilhelm II. vor dem Reichstag den Kriegseintritt Deutschlands. Die Reichstagsabgeordneten bewilligen daraufhin einstimmig, also unter Einschluss der SPD, die dafür notwendigen Kredite. Die Nachricht löst Jubel aus, allerdings vorwiegend nur bei Männern aus dem Bürgertum – wie hier, in Berlin, an ihren Strohhüten erkennbar.

Viele rasch publizierte Artikel und Pamphlete feierten die Inszenierung nationaler Einheit im Zeichen des Burgfriedens und entwickelten damit die „Ideen von 1914“. Dies war die Formel für die Suche nach einer neuen politischen Ordnung, die sich auf das Gefühl nationaler Einheit bei Kriegsbeginn berief. Eines der dabei entwickelten Modelle war der „Volksstaat“, eine freiheitlich-liberale Ordnung, die auf der Mitwirkung der Bürger basierte. Stärker sozial-harmonisch war die Idee einer „Volksgemeinschaft“ angelegt, die abweichende Interessen durch korporative Arrangements regulierte und Konflikte neutralisierte. Das Konzept der „Volksgemeinschaft“, das die Nationalsozialisten später für sich reklamierten, war so bereits ab 1914 als konservative Vision einer harmonischen Gesellschaft in Gebrauch. Sowohl im „Volksstaat“ wie in der „Volksgemeinschaft“ war allerdings kein Platz für den Kaiser vorgesehen. Auf der Ebene der politischen Ideen hat sich das Ende des Kaiserreichs damit bereits 1914 angekündigt. Der Kriegsbeginn 1914 stand schließlich auch im Zeichen eines religiösen Aufbruchs. Vor der Reichstagssitzung am 4. August predigte der evangelische Hofprediger Ernst Dryander. Katholische wie protestantische Geistliche rechtfertigten den Krieg aus deutscher Sicht in zahlreichen Ansprachen und Predigten. Auch der Burgfrieden hatte eine religiöse Dimension, denn der konfessionelle Konflikt zwischen Protestanten und Katholiken trat im Krieg in den Hintergrund.

## Staatsintervention und politische Polarisierung

Bereits unmittelbar nach Kriegsbeginn wurde die Steuerung der Kriegswirtschaft zu einem zentralen Problem, das staatliches Handeln erforderte. In den ersten Tagen nach der Mobilisierung war durch zahlreiche Fabrikschließungen die Arbeitslosigkeit stark gestiegen. Bald darauf entwickelte sich aber der Mangel an Arbeitskräften zum entscheidenden Nadelöhr der Kriegswirtschaft, da sowohl die Armee als auch die Industrie auf „kriegsverwendungsfähige“ Männer im Alter von 18 bis 45 Jahren angewiesen waren. Noch im August 1914 kam es zur Gründung der Kriegsrohstoffabteilung (KRA) im preussischen Kriegsministerium. In ihr arbeiteten Angestellte aus der Industrie an der Beschaffung von Rohstoffen für den Nachschub des Heeres. Die Alliierten verhängten im August 1914 eine Seeblockade. Sie schnitten Deutschland dadurch von allen Importen ab, die vor 1914 etwas mehr als 40 Prozent des Rohstoffbedarfs gedeckt hatten. Die KRA schuf bald weitere Kriegsrohstoffgesellschaften, insgesamt 200 an der Zahl. Als private Aktiengesellschaften unter staatlicher Aufsicht regulierten sie die Bewirtschaftung aller kriegswichtigen Rohstoffe. Damit entwickelte sich ein System der korporatistischen, Staat und Privatwirtschaft verschmelzenden Lenkung der Kriegswirtschaft.



ullstein bild – Girecke

Ab Sommer 1916 bilden Erich Ludendorff und Paul von Hindenburg die dritte Oberste Heeresleitung mit quasi diktatorischen Vollmachten.



ullstein bild – Häckel Archiv

Während die Männer in den Krieg ziehen – wie hier Reservisten in Berlin 1914, ...



akg-images

... müssen die Frauen deren Arbeitsplätze einnehmen. Herstellung und Montage von Zündern in der deutschen Rüstungsindustrie 1917

Im August 1916 wurde nach vielen Intrigen General Erich von Falkenhayn als Chef der Obersten Heeresleitung (OHL) abgesetzt. Ihn ersetzte die dritte OHL unter Erich Ludendorff und Paul von Hindenburg. In diesem Gespann war Ludendorff die treibende Kraft einer umfassenden Mobilisierung von Wirtschaft und Gesellschaft für den Krieg. Nach 1918 prägte Ludendorff dafür die Formel vom „totalen Krieg“. Bereits kurz nach ihrem Amtsantritt legte die dritte OHL ihr sogenanntes Hindenburg-Programm vor, das bis 1917 eine Verdoppelung der Rüstungsproduktion erreichen sollte. Dieses ehrgeizige, letztlich weit überzogene Ziel sollte unter anderem durch eine Ausdehnung der Wehrpflicht bis zum 50. Lebensjahr und durch die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht für Frauen erreicht werden.

Angesichts des inzwischen gewachsenen kriegskritischen Potenzials in der Arbeiterschaft war für seine Durchsetzung allerdings die Zustimmung von SPD und Gewerkschaften nötig. General Wilhelm Groener, Chef des neugeschaffenen Kriegsammtes zur Kontrolle der Kriegswirtschaft, legte dafür den Entwurf eines Gesetzes über den „Vaterländischen Hilfsdienst“ vor. Die im Dezember 1916 schließlich verabschiedete Fassung unterschied sich allerdings erheblich von seinem Entwurf. Eine informelle Koalition aus SPD, Zentrum und den Linksliberalen der FVP setzte zahlreiche arbeiterfreundliche Änderungen durch. Zu ihnen gehörte die Einführung von Arbeiterausschüssen und einer Schlichtung in jenen Fällen, in denen ein Arbeitgeber dem Arbeitsplatzwechsel nicht zustimmen wollte. Zudem musste die Schwerindustrie des Ruhrgebietes nun erstmals Gewerkschaften als Vertretung der Arbeiter in Tariffragen anerkennen.

Das Hilfsdienstgesetz war kein direkter „Triumph der Arbeiterschaft“ (Gerald D. Feldman). Aber es markierte eine entscheidende Weichenstellung hin zu einer schrittweisen Aufwertung des Reichstages – und damit vor allem der SPD. Der Preis dafür war allerdings, dass der Mehrheitsflügel der SPD fortan als informeller Partner von Industrie und Reichsleitung bei der Beruhigung sozialer Konflikte in den Betrieben und an der Heimatfront fungierte. Gerade in der hochgradig polarisierten innenpolitischen Situation der Jahre ab 1916 war dies problematisch. Der 1914 proklamierte „Burgfrieden“ war von Beginn an löcherig gewesen. Bereits im Herbst 1914 hatten Wirtschaftsverbände und der radikalnationalistische Alldeutsche Verband Denkschriften verfasst, die weitreichende territoriale und ökonomische Kriegsziele im Westen und Osten proklamierten. Doch die Diskussion dieser Kriegszielforderungen vollzog sich bis 1916 unter Ausschluss der Öffentlichkeit in Berliner Regierungszirkeln.

Die Freigabe der öffentlichen Kriegszieldiskussion am 15. November 1916 trug dann zu einer weiteren Radikalisierung im Lager der Rechten bei. Diese hatte sich im selben Jahr bereits in einer Zunahme antisemitischer Agitation abgezeichnet, an der sich sowohl antisemitische Vereinigungen wie der Reichshammerbund als auch zahlreiche Individuen beteiligten. Der preußische Kriegsminister Adolf Wild von Hohenborn (1860–1925) öffnete der Judenhetze dann Tür und Tor, als er am 11. Oktober eine „Judenzählung“ in der gesamten Armee anordnete. Er befürchtete dabei auf Eingaben und anonyme Denunziationen, nach denen jüdische Männer sich angeblich der Wehrpflicht entzogen. Diese Behauptung war falsch und diffamierend. Wilds Nachfolger, Hermann von Stein (1854–1927), erklärte die Zählung im Januar 1917 deshalb für bedeutungslos, ohne allerdings eine Entschuldigung abzugeben. Aber der Verweis auf angebliche jüdische „Drückeberger“ war fortan, zusammen mit Klagen über die angebliche Bereicherung jü-

**Männer und Frauen Münchens!**  
 Es besteht Gefahr, daß dieser uns aufgedrungene Krieg mit einem Frieden endigt, der unser Volk aufs schwerste schädigt. Alle Opfer wären dann für nichts gebracht, alle Siege vergebens gewesen.  
**Das darf nicht geschehen.**  
 Um dies zu verhindern, ist der große Volksbund, die deutsche Vaterlandspartei ins Leben getreten.  
 Die Vaterlandspartei will keine Wiederholung von Friedensangeboten. Diese werden nur als Schwäche ausgelegt. So verlängern sie den Krieg, statt ihn zu beenden.  
 Der ganze Verlauf des Weltkrieges rechtfertigt den Glauben an einen baldigen endgültigen Sieg Deutschlands.  
 Deshalb will die Vaterlandspartei keinen Verzichtsfrieden, bei dem alles so bleibt, wie es vor dem Kriege war, denn unter solchen Bedingungen könnte sich Deutschland nie wieder von seinen Wunden erholen. Wir wären ärmer an Gütern im Werte von hunderten von Milliarden und ärmer um hunderttausende der Besten unseres Volkes. Die Vereitelung weitestgehender Volksfreie wäre die Folge.  
 Die Vaterlandspartei erstrebt einen Frieden, der den uns zugefügten Schaden so weit als möglich wieder gutmacht, einen Frieden, der durch sichere Grenzen die Freiheit unserer Arbeit und das Gedeihen Deutschlands verpflegt. Nur ein kraftvoller, auf unseren Waffenfolgen ruhender Friede vermag dies.  
**Die Vaterlandspartei ist ein Volksbund**  
 der Angehörige aller Parteien bereint. Keines ihrer Mitglieder braucht einer Partei angehören zu müssen. Im Gegensatz der anderen Parteien ist sie nicht

Die Diskussion um die Kriegsziele radikalisiert das rechte Lager. Die 1917 gegründete Vaterlandspartei will einen Siegfrieden mit weitreichenden Annexionen.

discher Kaufleute und Händler in der Kriegswirtschaft, eine zentrale rhetorische Figur organisierter antisemitischer Agitation durch diverse radikalnationalistische Verbände.

Die Formierung eines rechtsradikalen Lagers verdichtete sich im September 1917 mit der Gründung der Deutschen Vaterlandspartei. Die Initiative dazu ging von führenden Mitgliedern des Alldeutschen Verbandes und der Konservativen aus. Im Kern wandte sich die Vaterlandspartei gegen eine weitere Demokratisierung des Reiches, sie sprach sich für die Zurückdrängung kriegskritischer Strömungen aus sowie dafür, einen „Siegfrieden“ nur auf der Grundlage weitreichender deutscher Annexionen abzuschließen. Daneben verfolgte die neue Partei das Ziel, eine nationalistische Massenpartei unter Einschluss der Industriearbeiter aufzubauen und damit die traditionelle soziale Begrenzung der Konservativen auf die Mittel- und Oberschichten aufzuheben. Darin war die Partei aber nur teilweise erfolgreich. Bis Februar 1918 mobilisierte man zwar 300 000, bis September 1918 gar 800 000 Mitglieder. Nur die Hälfte von ihnen war allerdings individuell beigetreten. Die anderen waren der Partei durch ihre Mitgliedschaft in nationalen Agitationsverbänden wie dem Ostmarkenverein korporativ angeschlossen. Die soziale Basis der Vaterlandspartei blieb auf die protestantischen Mittelschichten begrenzt, wobei auffallend viele Frauen in den Versammlungen aktiv waren.

Ein wichtiger Anlass für die Gründung der Vaterlandspartei war die Friedensresolution des Reichstages vom 19. Juli 1917. Eine Mehrheit aus den Abgeordneten von SPD, Zentrum und FVP forderte darin einen „Frieden der Verständigung“, der mit Annexionen unvereinbar sei. Das war ein wichtiges Signal dafür, dass sich der Reichstag nun aktiv in die Auseinandersetzung um die deutsche Kriegspolitik einmischte, die bis dahin fest in der Hand der OHL gelegen hatte. Am 1. Februar 1917 nahm das Deutsche Reich den uneingeschränkten – das heißt ohne Vorwarnung der Handelsschiffe erfolgenden – U-Boot-Krieg wieder auf. Die OHL hatte sich damit gegen den zunehmend isolierten Reichskanzler Bethmann Hollweg durchgesetzt. Doch mit diesem Schritt war zugleich die Aussicht auf eine diplomatische Beendigung des Krieges endgültig verbaut. Denn nur zwei Tage später brachen die USA die diplomatischen Beziehungen mit Deutschland ab,



Deutsche U-Boote im Mittelmeer 1917 – der seit Februar 1917 uneingeschränkt aufgenommene U-Boot-Krieg behindert eine diplomatische Beendigung des Krieges, ...



... und er bewegt die USA zum Kriegseintritt. Ein Torpedo versenkt 1917 im Atlantik einen Ölfrachter.

und am 6. April erklärten sie dem Deutschen Reich den Krieg. Seit dem Sommer 1917 stationierten die USA Truppen in Frankreich. Etwa 500 000 US-Soldaten kämpften im Sommer und Herbst 1918 an der Westfront gegen die deutschen Truppen und machten deren Niederlage damit praktisch unvermeidlich.

Die parlamentarische Mehrheit für die Friedensresolution hatte sich seit dem 6. Juli 1917 angebahnt. Der bis dahin annexionistisch eingestellte Zentrumsabgeordnete Matthias Erzberger (1875–1921) konnte sich nun im Hauptausschuss des Reichstages zu einer realistischen Beurteilung der Kriegslage durchringen. Dies führte zur Bildung des Interfraktionellen Ausschusses, in dem SPD, Zentrum und FVP ihre parlamentarische Politik koordinierten. Eine erhebliche Schwäche dieser informellen Koalition bestand allerdings darin, dass sie keine volle Parlamentarisierung des Reiches forderte. Sie mischte sich auch nicht in die Suche nach einem Nachfolger für Bethmann Hollweg ein, der auf Druck der OHL bereits am 13. Juli 1917 als Reichskanzler zurücktrat.

### Der innenpolitische Streit um die Kriegsziele 1917

Im Sommer und Herbst 1917 verschärfte sich der Konflikt um die Kriegsziele. Die einen forderten einen „Scheidemannfrieden“ ohne Annexionen und Kontributionen für die Gegner Deutschlands, die anderen einen „Hindenburgfrieden“, der Deutschland weitreichende Gebiete im Westen (Belgien) und im Osten sichern sollte. Auch die Presse griff in den Streit ein. Nachdem das Zentrumsblatt „Kölnische Volkszeitung“ Unterschriften für einen Siegfrieden gesammelt hatte, rief die sozialdemokratische Tageszeitung „Münchener Post“ zu Unterschriften für einen „sofortigen Frieden“ auf. Dabei erhielt sie besonders viele Zuschriften von der Front. Eine Aktennotiz des Pressereferenten im bayerischen Kriegsministerium vom 15. Juni 1917 hielt fest:

„Die Schriftleitung der ‚Münchener Post‘ stellt dem K.M. [Kriegsministerium] wahllos herausgegriffene Stichproben aus den bei ihr eingegangenen Zuschriften zur freien Verfügung. Die Zahl dieser Briefe, die so massenhaft einliefen, daß sie gar nicht mehr buchmäßig behandelt werden konnten, beläuft sich schon jetzt auf mehrere Tausend. Die einzelnen Briefe enthielten oft Bogen mit 200 Unterschriften. Kein einziger Brief ergehe sich in Drohungen bezüglich Lockerung der Disziplin oder Verweigerung der Pflichterfüllung. Auffallend sei es, daß die Landbevölkerung bei den Unterschriften ganz besonders stark vertreten sei. Die Briefe dürften Zeugnis geben von den in größeren Teilen des Feldheeres herrschenden Anschauungen.“

Aus den der Aktennotiz beigefügten Briefauszügen:

„Man ist gegenseitig bestrebt, einen völligen Vernichtungskrieg fortzusetzen, bis alles dem Siechtum verfällt. Es ist völlig ausgeschlossen, daß der Sieger sich finanziell bei dem oder den Besiegten sichern kann. Es werden Ausgaben vorhanden sein, die heute noch unübersehbar sind. Was wird es kosten, wenn man nur der Krüppel und Hinterbliebenen sich einigermaßen annimmt! [...] Daß wir die Besiegten sind, will und wird uns kein Feind einreden. Schon ein Blick auf die Karte zeigt, daß wir die günstigsten Chancen in der Hand haben. Man sieht aber auch, daß gewisse Industrielle riesige Kapitalien durch den Krieg angehäuft haben, daß Wucher und Auspowerung der arbeitenden Klassen in allen Ländern in vollster Blüte stehen, während andere an körperlicher Schwäche zu Grunde gehen und die junge Generation durch fortwährende Unterernährung an Kraft soviel verliert, daß sie sich nicht mehr erholen kann. Gegen das Geschrei gewisser besoldeter Schreier des Großkapitalismus, daß Deutschland ohne Entschädigung zu Grunde ginge, müssen ‚russische Mittel‘ angewandt werden.“

„Hoffentlich wird dem rheinischen Zentrumsblatt gründlich der Mund gestopft. Ich bin auch Rheinländer und einstmals Verehrer dieses Blattes. Aber die schwarze Presse und Partei hat den Arbeiter und Mittelstand in der Not schmachlich verlassen. Ich bin seit Kriegsbeginn an der Front, soweit ich die Stimmung der Soldaten kenne, wünscht kein Soldat den Frieden der Köln. Volksztg., sondern den der Münchener Post.“

„Enttäuscht von der Haltung eines großen Teils der ‚bürgerlichen Presse‘, wenden weite Volkskreise ihre letzte Hoffnung der Sozialdemokratie zu.“

„Kann auch versichern, daß wenn eine allgemeine Abstimmung im Felde zugelassen würde, daß sich dann 99 Prozent der Feldgrauen für einen sofortigen dauerhaften Frieden im Sinne Scheidemanns aussprechen würden.“

„Wir haben im Bereiche unserer Kompagnie für den Frieden ohne Annexionen 32 Unterschriften erhalten. In Folge einer Anzeige beim Kompagnieführer wurde erfolglos ein großes



Auch die Frontsoldaten beteiligen sich mit Zuschriften an der Kriegszieldiskussion. Wichtiger sind ihnen jedoch die Kontakte zu den Familien daheim. Schreibstube eines Soldatenheims in der besetzten belgischen Stadt Leuven

Verhör veranstaltet, Ansprachen folgten, in denen das Unterschriftensammeln als strafbar bezeichnet wurde. Uns verbietet man, im Interesse der Menschlichkeit, unsere Kameraden aufklären zu wollen! Haben wir nicht mehr verdient in diesen drei Jahren als eine solch' ungerechte Behandlung?“

„Ich liege gegenwärtig mit einem größeren Beobachtungskommando bei [...], als ich meine Kameraden die M.P. lesen ließ, stimmten die ohne Ausnahme für den Frieden ohne Annexionen.“

„Noch wenige Monate liegen vor uns und wir haben das dritte Jahr dieses schrecklichen Menschenmordens hinter uns. Und noch scheint man verschiedentlich zu zögern, den wahren Willen aller Völker zu erfüllen, den Willen und das Verlangen nach einem sofortigen Frieden, nach einem Frieden, der keine Nation erniedrigt. Wohl der größte Prozentsatz des deutschen Volkes ist sich bewußt, daß es keiner Macht mehr gelingt, ohne den letzten Rest der Kraft des Volkes einer wahnwitzigen Eroberungspolitik zu opfern, als Sieger aus dem Kampf hervorzugehen. Auch der Sieger wäre der Besiegte. Mit den Unsern in der Heimat sind wir heraußen alle in der Erzielung eines sofortigen Friedens einig.“

„Wir bedauern nur, daß die M. Post nicht eine so große Masse von Zetteln unter die Frontsoldaten bringen kann, daß eine Befragung aller möglich wäre. Wir kennen in unserem Bataillon keinen Soldaten, der nicht zustimmen würde. Wir wünschen recht lebhaft, daß die weitesten Kreise von der Stimmung der Soldaten an der Front unterrichtet werden, der tiefempfundene Wunsch nach dem Weltfrieden wird auch von jenen ausgesprochen, die vor nicht langer Zeit zu den Gegnern der Sozialdemokratie gehörten. Die Sehnsucht nach dem Frieden hat alle erfaßt ohne Unterschied der Berufsstellung. Nur Berufsmilitärs können sich für einen sog. ‚Hindenburgfrieden‘ begeistern.“

Bernd Ulrich / Benjamin Ziemann (Hg.), Frontalltag im Ersten Weltkrieg. Ein Historisches Lesebuch, Klartext-Verlagsgesellschaft, Essen 2008, S. 118 f.

## Revolte und Revolution: Massenbewegungen 1917–1918

Durch seine lange Dauer führte der Krieg zu einer Zuspitzung und Verschärfung der sozialen Ungleichheit in der deutschen Gesellschaft. Deren klassengesellschaftliche Dimension trat immer deutlicher hervor, ohne dass alle Klassen und Sozialgruppen davon jeweils einheitlich betroffen waren. Auf der einen Seite standen die wachsenden Kriegsgewinne industrieller Unternehmer, vor allem jener, die Waffen und Ausrüstungsgegenstände für das Militär herstellten. Bei der Firma Krupp etwa stiegen die jährlichen Gewinne von 1913 bis 1917 um mehr als das Doppelte. Mit der zunehmenden Knappheit an Nahrungsmitteln nahm die Bedeutung des Tauschs auf dem Schwarzmarkt zu. Ab 1916 wurde etwa ein Drittel aller Nahrungsmittel hier gekauft. Schleichhändler, die städtischen Konsumenten Lebensmittel zu überhöhten Preisen verkauf-

ten, wurden zum Symbol wachsender sozialer Ungleichheit. Besitzende Bauern profitierten davon, dass sie als Selbstversorger hinreichenden Zugang zu Nahrungsmitteln hatten und die im Krieg ansteigende Inflation zur Entschuldung ihrer Anwesen nutzen konnten. Aber nicht alle Angehörigen des Bürgertums profitierten vom Krieg. Die Realeinkommen der Beamten etwa sanken, die der höheren Besoldungsstufen real bis 1918 um nicht weniger als 53 Prozent.

Uneinheitlich ist das Bild auch bei den unteren Sozialschichten. Auf der einen Seite verschärfte der Krieg die Arbeits- und Lebensbedingungen der Industriearbeiter. Die Arbeitszeit nahm zu, und gerade in der Munitionsproduktion kam es zu vielen Arbeitsunfällen und gesundheitlichen Schädigungen. Auf der anderen Seite stiegen die Löhne nominell (d.h. nicht um die Inflation bereinigt) bis 1918 um mehr als das Doppelte. Die vermehrte Verfügung über Geldeinkommen vor allem durch jugendliche Arbeiter wurde als ein moralisches Krisensymptom der Kriegsgesellschaft aufmerksam registriert. Behörden und bürgerliche So-



Bundesarchiv Bild 183-R29401



Bundesarchiv Bild 183-R09951

Die deutsche Frühjahrsoffensive an der Westfront bei Arras ab dem 21. März 1918 führt kurzfristig zu Geländegewinnen. Links erstürmt deutsche Artillerie englische Stellungen. Doch schnell erstarrt die Offensive wieder im gewohnten Stellungskrieg. Deutsche Soldaten während einer Kampfpause in einem Schützengraben



ullstein bild - Page / Vloet / Maurice Branger



ullstein bild - Granger, NYC

Der Krieg fordert einen hohen Blutzoll, nach vier zermürbenden Kriegsjahren machen sich Erschöpfung und Demoralisierung breit. Verwundete deutsche Gefangene in einem englischen Lager 1918 (li.). Viele Soldaten gehen in Gefangenschaft, wie hier nach der Marneschlacht 1918. Andere verlassen die Truppe auf eigene Faust in Richtung Heimat.



*Kriegsbedingt sinkt die Agrarproduktion, vor allem in den Städten herrschen Mangelernährung und Hunger. Oft sind selbst die auf den Lebensmittelkarten ausgewiesenen Wochenmindestrationen nicht erhältlich. Schlange vor der Butterausgabe 1917*



*Der Massenstreik der Industriearbeiter im Januar 1918 ist die Generalprobe für die Revolution. In ihm entlädt sich der Protest gegen den Krieg und die herrschenden Zustände. Streikende Munitionsarbeiter vor dem Volkshaus in Jena*

zialreformer wollten darauf mit einem „Sparzwang“ reagieren. Angesichts des begrenzten Zugangs zu Nahrungsmitteln sanken die Reallöhne der Arbeiterschaft jedoch insgesamt leicht ab.

Während es so zu einer Zunahme der Unterschiede und auch der Spannungen zwischen den sozialen Klassen kam, trat ab 1916 noch ein anderer Konflikt in der Kriegsgesellschaft hervor: der Gegensatz zwischen Stadt und Land, städtischen Konsumenten und bäuerlichen Produzenten von Nahrungsmitteln. Die durch die alliierte Blockade sinkende Zufuhr von Kunstdünger, der Arbeitskräftemangel und die Requirierung von Pferden führten rasch zu einem massiven Rückgang der Agrarproduktion in allen Bereichen. Die Produktion von Weizen etwa sank bis 1918, verglichen mit dem letzten Vorkriegsjahr 1913, auf die Hälfte.

Hinzu kam eine verfehlte staatliche Agrarpolitik, die durch die Deckelung der bäuerlichen Verkaufspreise und Ablieferungsquoten verfehlte Anreize setzte und die Bauern so zum Verkauf auf dem Schwarzmarkt motivierte. Die 1916 einsetzende Mangelernährung weiter Bevölkerungskreise in den Städten war die Folge. Dabei sank nicht nur die Menge, sondern auch die Qualität der verfügbaren Nahrungsmittel, vor allem der sogenannten Ersatz-Lebensmittel. In der städtischen Arbeiterschaft wuchs der Unmut über die Bauern, die angeblich Nahrungsmittel in ihren Scheunen horteten. Diese dagegen empörten sich über die rapide wachsende Zahl von Felddiebstählen und Hamstern.

Die zunehmende Verschärfung der sozialen Ungleichheit war neben der Dauer des Krieges der wichtigste Faktor für den tiefgreifenden Verlust an Legitimität, den der wilhelminische Staat bis 1918 erlebte. Der Legitimitätsverfall des Staates höhle zugleich den „Burgfrieden“ aus und schuf damit die Voraussetzungen für eine revolutionäre Situation, wie sie sich seit Anfang 1918 entwickelte. Das wachsende Protestpotenzial zeigte sich zuerst an einem Konflikt über Lebensmittel. Im Oktober 1915 kam es im Berliner Arbeiterviertel Lichtenberg erstmals zu Lebensmittelkrawallen. Über mehrere Tage hinweg protestierten Arbeiterfrauen lautstark über den Mangel an Butter und das aggressive Verhalten der Kaufleute. Weitere Proteste dieser Art in Hamburg, Chemnitz und Nürnberg folgten im selben Jahr. Dabei wurden Schaufenster zerstört, und vor den Rathäusern versammelte Menschenmengen forderten „Frieden und Brot“. Der Legitimitätsverlust des Staates entfaltete sich 1915/16 auch unter den Soldaten an der Front. Für diese schien es zunehmend offensichtlich, dass der Krieg nicht der Verteidigung Deutschlands diene, wie es die offizielle Rhetorik behauptete. Zudem schürten Konflikte

zwischen Offizieren und Mannschaften die Wahrnehmung klassengesellschaftlicher Ungleichheit auch an der Front. Eine wachsende Zahl von Frontsoldaten öffnete sich sozialdemokratischen Vorstellungen von einem vor allem im Interesse des Großkapitals geführten Krieg.

Die Politik des Burgfriedens hatte zunächst kritikrische Verlautbarungen und Maßnahmen der SPD verhindert. Doch das führte die Partei vor eine Zerreißprobe. Schon im Dezember 1915 stimmten 18 Reichstagsabgeordnete der SPD um deren Vorsitzenden Hugo Haase gegen weitere Kriegskredite. Karl Liebknecht, Führer der radikalen Linken, hatte dies bereits im März 1915 getan. Nach ihrem Ausschluss aus der Fraktion im März 1916 gründeten die 18 Abgeordneten die „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft“. Sie entwickelte sich rasch zum Zentrum einer systematischen Kritik an der Burgfriedenspolitik der Parteimehrheit, die 1917 zur offenen Spaltung der Partei führte.

Die im April 1917 gegründete Unabhängige Sozialdemokratische Partei (USPD) vereinte traditionelle Vertreter der Parteilinken mit eigentlich der Parteimitte angehörenden, „zentristischen“ Kritikern des Burgfriedens. Vor allem in den industriellen Zentren des Reiches mit vielen jugendlichen Arbeitern wie Berlin, Nürnberg, München oder Braunschweig entwickelte sich die USPD rasch zur Massenpartei. Die mangelnde Reformbereitschaft der Reichsleitung verschärfte das Protestpotenzial. Zwar hatte Kaiser Wilhelm II. in seiner Osterbotschaft im April 1917 eine Reform des preußischen Dreiklassenwahlrechts in Aussicht gestellt. Doch das blieb leere Hinhalterhetorik, die zum Legitimitätsverlust des Staates unter der Masse der Bevölkerung den der Monarchie hinzufügte.

Bereits im April 1917 kam es in Berlin, Leipzig und einigen anderen Städten zu Massenstreiks der Industriearbeiter. Der Januarstreik 1918 war dann bereits eine Generalprobe für die Revolution. An ihm beteiligten sich rund eine Million Arbeiter, allein in Berlin etwa 400 000. Neben einem sofortigen Friedensschluss ohne Annexionen forderten sie eine umfassende Demokratisierung, die Parlamentarisierung des Reiches und die Aufhebung des Belagerungszustandes. Nur durch das beschwichtigende Eingreifen von Führern der Mehrheits-SPD, durch Verhaftungen und die Einberufung von Streikführern zum Militär konnte der Staat die Streikwelle niederschlagen. Der Beginn der deutschen Frühjahrsoffensive an der Westfront am 21. März 1918, die rasch erhebliche Geländegewinne mit sich brachte, ließ das Protestpotenzial kurzfristig abflauen. In Erwartung einer siegreichen Of-

fensive lehnten viele Soldaten an der Front den Januarstreik ab. Doch das rasche Festlaufen der Offensive führte bald zu einem dauerhaften Stimmungsumschwung, den der Beginn der alliierten Gegenoffensive ab Juli noch verstärkte.

Seit August setzte ein „verdeckter Militärstreik“ (Wilhelm Deist) der Frontsoldaten im Westen ein. Zu Hunderttausenden entfernten sie sich von der Truppe und bahnten sich auf eigene Faust einen Weg Richtung Heimat durch das belgische Etappengebiet. Dem Militär als dem Garanten des wilhelminischen Herrschaftssystems war damit bereits der Boden entzogen, noch bevor die Meuterei der Kieler Matrosen am 29. und 30. Oktober das Signal zur Revolution gab. Die Seekriegsleitung hatte den Befehl zum Auslaufen der Flotte gegeben, den die Matrosen als Selbstmordkommando interpretierten. Durch die Bildung von Soldatenräten organisatorisch unterstützt, griff ihre Meuterei rasch auf andere Seekriegshäfen über. Entlang der Bahnlinien breitete sich die Revolution dann rasch auf die Garnisonen des Heimatheeres aus. Unabhängig davon hatte der bayerische USPD-Führer Kurt Eisner in München bereits am 8. November die Republik ausgerufen und damit die Monarchie der Wittelsbacher gestürzt.

Die Oberste Heeresleitung weigerte sich bis zum September 1918, die durch das Scheitern der Märzoffensive und die alliierten Erfolge geschaffene Kriegslage anzuerkennen. Dann jedoch forderte sie von den zivilen Instanzen am 29. September die Einleitung von Waffenstillstandsverhandlungen. In einem Notenwechsel mit dem US-Präsidenten Woodrow Wilson verhandelte die Reichsleitung die Bedingungen für einen Waffenstillstand. Bald forderte Wilson darin auch eine fundamentale Reform des politischen Systems in Deutschland. Neben den Mehrheitsparteien des Interfraktionellen Ausschusses befürwortete nun auch die OHL eine Parlamentarisierung des Reiches. Sie hoffte, damit die Verantwortung für die Niederlage auf die zivilen Politiker abwälzen zu können. Am 26. Oktober verabschiedete der Reichstag die sogenannten Oktoberreformen, mit denen das Reich den Übergang zu einer parlamentarischen Monarchie vollzog: Der Kanzler war nunmehr allein vom Vertrauen des Reichstages abhängig, und der Dualismus von Bundesrat und Reichstag wurde zugunsten des letzteren aufgehoben.

Doch diese Parlamentarisierung in letzter Minute konnte die Schubkraft der Ende Oktober anhebenden revolutionären Massenbewegung nicht mehr bremsen. Nach Kiel und München wurde Berlin zum dritten zentralen Schauplatz der Revolution. Der linke Flügel der USPD und die zahlenmäßig kleine „Spartakusgruppe“ um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht mobilisierten hier Anfang November zahlreiche Arbeiter zu einem revolutionären Massenstreik. Die Berater des Kaisers im Großen Hauptquartier und die OHL gelangten nun rasch zur Einsicht, dass eine Verwendung des Militärs zur Niederschlagung der Revolution unmöglich sei. Der letzte Reichskanzler, Prinz Max von Baden, erklärte am 9. November öffentlich die Abdankung des Kaisers. Zugleich übertrug er das Amt des Reichskanzlers an den Führer der Mehrheitssozialdemokraten, Friedrich Ebert. Am Mittag desselben Tages rief dessen Parteigenosse Philipp Scheidemann vom Balkon des Reichstages die „deutsche Republik“ aus.

Die Revolution hatte das monarchische System des Kaiserreichs beiseite gefegt. Als revolutionäre Übergangsregierung bildete sich der Rat der Volksbeauftragten, der aus je drei Vertretern von MSPD und USPD bestand. Die Volksbeauftragten proklamierten umgehend Wahlen zu einer Verfassungsgebenden Nationalversammlung. Während die revolutionären Auseinandersetzungen und Kämpfe in verschiedenen Teilen Deutschlands weiter andauerten, war damit der erste Schritt zu einer parlamentarischen Republik getan.



Am Morgen des 9. November 1918 erreicht die Revolution Berlin. Rasch formieren sich Arbeiter- und Soldatenräte, die zum Teil bewaffnet die Beendigung des Krieges und den Umsturz des politischen Systems erkämpfen wollen.



Am Nachmittag des 9. November ruft der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann (1865–1939, re.) von einem Balkon des Reichstagsgebäudes die Republik aus.



Am 10. November, einen Tag nach seiner erzwungenen Abdankung, flieht Wilhelm II. aus dem militärischen Hauptquartier in Spa in die Niederlande. Darstellung des „Simplicissimus“ von 1918

BENJAMIN ZIEMANN

# Das Kaiserreich in der Kontinuität deutscher Geschichte

**Die historische Perspektive betrachtete das Kaiserreich lange von dessen Ende her, betonte vor allem den gesellschaftlichen Autoritarismus und die Schwächen der Verfassung und legte es gar als „Wegbereiter“ des Nationalsozialismus aus. Eine genauere Betrachtung der Vielschichtigkeit in Politik und Gesellschaft öffnet dagegen den Blick für eine alternative Bewertung und Parallelen zur Moderne.**

Wenige Wochen nach dem Ende des Kaiserreichs, im Dezember 1918, veröffentlichte Heinrich Mann seinen Roman „Der Untertan“. Am Beispiel des Fabrikanten Diederich Heßling in der fiktiven preußischen Provinzstadt Netzig schrieb Mann eine „Geschichte der öffentlichen Seele unter Wilhelm II.“. Damit wollte er die charakterlichen Deformationen aufzeigen, welche aus seiner Sicht die autoritären Strukturen in Familie, Schule, Armee und Universität produzierten. Der „Untertan“ wurde bald zu einer Chiffre für den repressiven, anti-demokratischen Charakter des Kaiserreichs überhaupt.

Linksliberale Historiker entwickelten seit Ende der 1920er-Jahre eine kritische Deutung des Kaiserreichs. So betonte Eckart Kehr am Beispiel der Flottenrüstung, dass die konservativen Eliten ihre Herrschaftspositionen erfolgreich verteidigen konnten. Hans Rosenberg publizierte seit den 1940er-Jahren im US-amerikanischen Exil Studien zu den politischen Folgen der Zolltarife von 1879 und zur Politik der ostelbischen Grundbesitzer. Damit wollte er zugleich verdeutlichen, unter welchen Vorbedingungen es zur „Machtergreifung“ Hitlers 1933 hatte kommen können, die nur 15 Jahre nach dem Ende des Kaiserreichs erfolgte.

Der Historiker Hans-Ulrich Wehler erweiterte diese Analyse von besonderen Belastungen, die das politische System des Kaiserreichs geschaffen hatte, 1973 dann zur These vom „deutschen Sonderweg“. Er argumentierte, dass das konstitutionalistische Verfassungssystem im Kaiserreich ein Pseudo-Konstitutionalismus gewesen sei, in dem das Parlament nur als Feigenblatt absoluter Herrschaft diene. Dieses System habe jede demokratische Politik blockiert und damit die Abweichung Deutschlands vom Normalfall des westlichen Parlamentarismus zementiert. Nur so sei „1933“ zu erklären.

Die These eines durch die autoritäre Untertanenmentalität bewirkten „Sonderweges“ in den Nationalsozialismus wird heute nur noch von wenigen Historikern geteilt. Denn diese Deutung unterschätzt die demokratischen Kräfte, die sich spätestens ab 1900 deutlich bemerkbar machten und durch das allgemeine Wahlrecht zum Reichstag begünstigt wurden. Diese wichtige demokratische Praxis widerspricht der These einer wilhelminischen „Untertanengesellschaft“. Auch die angebliche Schwäche des liberalen Bürgertums und die Beharrungskraft der agrarischen Eliten werden so überschätzt. Hinzu kommt, dass der Maßstab für einen westlichen „Nor-

malweg“, das britische Modell der Parliamentsherrschaft mit einer Mehrheitspartei, heute eher als ein Sonderfall in Europa betrachtet wird. Dennoch behält die kritische Deutung des Kaiserreichs ihre Berechtigung dort, wo sie auf die dysfunktionalen Elemente im politischen System hinweist. Dazu zählen insbesondere die Sonderstellung des Militärs und die mangelnde Bereitschaft der bürgerlichen Parteien, sich energisch für eine Parlamentarisierung des Reiches einzusetzen. Allerdings geht es nicht an, diese kritischen Argumente in der Form einer „Oberrechnungskammer“ (Volker R. Berghahn) vorzulegen, die am Ende aus positiven und negativen Elementen ein (letztlich negatives) Saldo zieht. Denn das ist nicht das Vorgehen eines Historikers, sondern das eines Bilanzbuchhalters. Historisches Begreifen versucht dagegen, das Vergangene in seinem Kontext zu deuten und dadurch zu vergegenwärtigen. In aller Kürze seien drei Punkte angesprochen, die in einer solchen Perspektive wichtig sind:

Erstens ist der föderative Charakter der deutschen Nation zu betonen, die 1871 geschaffen wurde. Zwar entwickelte sich die Reichsnation über die knapp fünf Jahrzehnte von 1871 bis 1918 zum wichtigsten kulturellen und politischen Bezugspunkt selbst für jene Gruppen wie Katholiken und Sozialdemokraten, welche die Form der Reichsgründung „von oben“ entschieden



In den Nachkriegsjahrzehnten wird „Der Untertan“ zu einer Chiffre für den repressiven Charakter des Kaiserreichs, das als Weichensteller für die spätere nationalsozialistische Diktatur verstanden wird. Erstausgabe von 1918

akg-images © Estate of George Grosz, Princeton, N.J./VG Bild-Kunst, Bonn 2016



In seinem Gemälde „Metropolis“ (1917) entwirft der Künstler George Grosz eine Dystopie – also eine negative Utopie – der Moderne im grotesken Bild einer von Konsum und Entfremdung beherrschten Großstadt.

ablehnten. Als deutscher Kaiser – und nicht als preußischer König – wurde Wilhelm II. zur Projektionsfläche nationaler Loyalitäten und imperialistischer Großmachtfantasien. Doch die unterhalb der Reichsebene befindlichen Ebenen der Politik, also die zumeist von liberalen Mehrheiten regierten Städte und die Bundesstaaten – Preußen an der Spitze – mit ihren undemokratischen Wahlrechtssystemen behielten ihre Bedeutung. Erst im Neben- und Gegeneinander von liberaler Reform in den Städten, Demokratisierung im Reich und Reformblockade in vielen Bundesstaaten zeigt sich die Politik im Kaiserreich in ihrer Gesamtheit.

Es ist zweitens nicht sinnvoll, das Ende des Kaiserreichs im Herbst 1918 in erster Linie als eine „Bankrott-Erklärung“ der konservativen Eliten (Volker R. Berghahn) zu interpretieren. Eine solche Sicht privilegiert das Handeln der Eliten und vernachlässigt darüber die politische Partizipation breiter Bevölkerungsschichten. Denn das Ende des Kaiserreichs war in erster Linie das Ergebnis einer revolutionären Massenbewegung, die an der Front wie in der Heimat erst die Legitimität und dann die Autorität des wilhelminischen Herrschaftssystems zerstörte. Sie forderte staatsbürgerliche Gleichheit, Freiheitsrechte und Demokratie. Erst unter den krisenhaften Bedingungen des Krieges konnte sich diese Massenbewegung bilden und durchsetzen. Aber ihre Forderungen standen bereits seit dem Durchbruch der SPD zur Massenpartei ab 1890 auf der politischen Tagesordnung. Insofern ist das Kaiserreich auch ein Teil der Vorgeschichte der demokratischen Republik, die im November 1918 geschaffen wurde.

Es ist drittens nötig, nicht nur die Modernität von Gesellschaft und Kultur zu betrachten, die sich seit den 1880er-Jahren herausbildete, sondern zugleich die krisenhafte Zuspit-

zung dieser Modernität. Diese Krisenwahrnehmung prägte bereits den Erfahrungsraum der Zeitgenossen. Die Globalisierung der Wirtschaft brachte konjunkturelle Unsicherheiten und vertiefte Abhängigkeiten. Auch die innere Differenzierung und Pluralisierung der Gesellschaft und die Vielfalt der ab 1900 vor allem in den Städten praktizierten Lebensstile und Reformbewegungen waren Teil dieser Erfahrungen. Nicht zuletzt gehörte dazu auch das Wissen um die Erschöpfbarkeit von Ressourcen, und zwar sowohl geistiger bzw. ideeller Ressourcen als auch von Rohstoffen und Energieträgern wie Kohle und Erdöl. Das betraf auf intellektueller Ebene die Möglichkeit der Sinnstiftung angesichts einer Fülle konkurrierender und nur noch relativer Wertnormen. Auf materieller Ebene deutete sich bereits die künftige Knappheit von Rohstoffen angesichts der rapiden Industrialisierung an.

In seiner Abhandlung über die „Protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus“ beschrieb der Soziologe Max Weber 1905 in eindringlichen Worten die problematischen kulturellen Auswirkungen des Kapitalismus und das „eherne Gehäuse“ der Abhängigkeit, in das die Moderne die Menschen führe. Für die „letzten Menschen“ dieser Kulturentwicklung“, so sagte Weber voraus, könnte eine Situation eintreten, in der „Fachmensch ohne Geist“ und „Genussmensch ohne Herz“ die gesellschaftliche Norm darstellten. Er bietet damit einen Maßstab, um die heutige Gesellschaft mit kritischen Augen zu betrachten und zu analysieren, ob sich seine Vorhersage bewahrheitet hat und wir nicht nur in diesem Sinne heute Zeitgenossen des Wilhelminismus sind. So gesehen ist das Kaiserreich nicht nur eine abgeschlossene Vergangenheit, sondern zugleich eine wichtige Vorgeschichte, ja sogar ein Bestandteil unserer Gegenwart.

## Chronik des Kaiserreichs bis 1914

1864

**1. Februar** Preußen und Österreich erklären Dänemark den Krieg

**30. Oktober** Der Friede von Wien beendet den Deutsch-Dänischen Krieg: Dänemark muss die Herzogtümer Schleswig, Holstein und Lauenburg an Preußen und Österreich abtreten.

1866

**20. Juni** Beginn des Deutschen Krieges. Preußen kämpft gemeinsam mit 17 kleineren norddeutschen Staaten gegen Österreich, Bayern, Württemberg, Sachsen und weitere Staaten des Deutschen Bundes. Die militärische Entscheidung des Konflikts fällt in der Schlacht von Königgrätz am 3. Juli.

**18. August** Gründung des Norddeutschen Bundes

**23. August** Im Frieden von Prag stimmt Österreich der Auflösung des Deutschen Bundes und einer Neugestaltung Deutschlands unter Führung Preußens zu.

1870

**2. September** Sieg deutscher Truppen in der Schlacht von Sedan im deutsch-französischen Krieg.

1871

**18. Januar** Ausrufung des preußischen Königs Wilhelm I. zum Deutschen Kaiser im Spiegelsaal des Schlosses Versailles.

**3. März** Erste Wahlen zum Reichstag.

**10. Dezember** Die Aufnahme des „Kanzelparagrafen“ in das Strafgesetzbuch, der allen Geistlichen verbietet, in der Öffentlichkeit zu politischen Fragen Stellung zu beziehen, leitet den „Kulturkampf“ zwischen Staat und katholischer Kirche ein.

1873

**13. Mai** Das früher als geplant eintretende Ende der französischen Reparationszahlungen verursacht einen Börsencrash, der nach dem Gründerboom 1871 in Deutschland eine Phase wirtschaftlicher Depression einleitet.

**22. Dezember** Im Wiener Schloss Schönbrunn schließen das Deutsche Reich, Österreich-Ungarn und Russland das Dreikaiserabkommen. Der Vertrag bildet den Auftakt des bismarckschen Bündnissystems.

1875

**22.–27. Mai** Gründung der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAD, ab 1890 Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)) in Gotha durch August Bebel und Wilhelm Liebknecht.

1878

**11. Mai** Kaiser Wilhelm I. entgeht einem Attentat des Arbeiters Max Hödel. Wenige Wochen später folgt ein zweiter Mordversuch, bei dem Wilhelm I. schwer verletzt wird.

**30. Juli** Bismarck instrumentalisiert die Attentate auf den Kaiser und löst den Reichstag auf. Bei den Neuwahlen am 30. Juli können die Konservativen auf Kosten der liberalen Parteien und der Sozialdemokraten einen Stimmengewinn verbuchen.

**19. Oktober** Verabschiedung des Sozialistengesetzes mit den Stimmen der Konservativen und der Nationalliberalen.

1879

**7. Oktober** Militärisches Beistandsabkommen zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn (Zweibund)

1880

**14. Juli** Das erste Milderungsgesetz zur Beilegung des „Kulturkampfes“ tritt in Kraft. Bismarck setzt künftig auf die Kooperation mit der Zentrumsparterie gegen die Sozialdemokratie. Weitere Gesetze (1882, 1883) folgen, bis Papst Leo XIII. am 23. Mai 1887 den Konflikt für beendet erklärt.

1881

**18. Juni** Erneuerung des Dreikaiserabkommens, um die Annäherung Russlands an Frankreich zu unterbinden und die Gegensätze zwischen Russland und Österreich-Ungarn auf dem Balkan zu entschärfen.

1882

**20. Mai** Der Zweibund wird zum Dreibund zwischen dem Deutschen Reich, Österreich-Ungarn und Italien ausgeweitet. Bismarck erhofft sich davon eine Entspannung der Lage auf dem Balkan und einen möglichen Verbündeten gegen Frankreich.

1883

**29. Mai** Beschluss des Gesetzes zur Krankenversicherung, des ersten der bismarckschen Sozialgesetze. Mit ihnen will der Kanzler die Klassengegensätze mildern und die Sozialdemokratie schwächen. 1884 folgt die Etablierung einer Unfallversicherung, 1889 das Gesetz zur Rentenversicherung. Diese Sozialgesetze sind die ersten Fürsorgegesetze für Arbeiter weltweit.

1884

**April** Beginn des deutschen Kolonialismus: Das von dem deutschen Kaufmann Adolf Lüderitz erworbene Gebiet im heutigen Namibia wird als „Deutsch-Südwestafrika“ unter den „Schutz“ des Reiches gestellt. Wenig später folgen „Schutzgebiete“ in Kamerun, Togo, Ostafrika und im Pazifik.

**15. November** Auf der Berliner Kongokonferenz wird Afrika in Kolonialgebiete aufgeteilt.

1887

**18. Juni** Nach dem Zerbrechen des Dreikaiserabkommens versucht Bismarck durch einen Rückversicherungsvertrag mit Russland eine russisch-französische Annäherung zu verhindern.

1888

Dreikaiserjahr: Kaiser Wilhelm I. stirbt im März im Alter von 90 Jahren (9.3.). Sein Sohn und Nachfolger Kaiser Friedrich III. stirbt nach 99 Tagen Amtszeit an Krebs (15.6.). Nachfolger wird dessen 29-jähriger Sohn Wilhelm II.

1890

**20. März** Nach seinem gescheiterten Versuch, das Sozialistengesetz zu verlängern, und dem Wahlerfolg der Sozialdemokraten bei den Reichstagswahlen vom 20. Februar (19,7% der Stimmen) reicht Bismarck sein Rücktrittsgesuch ein. Sein Nachfolger wird Graf Leo von Caprivi.

**27. März** Der Rückversicherungsvertrag wird nicht verlängert.

**1. Juli** Mit dem Helgoland-Sansibar-Vertrag kommt es zu einer deutsch-britischen Annäherung.

1891

**8. September** Kaiser Wilhelm II. verkündet bei einem Besuch in München sein „persönliches Regiment“ mit der Formel: „Das höchste Gesetz ist der Wille des Königs“.

1892

**16. August–19. September** Bei einer Cholera-Epidemie in Hamburg sterben fast 8600 Menschen, vor allem aus ärmeren Schichten.

1894

**29. Oktober** Nach der Entlassung Caprivis übernimmt Fürst Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst das Amt des Reichskanzlers.

1895

**21. Juni** Eröffnung des Kaiser-Wilhelm-Kanals (heutiger Nord-Ostsee-Kanal).

1896

**4. April** In München erscheint erstmals die satirische Zeitschrift „Simplicissimus“.

**1. Juli** Der Reichstag billigt das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB), das mit Jahresbeginn 1900 in Kraft tritt.

1898

**28. März** Der Reichstag nimmt das Erste Flottengesetz an, das den Beginn des deutsch-britischen Wettrüstens zur See markiert.

1900

**17. Oktober** Fürst Bernhard von Bülow wird neuer Reichskanzler.

1904

**12. Januar** In der Kolonie Deutsch-Südwestafrika kommt es zu einem Aufstand der Herero, den deutsche Truppen blutig niederschlagen. Wenige Monate später (im Oktober) erheben sich auch die Nama gegen die Kolonialherren. In der Folge kommt es immer wieder zu blutigen Zwischenfällen.

**8. April** Großbritannien und Frankreich einigen sich in der *Entente cordiale* auf einen Ausgleich in kolonialen Fragen.

1907

**25. Januar** Bei den Wahlen zum 12. Reichstag („Hottentottenwahl“) verliert die SPD 38 ihrer ehemals 81 Sitze, bleibt jedoch stärkste Partei. Profitieren kann vor allem der Bülow-Block aus Konservativen, Nationalliberalen und Linksliberalen.

**31. August** Im Vertrag von Sankt Petersburg einigen sich Großbritannien und Russland auf die Abgrenzung ihrer Interessensphären in Zentralasien. Der Vertrag bildet zudem die Basis für das britisch-russische Kriegsbündnis von 1914 und die Erweiterung der *Entente cordiale* zur *Triple Entente*.

1908

**5. Oktober** Österreichische Annexion von Bosnien und Herzegowina

**28. Oktober** Im britischen „Daily Telegraph“ erscheint die Zusammenfassung mehrerer Gespräche von Kaiser Wilhelm II. mit einem britischen Offizier. Einige Aussagen des Kaisers sorgen für Empörung in Deutschland und Großbritannien und für einen enormen Ansehensverlust des Kaisers.

1909

**7. Juli** Reichskanzler von Bülow tritt zurück, Nachfolger wird Theobald von Bethmann Hollweg.

1910

**14. Februar** Im Tiergarten in Berlin demonstrieren 150 000 Bürger gegen das Dreiklassenwahlrecht in Preußen, das die Besitzenden bevorteilt.

1911

**1. Juli** Das deutsche Kanonenboot „Panther“ läuft den Hafen von Agadir in Marokko an. Der „Panthersprung nach Agadir“ provoziert einen Konflikt mit Frankreich, das in der Region koloniale Ansprüche durchsetzen will.

1912

**12. Januar** Bei den Reichstagswahlen bilden die Sozialdemokraten mit 34,8 Prozent der Stimmen und 110 Mandaten erstmals die stärkste Fraktion.

**14. Mai** Der Reichstag beschließt gegen die Stimmen der SPD den Bau von 41 Schlachtschiffen und Kreuzern sowie eine Aufstockung der Armee in Friedenszeiten.

Quellen:

SPIEGEL GESCHICHTE, 3 (2013), S. 32 f. Alexander Emmerich u. a. (2013): Deutsche Geschichte. Menschen, Ereignisse, Epochen, S. 171–200; Helmut M. Müller (2002): Schlaglichter der deutschen Geschichte, S. 199, 228. Lebendiges Museum Online (LeMO). Jahreschronik (<http://www.dhm.de/lemo/jahreschronik/>)

## Chronik des Ersten Weltkriegs

1914

**28. Juni** Ermordung des österreichischen Thronfolgers Franz Ferdinand und seiner Gattin in Sarajevo

**5. Juli** Kaiser Wilhelm II. sichert Österreich-Ungarn die dt. Unterstützung zu (Blankoscheck)

**23. Juli** Österreich-Ungarn stellt Serbien ein Ultimatum

**28. Juli** Österreich-Ungarn erklärt Serbien den Krieg

**30. Juli** Generalmobilmachung der russ. Armee

**31. Juli** Generalmobilmachung Österreich-Ungarns und Belgiens

**1. August** Deutschland erklärt Russland den Krieg. Generalmobilmachung Deutschlands und Frankreichs. Italien erklärt seine Neutralität

**2. August** Dt. Einmarsch in Luxemburg. Deutschland richtet ein Ultimatum an Belgien mit der Forderung nach freiem Durchmarsch. Dt.-türk. Bündnisvertrag

**3. August** Deutschland erklärt Frankreich den Krieg. Die brit. Armee macht mobil

**4. August** Großbritannien bricht seine Beziehungen zu Deutschland ab (Kriegszustand). Einmarsch dt. Truppen in Belgien

**6. August** Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Russland. Serbien erklärt Deutschland den Krieg

**9.–16. August** Das brit. Expeditionskorps geht in Frankreich an Land

**10. August** Schlacht von Mülhausen: Frz. Verbände räumen die Stadt

**11. August** Frankreich erklärt Österreich-Ungarn den Krieg

**12. August** Großbritannien erklärt Österreich-Ungarn den Krieg. Einmarsch österr.-ungar. Truppen in Serbien

**12.–21. August** Scheitern der österr.-ungar. Offensive gegen Serbien an der Drina

**15. August** Russ. Truppen marschieren in Ostpreußen ein

**19./20. August** Dt. Truppen besetzen Brüssel. Schlacht bei Gumbinnen: die dt. 8. Armee räumt Teile Ostpreußens

**22. August** Einmarsch russ. Truppen in Galizien

**23. August** Kriegserklärung Japans an Deutschland. Österreich-Ungarn erklärt Japan den Krieg

**25. August** Zerstörung der Bibliothek von Löwen durch dt. Truppen. Einnahme der Festung Namur

**26.–30. August** Schlacht bei Tannenberg: Vernichtung der russ. Narew-Armee

**28. August** Österreich-Ungarn erklärt Belgien den Krieg. Die dt. Kolonie Togo wird an die Briten übergeben

**5.–12. September** 1. Marne-Schlacht

**12. September** Beginn der 1. Schlacht an der Aisne (bis 24.10.): „Wettlauf zum Meer“

**20. Oktober** Beginn der 1. Flandern-Schlacht (bei Ypern bis Mitte Nov.)

**29. Oktober** Serbien erklärt dem Osmanischen Reich den Krieg. Dieses tritt in den Krieg ein

**2.–6. November** Russland (2.11.), Großbritannien (5.11.) und Frankreich (6.11.) erklären dem Osmanischen Reich den Krieg

**3.–5. November** Lettow-Vorbeck's Schutztruppe besiegt brit. Einheiten bei Tanga (Deutsch-Ostafrika)

**14. November** Ausrufung des Heiligen Krieges ( *jihad* ) gegen die Entente durch den Kalifen Mehmed V. Reshad in Konstantinopel

**Mitte November** Verlustreiche Kämpfe in Flandern (u. a. bei Langemarck). Die gesamte Westfront geht zum Stellungskrieg über

**8. Dezember** Dt. Kreuzergeschwader wird bei den Falkland-Inseln durch brit. Marine vernichtet. Beginn der 1. Champagne-Schlacht (bis 17.3.1915)

1915

**Jan.–April** Karpatenkämpfe: die Offensive Conrad von Hötzendorfs führt zu einer Katastrophe für die österr.-ungar. Armee

**7.–21. Februar** Winterschlacht in Masuren: 100 000 russ. Gefangene

**22. Februar** Beginn des dt. U-Boot-Krieges

**April/Mai** 2. Flandern-Schlacht (bei Ypern), dt. Einsatz von Giftgas (22.4.)

**26. April** „Londoner Vertrag“: Geheimabkommen der Entente mit der ital. Regierung führt zum Kriegseintritt Italiens. Dt. Offensive in Litauen und Kurland

**2. Mai** Beginn der dt. Offensive bei Gorlice-Tarnów

**7. Mai** Versenkung des brit. Passagierdampfers *Lusitania* durch ein dt. U-Boot: Konflikt mit den USA

**23. Mai** Italien erklärt Österreich-Ungarn den Krieg

**23. Juni** Beginn der 1. Isonzo-Schlacht (insgesamt 12 Schlachten bis 24.10.1917)

**9. Juli** Kapitulation der Kolonie Deutsch-Südwestafrika

**4./5. August** Einnahme von Warschau durch dt. Truppen

**21. August** Italien erklärt dem Osmanischen Reich den Krieg

**6. September** Bündnisvertrag Deutschlands und Österreich-Ungarns mit Bulgarien

**22. September** Beginn der 2. Champagne-Schlacht

**14. Oktober** Kriegserklärung Bulgariens an Serbien

**15. Oktober** Großbritannien erklärt Bulgarien den Krieg

**16. Oktober** Frankreich erklärt Bulgarien den Krieg

1916

**11. Februar** Erklärung der Reichsleitung, dass bewaffnete feindliche Handelsschiffe künftig wie Kriegsschiffe behandelt werden

**21. Februar** Beginn der Kämpfe um Verdun (bis Ende Juli)

**9. März** Das Deutsche Reich erklärt Portugal den Krieg

**29. April** Kapitulation des brit. Expeditionskorps (ind. Division) bei Kut al-Amara vor den Türken

**1. Juli** Beginn der Schlacht an der Somme (bis 25.11.)

**17. August** Rumänien tritt der Entente bei

**27. August** Rumänien erklärt Österreich-Ungarn den Krieg

**28. August** Italien erklärt dem Deutschen Reich den Krieg. Das Deutsche Reich, Bulgarien und das Osmanische Reich erklären Rumänien den Krieg

**15. September** Erster Einsatz brit. Tanks an der Somme-Front

**24. Oktober** Frz. Gegenoffensive bei Verdun (bis 3.11.: Fort Vaux)

**Mitte Dezember** Ende der Kämpfe um Verdun: Frz. Truppen besetzen Fort Douaumont

1917

**10. Januar** Die Ententemächte geben in einer gemeinsamen Note erstmals ihre Kriegsziele bekannt

**1. Februar** Das Deutsche Reich erklärt den uneingeschränkten U-Boot-Krieg

**8. März** Ausbruch der russ. Februarrevolution: Abdankung des Zaren (15.3.) und Bildung einer Provisorischen Regierung

**6. April** Die USA erklären Deutschland den Krieg

**16. April** Beginn der 3. Champagne-Schlacht (bis 25.5.) und der Schlacht am Chemin des Dames (Nivelle-Offensive)

**23. April** Kriegszielkonferenz der Mittelmächte in Bad Kreuznach („Kreuznacher Programm“)

**7. Juni** Beginn der Schlacht am Wytschaete-Bogen (leitet über zur 3. Flandern-Schlacht)

**31. Juni** Beginn der 3. Flandern-Schlacht (bis Anfang Nov.)

**14. Juli** Georg Michaelis wird Reichkanzler (bis 31.10.)

**14. August** China erklärt dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn den Krieg

**24. Oktober** Beginn der 12. Isonzo-Schlacht (Caporetto): Durchbruch der Mittelmächte bis zum Piave (bis 2.12.)

**1. November** Georg Graf von Hertling wird neuer Reichkanzler (bis 30.9.1918)

**7. November** Oktoberrevolution (julianischer Kalender: 25. Okt.) in Russland: Die bürgerliche Regierung wird durch die Bolschewiki unter Lenin gestürzt

**20. November** Beginn der Tank-Schlacht von Cambrai

**3. und 15. Dezember** Waffenstillstandsverhandlungen der Mittelmächte mit Russland in Brest-Litowsk

**7. Dezember** Kriegserklärung der USA an Österreich-Ungarn

**Mitte Dezember** Vollständige Besetzung Deutsch-Ostafrikas durch brit. Truppen

1918

**8. Januar** Präsident Wilson legt sein Vierzehn-Punkte-Programm zur Herbeiführung eines allgemeinen Friedens vor

**9. Februar** Abschluss eines Separatfriedens zwischen der Ukraine und den Mittelmächten in Brest-Litowsk („Brotfrieden“)

**3. März** Unterzeichnung des Friedens von Brest-Litowsk: Russland tritt Polen, die balt. Staaten, Finnland und die Ukraine ab

**21. März** Beginn der dt. Frühjahrsoffensiven an der Westfront (bis Mitte Juli; Michael-Offensive bis 5.4.)

**7. Mai** Friede von Bukarest: Rumänien und die Mittelmächte unterzeichnen einen Friedensvertrag

**27. Mai** Dt. Offensive am Chemin des Dames (Aisne): Durchbruch bis zur Marne (30.5.)

**16./17. Juli** Dt. Offensive an der Marne

**3. Oktober** Bildung einer parlamentarischen Regierung unter Prinz Max von Baden. Er ersucht die Alliierten um einen Waffenstillstand auf der Grundlage der Vierzehn Punkte (4./5.10.)

**27. Oktober** Österreich-Ungarn bietet den Alliierten Waffenstillstand und einen Sonderfrieden an

**31. Oktober** Unterzeichnung eines Waffenstillstands zwischen der Entente und dem Osmanischen Reich

**3. November** Matrosenaufstand in Kiel: Arbeiter- und Soldatenräte übernehmen die Macht (4.11.). Waffenstillstand zwischen Österreich-Ungarn und der Entente

**8. November** Beginn der Waffenstillstandsverhandlungen in Compiègne

**9. November** Abdankung Wilhelms II.: Ausrufung der Republik durch Philipp Scheidemann und kurz darauf („Sozialistische Republik“) durch Karl Liebknecht in Berlin. Friedrich Ebert (SPD) wird Vorsitzender des Rates der Volksbeauftragten (10.11.)

**11. November** Matthias Erzberger (Zentrum) unterzeichnet für das Deutsche Reich den Waffenstillstandsvertrag im Wald von Compiègne

zusammengestellt nach Susanne Frank in: Gerhard Hirschfeld / Gerd Krumeich / Irina Renz (Hg.), Enzyklopädie Erster Weltkrieg, Schöningh-Verlag Paderborn 2009, S. 1011 ff.

## Literaturhinweise

Hinweis: Alle mit \* gekennzeichneten Titel sind unter [www.deutsche-digitale-bibliothek.de](http://www.deutsche-digitale-bibliothek.de) kostenlos abrufbar und können dort als PDF-Dokument heruntergeladen werden.

### Überblicke und Gesamtdarstellungen

Chickering, Roger: Das Deutsche Reich und der Erste Weltkrieg, München 2002, 291 S.

Kroll, Frank-Lothar: Geburt der Moderne. Politik, Gesellschaft und Kultur vor dem Ersten Weltkrieg, Berlin 2013, 216 S.

Müller, Sven Oliver / Torp, Cornelius (Hg.): Das Deutsche Kaiserreich in der Kontroverse, Göttingen 2009, 461 S.

Nipperdey, Thomas: Deutsche Geschichte 1866–1918, Bd. 1: Arbeitswelt und Bürgergeist; Bd. 2: Machtstaat vor der Demokratie, München 1990, 885 S. und 948 S.

Ullmann, Hans-Peter: Das Deutsche Kaiserreich 1871–1918, Frankfurt/M. 1995, 308 S.

Ullrich, Volker: Die nervöse Großmacht. Aufstieg und Untergang des deutschen Kaiserreichs 1871–1918, Frankfurt/M. 1999, 717 S.

Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 3: 1849–1914, München 1995, 1515 S.

### Politik

Berding, Helmut: Moderner Antisemitismus in Deutschland, Frankfurt/M. 1988, 294 S.

Frie, Ewald: Das deutsche Kaiserreich, 2., erw. Auflage, Darmstadt 2013, 151 S.

Gall, Lothar: Bismarck. Der weiße Revolutionär, Berlin 1997, 927 S.

Halder, Winfried: Innenpolitik im Kaiserreich 1871–1914, Darmstadt 2003, 163 S.

Laak, Dirk van: Über alles in der Welt. Deutscher Imperialismus im 19. und 20. Jahrhundert, München 2005, 228 S.

\*Langewiesche, Dieter: Liberalismus in Deutschland, Frankfurt/M. 1988, 381 S.

\*Ders.: Nation, Nationalismus, Nationalstaat in Deutschland und Europa, München 2000, 267 S.

\*Ders.: Liberalismus und Sozialismus. Gesellschaftsbilder, Zukunftsvisionen, Bildungskonzeptionen, Bonn 2003, 408 S.

Mommsen, Wolfgang J.: Der autoritäre Nationalstaat. Verfassung, Gesellschaft und Kultur des deutschen Kaiserreiches, Frankfurt/M. 1990, 496 S.

\*Ritter, Gerhard A. (Hg.): Das Deutsche Kaiserreich 1871–1914. Ein historisches Lesebuch, 5. Aufl., Göttingen 1992, 387 S.

\*Ders.: Die deutschen Parteien 1830–1914, Göttingen 1985, 117 S.

Rose, Andreas: Deutsche Außenpolitik in der Ära Bismarck 1862–1890, Darmstadt 2013, 143 S.

Ders.: Die Außenpolitik des Wilhelminischen Kaiserreichs (1890–1918), Darmstadt 2013, 151 S.

\*Schieder, Theodor: Das deutsche Kaiserreich von 1871 als Nationalstaat, Göttingen 1992, 112 S.

Schmidt, Jürgen: August Bebel. Kaiser der Arbeiter. Eine Biografie. Zürich 2013, 304 S.

Ullmann, Hans-Peter: Politik im deutschen Kaiserreich 1871–1918, München 1999, 150 S.

Ulrich, Bernd / Vogel, Jakob / Ziemann, Benjamin (Hg.): Untertan in Uniform. Militär und Militarismus im Kaiserreich 1871–1914, Frankfurt/M. 2001, 235 S.

### Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur

Beuys, Barbara: Die neuen Frauen – Revolution im Kaiserreich: 1900–1914, München 2014, 384 S.

Conrad, Sebastian: Deutsche Kolonialgeschichte, München 2012, 128 S.

\*Frevert, Ute: „Mann und Weib, und Weib und Mann“. Geschlechter-Differenzen in der Moderne, München 1995, 255 S.

\*Greven-Aschoff, Barbara: Die bürgerliche Frauenbewegung in Deutschland 1894–1933, Göttingen 1981, 331 S.

\*Hardtwig, Wolfgang: Nationalismus und Bürgerkultur in Deutschland 1500–1914. Ausgewählte Aufsätze, Göttingen 1994, 328 S.

\*Kampe, Norbert: Studenten und „Judenfrage“ im deutschen Kaiserreich. Die Entstehung einer akademischen Trägerschicht des Antisemitismus, Göttingen 1988, 327 S.

\*Kocka, Jürgen (Hg.): Bürgertum im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich, 3 Bde., Göttingen 1995, 252, 226 und 279 S.

\*Ders.: Unternehmer in der deutschen Industrialisierung, Göttingen 1975, 173 S.

\*Ders.: Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914–1918, 2. Aufl., Göttingen 1978, 239 S.

Loewenstein, Steven M. u. a. (Hg.): Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit. Bd. III: Umstrittene Integration 1870–1918, München 1997, 428 S.

Nipperdey, Thomas: Religion im Umbruch. Deutschland 1870–1918, München 1988, 166 S.

\*Planert, Ute, Antifeminismus im Kaiserreich: Diskurs, soziale Formation und politische Mentalität, Göttingen 1998, 447 S.

Ritter, Gerhard A. / Tenfelde, Klaus: Arbeiter im Deutschen Kaiserreich 1871 bis 1914, Bonn 1992, 890 S.

Volkov, Shulamit: Antisemitismus als kultureller Code, München 2000, 238 S.

Ziegler, Dieter: Die industrielle Revolution, 3. Aufl., Darmstadt 2012, 152 S.

## Internetadressen

[www.germanhistorydocs.ghi-dc.org/section.cfm?section\\_id=10&language=german](http://www.germanhistorydocs.ghi-dc.org/section.cfm?section_id=10&language=german)

[www.germanhistorydocs.ghi-dc.org/section.cfm?section\\_id=11&language=german](http://www.germanhistorydocs.ghi-dc.org/section.cfm?section_id=11&language=german)

Schriftquellen in deutscher Sprache sowie Bilder und Karten zu allen Aspekten des Kaiserreichs, ausgewählt und kommentiert von den beiden führenden amerikanischen Experten zu dieser Epoche, James Reallack und Roger Chickering

[www.dhm.de/lemo/kapitel/kaiserreich](http://www.dhm.de/lemo/kapitel/kaiserreich)

[www.dhm.de/lemo/kapitel/erster-weltkrieg](http://www.dhm.de/lemo/kapitel/erster-weltkrieg)

Das Deutsche Historische Museum, das Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und das Bundesarchiv bieten mit „LeMO“ (Lebendiges Museum online) ein Onlineportal zur Geschichte des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart

[www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/kaiserreich/](http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/kaiserreich/)

[www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/ersterweltkrieg/](http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/ersterweltkrieg/)  
Online-Dossiers der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb

[www.bpb.de/apuz/156343/vorkrieg-1913](http://www.bpb.de/apuz/156343/vorkrieg-1913)

[www.bpb.de/apuz/182554/erster-weltkrieg](http://www.bpb.de/apuz/182554/erster-weltkrieg)

**www.bpb.de/apuz/202977/bismarck**

Themenausgaben der bpb-Reihe „Aus Politik und Zeitgeschichte“, der Beilage zur Wochenzeitschrift „Das Parlament“ (APuZ 12/2013 „Vorkrieg 2013“; 16–17/2014 „Erster Weltkrieg“; 13/2015 „Bismarck“) im Volltext

**www.bpb.de/izpb/9840/revolution-von-1848****www.bpb.de/izpb/142102/das-19-jahrhundert****www.bpb.de/izpb/183851/zeitalter-der-weltkriege**

Themenausgaben der bpb-Reihe „Informationen zur politischen Bildung“ (Nr. 265 „Revolution von 1848“, Nr. 315 „Das 19. Jahrhundert“, Nr. 321 „Zeitalter der Weltkriege“) im Volltext

## Impressum

**Herausgeberin:**

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, Adenauerallee 86, 53113 Bonn, Fax-Nr.: 02 28/99 515-309, Internetadresse: [www.bpb.de/izpb](http://www.bpb.de/izpb), E-Mail: [info@bpb.de](mailto:info@bpb.de)

**Redaktion:**

Christine Hesse (verantwortlich/bpb), Jutta Klaeren

**Redaktionelle Mitarbeit:**

Martin Manuel Fendt, Thierhaupten, Alina Finke, Köln

**Gutachten:**

Dr. Manfred Bormann, Sickte; Prof. Dr. Ewald Frie, Seminar für Neuere Geschichte am Fachbereich Geschichtswissenschaft der Eberhard Karls Universität Tübingen

**Titelbild:**

Berlin, Alexanderplatz mit Berolina; im Hintergrund links das Rote Rathaus. Aufnahme um 1900 von Lucien Lévy – [akg-images](http://akg-images)

**Kartenteil:**

mr-kartographie, 99867 Gotha

**Umschlag-Rückseite:**

KonzeptQuartier® GmbH

**Gesamtgestaltung:**

KonzeptQuartier® GmbH, Art Direktion: Linda Spokojny, Schwabacher Straße 261, 90763 Fürth

**Druck:**

apm alpha print medien AG, 64295 Darmstadt

**Vertrieb:**

IBRo, Verbindungsstraße 1, 18184 Roggentin

**Erscheinungsweise:**

vierteljährlich

ISSN 0046-9408. Auflage dieser Ausgabe: 500 000

**Redaktionsschluss dieser Ausgabe:**

März 2016

## Der Autor

**Prof. Dr. Benjamin Ziemann** lehrt als Professor für neuere deutsche Geschichte an der University of Sheffield in Großbritannien. Er war Gastwissenschaftler an der University of York, der Humboldt Universität zu Berlin sowie an der Eberhard Karls Universität Tübingen. Seine Hauptarbeitsgebiete sind die deutsche Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert – vor allem das Kaiserreich und die Weimarer Republik –, die Militär- und Gewaltgeschichte der beiden Weltkriege sowie die Historische Friedensforschung. Er ist Mitglied der Redaktion des Archivs für Sozialgeschichte. Zurzeit arbeitet er an einer Biografie von Martin Niemöller.

**Jüngste Buchveröffentlichungen**

Veteranen der Republik. Kriegserinnerung und demokratische Politik 1918–1933, Bonn 2014;

Encounters with Modernity. The Catholic Church in West Germany, 1945–1975, New York/Oxford 2014;

Gewalt im Ersten Weltkrieg. Töten – Überleben – Verweigern, Essen 2013;

Sozialgeschichte der Religion. Von der Reformation bis zur Gegenwart, Frankfurt/M./New York 2009;

mit Bernd Ulrich (Hg.), Frontalltag im Ersten Weltkrieg. Ein Historisches Lesebuch, Essen 2008;

mit Thomas Mergel (Hg.), European Political History 1870–1913, Aldershot 2007.

Text und Fotos sind urheberrechtlich geschützt. Der Text kann in Schulen zu Unterrichtszwecken vergütungsfrei vervielfältigt werden.

Der Umwelt zuliebe werden die Informationen zur politischen Bildung auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.



## Anforderungen

bitte schriftlich an

Publikationsversand der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, Postfach 501055, 18155 Rostock

Fax: 03 82 04/66-273 oder direkt bestellen unter [www.bpb.de/informationen-zur-politischen-bildung](http://www.bpb.de/informationen-zur-politischen-bildung)

Absenderanschrift bitte in Druckschrift.

**Abonnement-Anmeldungen oder Änderungen der Abonnementmodalitäten** bitte melden an [informationen@abo.bpb.de](mailto:informationen@abo.bpb.de)

Informationen über das weitere Angebot der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb erhalten Sie unter der o.g. bpb-Adresse.

Für telefonische Auskünfte (bitte keine Bestellungen) steht das Info-telefon der bpb unter Tel.: 02 28/99 515-0 Montag bis Freitag zwischen 9.00 Uhr und 18.00 Uhr zur Verfügung.



# Alles Wissenswerte zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland

knapp, klar, kompakt in den Informationen zur politischen Bildung



Die Informationen zur politischen Bildung  
Recherchieren und bestellen: [www.bpb.de/izpb](http://www.bpb.de/izpb)